

Archiv der Gossner Mission
im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin



Signatur

Gossner_G 1_0620

Aktenzeichen

5/31

Titel

Deutscher Evangelischer Missionsrat (DEMR)

Band

3

Laufzeit

1968

Enthält

u.a. Schlichtungsstelle des DEMA; Verhältnis der Mission zur ökumenischen Diakonie - Analyse der bisherigen Zusammenarbeit; Möglichkeit und Nützlichkeit des Einsatzes weißer Mitarbeiter in der ELK von Klaus Eichholz; Medizinische Planung in Südwestafrika

Digitalisiert/Verfilmt 2009 von Mikro-Univers GmbH

Schriftwechsel DEMR und Gossner
Mission

Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

Eingegangen

16. DEZ. 1968

2 Hamburg 13, den 13.12.68
Mittelweg 143

Erladigt: Az. 222/E.

Termin

An die
Mitglieder des Deutschen Evangelischen Missions-Rates

Sehr geehrte Herren!

Von verschiedenen Seiten wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht die Sitzung des DEMR am 10. Januar statt um 9 Uhr erst um 10 Uhr beginnen könnte. Herr Bischof Harms ist diesem Wunsch gefolgt und bittet Sie, am 10. Januar um 10 Uhr im Missionshaus zu sein. Die Sitzung soll wie vorgesehen am 11. Januar von 9.00 bis 15 Uhr im Ev. Konsistorium in der Lebensstraße fortgesetzt werden.

Darf ich Sie bitten, mir im Falle daß sich durch den späteren Beginn der Sitzung Ihre Hotelzimmerbestellung ändern sollte, noch möglichst umgehend Nachricht zu geben? Sie hatten vom - bis - Januar ein Zimmer im Hotel Steinplatz bestellt.

Wir hoffen, Ihnen in den ersten Januartagen die Tagesordnung schicken zu können.

Mit herzlichen Grüßen und Wünschen zur Advents- und Weihnachtszeit

Ihre

U. Ebert

Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

2 Hamburg 13, den 6.11.68
Mittelweg 143

Az. 222/E.

Eingegangen
- 7. NOV. 1968
Erledigt:

An die
Mitglieder des Deutschen Evangelischen Missions-Rates
und der Hauskonferenz

W. Voel.
M. Jan. 69.

Sehr geehrte Herren!

Im Auftrag von Herrn Bischof Harms möchte ich Ihnen mitteilen, daß leider die Sitzung des DEMR, die ja für den 3./4. Januar 1969 vorgesehen war, um eine Woche verschoben werden muß. Für den 3.1. ist die Einführung von Herrn Vizepräsident D. Thimme als Präses der Evangelischen Kirche in Westfalen angesetzt, und Sie werden mit Herrn Bischof Harms einer Meinung sein, daß mancherlei Gründe nicht nur für ihn, sondern für mehrere Missions-Rats- und Hauskonferenz-Mitglieder vorliegen, an der Einführung teilzunehmen.

Der neue Termin für die Missions-Rats-Sitzung, zu dem Herr Bischof Harms Sie einlädt, ist der

10. und 11. Januar 1969

2 (Freitag, 10.1.: 9.00 Uhr BMG; Sonnabend, 11.1.: Ev. Konsistorium Jebensstraße, Beginn wird nach Ablauf des ersten Sitzungstages festgesetzt, Ende 15 Uhr).

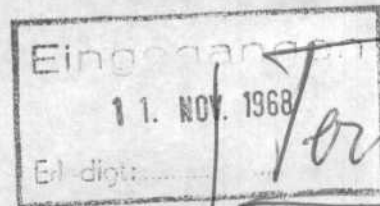
Herr Bischof Harms bittet um Ihren Bescheid hierher nach Hamburg, ob Ihnen die Teilnahme zu diesem Termin möglich ist. Der Einfachheit halber füge ich eine Antwortkarte bei, durch die gleichzeitig auch die Unterbringungsfrage geklärt wird. Die Unterbringung erfolgt im Hotel Steinplatz (Berlin 12, Uhlandstr. 197, Tel. 32 39 51). Bitte erwarten Sie keine Bestätigung. Wenn Sie nichts Gegenteiliges hören, können Sie fest mit der Reservierung gemäß Ihrer Anmeldung rechnen.

Mit herzlichen Grüßen von Herrn Bischof Harms

Ihre

Ursula Ebert

Anlage



Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

2 Hamburg 13, den 7.11.68
Mittelweg 143 Li/Bb

W. Vol. 2. Jan. 69.

An die
Mitglieder der Heimatkommission
und die Leiter und Geschäftsführer der Missionsgesellschaften

Betr.: Beratung über "Das Verhältnis evangelischer Missio-
nen zu Stellen ökumenischer Diakonie" (5./6.1.1969)/

Sehr verehrte, liebe Schwestern und Brüder!

Leider ist es nicht möglich, daß wir in Kassel in der oben
angegebenen Zeit zusammenkommen. Bruder Menzel von der Rhei-
nischen Mission hat freundlicherweise Abhilfe schaffen kön-
nen.

Wir werden darum an den o.e. Tagen in Wuppertal uns ver-
sammeln. Die näheren Einzelheiten über Unterkunft und Anrei-
se werde ich Ihnen noch rechtzeitig mitteilen.

Mit herzlichen Grüßen

I h r

Frank Linnemann

W V 25.1

23.10.1968
drbg/go

Deutscher Evangelischer
Missionsrat
z.Hd. Herrn Dr. Linnenbrink

2-Hamburg-13

Mittelweg 143

Lieber Bruder Linnenbrink,

Ihr Memorandum "Das Verhältnis evangelischer Missionen zu Stellen der ökumenischen Diakonie" habe ich natürlich mit großem Interesse und weitestgehender Zustimmung gelesen.

Nun fragen Sie an, ob wir in den Missionshäusern zu einer Beratung am 5. und evtl. 6.2.1969 frei sind. Daß Sie mit Kassel einen nicht vom Flugzeug aus direkt erreichbaren Tagungsort gewählt haben, finde ich sehr wenig schön. Dennoch will ich mich in dieser Sache nicht drücken und möchte Ihnen eine Zusage geben in der Hoffnung, daß nichts dazwischen kommt und die Gossner Mission also vertreten ist.

Mit herzlichen Grüßen bin ich
Ihr



WV 25.1.

Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

Hamburg 13, den 21.10.1968
Mittelweg 143 Li/Bb



An die
ordentlichen Mitglieder des Deutschen Evangelischen
Missions-Tages

Sehr verehrte Brüder und Schwestern!

Ich komme noch einmal auf meinen Rundbrief vom 7.10. zurück, in dem ich Ihnen mitteilte, daß wir am 5. und evtl. 6.2.1969 die Frage "das Verhältnis evangelischer Missionen zu Stellen der ökumenischen Diakonie" beraten wollten. Heute möchte ich Sie nur bitten, mir umgehend mitzuteilen, ob Sie zu diesem Termin kommen können und für wie viele Personen wir Übernachtungsmöglichkeiten beschaffen müssen.

Mit herzlichen Grüßen

I h r

Frank Lorenzen

25. Juli 1968
drbg/el.

Deutscher Evang. Missions-Rat
z.Hd. Fräulein Ursula Ebert

2 Hamburg 13
Mittelweg 143

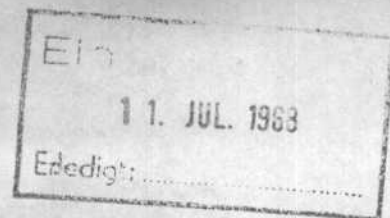
Liebes Fräulein Ebert!

Nur kurz die Fehlanzeige, daß ich am Montag, dem 16. September, bei der Sitzung des Missions-Rates hier in Berlin, noch sicherlich in Afrika sein werde und also an den Verhandlungen nicht werde teilnehmen können.

Mit der Bitte, mich bei dem Herrn Vorsitzenden und Bruder Dr. Hoffmann zu entschuldigen,

bin ich mit herzlichen Grüßen
Ihr

A large, stylized handwritten signature in dark ink, likely belonging to the sender of the letter.



Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

2 Hamburg 13, den 10.7.68
Mittelweg 143

An die
Mitglieder des Deutschen Evangelischen Missions-Rates

Sehr verehrtes Fräulein Schmidt,
sehr geehrte Herren!

Wie Sie wissen, ist die nächste Sitzung des Deutschen Evangelischen Missions-Rates für Montag, den 16. September ds.Js., 9 Uhr (nicht 9.30^h) bis 17 Uhr, vorgesehen. Sie werden sich erinnern, warum dieser Termin gewählt wurde. Anschließend findet vom 16.9., 18 Uhr, bis 19.9., 17 Uhr, die Zusammenkunft der AGEM statt.

- / Dürfte ich möglichst umgehend auf der vorbereiteten Anmeldung Nachricht von Ihnen erbitten, für welchen Zeitraum wir für Sie Unterkunft in Berlin besorgen sollen und ob Sie von den vorgesehenen beiden Hotels - Hotel Steinplatz in der Nähe des Bahnhofs Zoo und das vielen von Ihnen ebenfalls bekannte Pückler-Hospiz in Wedding, auch in jeder Hinsicht günstig gelegen - das eine oder das andere vorziehen würden. Jeweils die Hälfte der voraussichtlich benötigten Zimmer steht unter diesen beiden Adressen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Ursula Ebert

Anlage

8. Mai 1963
el.

An den
Deutschen Evang. Missions-Rat
z.Hd. Herrn Bannach

2 Hamburg 13
Mittelweg 143

Sehr geehrter Herr Bannach!

Anliegend erhalten Sie die Rechnung der Gossner Mission und die vom Hospiz Friedenau für die Tage vom 1.-3. Mai mit der Bitte um Begleichung. Fräulein Ebert bat mich, das von ihr am 1. Mai geführte Telefongespräch mit auf die Rechnung zu setzen - das ist die Erklärung für den Betrag. Wir freuen uns, daß Sie sich in unserem Haus wohlgefühlt haben.

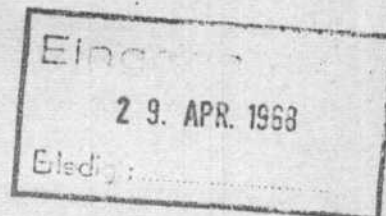
Mit freundlichen Grüßen

(Sekretärin)

Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

Herrn Kirchenrat Berg z.K.
2 Hamburg 13, den 26.4.68
Mittelweg 143
Az. 222/E.

An die
Mitglieder des Deutschen Evangelischen Missions-Rates



Sehr geehrter Herr Direktor! Folgenden Rundbrief habe ich versandt:
(anhand der Quartierliste und des Briefes von Fräulein Ellmann v.28.3.):
Heute können wir Ihnen mitteilen, dass Sie in Berlin

vom .. bis .. Mai 1968

I.

im Haus der Mission,
1 Berlin 41 (Friedenau),
Handjerystr.19/20,
Tel. 830161,

wo am 3.5. auch die
Sitzung stattfindet,

wohnen werden.

II.

im Gästehaus der
Philippusgemeinde,
1 Bln.41 (Friedenau),
Stierstr.17/19,
Tel. 83 76 34,

III.

im ~~Hotel~~ Hospiz Friedenau,
1 Bln. 41 (Friedenau),
Fregestr. 68,
Tel. 83 58 14,

Wenn Sie am Flughafen Tempelhof ankommen, fahren Sie, sofern Sie nicht eine Taxe vorziehen, am besten von der U-Bahn-Station Flughafen zwei Stationen nach Süden bis Tempelhof, von dort mit der S-Bahn 1) 4 Stationen über Papestr., Schönebg. u. Innsbr. Platz bis Wilmersdorf 2) 3 Stationen über Papestr., Schönebg. bis Innsbr. Platz / 3) zunächst 2 Stationen bis Schöneberg, umsteigen, dann 1 Station Richtung Lehlendorf - Düppel bis Friedenau (5 Minuten Fußweg). Ich hoffe, Sie verzeihen mir, dass ich Ihnen im Augenblick nicht die günstigste Verbindung von Tegel aus nennen kann.

I+II Zur Friedrichstraße muß man in Schöneberg umsteigen (Fußweg + Fahrt bis Friedrichstraße ca. eine gute halbe Stunde) / III Zur Friedrichstraße brauchen Sie von Friedenau aus nicht umzusteigen (Fußweg + Fahrt bis dahin ca. 1/2 Stunde).

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Ursula Ebert

D E M R Mai 1968

=====

Unterkunft er-
beten für

Name	Teilnahme	1./2.5.	2./3.5.	wo
Bischof D. Harms	ja	x	x	Missionshaus ✓
Missionsdirektor D. Dr. Förksen	ja 2.-3.5.	x	x	Missionshaus ✓
Miss. Dir. KR Dr. Berg	nur 3.5.	-	-	
Prof. D. Gensichen	ja	x	x	Hospiz
Pfr. Dr. Grau	ja	x	x	Hospiz
KR Jaeschke v. 1. - 4.5.	ja	x	x + 4.5.	Hospiz
Miss. Insp. Pfr. Lehmann	nur 3.5.	-	-	
Miss. Dir. Pfr. Menzel	ja	x	x	Hospiz
Unitätsdir. Dr. Motel	nein	-	-	
Frau v. Reischwitz	ja	-	-	
P. Dr. Scheel	ja	x	x	Missionshaus ✓
Missionsleiter Schrupp	ja	x	-	Haus Philippus
Prof. Dr. Vicedom	nur 3.5.	-	x ?	Haus Philippus
Miss. Dir. P. Wesenick	ja	x	x	Hospiz
Gäste:				
Prof. Dr. Margull	nur 3.5.	-	-	
Pastor Wille	nur 3.5.	-	-	
Pastor Dohrmann +)	2.5. 11h	-?	-?	
- - -				
Dipl.-Kfm. Bannach	nur 3.5.	-	x	Haus Philippus
Pastor Buttler	ja	x	x	Missionshaus ✓
Ebert	ja	x	x	Missionshaus ✓
P. Dr. Florin	ja	-	x	Haus Philippus
P. Dr. Hoffmann	ja	x	x	Missionshaus ✓
P. Dr. Linnenbrink	ja	x	x	Missionshaus ✓
OKR Lohmann v. 2. - 3.5.	ja	x	x	Hospiz Friede- nau
Redakteur Melzer	ja	x	x	Hospiz
Prof. D. Müller-Krüger	ja?	x?	x?	Haus Philippus
Pfarrer Ruff	ja	x	x	Missionshaus ✓
Herr Rickmeyer (Fahrer von Herrn Bischof Harms)	kommt mit	-	-	

+) Bericht über EACC Industrial & Urban Mission (Bangkok) erbeten u. zuge-

WL 7.5.

23. April 1968
el.

Deutscher Evang. Missions-Rat
z.Hd. Fräulein U. Ebert

2 Hamburg 13
Mittelweg 143


Sehr geehrtes Fräulein Ebert!

Anliegend erhalten Sie die Quartierliste zurück, in der ich mit Hilfe von Herrn Dr. Berg die entsprechenden Unterkünfte eingetragen habe.

Bezüglich der leiblichen Versorgung schreiben Sie, daß es genauso recht sei, wenn statt der üblichen zwei Imbisse ein Mittagessen gereicht wird. Unsere Hausmutter, Frau Reuter, richtet sich lieber auf ein Mittagessen um 12.00 Uhr ein, das im Speisesaal eingenommen wird. Ich denke auch, daß der Zeitverlust durch die Unterbrechung nicht so wesentlich sein kann, und es auf der anderen Seite für die Teilnehmer ganz angenehm ist, nach einigen Stunden Sitzung eine kurze intensive Pause mit einem Gang durchs Treppenhaus einlegen zu können. Unser Garten ist im Augenblick entzückend schön, so daß man mit Begeisterung noch ein paar Atemzüge frische Luft schöpfen wird.

Wir hoffen, daß die erste Sitzung im Missionshaus zur Zufriedenheit aller verläuft.

Mit freundlichen Grüßen


(Sekretärin)

DEUTSCHER EVANGELISCHER MISSIONS-RAT

Vorstand

Vorsitzender:

Bischof D. Hans Heinrich Harms

29 Oldenburg (Oldb)

dienstlich: Huntestraße 14, Tel. (0441) 2 43 23

privat: Händelstraße 2, Tel. (0441) 2 75 20

Stellvertreter:

Direktor D. Gerhard Brennecke

Missionsdirektor D. Dr. Martin Pörksen

Geschäftsführer

Dipl.-Kfm. Helmut Bannach

Theologische Referenten

Pastor Dr. Gerhard Hoffmann, Exekutivsekretär

Pastor Paul-Gerhardt Buttler

Pastor Dr. Günter Linnenbrink

Pastor Walther Ruf

Studiensekretär

Prof. D. Theodor Müller-Krüger

Leiter der Pressestelle

Redakteur Heinz Melzer



Aktenzeichen: 2230/E.

2 HAMBURG 13

Mittelweg 143

18. April 1968

Goßner-Mission

z.Hd. Fräulein Ellmann

1 Berlin 41

Handjerystr.19/20

San Reuter / Ellmann
fg R
Stz

Sehr geehrtes Fräulein Ellmann!

Vielen Dank noch für Ihren Brief vom 28.3.68 mit allen hilfreichen Angaben.

Heute möchte ich nun schnellstens auf die Frage der Unterbringung während der DEMR-Sitzung zurückkommen, obgleich immer noch einzelne Fragezeichen in der Liste enthalten sind; aber wegen der nötigen Abbestellungen darf ich Sie ja nicht länger auf den Gesamtüberblick warten lassen und muss lieber, falls wirklich nötig, noch mit einer oder zwei Abmeldungen hinterherkommen.

Ich hatte damals bei Angabe des Bedarfs die höchstmögliche Zahl genannt. Durch Verhinderung an der Teilnahme und durch Privatunterkünfte werden nun insgesamt nur

16 Einzelzimmer vom 1. bis 3. Mai (= 2 Nächte)

1 Einzelzimmer vom 1. zum 2. Mai (nur die 1.Nacht)

3 Einzelzimmer vom 2. zum 3. Mai (nur die 2.Nacht)

erbeten. Da ich nicht weiß, wieviele Zimmer jeweils in den 4 genannten Häusern reserviert sind, darf ich wohl Sie bitten, freundlicherweise auch die Verteilung anhand der beiliegenden Bedarfsliste vorzunehmen? Wie Sie sehen, ist ein besonderer Wunsch nur an einer Stelle geäußert worden. Da Herrn Direktor Berg der Kreis des DEMR vertraut ist und Ihnen damit auch die Altersgruppen, zu denen die einzelnen Mitglieder und Mitarbeiter bekannt sind, ist die Verteilung für Sie dort an Ort und Stelle leichter als für uns aus der Ferne. Auch welche der Unterkunftsmöglichkeiten wir unseren Vorsitzenden, Herrn Bischof Harms und Herrn Missionsdirektor Pörksen, am sinnvollsten bieten (vor allem auch ruhige Zimmer), können ebenfalls Sie, die Sie die Möglichkeiten kennen, dort am besten entscheiden.

Für Eintragung der jeweiligen Unterkunft in die beiliegende Liste (1 Ausfertigung für Sie, 1 bitte an uns zurück) und für Verständigung

der einzelnen Häuser wären wir Ihnen also ganz herzlich dankbar. Ich werde dann mit Hilfe Ihrer Angaben die einzelnen Mitglieder des DEMR und des Mitarbeiterstabes verständigen, wo sie wohnen und wie sie dorthin kommen.

Am zweiten Sitzungstag, dem 3. Mai, an dem Sie uns dort im Hause haben werden, werden wir voraussichtlich, da auch Herr Prof. Margull und Herr Pastor Wille im Laufe des Vormittags noch eintreffen, 25 Personen sein. Für den Sitzungsraum und für die Mahlzeiten wollten Sie diese Zahl gern wissen, damit Ihre Hausmutter sich entsprechend einrichten kann. Der DEMR hat für gewöhnlich im Laufe des Vormittags (ca. 11 Uhr) während der Sitzung einen kräftigen Imbiß (belegte Brote und Tee), am sehr frühen Nachmittag bzw. mittags Kaffee und Kuchen gehabt. So brauchte angesichts der Kürze der Zeit (Schluß ca. 15 Uhr) die Sitzung nicht unterbrochen zu werden. Wenn Ihnen aber im Blick auf die dortigen Räumlichkeiten oder aus anderen Gründen ein frühes regelrechtes Mittagessen, wie Sie es in Ihrem Brief vom 5.2.68 erwähnen, - in einem anderen als dem Sitzungsraum eingenommen und mit anschließender Tasse Kaffee - angebracht erscheint, ist es selbstverständlich genau so recht.

Mit herzlichem Dank für alle Mühe

Ihre

U. Ebert

2 Anlagen

DEUTSCHER EVANGELISCHER MISSIONS-RAT

Vorstand

Vorsitzender:

Bischof D. Hans Heinrich Harms

29 Oldenburg (Oldb)

dienstlich: Huntestraße 14, Tel. (0441) 2 43 23

privat: Händelstraße 2, Tel. (0441) 2 75 20

Stellvertreter:

Direktor D. Gerhard Brennecke

Missionsdirektor D. Dr. Martin Pörksen

Geschäftsführer

Dipl.-Kfm. Helmut Bannach

Theologische Referenten

Pastor Dr. Gerhard Hoffmann, Exekutivsekretär

Pastor Paul-Gerhardt Buttler

Pastor Dr. Günter Linnenbrink

Pastor Walther Ruf

Studiensekretär

Prof. D. Theodor Müller-Krüger

Leiter der Pressestelle

Redakteur Heinz Melzer



Aktenzeichen: 2230/E.

2 HAMBURG 13

Mittelweg 143

25. März 1968

Goßner-Mission

z.Hd. Fräulein Ellmann

1 Berlin 41

Handjerystr. 19/20

Sehr geehrtes Fräulein Ellmann!

In der Anlage sende ich Ihnen für Herrn Dr. Berg mein Rundschreiben an die Mitglieder des DEMR, mit dem ich die Anmeldung für die kommende Sitzung erbitte. Die Anlage schicke ich lediglich zur Kenntnisnahme mit. Die Mühe der Rücksendung können Sie sich sparen, denn bei Herrn Dr. Berg wissen wir ja, dass er leider nur am 3. Mai, dem zweiten Sitzungstag, dabei sein kann und dass er keine Unterkunft benötigt. Das habe ich entsprechend notiert.

Dankbar wäre ich Ihnen noch für eine Nachricht, ob folgende Verbindungen, die ich vorzuschlagen beabsichtige, tatsächlich die günstigsten sind und ob die Beschreibung zutrifft.

Nach Ankunft Flughafen Tempelhof: Von der U-Bahn-Station Flughafen zwei Stationen nach Süden bis Tempelhof, dort umsteigen in die S-Bahn, 3 Stationen über Papestraße und Schöneberg bis Innsbrucker Platz.

(Ist der Innsbrucker Platz für alle vier Unterkünfte die günstigste Station??)

Für den nächsten Morgen: S-Bahn Innsbrucker Platz eine Station bis Schöneberg, umsteigen, weiter mit der S-Bahn-Linie über Anhalter Bahnhof bis Friedrichstraße (weiteres ist bekannt).

(Wielange muss man für Fußweg und Fahrt bis Friedrichstraße rechnen?)

Herzlichen Gruß und Dank Herrn Dr. Berg und Ihnen

Ihre

U. Ebert

Anlagen

28. März 1968
el.

An den
Deutschen Evang. Missions-Rat
z.Hd. Fräulein U. Ebert

2 Hamburg 13
Mittelweg 143

Betrifft: Ihr Schreiben vom 25.3.1968 - Akt.Z.: 2230/E.

Sehr geehrtes Fräulein Ebert!

Ihr Schreiben vom 25. ds. Mts. habe ich mit herzlichem Dank erhalten und gebe Ihnen gern die gewünschten Auskünfte über die Bahnverbindungen. Für die einzelnen Unterkünfte sind verschiedene Stationen am günstigsten gelegen, und zwar

Pension Helzel, Bundesallee 137	S	Bahnstation Wilmersdorf
Haus der Mission, Handjerystr. 19/20	"	"
Gästehaus der Philippusgemeinde, Stierstr. 17/19	"	Insbrucker Platz
Christliches Hospiz, Fregestr. 14	"	Friedenau.

Ihr Vorschlag für die Fahrt vom Flughafen Tempelhof ist gut und richtig, nur für die Herren, die nach Friedenau müssen, wäre noch einmal umsteigen in Schöneberg notwendig, da es vom Insbrucker Platz bis ins Hospiz doch ziemlich weit ist.

Für die Fahrt nach Ost-Berlin haben es die "Friedenauer" dafür umso besser, sie brauchen gar nicht umzusteigen, die S-Bahn fährt von dort durch bis Friedrichstraße. Für den Fußweg muß man etwa 5 - 10 Minuten veranschlagen (das gilt auch für die anderen Stationen), die reine Fahrzeit zur Friedrichstraße beträgt etwa 15 Minuten, so daß man mit einer halben Stunde für den Weg rechnen kann. Für die Fahrt mit umsteigen in Schöneberg braucht man etwas länger, wenn man von Wilmersdorf bzw. Insbrucker Platz kommt.

Ich hoffe, daß Ihnen diese Auskünfte genügen und eine Hilfe sind.

Mit freundlichen Grüßen



(Sekretärin)

Zur Kenntnisnahme

An der Sitzung des DEMR am 2. und 3. Mai 1968 nehme ich teil.

Ich bitte um Reservierung eines Einzelzimmers vom 1. zum 2. Mai.
und 2. zum 3. Mai

..... (Falls Sie im Blick auf die Unter-
bringung einen bestimmten Wunsch haben sollten, bitte geben Sie
ihn hier an. Soweit möglich, soll er erfüllt werden.)

(Nichtzutreffendes bitte streichen bzw. ändern)

.....
Datum

.....
Unterschrift

Herrn Missionsdirektor KR Dr. Berg

Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

2 Hamburg 13, den 21.3.1968
Mittelweg 143

Az. 222/E.

An die
Mitglieder des Deutschen Evangelischen Missions-Rates

Sehr verehrtes Fräulein Schmidt,
sehr geehrte Herren!

Wie Sie wissen, sind für die nächste Sitzung des Deutschen Evangelischen Missions-Rates die Tage des 2. und 3. Mai 1968 in Berlin vorgesehen. Herr Bischof Harms bittet darum, daß die Sitzung am 2.5. im Berliner Missionshaus bereits um 9.00 Uhr beginnt (nach seinen Erfahrungen der letzten Zeit ist dies durchaus möglich) und am 3.5. von 9.00 bis 15 Uhr fortgesetzt wird. Tagungsstätte für diesen zweiten Tag ist diesmal, wie von Herrn Kirchenrat Berg in der Januarsitzung angeboten, das Haus der Mission in Berlin 41 (Friedenau), Handjerystr. 19/20. Dementsprechend hat freundlicherweise die Goßner-Mission vorsorglich auch Unterkünfte im näheren Umkreis des Missionshauses (im Christlichen Hospiz Friedenau, im Gästeheim der Philippusgemeinde, in der Pension Heltze~~2~~ und im Haus der Mission) vermittelt mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass sie ein wenig bescheidener seien als diejenigen in der City.

Friedenau ist vom Flughafen Tempelhof verhältnismäßig günstig zu erreichen. Darüber geben wir Ihnen später noch genaue Auskunft, wenn wir Ihnen mitteilen können, wo jeweils für Sie ein Zimmer reserviert ist.

Darf ich Sie nach alter Übung wiederum um Hersendung der ausgefüllten Anmeldekarten bitten?

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Ursula Ebert

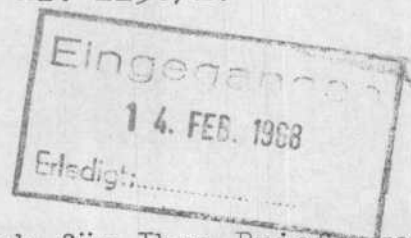
1 Anlage 2. K.

**DEUTSCHER EVANGELISCHER
MISSIONS-RAT**

2000 Hamburg 13, den 13.2.1968
Mittelweg 143 · Ruf 41 70 21
Telegramme: Missionsrat Hamburg

Herrn
Missionsdirektor Kirchenrat Dr. Chr. Berg
1 Berlin 41
Handjerystr.19/20

Az. 2230/E.



Sehr geehrter Herr Direktor!

Ihnen und Fräulein Ellmann danken wir herzlich für Ihre Briefe vom 5. und 6. Februar und für alle Mühe und Sorge, die Sie sich um das Wohl des Missions-Rates anlässlich seiner Sitzung am 3. Mai ds.Js. machen. Ich beabsichtige, etwa Anfang März das übliche Rundschreiben an die Mitglieder des Missions-Rates zu schicken, dem vorbereitete Anmeldekarten beiliegen werden. Aus den Antworten werde ich dann ersehen und Ihnen mitteilen können, mit wievielen Sitzungsteilnehmern wir zu rechnen haben und wieviele Zimmer endgültig gebraucht werden.

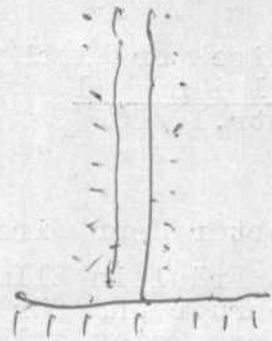
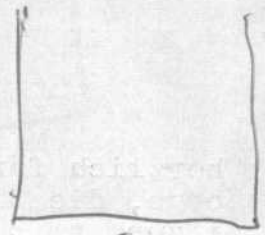
Wir alle hier grüßen Sie herzlich, auch Herr Bischof Harms, der Freitag hier im Hause war.

Ihre

H. Ebert

RECEIVED BY THE DIRECTOR
MAY 1964

Room Number 15
Museum of the
Smithsonian Institution



Frau Reuter z. V. H.

6. 2. 1968
arbg/go

Fräulein Ebert
Deutscher Ev. Missions-Rat

2-Hamburg-13
Mittelweg 143

Sehr geehrtes Fräulein Ebert!

Fräulein Ellmann hat gestern ja eigentlich alles Notwendige zu Ihrem erfreulichen Vorhaben geschrieben, Anfang Mai die nächste Sitzung des D.E.M.R. bei uns im Missionshaus hier in Berlin abhalten zu wollen. Wir erwarten also zur gegebenen Zeit die Zahl der Teilnehmer, damit sich unsere Hausmutter entsprechend einrichten kann, sowie Ihre Quartierwünsche.

Für diesen Fall nur noch ein kurzes Wort von meiner Seite! Wir haben volles Verständnis dafür, wenn einige Herren aus Hamburg und von einzelnen Missionsgesellschaften etwas bequemer und komfortabler im Hotel am Steinplatz und eben in der City übernachten wollen, denn natürlich sind die Quartiere bei uns hier in der Nähe ein wenig bescheidener. Obwohl solche Bescheidenheit ja Leute der Mission zierte, habe ich, wie gesagt, volles Verständnis, wenn einige Herren im Zentrum Berlins bleiben möchten, nur eben, wir sollten es rechtzeitig wissen.

Dies wärs für heute in diese Sache.

Mit herzlichen Grüßen an Sie persönlich
sowie Ihre lieben und verehrten Herren bin ich

Ihr



5. Februar 1968
el.

An den
Deutschen Evang. Missions-Rat
z.Hd. Fräulein Ebert

2 Hamburg 13
Mittelweg 143

Sehr geehrtes Fräulein Ebert!

Da Herr Dr. Berg in der vergangenen Woche zu Sitzungen in Westdeutschland unterwegs war, hatte ich erst heute Gelegenheit, mit ihm wegen der Sitzung des DEMR hier im Missionshaus zu sprechen. Ich bin also ermächtigt, Ihnen zu bestätigen, daß wir den 3. Mai vorgemerkt haben. Unsere Hausmutter ist gern bereit, an dem Tag für ein komplettes Mittagessen zu sorgen, das ohne Umstände im Haus eingenommen werden kann.

24 Einzelzimmer sind für die Zeit vom 1. - 3. Mai vorsorglich reserviert, und zwar im Christlichen Hospiz Friedenau, im Gästeheim der Philippusgemeinde, in der Pension Helzel und in unserem Haus. Wir erwarten nunmehr von Ihnen Bescheid, wieviel Teilnehmer ihr Kommen fest zugesagt haben, damit wir das Abbestellen der entsprechenden Zimmer nicht zu spät vornehmen brauchen.

Herr Dr. Berg, der auch heute wieder durch eine Tagung verhindert ist, wird in den nächsten Tagen noch in einem Brief näher auf die Angelegenheit eingehen.

Mit freundlichen Grüßen

(Sekretärin)

Christliches Hospiz, Freiestr. 68 7 Einzelzimm. vom 1. - 3. Mai R.

Philipps

5 "

Ebert

2 "

Gossner

10 "

Vermerk für Herrn Dr. Berg

Die Geschäftsstelle des Missions-Rates - Frä. Ebert - rief heute an und bat als Reaktion auf unser Schreiben um feste Vormerkung des 3. Mai, wo der Missions-Rat im Gossner Haus von 8.30 Uhr bis ca. 15.00 Uhr eine Sitzung haben wird.

Es werden etwa 20 - 25 Personen erwartet, für die vom 1. - 3. Mai etwa 23 - 24 Einzelzimmer zu reservieren seien, 23. für 2 Nächte und 1 für eine Nacht, vom 2. zum 3.

Frä. Ebert erinnerte daran, daß der 1. Mai ein Feiertag sei und die Reservierung von Zimmern vielleicht entsprechend schwierig.

Es wurde gefragt, ob ein Imbiss gereicht werden könne, was ich natürlich bejahte. Frä. Ebert wartet auf eine Nachricht von uns.

26.1.1968

Elber

4. Januar 1968
drbg/el.

An den Vorsitzenden
des Deutschen Evang. Missions-Rates
Herrn Bischof D. H.H. H a r m s

z.Zt. Berlin

Betrifft: Zukünftige Sitzungen des Missions-Rates in Berlin

Hochwürdiger Herr Bischof, lieber Bruder Harms!

Herzliche Segenswünsche zum Neuen Jahr zuvor -- und eine Kleinigkeit, die auf diesem Wege vorzubringen, sicher nicht unziemlich sondern an der Zeit ist!

Ab Anfang Februar 1968 werden vier in West-Berlin arbeitende Missionsgesellschaften ihren Sitz in einem Hause haben. Wie immer sein offizieller Name heißen wird, es wird "das Missionshaus" in West-Berlin sein und nicht mehr nur das Haus einer kleinen Missionsgesellschaft. So wäre es wahrscheinlich wohlgetan, wie der Missions-Rat ja in Ost-Berlin ständig und selbstverständlich im Haus der Berliner Mission in der Georgenkirchstraße tagt, wenn er dementsprechend seine Sitzungen, wenn nicht ständig, so doch immer wieder, so oft er in Berlin zusammentritt, eben im Missionshaus in der Handjerystraße abhält.

Es ist nahezu selbstverständlich, daß die Arbeitsgemeinschaft für Weltmission bei ihren Sitzungen in Berlin in Räumen der Kirchenleitung tagt, weil sie ja in besonderer Weise für die Integration von Kirche und Mission steht, aber beim Missions-Rat schiene es mir im oben gesagten Sinn richtig und angemessen, wenn er nicht am Missionshaus in West-Berlin vorbei zusammenträte.

Ich halte mir freilich vor Augen, daß entstandene Gewohnheiten auch das noch zum Problem machen könnten, nicht zuletzt auch die praktischen Erwägungen der Nähe des S-Bahnhofes Zoo und die größeren Hotels in der City. Aber so j.w.d. liegen wir nun wiederum auch nicht.

Ob Sie es nun schon am Schluß der jetzigen Sitzung vorbringen wollen oder in der Hauskonferenz in Hamburg gebührend erwägen lassen möchten, auf jeden Fall schien mir richtig, Sie diese Anregung auf schriftlichem Wege wissen zu lassen. Und wenn Sie sie zugleich als herzliche Einladung verstanden haben, so ist das nochmals genau richtig.

Mit ehrerbietigen und brüderlichen Grüßen

Ihr



DEUTSCHER EVANGELISCHER MISSIONS-RAT

Vorstand:

Hauptpastor D. Hans Heinrich Harms
Direktor D. Gerhard Brennecke
Missionsdirektor D. Dr. Martin Pörksen

Geschäftsführer:

Dipl.-Kfm. Helmut Bannach

Theologische Referenten:

Pastor Dr. Gerhard Hoffmann
Pastor Dr. Günter Linnenbrink
Pastor Dr. Niels-Peter Moritzen

Studiensekretär:

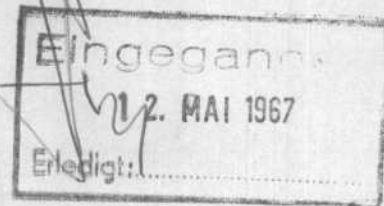
Prof. D. Theodor Müller-Krüger

Akt.-Z. 1568/67 HHH/Schr.

2 HAMBURG 13, den 11. Mai 1967
Mittelweg 143

Herrn Kirchenrat
Dr. Christian Berg
Gossner Mission

1000 Berlin 41
Handjerystraße 19 - 20

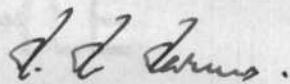


Lieber Bruder Berg!

Mit mir ist die Hauskonferenz des Missionsrates sehr dankbar, daß Sie sich entschlossen haben, einer Wahl in den Missionsrat zuzustimmen. Lassen Sie es mit dieser kurzen Nachricht genug sein. Ich kann nur noch einmal versichern, wie dankbar ich persönlich bin, daß die Zusammenarbeit sich in den nächsten Jahren auf diese Weise verstärken wird und wir uns öfter begegnen werden.

Mit herzlichen, brüderlichen Grüßen
in alter Verbundenheit

Ihr


Senior D. H. H. Harms

9. Mai 1967
drbg/el.

Persönlich

An den Vorsitzenden
des Deutschen Ev. Missionstages
Herrn Senior D. H.H. H a r m s

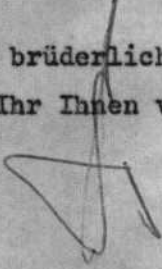
2 Hamburg 13
Mittelweg 143

Lieber Bruder Harms!

Als Sie mich Mitte April in der Lebensstraße wegen meiner etwaigen
Zuwahl zum Deutschen Evangelischen Missions-Rat befragten, die Sie
im Herbst dem Missionstag vorzuschlagen erwogen haben, war Ihnen ge-
wisß deutlich, daß mir diese Ihre Anfrage überraschend kam, und ich
schwankte, ob das für Sie und für mich wohlgetan sei. Das hat sich
auch in den nächsten 14 Tagen kaum geändert, so daß ich mich ent-
schloß, die Brüder in der Gossner-Arbeit in dieser Sache um Ihren
Rat zu befragen.

Sie haben mir zugeredet, Ihre Anfrage positiv zu beantworten, und ha-
ben keinen Grund zur Ablehnung gesehen. Da ich - bisweilen wenigstens! -
auf guten und sachlichen Rat höre, soll also Ihre Anfrage auch dement-
sprechend mit diesen Zeilen beantwortet sein. Wenn Sie der Meinung
sind, daß meine Mitwirkung im Missions-Rat von Nutzen sein könnte,
mag der Vorschlag erfolgen, und ich werde mich bemühen, im Falle mei-
ner Zuwahl meine Pflicht zu erfüllen soweit es in meinen Kräften steht.

Mit guten und brüderlichen Wünschen
bin ich Ihr Ihnen verbundener



16. Februar 1967
drbg/el.

Herrn
Pastor Dr. N.P. Moritzen
Deutscher Ev. Missions-Rat

2 Hamburg 13
Mittelweg 143

Lieber Bruder Moritzen!

Herzlich danke ich Ihnen und den Brüdern, die an unserem Gespräch teilnahmen, für die freundliche und brüderliche Aufnahme. Daß Sie für das gemeinsame Mittagessen einen so wirklich schönen und für Hamburg kennzeichnenden Platz ausgesucht haben, habe ich sehr genossen.

Sie werden vielleicht ein wenig enttäuscht gewesen sein, daß ich Ihnen meinerseits eigentlich so gar nicht sekundiert habe in Ihrer Bereitschaft, noch einmal den Vorschlag "Das Wort in der Welt" aufzunehmen; obwohl Sie verstanden haben müßten, warum ich nach meinen Bemühungen längerer Jahre darin so zurückhaltend geworden bin. Als ich nachmittags noch Bruder Melzer einen Besuch abstattete, kam er noch einmal mit (relativem) Feuereifer auf die Sache zu sprechen und meinte, das müsse gelingen, wenn man vorher eine sorgfältige "Generalstabs-Arbeit" leiste. Das hat mich nun doch irgendwie gerührt und bewegt, und ich will Ihnen gern anbieten, mit Ihnen, mit ihm und einem vierten positiv ~~eingestellten~~ und kundigen Bruder - sagen wir für 1 1/2 Tage - in Klausur zu gehen und die ganze Sache einmal genau in sorgfältiger Arbeit durchzubuchstabieren. Es könnte dabei eine Menge herauskommen und vielleicht doch noch gelingen - wenn denn die Zeit reif ist - und eine Reihe maßgebender Brüder im Lande davon zu überzeugen sind, daß wir ohne eine solche großzügige Planung nicht auskommen können und sollen. Nehmen Sie dies Angebot so ernsthaft, wie es gemeint ist. Ich will mich bemühen, jederzeit und in jedem Ort mich dafür freizumachen.

Daß ich - zumal in der Kollision der Termine - nicht als Spätling in Ihren Kasseler Ausschuß kommen möchte, sondern lieber am 13.3. in Frankfurt bin, um über den Literaturproblemen mitzudenken und dann nach 14-tägiger Abwesenheit nach Hause zurückzukehren, wo dann gerade Bruder Seeberg eingetroffen sein wird, das werden Sie gewiß verstehen. Ich habe soeben nach Kassel meine Nichtteilnahme mitgeteilt.

Mit herzlichen und brüderlichen Grüßen
bin ich Ihr



DEUTSCHER EVANGELISCHER MISSIONS-RAT

Vorstand:

Hauptpastor D. Hans Heinrich Harms
Direktor D. Gerhard Brennecke
Missionsdirektor D. Dr. Martin Pörksen

Geschäftsführer:

Dipl.-Kfm. Helmut Bannach

Theologische Referenten:

Pastor Dr. Gerhard Hoffmann
Pastor Dr. Günter Linnenbrink
Pastor Dr. Niels-Peter Moritzen

Studiensekretär:

Prof. D. Theodor Müller-Krüger

Akt.-Z. Mo/Ma

2 HAMBURG 13, den 8. Februar 1967
Mittelweg 143

Herrn Kirchenrat
Dr. Christian Berg
Goßner-Mission

1 Berlin 41
Handjerystr. 19-20

Eingegangen
- 9. FEB. 1967
Erledigt:

Verehrter, lieber Bruder Berg!

Herzlichen Dank für Ihre Zusage zum 14.2. Es ist das zunächst der Kreis, der sich zur regelmäßigen Arbeitsbesprechung trifft, Bruder Lohmann ist dabei und Senior Harms kommt von 11 Uhr an dazu.

Wir haben keine feste Agenda, dachten aber an die beiden weiterreichenden Vorschläge, die von Ihnen stammen und m.E. nicht zu den Akten getan werden dürfen, nämlich die gemeinsame Opferaktion und die Lösung der Goßner-Mission von der Goßner-Kirche. Auch einige andere Fragen besonders der Zusammenarbeit in der Mission hätten wir gerne ohne das Korsett einer festen Tagesordnung mit Ihnen besprochen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

N.P. Moritzen

(Pastor Dr. N.P. Moritzen)

Termin
25. Januar 1967
drbg/el.

Herrn
Pastor Dr. N.P. Moritzen
Deutscher Evang. Missionsrat

2 Hamburg 13
Mittelweg 143

14.2. in Security
prinzip
J. J. 15/2

Betrifft: Ihr Schreiben vom 19.1.1967 - Akt.z.: 2106/Mo-h.

Lieber Bruder Moritzen!

Vielen Dank für die schriftliche Bestätigung jener Einladung zu einer Hauskonferenz im Mittelweg 143 im Laufe des Monats Februar, die Sie mir schon Ende November 1966 mündlich hier übermittelten.

Da ich am 25.2. einen etwa 10-tägigen Vortragsdienst in der Schweiz beginnen muß, werden Sie es gewiß verstehen, wenn ich unter den beiden angebotenen Terminen lieber den 14.2. wähle, auch wenn Ihre Beratungen an diesem Tag nicht so weit gespannt sein werden wie am 24., wo Sie die diesjährige Thematik des Missionstages diskutieren und vorbereiten wollen.

Was Sie eigentlich von meiner Anwesenheit erwarten, ist mir nicht ganz klar, aber ich lasse mich gern überraschen und bin jederzeit für ein offenes Gespräch zu haben. Ich hoffe, es kommt nichts mehr dazwischen, daß ich am Dienstag, dem 14. Februar, ab 9.00 Uhr früh bei Ihnen sein kann.

Mit freundlichen Grüßen an Sie und alle Brüder im Hause bin ich

Ihr Ihnen verbundener

0411 842321 Nordt

DEUTSCHER EVANGELISCHER MISSIONS-RAT

Vorstand:

Hauptpastor D. Hans Heinrich Harms
Direktor D. Gerhard Brennecke
Missionsdirektor D. Dr. Martin Pörksen

Geschäftsführer:

Dipl.-Kfm. Helmut Bannach

Theologische Referenten:

Pastor Dr. Gerhard Hoffmann
Pastor Dr. Günter Linnenbrink
Pastor Dr. Niels-Peter Moritzen

Studiensekretär:

Prof. D. Theodor Müller-Krüger

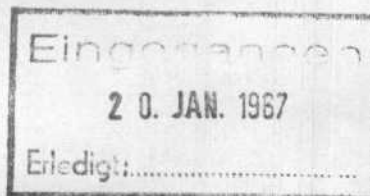
Akt.-Z. 2106/Mo-h.

2 HAMBURG 13, den
Mittelweg 143

19. Januar 1967

An die
Goßner Mission
z. Hd. Herrn Kirchenrat
Dr. Christian Berg

1000 Berlin 41
Handjerystraße 19/20



Sehr verehrter lieber Bruder Berg!

Mit einem herzlichen Gruß der Brüder von der Hauskonferenz verbinde ich die Einladung, Sie möchten, wenn Ihnen das möglich ist, uns am 24. Februar (Freitag) besuchen. Dann soll auf einer erweiterten Hauskonferenz der Missions-Tag 1967 vorbereitet werden, und wir haben einzelne Brüder dazu eingeladen. Die Thematik des DMT 1967 soll etwa: "Präsenz und Zeugnis" sein und gerne etwas Hilfreiches über den Dienst des Missionars aussagen. Falls Ihnen dieser Termin und/oder dieser Anlaß nicht gelegen sind, möchten wir den 14. Februar (Dienstag) als Alternative für die geplante Aussprache mit Ihnen anbieten. Unsere Hauskonferenzen beginnen um 9 Uhr. Am 24. werden wir den Nachmittag hinzunehmen müssen, am 14. könnten wir wohl mit dem Mittagessen schließen.

In Erwartung einer Antwort
grüßt herzlich Ihr

N. P. Moritzen
(Pastor Dr. N.P. Moritzen)

Sitzungen des DEMR

Eingegangen

16. JAN. 1969

Erledigt:

Niederschrift

über eine Besprechung zwischen der Goßner-Mission und DEMH /
DEMR / EAGWM am 19.12.1968 in Hamburg über "Wort in der Welt".

Am Donnerstag, den 19.12.1968 fand in Hamburg (Mittelweg 143) eine Besprechung zwischen der Goßner-Mission und Deutscher Evang. Missionshilfe / Deutschem Evang. Missionsrat / Evang. Arbeitsgemeinschaft für Weltmission statt. Sie dauerte von 10.15 Uhr bis 12 Uhr.

Anwesend waren

von der Goßner-Mission: Berg und Seeberg
von DEMH/DEMR/EAGWM: Bannach, Hoffmann, Melzer, Ruf

Gesprächsleitung und Niederschrift: Ruf

Ausgehend von dem Beschluß des Kuratoriums der Goßner-Mission, ab 1970 die eigene Zeitschrift "Die Gossner-Mission" aufzugeben und dafür die Zeitschrift "Das Wort in der Welt/allgemeine missionsnachrichten" (WidW) zu übernehmen, erklärte Berg, daß die Goßner-Mission dabei nicht als Bezieher, sondern als "Mitträger" vom WidW auftreten möchte.

Seeberg teilte mit, daß die Goßner-Mission gegenwärtig ca. 19 000 Stück ihrer Zeitschrift "Die Gossner-Mission" kostenlos versendet. Dazu kommen Informations- und Kinderbriefe. Wegen Überlappungen müßte bei der Übernahme von WidW eine Reduzierung auf rd. 10 000 vorgenommen werden. Die Leserschaft der "Gossner-Mission" ist etwa jeweils zur Hälfte ländlich und städtisch.

Bei der Frage, die Zeitschrift WidW zu übernehmen, bestehen verschiedene Möglichkeiten.

- 1a) Die Bezieherkartei der "Gossner-Mission" wird dem Verlag der DEMH überlassen. In diesem Fall könnte vielleicht mit nur 500 und 600 festen Bestellungen von WidW gerechnet werden, auch wenn die Goßner-Mission den Bezug empfiehlt. Die Goßner-Mission versendet bei dieser Möglichkeit besonders kein eigenes Mitteilungsblatt.
- 1b) Die Goßner-Mission überläßt die Bezieher ihrer Zeitschrift der DEMH (wie oben) und versendet ihrerseits ein kleines "familiäres" Mitteilungsblatt.
- 2a) Die Goßner-Mission versendet WidW für 1 Jahr kostenlos an die Bezieher ihrer Zeitschrift; erst dann sollen sich diese für eine Bestellung entscheiden. Ein eigenes Mitteilungsblatt wird von der Goßner-Mission nicht versandt.

- 2b) In diesem Fall wird ein Mitteilungsblatt beigelegt (vgl. 1b).
- 3) Die letzte Möglichkeit unterscheidet sich von Nr. 2 nur dadurch, daß der Versand von WidW von der Druckerei in Breklum vorgenommen wird, wobei noch die Frage besteht, ob das Mitteilungsblatt der Goßner-Mission auch in Breklum gedruckt werden soll.

Die finanziellen Konsequenzen

Mit Ausnahme von Möglichkeit 1, die sich nicht empfehlen würde, ist mit höheren Werbungskosten zu rechnen. Hat die Goßner-Mission für Zeitschriften und Werbung jetzt einen Etat-Titel von 40 000 DM, so wären dann allein für WidW 30 000 DM anzusetzen, wenn pro Nummer nur 50 Pf. zu zahlen sind.

Bei dem üblichen Höchststrabatt von 35 % würde der Stückpreis 65 Pf. betragen. Die Herstellungskosten reichen nahe an diesen Betrag heran. Die Goßner-Mission erklärt sich als "Mitträger" von WidW bereit, einen Betrag zu zahlen, der 5 Pf. über den Herstellungskosten liegt. Die DEMH dagegen bietet für das 1. Jahr einen Sonderpreis von 50 Pf. pro Stück an. Bis zum 1. August 1969 muß die Goßner-Mission für ihre Kuratoriumssitzung im Früh-Herbst und die Beratung des Etats 1970 darüber endgültig Bescheid haben. Die DEMH wird bei ihrem Verwaltungsrat eine schriftliche Abstimmung durchführen, da die nächste Sitzung erst im September stattfindet. Die anwesenden Vertreter der DEMH sind überzeugt, daß der Verwaltungsrat eine positive Entscheidung treffen wird, da die nötigen Rücklagen für Werbezwecke vorhanden sind.

Zur Gestaltung

Seeburg gibt Anregungen für die Gestaltung des Artikel- und Nachrichtenteils. In beide Teile möchte die Goßner-Mission Beiträge einbringen, die sich nicht auf Indien beschränken, sondern verschiedene Gebiete in der Welt betreffen. Außerdem wird die Goßner-Mission eine 4-seitige Beilage gestalten, die am Anfang eingefügt werden soll, was durch eine Verschiebung des Umbruchs möglich ist. Im Impressum wird die Goßner-Mission in geeigneter Weise berücksichtigt werden. Sie wird auch im Redaktionsausschuß vertreten sein, der seine ordentlichen Sitzungen vor oder nach den jährlichen Tagungen der Arbeitsgemeinschaft für missionarisches Schrifttum abhält.

gez. Berg

gez. Ruf

P r o t o k o l l
d e r

Sitzung der Südafrika-Kommission vom 16.12.1968
in Berlin

Anwesend: Brennecke, Wesenick, Böttcher, Dühr, Falkenroth, Florin, Groth, Kremkau, Lehmann, Linnenbrink, Meckel, Schlingensiepen, Tecklenburg, Zimmermann.

Entschuldigt: Althausen, Becker, Hopf, Lohmann.

Protokoll: Linnenbrink

Wesenick eröffnet die Sitzung mit Verlesen der Losung und C. Die Tagesordnung wird um eine Information über die Missionäre Häselbarth, Fobbe und den Auslandspastor Windisch (Johannesburg) ergänzt.

1. Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der Sitzung vom 9.9.1968 wird genehmigt.

2. Das Problem des Doppelamtes des Missionars in Süd- und Südwestafrika.

Groth erläutert das entsprechende Memorandum der Rheinischen Mission sowie die Zusammenstellung von Verlautbarungen aus Protokollen der RMG, Korrespondenz zwischen Heimat- und Feldleitung, Referaten etc. zu diesem Thema. Er bittet diese Zusammenstellung vertraulich zu behandeln. Nach seinen Worten gibt es in der ELK (Rheinische Missionskirche in SWA) z.Z. nur noch drei offizielle Doppelämter, dazu einige wenige inoffizielle. Die Tendenz ist jedoch eindeutig rückläufig. Die anschließende Diskussion geht wesentlich um die Frage, inwieweit das Doppelamt geeignet ist, eine Brücke ökumenischer Verbundenheit zwischen den schwarzen und weißen Gemeinden zu bilden. Als Ergebnis dieser Diskussion ist festzuhalten:

Die Südafrika-Kommission hat sich ausführlich mit den Möglichkeiten und Schwierigkeiten des Doppelamtes befaßt. Sie ist dabei zu der Überzeugung gekommen, daß das Doppelamt wegen der mit ihm verbundenen Schwierigkeiten kein geeignetes Instrument ist, ökumenische Verbundenheit zwischen schwarzen und weißen Gemeinden zu schaffen. Dieser Brückenschlag ist vielmehr eine Sache des persönlichen Engagements der Pastoren, unabhängig von der Institution des Doppelamtes. Darüber hinaus empfiehlt die Kommission, auf Kirchenleitungsebene Möglichkeiten zu schaffen und Regelungen zu treffen, die das immer stärker werdende Auseinanderleben der weißen und schwarzen Gemeinden verhindern. Als ein gutes Beispiel ist hier das gemeinsame Missionskomitee der ELK, DELK und ELOK in SWA zu nennen.

Auf Antrag Meckels wird außerdem beschlossen, den DEMR und die EAGWM zu bitten, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, damit die Gliedkirchen der EKD genügend qualifizierte Kandidaten für die wichtige missionarische Arbeit in den Gemeinden der DELK freistellen.

3. Verfassung des Marang Lutheran Theol. Seminary

Meckel erläutert die Anfragen der Berliner Mission hinsichtlich der Trägerschaft, der Bekenntnisgrundlage und der Finanzierung des Seminars und legt die Gründe dar, warum die Südafrika-Kommission der geeignete Ort zur Behandlung dieser Fragen ist. Die Fragen lauten im einzelnen:

- a) Trägerschaft: Die Berliner Mission ist der Auffassung, daß die Verantwortung für dieses Seminar wie allgemein für Ausbildungsstätten ausschließlich Sache der Kirche bzw. Kirchen ist. In der Verfassung von Marang ist jedoch eine gemeinsame Verantwortung von Kirchen und Missionen (Hermannsburg u. Berlin) vorgesehen.

Ferner ist die Berliner Mission der Meinung, daß die FELCSA im Governing Board vertreten sein soll.

- b) Bekenntnisgrundlage: In dem Verfassungsentwurf vom 27.3.68 ist in Artikel III nicht mehr der entsprechende Text der Satzung des Lutheran Theological College in Umpumulo, sondern es werden bei der Aufzählung der reformatorischen Bekenntnisse die Confessio Augustana invariata und andere Bücher des Konkordienbuches mit Einschluß der Konkordienformel genannt. Die Berliner Mission lehnt die unabänderliche (vgl. Art. X/2) Nennung des Konkordienbuches in Artikel III "Die Bekenntnisgrundlage" ab. Sie sieht dadurch den notwendigen Dialog mit den reformierten Kirchen in SA wesentlich erschwert. Im übrigen hält sie die für die Mitgliedschaft im LWB notwendige Bekenntnisgrundlage als ausreichend auch für das Marang-Seminar.

- c) Finanzierung: Die Berliner Mission ist trotz ihrer schwierigen finanziellen Lage u.U. bereit, den von ihr erwarteten Beitrag zu leisten. Sie ist der Meinung, daß die Finanzierung über den Etat der FELCSA laufen soll.

Meckel teilt im Verlauf der Diskussion mit, daß nach seinen Informationen am 18.10.1968 die Verfassung gegen die Stimme des Vertreters der Berliner Mission verabschiedet worden ist. Wesenick ist davon nichts bekannt. Er betont in diesem Zusammenhang noch einmal, daß die Heimatleitung der Hermannsburg Mission sich grundsätzlich nicht in Fragen der Lehre, des Bekenntnisses u.ä. einmischt, da dies in der unmittelbaren Verantwortung der betroffenen Kirchen liegt.

Linnenbrink wird beauftragt, bei dem Exekutivsekretär der FELCSA, Miss. Schmale, den Text des Protokolls der Sitzung vom 18.10.1968 zu erbitten. Außerdem wird er beauftragt, nach erfolgter Bestätigung durch den DEMR und den Verbindungsausschuß der EAGWM die FELCSA zu fragen, ob sie nicht ein Gremium zu bilden bereit wäre, das als korrespondierender Partner zur Südafrika-Kommission fungieren könnte.

Wesenick erklärt sich bereit, während seines Besuches in SA zu fragen, wie weit die Mitwirkung der Missionen als "kooperierende Größen" im Governing Board von Marang unter dem Gesichtspunkt der gesetzlich festgelegten Eigentums- und Rechtsverhältnisse erforderlich erscheint. Sollte das der Fall sein, so wäre nach Meinung der Kommission eine Regelung dieser Frage in einem speziellen Agreement bzw. in den By-laws vorzuziehen.

4. Dokumentation und Information über Süd- und Südwestafrika

Linnenbrink teilt mit, daß die Pressestelle der EAGWM und des DEMR bereit ist, die von der Südafrika-Kommission erbetene Dokumentation zur Versendung an die Mitglieder der Kommission, die mit ihr verbundenen Kirchen und an das Kirchliche Außenamt der EKD zusammenzustellen. Die Pressestelle ist außerdem grundsätzlich bereit, alle SA und SWA betreffenden relevanten Informationen zentral zu erfassen und sie Interessenten zugänglich zu machen. Dabei erbittet die Pressestelle die Mithilfe der Kommissionsmitglieder.

Die Mitglieder der Kommission erklären sich bereit, der Pressestelle regelmäßig alle relevanten Informationen - auch vertraulicher Art - zur Verfügung zu stellen. Die Südafrika-Kommission bittet die Pressestelle, alle 2 Monate gezielte Informationen über die kirchliche und politische Situation in SA und SWA an die Öffentlichkeit zu geben.

Der DEMR wird auf seiner Sitzung am 10/11.1.1969 gebeten, diesen Beschluß der Kommission zu bestätigen.

5. Eichholz-Memorandum zur Frage der Möglichkeiten und Nützlichkeit des Einsatzes weißer Mitarbeiter in der ELK

Groth weist darauf hin, daß dieses Memorandum bisher weder in der ELK noch in der Heimatleitung der Rheinischen Mission diskutiert worden ist. Es kann darum hier nur um eine erste Meinungsbildung in der Kommission gehen. Falkenroth, der kürzlich in SWA war und einige Tage mit Eichholz zusammen in Outjo war, erläutert den Hintergrund dieses Memorandums. Eichholz sucht in erster Linie das Gespräch mit der ELK. Er will darauf aufmerksam machen, daß der weiße Mitarbeiter nicht mehr die Rolle eines Stationsmissionars ausüben kann. Das Problem besteht darin, den Platz zu finden, wo der weiße Mitarbeiter sinnvoll eingesetzt werden kann. Nach Eichholz' Erfahrungen bietet sich dazu die Arbeit auf der "Kringebene" an. Wenn Eichholz auch die spezielle Situation von Outjo im Blick hat, so entspricht sie doch im wesentlichen der allgemeinen Situation in der ELK. Das Ziel muß eine weitgehende Funktionalisierung des Missionarsamtes sein.

In der Diskussion wird u.a. darauf hingewiesen, daß in anderen Gebieten die Missionen ebenfalls sich stärker auf funktionale Dienste einzurichten haben. Dies gilt besonders für das Gebiet der "Urban and Industrial Mission".

6. Information über Häselbarth, Fobbe und Windisch

a) Meckel berichtet, daß der Missionar der BM Häselbarth, Dozent am Theologischen Seminar in Umpumulo, auf Anordnung der Regierung der Südafrikanischen Republik das Land bis zum 31.12. 1968 verlassen haben muß. Gründe für diese Maßnahme wurden weder der Kirche noch dem Betroffenen genannt.

b) Pfarrer Fobbe, langjähriger Missionar der Berliner Mission im Vendaland (SA), wurde ebenfalls ohne Angabe von Gründen die Wiedereinreise nach Südafrika verweigert.

Nach eingehender Diskussion gibt die Südafrika-Kommission angesichts dieser Vorgänge die folgende Erklärung ab:

"Die Südafrika-Kommission nimmt mit Bestürzung zur Kenntnis, daß die Regierung der Südafrikanischen Republik ohne Angabe von Gründen den Missionar der Berliner Mission, Hans Häselbarth, zum 31.12.68 des Landes verwiesen hat. Desgleichen gibt die Kommission ihrer Betroffenheit darüber Ausdruck, daß dem Berliner Missionar Christian Fobbe ebenfalls ohne Angabe von Gründen die Wiedereinreise nach Südafrika nicht gestattet worden ist.

Durch beide Maßnahmen wird die Unsicherheit der kirchlichen Arbeit in SA entscheidend verstärkt. Darüber hinaus stellen sie eine Behinderung der Freiheit der Religionsausübung in SA dar."

Diese Erklärung wird der FELCSA zur Kenntnis gegeben.

- c) Kremkau berichtet über Pastor Windisch (Windhoek). Der Kirchenvorstand seiner Gemeinde hat an das Kirchliche Außenamt die Bitte gerichtet, Windisch abzuberaufen. Anlaß für diese Bitte waren die gegensätzlichen Auffassungen zur Rassenpolitik und zur Verantwortung der Kirche. Das KA/EKD hat dem Kirchenvorstand mitgeteilt, daß es sich außerstande sieht, Windisch gegen seinen Willen abzuberaufen. Im übrigen hat sich der Pfarrerkonvent der Transvaal-Kirche nach Auskunft von Präs. Wernecke die theologischen Argumente im wesentlichen zu eigen gemacht.

Das KA/EKD hat nun noch einmal die Kirchenleitung u. Pastor Windisch um eine abschließende Stellungnahme gebeten und zugleich dem Kirchenvorstand mitgeteilt, daß das KA/EKD sich nicht in der Lage sieht, einen Nachfolger für Windisch zu beschaffen, da es die Gründe für die erbetene Abberufung von Windisch nicht akzeptieren kann.

7. Verabschiedung von D. Brennecke

Wesenick dankt im Namen der Südafrika-Kommission D. Gerhard Brennecke, der aus Gesundheitsgründen aus dem Dienst der Berliner Mission zum 17.12.1968 ausscheidet, für seine segensreiche Tätigkeit als 1. Vorsitzender dieser Kommission und wünscht Gottes Segen für seinen weiteren Lebensweg.

8. V e r s c h i e d e n e s

- a) Auf Beschluß der Kommission soll in jeder Sitzung ein Bericht über die Lage der Missionen in ihren Arbeitsgebieten gegeben werden.
- b) Auf der nächsten Sitzung soll sich die Kommission ausführlich mit der "Message to the People of SA" befassen.
9. Termin: Ein Termin konnte wegen der bevorstehenden SA-Reise von Wesenick nicht festgesetzt werden, da das genaue Datum der Rückkehr noch nicht festliegt. Sollte es nötig sein, wird die Südafrika-Kommission zu einer a.o. Sitzung ohne ihren Vorsitzenden einberufen. Im übrigen wird der Termin der nächsten Sitzung den Mitgliedern der Kommission in Kürze mitgeteilt werden.

3.17.1

fey

Protokoll

der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für Frauenmission
am 1./2. Oktober 1968 in Königsfeld

Anwesend: Prof. Müller-Krüger, Frau v. Dewitz,
Frau Dr. Jäschke, Frau Dr. Jenny, Schwester
Magdalena Keding, Frau Kleimenhagen, Sup. Möller,
Frau Müller-Krüger, Schwester Paula Schumm
(nur 1.10.), Frau Thomä;

als Gäste: Miss Betty D. Gibson (früher IMC),
Gräfin Münster, Frau Herr/Basler Mission,
Schwester Lucie Olpp/RMG, Frau Ottmüller/MBK-
Mission, Ebert/Geschäftsstelle DEMR.

Die Sitzung beginnt am 1. Oktober 19.30 Uhr (bis 21.30^h)
und wird am 2. Oktober, eingeleitet durch eine von Sup.
Möller gehaltene Andacht, von 8.30 bis 10.30 Uhr fortgesetzt.

In Dankbarkeit wird der heimgegangenen Mitglieder
Frau Gertrud v. Bülow und Frau Alexandrine Schmidt gedacht.

Der Vorsitzende dankt Frau Thomä für die Herausgabe des
Buches "Frauen unterwegs in die Zukunft. Berichte, Er-
zählungen, Aufgaben aus vielen Ländern" (Ev. Missionsverlag,
Stuttgart; DM 15,80).

1. Genehmigung von Protokollen

Das Protokoll der Sitzung vom 17.9.67 in Bad Liebenzell
wird bestätigt, ebenso das Protokoll der Besprechung
vom 6.3.68 in Halle.

2. Rüstzeit für Mitarbeiterinnen der Frauen-Mission

Wie geplant soll am 21./22. November 1968 in Berlin eine
Rüstzeit stattfinden. Die "sozialethische Studententagung"
über Fragen der Familienplanung bietet 3 Referate:

Verantwortliche Familienplanung (Frau Med.Rat Dr. Blumen-
thal)

Die Verantwortung der Christen in der Frage der Familien-
planung (Dir. Dr. F. Winter)

Fragen der Familienplanung in Indien (Dr. med.H.-J. Mollat)

Darüber hinaus werden etwa 6 - 7 Berichte von Urlauberinnen
aus verschiedenen Arbeitsgebieten erbeten. Als Bericht-
erstatte(r)innen stehen in Aussicht (in Klammern ist je-
weils die Vermittlerin/der Vermittler angegeben): Schw.
Elsbeth Stroh/Japan (Sup. Möller), 1 oder 2 Schwestern
aus Irian-Barat (Schw. Lucie Olpp), Schw. Lotte Hofmann/
Ceylon (Frau v. Dewitz), Frau Dr. Marianne Pflugfelder/
Südindien (Frau Dr. Jenny), Frau Caspary/Tansania (Frau
Dr. Jäschke), Schw. Ilse Kunz / Ghana (Frau Thomä), eine
Lehrerin aus Nigeria (Frau Kleimenhagen).

Der Vorsitzende erbittet bis spätestens 19.10.68 endgültige Nachricht, mit welchen Berichterstatterinnen fest zu rechnen ist.

Von den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft nehmen an der Tagung teil: Frau v. Dewitz (Stellv.: Schw. Magdalena Keding), Frau Herr, Frau Kleimenhagen, Frau Müller-Krüger, Prof. Müller-Krüger.

3. Vertretung der Frauenmission im DEMR

Die AGFrM bittet den DEMR, den durch den Heimgang von Frau Schmidt vakanten Platz im DEMR unbesetzt zu lassen, bis sie in der Lage sein wird, einen Namen vorzuschlagen. Ziel sollte nach Meinung des Vorsitzenden sein, daß die AGFrM mit zwei Stimmen im DEMR vertreten ist.

Der Vorsitzende erläutert die Satzung des DEMT in bezug auf die Vertretung der Mitglieder des DEMR. Nach § 7, 4a der Satzung haben diejenigen Mitglieder das Recht, sich im Falle ihrer Verhinderung vertreten zu lassen, die hauptamtlich einer sendenden Missionsgesellschaft angehören. Im Fall von Frau Schmidt hieß dies, daß sie sich aus den Reihen der MBK-Mission, nicht aber - wie von der AGFrM intendiert - aus den Reihen der AGFrM vertreten lassen konnte. Die AGFrM bittet den DEMR, in Zukunft bei einem von ihr nominierten Mitglied des DEMR die Sonderregelung der Vertretung aus den Reihen der AGFrM zuzulassen.

4. Schriftführung

Durch den Heimgang von Frau A. Schmidt und das Ausscheiden von Prof. Müller-Krüger entfallen die zwei bisherigen Bindeglieder zum DEMR. Um die Verbindung zum DEMR und seiner Geschäftsstelle zu gewährleisten, beruft die AGFrM auf Vorschlag des Vorsitzenden vorbehaltlich der Zustimmung des DEMR Ursula Ebert/Hamburg als Mitglied und Schriftführerin.

5. Mitglieder und ständige Gäste

Der Vors. verliest die Liste der Mitglieder der AGFrM, wie sie sich nach dem derzeitigen Stand (nach Ausscheiden Schw. Emma Meiers und des Vorsitzenden und nach dem Heimgang von Frau Alexandrine Schmidt) darstellt. Sie umfaßt den folgenden Personenkreis:

Frau G. Becker
Frau M. Böttger
Frau U. Brennecke (bis 1969)
Frau C. von Dewitz
Frau Pfarrerin G. Diestel
Frau Dr. E. Jäschke
Frau Dr. B. Jenny
Schwester M. Keding
Frau Klätte
Frau B. Kleimenhagen
Frau H. Leuze
Frau Oberin C. Mack (bis 1969)
Schwester P. Schumm
Frau H. Thomä (bis 1969)
Frau Dr. J. Zimmermann
Pastor S. Groth
Pfarrer L. Pflaum
sowie Frau K. Müller-Krüger auf Bitten des DEMR als
Korrespondierendes Mitglied
auch während ihres Indonesien-
Aufenthaltes
und Sup. P.G. Möller als Berater.

Nach ihrer Geschäftsordnung kann die AGFrM bis zu 20 Mitglieder haben. Die AGFrM wählt vorbehaltlich der Bestätigung durch den DEMR folgende neue Mitglieder hinzu:

Schwester Lucie Olpp/Barmen anstelle von
Schwester Emma Meier,
Frau Elisabeth Ottmüller/Bad Salzuflen anstelle von
Frau Alexandrine Schmidt,
Ursula Ebert/Hamburg (vgl. Pkt. 4).

Die Betreffenden sind bereit, die Wahl anzunehmen.

Es wird daran erinnert, daß die Wahl jeweils für 6 Jahre gilt, Wiederwahl einmal möglich ist. Später sollten Neuendettelsau und Hermannsburg berücksichtigt werden.

Als Gast (ohne Stimmrecht) wird außer Gräfin Münster (als ehemaliges Mitglied) künftig zu den Sitzungen eingeladen: Schwester Elfriede Harder/Morgenländische Frauenmission. Frau Gertraud Herr/Basler Mission soll vorläufig ebenfalls als Gast eingeladen werden, weil Frau Thomä erst 1969 turnusmäßig ausscheidet. Die AGFrM ist Frau Thomä dankbar für die Bereitschaft, bis zu diesem Zeitpunkt weiter mitzuarbeiten (vgl. Pkt. 8).

6. Arbeitsausschuß

Nach der Geschäftsordnung der AGFrM vom September 1967 (Pkt. 6 a.b) wurden 1967 für ihren engeren Arbeitsausschuß bestimmt:

der Vorsitzende, Frau Becker, Frau Pfarrerin Diestel, Frau Dr. Jenny, Schw. Magdalena Keding, Frau Müller-Krüger, Frau Alexandrine Schmidt. Änderungen in der Zusammensetzung dieses Arbeitsausschusses ergeben sich durch den Wechsel im Vorsitz (der/die Vorsitzende gehört ex officio dem Ausschuß an), durch die Ausreise Frau Müller-Krügers nach Indonesien und durch den Heimgang von Frau A. Schmidt. Die AGFrM wählt neu in den Arbeitsausschuß hinzu: Frau Ottmüller und U. Ebert, so daß der Ausschuß wieder sieben Personen umfaßt:

Frau Thomä als Vorsitzende
Frau Becker
Frau Pfarrerin Diestel
Frau Dr. Jenny
Schw. Magdalena Keding
Frau Ottmüller
U. Ebert

7. Vertreterin der AGFrM in der Ev. Frauenarbeit in Deutschland

Die Vertretung der AGFrM in der Ev. Frauenarbeit in Deutschland wurde bis 1966 von Frau Gräfin Münster, seitdem von Frau Müller-Krüger wahrgenommen. Infolge der bevorstehenden Ausreise von Herrn und Frau Prof. Müller-Krüger nach Indonesien ist das Amt neu zu besetzen. Frau Müller-Krüger und Frau Gräfin Münster schildern die Aufgabe. Einmal jährlich ist die Mitgliederversammlung der Ev. Frauenarbeit in Deutschland, einmal jährlich eine ökumenische Tagung zu besuchen. Dort und bei anderen Gelegenheiten der Zusammenarbeit geht es darum, die missionarische Dimension in die evangelische Frauenarbeit einzubringen und umgekehrt die vielfältigen Perspektiven der evangelischen Frauenarbeit für die AGFrM fruchtbar werden zu lassen. Die Vertreterin der AGFrM in der Ev. Frauenarbeit in Deutschland erhält regelmäßig auf Kosten des DEMR die "Mitteilungen der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland".

Es wird festgestellt, daß die MBK durch ihre Berufstätigenarbeit in der Ev. Frauenarbeit in Deutschland vertreten sind, und daß Frau Diestel dort den Mütterdienst vertritt.

Nach gründlicher Aussprache bittet die AGFrM Frau Herr, die Vertretung in der Ev. Frauenarbeit in Deutschland wahrzunehmen. Frau Herr ist dazu bereit.

8. Vorsitz

Die AGFrM möchte in der Frage des Vorsitzes, die durch Prof. Müller-Krügers Weggang neu zu regeln ist, nichts übereilen. Frau Diestel hat die Anfrage Prof. Müller-Krügers, ob sie evtl. bereit wäre, den Vorsitz zu übernehmen, wegen Zeitmangels abschlägig beantworten müssen.

Nach reiflicher Überlegung schließt sich die AGFrM dem von Sup. Möller und brieflich auch noch von Frau Alexandrine Schmidt geäußerten Vorschlag an, eine interimistische Lösung anzustreben, bis auch die Frage des Vorschlags für die Mitgliedschaft im DEMR geklärt sein wird. Die AGFrM bittet einstimmig Frau Thomä, für ein Jahr den Vorsitz zu übernehmen. Frau Thomä erklärt sich dazu bereit.

9. Klausurtagung

Auf Vorschlag des Vorsitzenden plant die AGFrM die Durchführung einer Klausurtagung, um zwei Themenkreise ausführlich zu behandeln:

- a) die Vorbereitung einer Rüstzeit für alle westdeutschen Heimarbeiterinnen der Frauenmission (künftig evtl. im jährlichen Wechsel mit der Berliner Rüstzeit). Termin und Ort siehe Pkt. 10. - In diesem Zusammenhang kommt die Sprache auch auf die dringend notwendige Zurüstung von Urlauberinnen, bevor sie wieder in den Missionsdienst hinausgehen. Die AGFrM legt größten Wert darauf, daß eine Institution zustande kommt, die Urlaubern und Urlauberinnen (nicht getrennt nach Männern und Frauen) eine angemessene Zurüstung bietet.
- b) Ferner sollten auf der Klausurtagung Perspektiven gewonnen werden für die künftige Arbeit der AGFrM. Der Vorsitzende verweist in diesem Zusammenhang auf seine den Mitgliedern schon zugeleitete schriftliche Darlegung dieser Fragen.

Es geht darum, über die traditionelle Schwesternarbeit auf den Missionsfeldern hinaus den Blick zu öffnen für die neuen Möglichkeiten und Aufgaben der Frauenmission. Während auf der einen Seite in entscheidenden Arbeitsgebieten immer mehr einheimische Kräfte nachrücken, öffnen sich auf der anderen Seite zahlreiche neue Wege für mehr spezialisierte Kräfte aller Art. Diese aber müssen, was bisher nicht der Fall ist, einbezogen werden in den Strom der gesamten Missionsarbeit. Aufgabe der AGFrM sollte es sein, sowohl solche Kräfte zu rekrutieren und (z.B. durch DÜ) den Arbeitsfeldern zu vermitteln, als auch diejenigen Kräfte, die über andere Kanäle hinausgegangen sind, zu erfassen und in die Dimension missionarischen Denkens und Handelns einzugliedern. Um dies zu erreichen, muß zunächst Tatsachenmaterial erstellt werden, das der Klausurtagung bereits vorliegen sollte. Schwester Magdalena Keding wird gebeten, alle in der ärztlichen Arbeit stehenden weiblichen Kräfte inklusive ihrer Vorbildung zu erfassen. Um einen entsprechenden Überblick über die auf dem pädagogischen und dem theologischen Sektor eingesetzten Frauen wird Frau Thomä (zusammen mit U. Ebert) gebeten.

Mit Hilfe der Missionsgesellschaften und DÜ - evtl. mit Hilfe von Korrespondenz der Gesellschaften mit den Betreffenden in Übersee - sollten dabei alle Einzelheiten der Ausbildung, der Art und Dauer des Einsatzes, der Mängel und Schwierigkeiten mit erfaßt werden, um so für die Zukunft die richtigen Geleise legen zu können. Im Gespräch legt die AGFrM besonderes Gewicht auf die Rekrutierung von Theologinnen, deren Einsatz im Vergleich zum Einsatz männlicher Kollegen den jungen Kirchen manche Schwierigkeiten ersparen könne (das ambitiöse Moment entfalle bei Frauen weithin; die Unterbringungsfrage sei wesentlich leichter zu regeln als bei einem Theologen mit Familie). Für die Gewinnung von Theologinnen sind unausgeschöpfte Möglichkeiten vorhanden (Vorstoß in die Ev. Akademikerschaft und besonders auch in die Studentenmission in Deutschland = SMD).

Als Ort für die Klausurtagung wird auf Einladung Frau Ottmüllers Salzuflen, als Termin (vorbehaltlich der Realisierbarkeit in Salzuflen) der 5.5.69 abends bis 7.5.69 abends (Abreise 8.5.) vorgesehen.

(Inzwischen konnte Frau Ottmüller nach Rücksprache mit der Hauskonferenz der MBK-Mission, Bad Salzuflen, den Termin 5.-8. Mai 1969 fest zusagen. Wir bitten die Mitglieder der AGFrM, sich diesen Termin freizuhalten. Nähere Einzelheiten folgen.)

10. Rüstzeit für Heimatarbeiterinnen (vgl. Pkt. 9a)

Für die zu planende Rüstzeit wird als Termin die Bußtagswoche 1969 (Anreise Montag, Abreise Freitag), als Ort das Freizeitenheim Neuendettelsau in Aussicht genommen. U. Ebert wird dort nach der Möglichkeit der Unterbringung von 60 - 80 Personen für die genannte Zeit anfragen.

Frau Thomä dankt im Namen der AGFrM Herrn und Frau Prof. Müller-Krüger mit warmen Worten für ihre Mitarbeit und würdigt die Verdienste des Vorsitzenden um die Ausrichtung der Arbeit. Die herzlichen Segenswünsche der AGFrM gelten Herrn und Frau Prof. Müller-Krüger für ihren neuen Dienst in Indonesien.

gez. Th. Müller-Krüger

gez. H. Thomä

gez. U. Ebert

Protokoll

der

Sitzung des Deutschen Evangelischen Missions-
Rates am 25. und 30.9.1968 in Königsfeld

Eingegangen

11. DEZ. 1968

Anwesend: Bintz, Gensichen, Grau, Harms, Lehmann, Lindow
(am 30.9. in Vertretung von Wesenick), Menzel, Motel
(nur am 25.9. zu Beginn), Pörksen, Scheel, Schrupp,
Vicedom (25.9.), Wesenick (25.9.);

Bannach, Buttler, Ebert, Hoffmann, Lohmann, Melzer,
Müller-Krüger, Ruf (am 30.9. nur zeitweise)

Vorsitz: Harms.

Protokoll: Ebert.

Motel beginnt mit Losung, Lehrtext und Gebet. Der Vorsitzende begrüßt Pfarrer Dr. Bintz, den Förster nach Ausscheiden Motels aus der Mission der Brüdergemeine als seinen Vertreter im DEMR benannt hat.

I. DEMR / D E M T

1. Studiensekretariat und Lateinamerika-Referat (30.9.)

Über die Berufung Linnenbrinks nach Lateinamerika (vgl. DEMR 16.9.68, Pkt. 3) soll in der nächsten Sitzung in seinem Beisein beraten werden.

Der Vorsitzende berichtet, daß im Blick auf eine Ergänzung des DEMR-Stabes der Name Günter Dulon, Wiedenest (10 Jahre Mitarbeit Wiedenest, vorher Assistent bei Prof. Köberle, B.D. USA, einige Jahre Leitung SMD), genannt worden ist. Nach Anhören der Voten Schrupp (der bereit ist, mit der Bundesleitung Evang.-Freikirchlicher Gemeinden und dem Bund Freier Evangelischer Gemeinden zu sprechen) auf der einen Seite und der Mitglieder des Stabes auf der anderen und nach ausführlicher Diskussion befürwortet der DEMR, diesem Vorschlag nachzugehen (Einladung zum Gespräch nach Hamburg, Einladung zur Klausurtagung der Hauskonferenz).

- In der nächsten Sitzung bzw. vorher auf schriftlichem Wege ist dem DEMR über den Fortgang der Überlegungen zu berichten. Ein genauer Arbeitsbereich läßt sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht abstecken, doch geht die Tendenz der Vorschläge mehr in Richtung der evtl. freiwerdenden Referentenstelle als in die des Studiensekretärs. Eine neue Referatsaufteilung würde nötig sein.

Schrupp bietet Mitfinanzierung einer Studienreise Dulons seitens Wiedenests an. Der DEMR geht erfreut auf diesen Vorschlag ein und ist mit einer gemeinsamen Finanzierung einer solchen Studienreise, evtl. vor Dienstantritt, einverstanden. Als möglichen Antrittstermin nennt Schrupp Herbst 1969.

2. E M Z

- a) 25.9.: Der DEMR bekräftigt den Beschluß vom 16.9.68 (Pkt. 24), Prof. Moritzen für 1969 interimistisch um die Übernahme der Schriftleitung der EMZ zu bitten. Das Interim ist in der Tatsache begründet, daß die EMZ-Schriftleitung bei Wiederbesetzung des Studiensekretariats wieder mit diesem vereint werden soll.
- b) 30.9.: Prof. Moritzen hat sich zur interimistischen Übernahme der Schriftleitung bereit erklärt.

3. Rechnungslegung (25.9.)

Anhand der zuvor an die DEMR-Mitglieder verteilten Unterlagen erläutert Bannach ausführlich die Jahresrechnung und die Bilanz des DEMT per 31.12.67.

Der Vorsitzende schlägt vor, die freiwilligen sozialen Aufwendungen künftig in derselben Rubrik aufzuführen wie die gesetzlichen sozialen Aufwendungen.

Mit der aus Zweckmäßigkeitsgründen geübten Praxis, die von Landeskirchen und anderen Stellen übernommenen Gehaltsanteile für Mitarbeiter des DEMR wohl in dem der Sachlichen Prüfungskommission vorgelegten Zahlenmaterial, nicht aber in der gedruckten Jahresrechnung gesondert aufzuführen, erklärt sich der DEMR einverstanden.

Der Vorsitzende verliest den Richtigbefund des Rechnungsprüfers Dr. F. Müller und, soweit zur Ergänzung der Rechnungslegung nötig, den Bericht der Sachlichen Prüfungskommission, deren Mitglieder Grau und Motel gedankt wird. Dieser Bericht stellt fest, daß trotz der im einzelnen begründeten Mehraufwendungen eine Erhöhung der Umlage nicht erforderlich sei, da die Mehraufwendungen aus der Rücklage gedeckt werden können.

Der DEMR dankt Bannach und beschließt einstimmig, dem DEMT zu empfehlen, die Entlastung zu erteilen.

4. Königsfelder Missionswoche 1968 •

a) Planung (25.9.)

Die Thesen der Referenten sind vor den Vorträgen, der volle Wortlaut der Referate hinterher zu verteilen.

Die Konferenzleitung für die einzelnen Tage der Missionswoche wird übernommen von: Motel, Vicedom, Pörksen, Motel, Pörksen, Motel.

Um die Leitung der fünf Arbeitsgruppen werden gebeten: Schrupp, Grau, Menzel, Scheel und Lohmann. Gruppenberichte vor dem Plenum werden nicht vorgesehen; der Vorsitzende bittet, besondere Fragen oder Ergebnisse der Gruppen ihm mitzuteilen, damit er sie in seiner Zusammenfassung berücksichtigen kann.

b) Sammlung erster Eindrücke nach Ablauf der Missionswoche (30.9.)

Die in mehreren Gruppen nach verschiedenen Ordnungen durchgeführten Gebetsgemeinschaften am Morgen werden unterschiedlich beurteilt. Während z.B. der Vorsitzende und Grau die in Liebenzell (DEMT 1967) praktizierte Gebetsgemeinschaft am Mittag in der Gemeinschaft des Plenums für besser halten, empfinden andere (Schrupp, Buttler, Lohmann, Bintz) die Gebetsgemeinschaften in kleinerem Kreis als hilfreich,

wobei allerdings das Bewußtsein des Einsseins nicht verlorengelassen darf (Schrupp). Hoffmann schlägt vor, die Gebetsgemeinschaft zwar im großen Kreis, jedoch tageweise in je verschiedenem Stil durchzuführen. Dabei sollte vor allem auch die nicht nur von ihm als Bereicherung empfundene neue Form der gemeinsamen Meditation Berücksichtigung finden. Wie von Scheel angeregt, könnte diese neue Form ergänzt werden durch Sammlung von Zetteln mit Gebetsanliegen. Müller-Krüger plädiert für Aufrechterhaltung beider bewährter Formen, d.h. nebeneinander Gebetsgemeinschaften am Morgen und gemeinsame intercession am Mittag.

Dem allgemeinen Eindruck entsprechend ist in Zukunft der Zeitraum für Referate radikal zu kürzen und stattdessen der Aussprache mehr Raum zu geben, wobei der geeignete Rahmen noch zu ergründen bleibt.

Gensichen weist erneut auf die notwendige Bereicherung durch die Beteiligung von Vertretern aus Übersee hin.

Motel wird gebeten, dafür zu sorgen, daß künftig die für die lokale Vorbereitung Verantwortlichen die Geschäftsstelle in Hamburg über den Stand der Vorbereitungen, besonders auch über die Liste der Teilnehmer, auf dem Laufenden halten.

5. Gestaltung künftiger Missions-Tage und Königsfelder Missionswochen (30.9.)

Dieser ganze Fragenkomplex ist in der Januarsitzung des DEMR anhand des noch zu ergänzenden Vorschlagsmaterials (vgl. auch Pkt. 4) zu besprechen. Der Vorsitzende bittet, weitere Wünsche und Gedanken Ebert mitzuteilen, damit diese die Dokumentation fortsetzen kann. Bintz wird diese Bitte auch an Motel weitergeben. Lohmann hat die von Schuster, Neuendettelsau, vorgebrachten Wünsche schriftlich erbeten.

Pater Wiedenmann hat angeregt, beim DEMENT ein Standing Committee mit den katholischen Gästen, der Catholica-Kommission und anderen Interessierten zu bilden, das dem gegenseitigen Kennenlernen dient. (Er hat außerdem Besuche bei den Missionsgesellschaften angeboten.)

Die Diskussion des DEMR macht deutlich, daß auch diejenigen Mitgliederversammlungen des DEMENT, die innerhalb der Königsfelder Missionswoche abgehalten werden, nicht wieder in ähnlich gedrängter Form, sondern attraktiver gestaltet werden müssen.

6. Berliner Missionsgesellschaft (25.9.)

Pörksen berichtet, daß die BMG-Kommission demnächst zusammentreten wird, um mit Hilfe von Vorschlägen, die von der BMG erwartet werden, eine mögliche Lösung der Frage der Unterstützung der BMG nach dem Auslaufen der DEMR-Beihilfe (Ende 1968) zu erarbeiten und wenn möglich dem DEMR in seiner Januarsitzung vorzuschlagen. Der Kommission wird u.a. ein namens der BMG an Bischof Dietzfelbinger gerichteter Brief Bischof Pakendorfs vom 13.9.68 vorliegen. Gespräche mit Bischof Dietzfelbinger, Bischof Scharf und Präses Beckmann sollen während der EKD-Synode stattfinden. Sollte etwa eine nochmalige Hilfe seitens der Mitgliedergesellschaften des DEMENT in Aussicht genommen werden, würde eine Entscheidung nicht vor dem DEMENT 1969 möglich sein.

Wie Vicedom klärend feststellt, geht es hierbei um ein Einspringen für den von der BMG erwarteten Beitrag zur Arbeit in Südafrika. Die (lt. Lohmann ausnahmslos aus dem deutschen Beitrag zum CWM-Programm gespeiste) Unterstützung der Arbeit in Südafrika seitens des LWB dagegen geht auf Anträge der aus der Arbeit der BMG hervorgegangenen Kirchen draußen zurück. Lohmann läge an einer offenen Darlegung der Zweckbestimmung dieser Position in der EAGWM-Liste des Bedarfs. Grundvoraussetzung hierfür sei aber ein Abgehen des VA von seinem Grundsatz, deutsche Missionen nicht zu unterstützen, den er bisher im Gegensatz zu dem durch die Vereinbarung gegebenen Mandat praktiziert hat.

Pörksen bittet Lohmann, als Gast an den Beratungen der BMG-Kommission teilzunehmen.

7. Nahostmissionen (30.9.)

Buttler berichtet von der Palästinawerk-Sitzung am Nachmittag des 30.9. Das Palästinawerk hat den Vorschlag Buttlers zur koordinierten Planung des kirchlichen Zuschußbedarfs zu den ordentlichen Haushalten evangelischer Missionen und diakonischer Einrichtungen im Nahen Osten begrüßt. Es nahmen auch OKR Kremkau und Amtmann Heß vom Kirchlichen Außenamt teil. Sie legten einen durch Beschluß des Rates der EKD legitimierten Koordinierungsvorschlag vor. Das Kirchliche Außenamt soll sich bemühen, die Arbeiten in dem derzeitigen israelischen oder israelisch besetzten Gebiet zu koordinieren. Hier in Deutschland sei an eine lockere Arbeitsgemeinschaft der betreffenden Organisationen, im Nahen Osten an deren engere Kooperation unter Leitung des Propstes gedacht. Buttler hat aufgrund eines Gesprächs mit Rev. Strong über ähnliche Pläne seitens der USA zur Behutsamkeit geraten.

Buttler berichtet ferner über die Ergebnisse der soeben stattgefundenen Nahostkonferenz mit Vertretern der im Nahen Osten tätigen evangelischen Missionen und diakonischen Einrichtungen und der Landeskirchen:

- a) Die drei Palästinawerk-Missionen Evangelischer Verein für das Syrische Waisenhaus, Jerusalemsverein und Orientarbeit von Kaiserswerth erstellen bereits für 1969 einen koordinierten Haushaltsvoranschlag, der den Landeskirchen vorgelegt wird. Falls in der Zukunft andere Nahostmissionen in eine ähnliche Lage kommen sollten, steht ihnen die Beteiligung an diesem Verfahren offen. Solange die EAGWM nicht in der Lage ist, sich einzuschalten, wird die Hilfe Bannachs und Hoffmanns bei der Erstellung des koordinierten Haushaltsplanes bzw. seiner schnellen Weiterleitung an die Landeskirchen erbeten.
- b) Die Versammelten hielten es für wünschenswert, daß durch Beschluß des VA die jährliche Beratung über den Zuschußbedarf der beteiligten Nahostmissionen künftig in die Verantwortung der EAGWM genommen und die Antragsvorlage an die Landeskirchen im Zusammenhang mit der EAGWM-Liste des Bedarfs vorgenommen wird.

- c) Es wurde nachdrücklich - auch vom Deutschen Hilfsbund für christliches Liebeswerk im Orient und von der Karmelmision - für die Bildung eines Nahost-Ausschusses plädiert, der über die finanzielle Koordination hinaus eine Plattform gemeinsamer Beratung bieten könnte. Der DEMR möge diesen Gedanken weiter verfolgen.
- d) Das Kirchliche Außenamt sollte nach Meinung der Konferenzteilnehmer seinen Koordinationsplan (s. oben) nach sorgfältiger Prüfung der geäußerten Bedenken in modifiziertem und begrenztem Rahmen weiter verfolgen.

Der Vorsitzende und Hoffmann weisen zu d) erneut auf die Vereinbarung zwischen EKD und DEMA hin, nach der in Gestalt der EAGWM eine Arbeitsgemeinschaft zur Koordination missionarischer Aktivitäten bereits besteht.

8. Schlichtungsstelle für dienstvertragliche Fragen (25.9.)

Bannach erläutert den vorliegenden ursprünglichen Entwurf zur Ordnung einer Schlichtungsstelle des DEMA, der sich weitgehend an die Ordnung der Schlichtungsstelle des Diakonischen Werkes hält (1 Richter, 2 Beisitzer). In § 8 und § 11,1 sind die ebenfalls schriftlich vorliegenden Änderungen anzubringen. Bannach erläutert ebenfalls den Alternativentwurf, der aus den Beratungen der Hauskonferenz hervorgegangen ist (Vergrößerung des Gremiums um zwei "Unparteiische", d.h. ständige Beisitzer, und damit Erleichterung der Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß) und nimmt kritisch dazu Stellung. Bedenklich erscheint ihm vor allem die Bestimmung zweier ständiger "Unparteiischer", ohne daß man im voraus die Kategorie des beteiligten Mitarbeiters wüßte, der diejenige des aus der Mitarbeiterschaft stammenden Unparteiischen im Grunde jeweils entsprechen müßte. Der Vorsitzende kann dagegen von kirchlichen Schlichtungsstellen berichten, wo für jede mögliche Stufe eines Beteiligten von der Synode von vornherein je ein Unparteiischer der entsprechenden Stufe gewählt worden ist. Im Schlichtungsfall werden diejenigen Unparteiischen herangezogen, die der Kategorie der beteiligten Mitarbeiter entsprechen.

Nach ausführlicher Diskussion entscheidet sich der DEMR durch Mehrheitsbeschluß für das 5er-Gremium.

Bannach wird dem DEMA über den jetzigen Stand der Planung berichten. Nach Möglichkeit sollte jedoch ein Beschluß des DEMA erst erfolgen, wenn die Geschäftsführerkonferenz, von der die Anregung ausging, Gelegenheit gehabt hat, sich mit den beiden Entwürfen und der Stellungnahme des DEMR zu befassen. Das Ergebnis ihrer Beratung ist dem DEMR in seiner Januarsitzung vorzulegen, der letztlich entscheidet, was dem DEMA 1969 vorgeschlagen wird.

9. Stimmenzahl im DEMA (30.9.)

Der Vorsitzende verliest den einschlägigen Passus aus der Satzung des DEMA über die Neufestsetzung der Stimmenzahl. Nachdem die Mitgliederversammlung keine Einwände gegen den Vorschlag des DEMR erhoben hat, beschließt der DEMR, es bei der bisherigen Stimmenverteilung zu belassen.

10. Frage der Mitgliedschaft von Landeskirchen im DEMENT (25. u. 30.9.)

Der Vorsitzende berichtet, daß eine Landeskirche die Mitgliedschaft im DEMENT erwägt. Möglich wäre s.E. eine Behandlung analog derjenigen der Freikirchen. Er bittet den DEMR um Überlegung und Stellungnahme.

Der DEMR ist sich bewußt, daß noch manche Einzelfragen zu klären sind, ist aber der Meinung, das Integrationsgespräch keinesfalls durch Ablehnung eines Antrags blockieren zu sollen. Er wird sich bei Vorliegen eines formellen Antrags erneut mit der Frage befassen.

II. Kommissionen und Ausschüsse

11. Sachliche Prüfungskommission (25.9.)

Durch Motels Ausscheiden aus dem DEMR ist seine Mitgliedschaft in der Sachlichen Prüfungskommission beendet. Der Vorsitzende dankt ihm für seinen Dienst. Der DEMR bittet Scheel, die Nachfolge in diesem Amt anzutreten. Scheel nimmt die Berufung an.

12. Arbeitsgemeinschaft für Frauenmission (25.9.)

Müller-Krüger erinnert daran, daß die Frage des Vorsitzes der Arbeitsgemeinschaft in ihrer Sitzung am 2.10.68 neu zu regeln und vom DEMR in seiner Januarsitzung zu bestätigen sein wird. Da von Frau Pfarrerin Diestel auf eine diesbezügliche Anfrage noch keine Antwort vorliegt, wird wahrscheinlich eine interimistische Lösung anzustreben sein. Müller-Krüger bittet in diesem Zusammenhang darum, die Mitgliedschaft einer Frau bzw. zweier Frauen im DEMR im Auge zu behalten.

Der DEMR bittet Frau Müller-Krüger, bis zu ihrem Ausscheiden nach der Ordnung der Arbeitsgemeinschaft (1970) korrespondierendes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft zu bleiben.

13. China-Arbeitskreis (25.9.)

Pörksen berichtet von den Ergebnissen der Sitzung des Arbeitskreises am Vormittag des 25.9.:

- a) Auf eine Anfrage des Präsidenten des Lutherischen Weltbundes, ob eine der deutschen Universitäten sich in besonderem Maße auf Sinologie spezialisiert, ist Pörksen beauftragt, mit Gensichen zu sprechen.
- b) Der Arbeitskreis schlägt vor, daß Müller-Krüger korrespondierendes Mitglied bleibt, Weth als Sekretär fungiert und Margull als neues Mitglied hinzuberufen wird.
- c) Geplant wird eine Studententagung mit ca. 20 Teilnehmern und namhaften Referenten (Kramers, Fleming) vom 6.-8. Juni 1969 in Tübingen. Anzustreben wäre nach Meinung des Arbeitskreises eine Mitgliederversammlung des DEMENT, die sich schwerpunktmäßig mit China befaßt.
- d) Der Arbeitskreis sieht es als eine seiner Aufgaben an, sich mit der Arbeit unter Chinesen in Deutschland zu befassen.

Zu b) beschließt der DEMR einstimmig, den Vorschlägen des Arbeitskreises entsprechend

- (1) Müller-Krüger zu bitten, korrespondierendes Mitglied zu bleiben;
- (2) Weth zu bitten, als Sekretär zu fungieren;
- (3) Margull als zusätzliches Mitglied in den Arbeitskreis zu berufen.

14. Islam-Kommission (30.9.)

Der DEMR erklärt sich damit einverstanden, daß Pastor E. v. Dessien, der sein Interesse bekundet hat, in Zukunft in der Kommission mitarbeitet.

III. Verschiedenes

15. Verbindungsausschuß EAGWM (30.9.)

Der DEMR beschließt, die Vakanz, die durch den Heimgang von Frau Alexandrine Schmidt in der Reihe der zweiten Stellvertreter im VA (2. Stellvertreter Brenneckes) entstanden ist, mit Fräulein Elisabeth Ottmüller zu besetzen. Im Falle ihrer Zusage ist dies dem VA mitzuteilen.

16. Image-Umfrage (30.9.)

Ein klärendes Gespräch mit dem Katholischen Missionsrat wegen eines evtl. gemeinsamen Vorgehens steht noch aus. Der Vorsitzende wird am 2.10. Gelegenheit haben, mit Prälat Mund zu sprechen.

17. Evangelische Akademien in Asien (30.9.)

Müller-Krüger berichtet positiv über die verschiedenen Institute zum Studium von Religion und Gesellschaft, wie sie in Bangalore, Kyoto und Hongkong vorbildlich arbeiten. Kritisch äußert er sich dagegen über die auf Initiative Bad Bolls gebildeten christlichen Akademien nach europäischem Muster in Oiso, Kyoto und Seoul und über entsprechende Pläne in anderen Gebieten. Während E. Müllers Konzeption auf Dialog und sozial-ethische Impulse ausgerichtet ist, wünschen die jungen Christen - z.B. in Korea und Indonesien - Zentren geistlicher Zurüstung in den Kirchen selber. Nach Meinung Müller-Krügers sollte der DEMR auf die von Bad Boll ausgehende Entwicklung Einfluß nehmen. Der Vorsitzende hält es für den richtigeren Weg, wenn Müller-Krüger seinerseits von Indonesien auf die Akademiepläne reagiert.

N a c h t r a g zum Protokoll des DEMR vom 16.9.68:

Genehmigung des Protokolls der vorigen Sitzung

Der DEMR genehmigt das Protokoll seiner Sitzung vom 2./3. Mai 1968.

(Harms)

(Ebert)

Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

2 Hamburg 13, den 18. 12. 1968
Mittelweg 143 Ho/mm

An die
Mitgliedsgesellschaften
des Deutschen Ev. Missions-Tages
und
an die
Teilnehmer der
Königsfelder Missionswoche 1968



Sehr verehrte Damen und Herren,
liebe Schwestern und Brüder!

Wir möchten Ihnen hiermit einige Informationen über das Material geben, das von der Königsfelder Missionswoche sofort oder in Kürze erhältlich ist.

1. Jede Mitgliedsgesellschaft erhält mit diesem Brief das Protokoll der Mitgliederversammlung des Deutschen Evangelischen Missions-Tages während der Königsfelder Missionswoche, und zwar erhält jede Gesellschaft soviel Exemplare, wie ihre Stimmenzahl im DEMA beträgt. Außerdem legen wir das Protokoll für die ständigen Gäste des DEMA (Vertreter ausländischer Missionsräte und des Katholischen Missionsrates) hier bei.
2. Die Referate der Königsfelder Missionswoche werden in der ersten Nummer 1969 der Evangelischen Missions-Zeitschrift veröffentlicht. Bestellungen wollen Sie bitte bis zum 25. Januar direkt an den Evangelischen Missionsverlag, 7 Stuttgart W, Heusteigstraße 34, richten. Bei Sammelbestellungen ab 25 Stück gibt es eine Ermäßigung. Auf Anfrage wird Ihnen Herr Dr. Quiring (Ev. Missionsverlag) darüber Näheres mitteilen.
3. Die Bibelarbeiten werden in unserem Büro z. Z. vom Tonband *man!* abgeschrieben und vervielfältigt. Bestellungen erbitten wir an unser Büro bis zum 15. Januar 1969.
4. Das Referat von Oberkirchenrat Lohmann "Mission als Abenteuer des Glaubens" liegt in 300 Exemplaren bei uns vor und wird ebenfalls auf Bestellung zugesandt, solange der Vorrat reicht.
5. Das Vorbereitungspapier für die nächste Vollversammlung der Kommission für Weltmission und Evangelisation des Ökumenischen Rates unter dem Titel "Das Heil der Welt heute" haben die meisten von Ihnen in Königsfeld erhalten. Für diejenigen, die *hier!* sich in Königsfeld in die Bestellerliste eingetragen haben,

legen wir noch einmal ein Exemplar hierbei. Dieses Dokument wird Ihrem Studium besonders empfohlen, und wir sind für Kommentare darüber dankbar. Da die Vollversammlung von CWME um zwei Jahre verschoben wurde, besteht die Aussicht, daß Ihre Anmerkungen zu diesem Papier bei der Weiterarbeit auch wirklich berücksichtigt werden.

Wir wünschen Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Gesamte Hoffmann

Anlagen

Protokoll

der Mitgliederversammlung des
Deutschen Evangelischen Missions-Tages
am 28. September 1968, 15 - 18 Uhr und
am 30. September 1968, 15 - 18 Uhr
in Königsfeld
(während der Königsfelder Missionswoche)

Vorsitz : Bischof D. Hans Heinrich Harms
Protokoll: Ebert

Der Vorsitzende eröffnet die Mitgliederversammlung, die durch schriftliche Einladung vom 5.9.68 satzungsgemäss einberufen wurde, am 28. September 1968 um 15 Uhr. Er begrüsst unter den anwesenden Stimmberechtigten und Gästen insbesondere einige ausländische Gäste, die zur Königsfelder Missionswoche gekommen sind und an der Geschäftssitzung des DEMT teilnehmen, sowie am zweiten Versammlungstag den Bürgermeister von Königsfeld, der ein Grusswort spricht. Der Aufruf der Stimmberechtigten ergibt, dass 37 Mitgliedsgesellschaften mit 54 Stimmen, ferner 11 Mitglieder des DEMR vertreten sind.

1. Stimmenverteilung (28.9.)

Der Vorsitzende verweist auf die den Mitgliedern zugesandte Liste der Stimmenverteilung, die satzungsgemäss alle vier Jahre durch den DEMR zu überprüfen ist. Der DEMR war in seiner Sitzung vom 2./3. Mai 1968 der Meinung, z. Zt. keine Änderungen vornehmen zu sollen. Der DEMT erklärt sich damit einverstanden, dass es bei der derzeitigen Stimmenverteilung bleibt.

2. Richtigbefund des vorigen Protokolls (28.9.)

Der DEMT erkennt das Protokoll seiner Mitgliederversammlung vom 18. bis 22.9.67 als richtig an.

3. Bericht über die Arbeit der deutschen evangelischen Missionen (28.9.)

Der Exekutivsekretär des DEMR, Pastor Dr. Hoffmann, erstattet den Bericht über die Arbeit der deutschen evangelischen Missionen vom Herbst 1967 bis Herbst 1968. Die Mitgliederversammlung dankt dem Berichterstatter. Der Vorsitzende kündigt an, dass der Bericht in "Evangelische Mission. Jahrbuch 1969" erscheinen wird.

4. Totengedenken (28.9.)

Die Mitgliederversammlung gedenkt mit Lied 259 der Brüdergemeine des plötzlich heimgegangenen OLKR Dr. Hans Jungbluth, Ev. Landeskirche von Kurhessen-Waldeck. Zu Beginn der Königsfelder Missionswoche wurde bereits der im Laufe des vergangenen Jahres Heimgegangenen gedacht.

5. Katholisch-evangelische Zusammenarbeit (28.9.)

Pater Dr. L. Wiedenmann SJ., der die evangelischerseits ergriffene Initiative zur Zusammenarbeit (Stellungnahme des DEMR vom Januar 1967 "Unser Verhältnis zur römisch-katholischen Mission") begrüsst, erläutert die allen Mitgliedern zugegangene Antwort des Katholischen Missionsrates.

Pater Wiedenmann geht aus von der durch das II. Vatikanische Konzil geschaffenen neuen Situation. Diese liege nicht im Klima, nicht in Dekreten, sondern in der Erkenntnis der katholischen Kirche, dass sie zusammen mit den anderen Kirchen den Weg der Erneuerung gehen muss und will. Er bittet um Geduld, bis sich der Wandel im Denken bei allen Katholiken durchgesetzt hat.

Das Ziel ist die Bezeugung des gemeinsamen Herrn. Der gemeinsame Dienst sei in diesem Prozess des Wachstums in der Liebe nicht zu unterschätzen.

Die gegenseitige Achtung ist manifestiert und vertieft worden durch die wechselseitige Teilnahme an den Mitgliederversammlungen des Katholischen Missionsrates und des DEMT. Daneben sei für das Zusammenwachsen zur Einheit in der Erneuerung aber auch die theologische Vertiefung in das, was die gegenseitige Achtung hindern könnte, d.h. in die Unterschiede, von besonderer Bedeutung.

Pater Wiedenmann äussert sich dankbar, dass das evangelische Dokument die Bedenken, die einer engeren Zusammenarbeit bisher noch im Wege stehen, klar herausstellt. In seiner Antwort habe auch der Katholische Missionsrat aufgrund seiner Überzeugung aus der Heiligen Schrift seine Bedenken geäussert.

Der Katholische Missionsrat hält die vom DEMR unterbreiteten Vorschläge zum gemeinsamen Handeln in der Mission für durchführbar. Nur könne der Katholische Missionsrat hierbei lediglich Hilfestellung leisten, nicht aber der Motor sein. Pater Wiedenmann betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der "Joint Working Group" Genf/Rom mit ihrer Untergruppe zum Thema gemeinsamen Handelns in der Mission. - Ein Schritt auf dem Wege der Zusammenarbeit sei aber auch die Einsetzung einer Ökumenischen Kommission durch den Katholischen Missionsrat in Deutschland, die mit der Catholica-Kommission des DEMR zusammenarbeiten wird.

Pater Wiedenmann verweist auf den Abschluss des katholischen Dokuments und ruft dazu auf, in die Zukunft zu schauen und so zur Solidarität der Hoffnung zu kommen, in der kein Misstrauen mehr Platz hat. Zum Misstrauen sei wirklich kein Grund mehr vorhanden. Pater Wiedenmann führt den Hl. Augustinus an, der die Gemeinde mit dem Esel vergleicht, der Christus nach Jerusalem trägt. Der Weg, den wir zu gehen haben, sitzt auf uns, leitet und führt uns. Möchten wir folgsame Palmesel sein, die den Herrn tragen, der uns den Weg nach Jerusalem führt.

Der Vorsitzende dankt Pater Wiedenmann für seine Ausführungen. Er wiederholt auszugsweise, was er in Würzburg auf der Mitglieder- versammlung des Katholischen Missionsrates am 20./21.6.1968 auf das Dokument des Katholischen Missionsrates im Namen des DEMA geantwortet hat. (Der volle Wortlaut jenes Referats ist diesem Protokoll beigelegt.) Der Vorsitzende hat dort zunächst deutlich gemacht, welche Vielfalt an Glaubensrichtungen im DEMA vertreten ist. Er hatte die grosse Dankbarkeit des DEMR und des DEMA zum Ausdruck gebracht für die Art, wie der Katholische Missionsrat auf die evangelische Stellungnahme geantwortet hat. Das grösste Geschenk sei der Satz gewesen: "Wir verstehen diese Zurückhaltung, da es ja gerade um das gemeinsame Zeugnis des eigenen Glaubens geht, den wir auf beiden Seiten als reinen Gehorsam gegenüber dem Wort Gottes in der Heiligen Schrift, auf die hin wir uns gegenseitig anreden, verstehen". In seinem Würzburger Referat war der Vorsitzende auf die einzelnen Abschnitte des katholischen Dokuments eingegangen. Er hatte klargemacht, dass in evangelischen Reihen auch in Zukunft immer wieder Misstrauen dahingehend auftauchen könne, dass die katholische Kirche uns "totlieben" wolle. Er hatte von daher um Geduld gebeten. Beiderseits sei geduldiges Verständnis und brüderliche Hilfe, Seelsorge von Kirchen an Kirchen nötig. Es würde viel Mühe und theologische Anstrengungen kosten, Missverständnisse aus dem Weg zu räumen, aufgrund der Heiligen Schrift mit Hilfe des Heiligen Geistes kompromisslos nach der einen Wahrheit zu fragen und zur Fülle, zur Bezeugung des gemeinsamen Herrn zu kommen.

Der Vorsitzende stellt noch einmal die ersten konkreten Schritte der Zusammenarbeit heraus: gegenseitige Besuche bei den Mitglieder- versammlungen, Zusammenarbeit der Ökumenischen Kommission des Katholischen Missionsrates und der Catholica-Kommission des DEMR. Er bittet Prälat Mund, dem Erweiterten Vorstand des Katholischen Missionsrates zu berichten, dass der ganze Fragenkomplex mit Hilfe der katholischen Brüder auf dieser Mitgliederversammlung ausführlich behandelt wurde.

6. Plakatserie der Norddeutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Weltmission (28.9.)

Pastor Dr. Schulze weist auf die von der NEAGWM vorbereitete Plakatserie "Die Weltmission hilft" hin, die zu Epiphania 1969 vorliegen und möglichst wirksam in die Gemeinden hineingebracht werden soll. Er verteilt eine Broschüre und bittet um Unterstützung.

7. CWME-Vollversammlung (28. und 30.9.)

Der Vorsitzende weist auf den vorliegenden Entwurf "Das Heil der Welt - heute" zum Thema der nächsten Vollversammlung der Kommission für Weltmission und Evangelisation des Ökumenischen Rates der Kirchen (Jahreswende 1969/70) hin (28.9.).

Rev. Strong, Genf, erläutert den Entwurf (30.9.). Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass auch in Deutschland zwei bis drei Gruppen theologisch und kritisch an diesem Vorbereitungspapier arbeiten werden. Vielleicht kann auch für die deutsche Übersetzung des Themas "Salvation Today" eine bessere Lösung gefunden werden.

8. Arbeitsbericht des DEMR (30.9.)

Der Vorsitzende erstattet den nach §8 (1) vorgeschriebenen Arbeitsbericht des DEMR.

(I) DEMR

Der DEMR ist dreimal im Berichtsjahr zusammengekommen. Durch die Möglichkeit der Vertretung ist die Arbeit in grosser Kontinuität möglich gewesen. Zwei personelle Veränderungen sind eingetreten: a) durch den Heimgang von Frau Alexandrine Schmidt am 13.9.1968. Ein Vorschlag für die Nachwahl kann erst im nächsten Jahr erfolgen (spätestens mit der Einladung zum DEMT). b) Dr. Motel ist aus der Leitung der Brüderunität ausgeschieden, um das Pfarramt in Königsfeld zu übernehmen. Der Vorsitzende dankt Dr. Motel für seinen Dienst im DEMR und dessen Kommissionen. Nachfolger in den verschiedenen Ämtern sind: Pfr. Dr. Bintz seit 25.9.68 als Vertreter Pfr. Försters im DEMR; Missionsdirektor Menzel als Vorsitzender der Heimatkommission; P. Dr. Linnenbrink als Vertreter des DEMR in der Arbeitsgemeinschaft für Volksmission; Pfr. Dr. Grau als Mitglied in der Sachlichen Prüfungskommission. - Der Vorsitzende des DEMR hat am 1.10.1967 das Amt des Oldenburgischen Bischofs übernommen. DEMR und Vorsitzender haben durch Beschluss des DEMR vom 17./18.4.1967 sich gegenseitig die Freiheit zugesichert, nach angemessener Frist aufgrund der gesammelten Erfahrungen die Frage des Vorsitzes erneut zu überdenken. - Die Amtszeit der stellvertretenden Vorsitzenden wurde durch Beschluss vom Mai 1968 auf fünf Jahre festgelegt. Damit läuft D. Brennekes Amtszeit im Herbst 1968 ab; der DEMR wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dieser Frage befassen.

(II) Geschäftsstelle des DEMR

Der Vorsitzende berichtet über die Zusammensetzung und die Arbeit der Hauskonferenz. P. Dr. Gerhard Hoffmann hat im Oktober 1967 den Dienst des Exekutivsekretärs übernommen. Pfr. Walther Ruf ist seit 1.11.67 als theologischer Referent in der Geschäftsstelle tätig. Ein neuer Wechsel steht bevor durch folgende Tatsachen: Prof. D. Müller-Krüger scheidet am 31.10.68 aus dem Amt des Studiensekretärs des DEMR aus, um für zwei Jahre stellvertretend die Leitung des Ausbildungs- und Freizeitzentrums der niassischen Kirche in Ombölat, Indonesien, zu übernehmen. P. Dr. Linnenbrink hat einen Ruf aus Lateinamerika erhalten. - Der Vorsitzende dankt Prof. Müller-Krüger und seiner Gattin für ihren Dienst und spricht ihnen die Segenswünsche der Mitgliederversammlung aus. Prof. Müller-Krüger bleibt korrespondierendes Mitglied des China-Arbeitskreises, Frau Müller-Krüger korrespondierendes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Frauenmission. Prof. Moritzen hat sich bereit erklärt, die Schriftleitung der EMZ interimistisch für ca. ein Jahr zu übernehmen. Der Vorsitzende dankt ihm für die Bereitschaft.

(III) Verhältnis des DEMR/DEMT zu anderen Gremien

Der Vorsitzende skizziert kurz den jetzigen Stand im Verhältnis des DEMR/DEMT zum Ökumenischen Rat der Kirchen, zur Kommission für Weltmission und Evangelisation, zum Theological Education Fund, zur Kommission für Weltmission des Lutherischen Weltbundes und den Stand der Zusammenarbeit unter den europäischen Missionsräten. Von den wechselseitigen Beziehungen zu inner-deutschen Gremien nennt der Vorsitzende die Gespräche mit dem Diakonischen Werk, die gute Partnerschaft mit der EAGWM (zur Informations-, Fürbitt- und Opferaktion für die Weltmission vgl. Bericht des Generalsekretärs der EAGWM, DEMT 1968, S. 12-17), die mangelhafte Zusammenarbeit mit dem Deutschen Evangelischen Kirchentag. Auf das Verhältnis des DEMR zu den Mitgliedsgesellschaften des DEMT geht der Vorsitzende näher ein. Er ermutigt die Mitglieder, die Dienste des DEMR und seiner Geschäftsstelle in Anspruch zu nehmen (Beispiele Nahostmissionen, BMG u.a.). Er nimmt die Grüsse der Mitgliederversammlung an D. Brennecke entgegen. Erneut rückt er die vermutlich in Kürze zu erwartende Situation in das Blickfeld der Mitglieder, dass Landeskirchen die Mitgliedschaft im DEMT beantragen. Er bittet um gründliches Durchdenken der Fragen gerechter Vertretung auf der einen und gerechter Verteilung der finanziellen Aufgaben auf der anderen Seite.

(IV) Kommissionen

Der Vorsitzende führt aus, dass die Arbeit des DEMR durch die sich immer intensiver gestaltende Arbeit seiner Kommissionen auf eine breitere Basis gestellt ist, zumal einige Kommissionen gemeinsame Kommissionen des DEMR und der EAGWM sind. a) Zur Theologischen Kommission und b) zur Deutschen Japankommission verweist der Vorsitzende auf den Bericht des Generalsekretärs der EAGWM, DEMT 1968. c) Die Islamkommission hat im Januar 1968 ihre Arbeit aufgenommen. Der Vorsitzende des DEMR dankt Pfr. Höpfner für die interimistische Leitung. d) Auch der China-Arbeitskreis hat seine Arbeit aufgenommen. Anstelle von Prof. Müller-Krüger, der korrespondierendes Mitglied bleibt, übernimmt P. Dr. Weth das Amt des Sekretärs; Prof. Margull ist durch den DEMR als neues Mitglied berufen worden. e) Der Vorsitzende dankt P. Buttler für seine Bemühungen um eine Koordinierung der Aktivitäten im Kongo, die in zweimaligen Beratungen eines Ausschusses aller Beteiligten und Interessierten Gestalt gewannen. f) Im Blick auf die Heimatkommision, die wie alle Kommissionen für die Mitglieder des DEMT arbeitet, äußert der Vorsitzende erneut die Bitte, durch Mitarbeit in den Missionshäusern an der Arbeit der Kommission teilzunehmen. g) Auch die Catholica-Kommission tut stellvertretenden Dienst für die Gesamtheit des DEMT. Auch in diesem Zusammenhang bittet der Vorsitzende die Mitgliedsgesellschaften, Briefe und Berichte des DEMR und seiner Geschäftsstelle zu beachten und Stellung dazu zu nehmen. Gerade in der Vielfalt der Überzeugungen liege die grosse Verheissung des DEMT. Sowohl innerhalb des DEMT als auch im Gespräch mit den römischen Katholiken sollten wir uns

gegenseitig zutrauen, dass wir alle die Wahrheit suchen, um deretwillen wir uns gegenseitig nicht loslassen. Störungen durch den Heiligen Geist sollten wir uns gefallen lassen. Das Ziel ist die gemeinsame Erfüllung des in Joh. 17 allen gemeinsam gegebenen Auftrags.

9. Bericht des Geschäftsführers (30.9.)

Herr Bannach erstattet den Bericht des Geschäftsführers. Zu den Punkten (1) bis (5) ist Zahlenmaterial an die Mitglieder verteilt worden, das von Herrn Bannach erläutert wird:

- (1) Gesamteinnahmen der Missionsgesellschaften
- (2) Ausgaben zur Versorgung der Missionsgebiete
- (3) BMG-Hilfe
- (4) WEM
- (5) Kulturfonds

Zu (4) berichtet Herr Bannach, dass Herr Hans Aselmann seinen Gesellschafteranteil dem DEMA vermacht hat, so dass dieser jetzt alleiniger Inhaber der WEM ist. Herr Bannach ermutigt die Missionsgesellschaften, die WEM mehr als bisher in Anspruch zu nehmen.

(6) Wehrpflicht

Herr Bannach berichtet von den zunächst schwierigen, nun aber offenbar zum Erfolg führenden Verhandlungen um die Zurückstellung bzw. Befreiung der Missionskandidaten bzw. Missionare vom Wehrdienst. Er verliest die sechs Voraussetzungen für die Zurückstellung, die die Missionsgesellschaften in Zukunft selbst bescheinigen können, wenn für künftige Missionare, die in der Ausbildung stehen, Zurückstellung beantragt oder für Missionare die Erfüllung der Befreiungsvoraussetzungen nachgewiesen werden soll.

Zum Entwicklungshelfergesetz hat der DEMR sich mit der Frage befasst, ob er dahingehend intervenieren sollte, dass die Missionsgesellschaften in den Kreis der Träger der Entwicklungshilfe einbezogen werden, ist aber zu dem Schluss gekommen, davon abzusehen.

(7) Rentenversicherung

Herr Bannach erläutert unter anderem die durch das Finanzänderungsgesetz 1967 gegebene Situation. Ab 1.1.68 wurde die Jahresarbeitsverdienstgrenze* und damit die Versicherungspflicht auf sämtliche Angestellten ausgedehnt. Durch diese Massnahme wurden nach einhelliger Meinung aller Kommentatoren die von Landeskirchen beurlaubten Beamten und Pastoren versicherungspflichtig. Es mussten daher vorsorglich bis zum 30.6.68 Anträge auf Befreiung von der gesetzlichen Versicherungspflicht gestellt werden. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, dass von verschiedenen Landeskirchen nicht nur für

* gestrichen

ihre Beamten, sondern auch für die beurlaubten Pastoren Gewährleistungsbescheide erwirkt worden sind, so dass zu hoffen ist, dass für alle von einer Landeskirche unter Aufrechterhaltung der Versorgungszusage beurlaubten Pfarrer das Bestehen der Versicherungsfreiheit kraft Gesetzes nachgewiesen werden kann.

Die Intervention des DEMR in verschiedenen Fällen der Angestelltenversicherung hat ergeben, dass Missionsgesellschaften als "geistliche Genossenschaften" im Sinne des §2, Abs. 1 Nr. 7 des Angestelltenversicherungsgesetzes anerkannt werden können, d.h. dass sie von der in §8 gegebenen Möglichkeit der Befreiung von der Versicherungspflicht Gebrauch machen können.

(8) Schlichtungsstelle für dienstvertragliche Fragen

Die Anregung zur Einrichtung einer solchen Schlichtungsstelle ging von der Geschäftsführerkonferenz aus. Sie wurde vom DEMENT 1967 befürwortet. Der DEMR hat sich mit einem von der Geschäftsstelle vorgelegten Entwurf einer Ordnung befasst. Herr Bannach erläutert diesen Entwurf. Die Geschäftsführerkonferenz soll sich auf ihrer Tagung im November erneut dazu äussern. Die Mitglieder des DEMENT werden im kommenden Jahr rechtzeitig über den neuesten Stand der Vorberatungen unterrichtet, so dass ihre Vertreter in der Mitgliederversammlung 1969 eine endgültige Entscheidung fällen können.

(9) Deutsch-indisches Abkommen

Das seit langen Jahren vorbereitete Abkommen zwischen der indischen Regierung und der deutschen Bundesregierung, nach dem Sachspenden zollfrei nach Indien eingeführt werden können, ist im Juli 1968 endlich unterzeichnet worden.

10. Rechnungslegung (30.9.)

Die Rechnungslegung erfolgt durch Herrn Bannach anhand der verteilten Bilanz per 31.12.1967 und Jahresrechnung 1967 des DEMENT. Der Vorsitzende verliest den Prüfungsvermerk des Rechnungsprüfers Dr. Müller sowie einen Auszug aus dem Bericht der Sächlichen Prüfungskommission, die keine Beanstandungen anzumelden hat und feststellt, dass eine Erhöhung der Umlage trotz der Mehraufwendungen nicht erforderlich ist.

Aufgrund der Empfehlung des DEMR beschliesst der DEMENT einstimmig, Entlastung zu erteilen.

Der Vorsitzende dankt im Namen des DEMENT Herrn Bannach, seinen Mitarbeitern und der ganzen Geschäftsstelle.

Der Vorsitzende gibt dem Bedauern des DEMR Ausdruck, dass nicht mehr Zeit zur Diskussion der durch die verschiedenen Referate aufgeworfenen Fragen zur Verfügung stand. Der DEMR sei dabei, sich über die künftige Gestaltung der Missions-Tage und Königsfelder Missionswochen Gedanken zu machen. - Im Plenum der Königsfelder Missionswoche

wurde der Wunsch geäußert, die durch Prof. Pfeffer und Prof. Ewald angeschnittenen Fragen in Wochenendrüstzeiten mit den Referenten weiter zu verfolgen. Dr. Linnenbrink wird gebeten, sich um die Möglichkeit der Durchführung zu kümmern.

Die Mitgliederversammlung wird mit einem Lied aus dem Gesangbuch der Brüdergemeine am 30. September 1968 kurz nach 18 Uhr geschlossen.

Die Berichte von Pfr. W. Ruf über sein erstes Arbeitsjahr in Hamburg und von P. W. Wille über die Arbeit der Missionsakademie an der Universität Hamburg werden am 1.10.1968 im Rahmen der Königsfelder Missionswoche nachgeholt. Ein Bericht über die Missionsakademie und der Bericht des Generalsekretärs der EAGWM, OKR Lohmann, waren den Mitgliedern zusammen mit der Einladung vervielfältigt zugesandt worden; der Bericht von Pfr. Ruf wird in Königsfeld vervielfältigt und verteilt.

(Harms)

(Ebert)

Anlage

Ökumenische Zusammenarbeit zwischen dem Evangelischen
und Katholischen Missionsrat in Deutschland

Von Bischof D. Hans Heinrich Harms, Oldenburg

Zunächst herzlichen Dank dafür, daß wir wieder hier sein dürfen. Ich danke Ihnen im Namen des Deutschen Evangelischen Missions-Rates und des Deutschen Evangelischen Missions-Tages für das, was Sie getan haben. Das sagt sich so leicht. Um es ganz deutlich zu machen, muß ich vielleicht über das hinaus, was P. Wiedenmann Ihnen vorgetragen hat, erläutern, was die Mitgliedschaft im Deutschen Evangelischen Missions-Tag ausmacht. Sie haben trotz der verschiedenen Ordenstrachten einen Glauben. Das ist bei uns nicht so. Bei uns wird Mitgliedschaft so weit gefaßt, daß sie ekklesiologisch von ganz rechts bis zur äußersten Linken reicht. Da sind die Altlutheraner, die nicht zur Evangelischen Kirche in Deutschland gehören, die die Abendmahlsgemeinschaft mit den lutherischen Landeskirchen im selben Augenblick aufgekündigt haben, in dem diese sich mit den nicht-lutherischen Landeskirchen zur Evangelischen Kirche in Deutschland zusammenschlossen. Sie dürfen nicht übersehen, was das geistlich bedeutet. Dann gehören dazu die Missionsgesellschaften, deren Hinterland die lutherischen, unierten und reformierten Landeskirchen sind; und endlich "am linken Flügel" freikirchliche Missionen - ich darf nicht sagen "Missionsgesellschaften", weil die Freikirchen als solche Mission treiben und als solche Mitglieder des Deutschen Evangelischen Missions-Tages sind. Es handelt sich also nicht um methodistische oder baptistische Missionsgesellschaften, sondern diese Kirchen sind als Kirchen Mitglieder des Deutschen Evangelischen Missions-Tages so wie die Mission Evangelisch-lutherischer Freikirchen. Darüber hinaus, also auch noch über den Rahmen der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland hinaus, gibt es Missionen, die normalerweise jede ökumenische Zusammenarbeit ablehnen. Alles das ist zusammengeschlossen im Deutschen Evangelischen Missions-Tag.

Und nun stellen Sie sich, bitte, dies als Gegenüber zu dem Katholischen Missionsrat vor. Natürlich weiß ich, daß auch unter Ihnen nicht in allen Dingen Einmütigkeit herrscht - das wäre eigentlich auch schade -, aber diese zum Teil diametral entgegengesetzten Gedanken, wie

wir sie bei uns erleben, sind ja in Ihrem Kreis nicht vorhanden. Daß sich bei uns die Gegensätze auch entzünden an dem Verhältnis zur katholischen Mission und zur katholischen Kirche, wissen Sie selber. Das Verhältnis zur Kirche Roms und zur katholischen Mission ist ja weithin ein Barometer für die ökumenische Atmosphäre. Wenn ich Ihnen dennoch sage, daß ich im Namen dieses Gremiums, das es mit Ihnen nicht leicht hat und mit dem Sie es auch nicht leicht haben, danken darf für das, was Sie getan haben, dann macht Ihnen das vielleicht deutlich, was in diesen Jahren geschehen ist. Wir haben bei unseren Kontakten zunächst nicht alles bekannt gemacht. Manche Dinge muß man im Stillen wachsen lassen. Man muß nicht alles in die Presse bringen, selbst nicht in eine wohlwollende Presse; denn die Leser haben oft von den Hintergründen viel zu wenig Ahnung und begreifen nicht, was hier an geistlichen Dingen geschieht. Die meisten Menschen heute können doch nur in bestimmten Machtkategorien denken.

Ich will jetzt nicht die Gedanken Ihrer Gemeinden analysieren, sondern etwas zu dem sagen, was bei uns, in unseren Gemeinden, vor sich geht.

Wenn wir in unserem Dokument das Wort "Mißtrauen" verwandt haben, dann haben wir damit sehr nüchtern zum Ausdruck bringen wollen, wie es bei uns heute noch steht. Liebe Brüder und Schwestern, bei uns existiert noch weithin Mißtrauen. Man fürchtet, Sie könnten uns "tot-lieben", und das haben wir nicht gern. Jede Begegnung mit Ihnen steht noch unter der Möglichkeit des großen Mißverständnisses, daß wir das, was uns in der Geschichte der Kirche aufgetragen ist, aufgeben, oder daß wir so weich geworden sind, daß wir allmählich dahinschmelzen. Ich muß das aussprechen, weil ich glaube, daß wir uns diese Nüchternheit schuldig sind.

Ich bin deshalb auch dankbar, daß Sie mit großer Nüchternheit unser Dokument, das ja zunächst ein internes Dokument war, verstanden und aufgenommen haben. Ihr Dokument kam gerade noch rechtzeitig, so daß wir es Anfang Mai in der Sitzung unseres Deutschen Evangelischen Missions-Rates, der Ihrem Erweiterten Vorstand entspricht, behandeln konnten. In unserem Protokoll steht darüber, daß "der Deutsche Evangelische Missions-Rat auf seiner Sitzung am 2. und 3. Mai ds.Js. in

.../3

Berlin dieses Dokument mit großer Dankbarkeit entgegengenommen" hat, nicht nur mit Dankbarkeit. Wir haben sehr viel Zeit darauf verwandt, und wir haben verstanden, daß es auch bei Ihnen um die geistliche Dimension unseres gemeinsamen Auftrages geht, daß wir uns also hier gegenseitig helfen wollen. Ich habe gelegentlich gesagt, daß ökumenische Arbeit immer Seelsorge von Kirchen an Kirchen ist, daß wir uns gegenseitig immer helfen sollten, das zu werden, was wir eigentlich sein sollten, nämlich Kirche Jesu Christi. Ich glaube, Sie haben durch Ihre Antwort deutlich gemacht, daß Sie verstanden haben, unser Dokument, das zunächst ja nicht an Ihre Adresse ging, sollte den Versuch solcher Hilfe zu Ihrem und unserem Heil darstellen. Daß Sie Ihrerseits jetzt solche Hilfe anbieten, ist für uns Grund zu großer Dankbarkeit.

Ich brauche das Dokument im einzelnen nicht noch einmal durchzugehen. Wenn es dort heißt, daß Sie sich dessen bewußt sind, "wie groß die Umstellung ist, die uns und unseren Missionaren abverlangt wird", dann kann ich nur sagen: für uns ist diese Umstellung mindestens ebenso groß. Wir müssen uns ja auch erst daran gewöhnen, daß die Situation so ist, wie sie ist. Als ich vor 12 Jahren zum ersten Mal im Vatikan war, hätte ich jeden ausgelacht, der mir gesagt hätte, daß im Jahre 1968 die Situation so ist, wie sie heute ist. Deshalb müssen wir Geduld haben, geduldiges Verständnis und brüderliche Hilfe. Sie dürfen nicht ungeduldig werden, wenn auf unserer Seite dieses Mißtrauen immer wieder auftaucht und gesagt wird: Im Grunde ist das ja nur alles Taktik bei denen, sie wollen uns wirklich "totlieben". Haben Sie Geduld! Wir werden auch mit Ihnen Geduld haben, wenn von Zeit zu Zeit ein falscher Zungenschlag herauskommt. Unsere Zungen haben sich in den Jahrhunderten der Trennung an diesen falschen Zungenschlag so sehr gewöhnt. Wir sollten uns nicht gleich wieder vorhalten, daß der dies gesagt und der das. 450 Jahre der Trennung sind nicht so ohne weiteres durchzustreichen. Brüderliche Hilfe brauchen wir, brauchen Sie, Daß das Ziel oder unser gemeinsamer Auftrag die Bezeugung des gemeinsamen Herrn ist, daß Sie das so schlicht akzeptieren, ist eigentlich für uns die größte Freude.

.../4

Der Ausschuß des Deutschen Evangelischen Missions-Rates für die Fragen der katholischen Mission hat inzwischen Ihr Dokument sehr gründlich studiert und hat mir dazu folgendes geschrieben:

"Die Kommission beachtet die enge Zusammenordnung von Wortverkündigung und Diakonie in dem Abschnitt 'Bezeugung des gemeinsamen Herrn'. Sie sieht darin eine hilfreiche Korrektur der entsprechenden Aussagen im Dokument des Deutschen Evangelischen Missions-Rates."

Ich stehe nicht an, Ihnen das in aller Offenheit vorzutragen. So stelle ich mir das vor, daß wir miteinander reden, daß wir uns auf gewisse Einseitigkeiten, die der eine oder andere hat, ansprechen, und daß wir uns hier tatsächlich korrigieren, damit wir zur Fülle kommen. Natürlich möchten auch wir nicht Glaube und Liebe auseinanderreißen. Nur haben wir hier noch leicht das Gefühl, man könnte es so mißverstehen, daß die Liebe zur bloßen Humanität wird, und das wollten wir gern verhindern. Deshalb ist Christus nicht gestorben und auferstanden, daß wir "nur" Entwicklungshilfe machen. Das Ziel ist Bezeugung des gemeinsamen Herrn. Daß wir von diesem Ziel noch weit entfernt sind, brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

Daß Ihr Dokument dann von der gegenseitigen Achtung spricht und damit etwas aufnimmt, was an anderer Stelle in unserem Dokument gesagt ist, hat uns auch dankbar gemacht. Wir brauchen, glaube ich, noch manche persönliche Begegnung, vieles Sprechen und Leben miteinander, um zu begreifen, wer wir eigentlich sind, wer der andere eigentlich ist. Es gehört auch Mühe dazu, das sollten wir nicht unterschätzen. Jeder von uns ist ohne weiteres in der Lage, diesen Tatbestand aus eigenem Erleben zu illustrieren.

Verehrte und liebe Brüder und Schwestern, glauben Sie ja nicht, daß wir die 450 Jahre mit Freundlichkeit und gutem Willen allein überwinden. Das tun wir nicht. Da ist ganz erhebliche Mühe und ganz erhebliche theologische Arbeit erforderlich. Diese Mühe und theologische Arbeit sind wir einander schuldig, weil wir einander achten. Deshalb sollte es uns nicht verdrießen, wenn wir uns in manchen Dingen nicht so schnell einigen, wie wir das vielleicht hoffen. Wenn wir dieselben Vokabeln gebrauchen, heißt das noch lange nicht, daß wir dasselbe meinen. Wenn ich zB das Wort "Kirche" sage, dann verstehen Sie darunter etwas ganz anderes als ich. Im vergangenen Jahr hat P. Ludwig Wiedenmann SJ an diesem Ort in seiner Stellungnahme zu unserem Dokument

den Satz gesagt: Diese Sicht der Dinge dürfte sich bei uns "langsam durchsetzen". Ich weiß nicht, ob er dabei den Akzent auf das Wort "langsam" oder auf das Wort "durchsetzen" gelegt hat. Vielleicht auf beide Wörter gleichmäßig. Ich habe mir dazu den von P. Wiedenmann zitierten Aufsatz von Heinrich Fries vorgenommen, habe ihn häufig durchgelesen und verstehe jetzt auch, warum P. Wiedenmann etwas sagt von uns, was ich so nun auch wieder nicht sagen kann. Es ist von der heilsgeschichtlichen Deutung unserer gespaltenen Mission die Rede. Was muß sich da "durchsetzen"?

"Voraussetzung dafür wäre freilich, daß der Protestantismus und die protestantische Mission sich auch mehr und mehr in dieser Funktion verstehen, dh als Protest vom Evangelium her gegen Verformungen im alten Stamm der katholischen Kirche, als Protest in Liebe und Brüderlichkeit, aber auch als Protest, der einmal seine Aufgabe erfüllt haben könnte und dann überflüssig würde." Das könnte ich nicht sagen. Und das kann ich auch so Heinrich Fries nicht abnehmen. Er sagt: Ihr habt Dinge, die hatten wir verloren und die müssen wir wiedergewinnen. Am Ende gewinnen wir all das, was die getrennten Kirchen einbringen. Wenn wir das alles haben, dann haben wir eine erneuerte, verschönerte Kirche Roms. Da fängt bei uns die Schwierigkeit an. Was ist denn der alte Stamm, von dem er geredet hat? Wir verstehen uns ja doch nicht oder nicht nur als Protest gegen einen verformten alten Stamm. Wann hat denn unsere Kirche begonnen? Doch zu Pfingsten und nicht an irgendeinem Tag der Reformationszeit! Da sind wir wieder einmal an einem Punkt, wo wir uns gegenseitig Fragen stellen müssen, bittere Fragen, die wir uns gegenseitig beantworten sollten. Wir können sie beantworten, gemeinsam beantworten, auch wenn es manchmal noch bitter ist, weil wir uns inzwischen so weit kennen, daß wir den andern nicht mehr verletzen, wenn jeder die Dinge so sagt, wie er sie sieht. Das ist etwas ganz Besonderes, für das wir alle miteinander dankbar sein müssen. Es geht uns und Ihnen um die Wahrheit. Daß man an diesem Punkt keine Kompromisse schließen kann, hat ihre Kirche seit langem immer wieder gesagt. Ich glaube auch nicht, daß wir in Versuchung waren, an diesem Punkt Kompromisse zu schließen.

.../6

Aber nun kommt doch zu den gegenseitigen Bedenken, die wir Ihnen gesagt haben und die Sie uns zum Teil zurückgegeben haben, daß wir doch eine gemeinsame Grundlage haben. Das ist eigentlich das Schönste, was in Ihrem Dokument steht. Es heißt dort: "Wir verstehen diese Zurückhaltung, da es ja gerade um das gemeinsame Zeugnis des eigenen Glaubens geht, den wir auf beiden Seiten als reinen Gehorsam gegenüber dem Wort Gottes in der Hl. Schrift, auf die hin wir uns gegenseitig anreden, verstehen". Ob Ihnen wohl deutlich ist, was dieser Satz bedeutet für unsere Brüder am rechten und linken Flügel des Deutschen Evangelischen Missions-Tages? Das ist für viele eine völlig neue Erkenntnis. Daß dieser Satz in Ihrem Dokument steht, ist für uns das Entscheidende und Großartigste, Anlaß zu der allergrößten Dankbarkeit. Alle Kooperation und alles, was wir tun wollen, hat hier sein Zentrum. Alles andere würde nur an der Oberfläche bleiben. Wir müssen mit allem, was wir gegenseitig tun wollen, uns anreden auf die Wahrheit hin gegenüber dem Wort Gottes in der Hl. Schrift und diesen Gehorsam gemeinsam suchen. Sie verstehen, liebe Schwestern und Brüder, daß dieses für uns ein großes, vielleicht darf ich sagen: für einige in unseren Reihen ein unerwartetes Geschenk ist.

Daß Sie dann auch Ihre Bedenken so nüchtern genannt haben, ist wohl-tuend. Und daß Sie in dem Zusammenhang so vorsichtig mit uns umgegangen sind, ist auch wohl-tuend. Sicherlich haben wir ein verschiedenes Verständnis des Amtes und, jetzt darf ich wohl für den ganzen Evangelischen Missions-Tag sprechen, ein verschiedenes Verständnis der Überlieferung, der Sakramente.

Sicher tut es auch Ihnen weh, daß wir auf unserer Seite gelegentlich sagen, wir seien die rechte Kirche. Aber das sind ja Dinge, die wir mit Deutlichkeit, ohne Emotion, aber doch in Liebe miteinander aussprechen und erforschen müssen. Hier ist wieder die Seelsorge von Kirchen an Kirchen notwendig, in der wir uns gegenseitig dazu verhelfen, echte, wahre und gehorsame Christen zu werden. Wir müssen uns zunächst dazu verhelfen, daß Sie besser katholisch und wir besser lutherisch oder reformiert oder evangelisch werden. Ich glaube, dieser seelsorgerliche Auftrag steht vor uns, und wir müssen ihn ernst nehmen.

.../7

Es wird sich zeigen, daß einiges an gegenseitigen Bedenken auf Mißverständnissen beruht, zB vielleicht die verschiedene Beurteilung der nicht-christlichen Religionen. Das ist ein Punkt, wo unser Ausschuß gerne mit Ihrem ökumenischen Arbeitskreis ins Gespräch käme.

Über das gemeinsame Handeln in der Mission brauche ich nicht mehr zu sagen als schon gesagt worden ist. Auch der Deutsche Evangelische Missions-Tag und der Deutsche Evangelische Missions-Rat sind nicht unmittelbar zuständig in dem Bereich der Diözesen oder der Kirchen in Afrika, Asien usw. Das sind die Kirchen längst selber. Deshalb gebrauchen wir das Wort von den "Jungen Kirchen". Es sind selbständige Kirchen. Es ist hier in diesen Tagen gesagt worden, daß auch Ihre Missionare es oft nicht leicht haben, unter dem Krummstab afrikanischer Bischöfe zu leben. Wir haben in der Regel keine Bischöfe, aber Kirchenpräsidenten oder dergleichen, aber an diesem Punkt müssen auch wir ungewöhnlich behutsam sein.

Über die Zusammenarbeit der Missionsinstitute in Deutschland haben wir sehr ausführlich gesprochen, und wir sind in unserem Missions-Rat dankbar, daß Sie die verschiedenen Möglichkeiten so schlicht und nüchtern ausgeschrieben haben. Wir sollten zuerst einmal eine gemeinsame Erhebung über zusammenfallende Arbeitsgebiete machen, damit wir in dem Punkt besser und sachgerechter informiert werden. Ich halte auch viel von gemeinsamen Konsultationen. Eines aber ist jetzt ganz klar: nach der vergangenen Jahrestagung Ihres Missionsrates und unseres Missions-Tages darf es keine Missionsrats- oder Missions-Tags-Sitzung mehr geben, an der nicht auch Vertreter "der anderen Seite" teilnehmen. Für uns ist das eine große Freude, und für manche, die heute noch Mühe haben, wird dadurch vieles leichter. Sich einen Katholiken in Abstraktion vorzustellen, ist nicht immer leicht. Genau so werden Sie es nicht leicht haben, sich einen frommen gehorsamen evangelischen Christen vorzustellen. Den gibt es auch. Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Missionaren, zB bei Kursen für Urlaubermisionare, ist ein großer Fortschritt, der zum Teil schon anzutreffen ist; so werden zB in einigen unserer Missionsseminare von Zeit zu Zeit katholische Vortragsredner oder theologische Lehrer eingeladen. In unserer Hamburger Missionsakademie kommt das regelmäßig vor. Das sind Dinge, die man weitertreiben muß. Für wichtig halte ich auch die

Möglichkeit, Beschwerden zu klären. Es gibt ja immer einmal Vorkommnisse, die das Miteinander belasten; wenn man hier in Deutschland einen ehrlichen Makler haben könnte, der aus der Distanz über dergleichen reden und das untersuchen könnte, dann wäre das eine große Hilfe. Daß wir uns dabei der Hilfe der Urlaubermissionare versichern, halte ich für gut und nützlich. Bei uns ist mit Dankbarkeit von der Zusammenarbeit bei den religiösen Schulwochen die Rede gewesen, gerade in Bayern und Nordrhein-Westfalen. Über die Zusammenarbeit unserer Ausschüsse brauche ich nur zu sagen, daß wir selbstverständlich dazu bereit sind. Aber wir würden uns auch gern die Freiheit vorbehalten, bestimmte Dinge erst einmal unter uns zu klären, ohne daß Sie nun gleich den Verdacht bekommen, wir zögen uns zurück. Es gibt noch manche Dinge unter uns zu klären, gerade im Blick auf das Verhältnis zu Ihnen. Aber bei Ihnen wird die Lage ganz ähnlich sein.

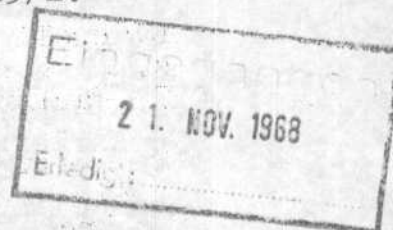
Ein schöner Abschluß ist Ihre Aussage über die Hoffnung. Sie haben uns belehrt, daß es über die Solidarität der Anfechtung hinaus noch mehr gibt, nämlich eine Solidarität der Hoffnung. Ich habe noch einmal durchgelesen, was mein Kollege Moritzen vor Jahresfrist vorge tragen hat, und habe gedacht: "Was kann in einem Jahr alles geschehen! Wie viel ist geistlich und organisatorisch unter uns im vergangenen Jahr alles möglich geworden!" Wir sollten uns nicht loslassen, ja, wir können es nicht mehr! Abt Emmanuel Heufelder sagte heute morgen, daß von der Mission aus manche Bewegungen in unsere Kirchen hineinkommen, die sonst vielleicht noch Jahre auf sich warten lassen. Der letzte Anstoß, der Stachel im Gewissen, war oft die Mission. Diese wäre in Afrika, Asien und überall ohne die nötige Vollmacht, wenn wir uns hier zu Hause weiter wie bisher verhielten, nämlich als eine gespaltene und zertrennte Christenheit. Unser Auftrag ist ein gemeinsamer Auftrag. Gewiß hat man das Hohepriesterliche Gebet Jesu in den vergangenen Jahren zu oft und zu oberflächlich zitiert; doch gilt sein Satz auch uns: "Laß alle eins sein, damit die Welt glaube". Ich habe immer große Angst, daß ich oder einer von uns oder unsere Kirchen insgesamt schuldig werden an dem geistlichen Tod eines Menschen "nur" deshalb, weil wir das Evangelium nicht mit einem einzigen Munde predigen, weil wir zerrissen und zerspalten sind. "Daß sie alle eins seien, auf daß die Welt glaube: Du hast mich gesandt."

Man kann ja nur Angst bekommen, daß uns eines Tages vor dem Richterstuhl Gottes die Menschen vorgeführt werden, deren Glauben wir blockiert haben durch unsere Spaltung. Die es einfach nicht haben glauben können, daß das eine Evangelium von dem einen Herrn, der einen Kirche und der einen Welt überhaupt wahr sein könnte, weil die Boten so zerrissen sind und nicht einmal das Heilige Abendmahl miteinander feiern können. Lassen Sie uns das nie vergessen, daß wir schuldig werden können an dem geistlichen Tode von Menschen. Ob wir uns zusammenfinden oder nicht, ist keine Frage der Zweckmäßigkeit. Es ist eine ausgesprochen geistliche Frage der Vollmacht. Deshalb geht es bei dem, was wir miteinander getan haben und in den nächsten Jahren, so Gott will, miteinander tun werden, auch nicht um Freundlichkeiten oder um leichtere Organisation, sondern es geht wirklich in der Geschichte des Reiches Gottes um den einen Auftrag, den wir miteinander haben: den Menschen den Namen des gekreuzigten, auferstandenen Herrn Jesus Christus so in Vollmacht zu bezeugen, daß wir ihnen nicht im Wege stehen in ihrem Gehorsam diesem Herrn gegenüber. Deshalb dürfen wir uns nicht loslassen. Deshalb müssen wir aufeinander zugehen. Ich weiß genau, daß wir zu dem gemeinsamen Bezeugen des Evangeliums noch nicht so schnell kommen. Aber daß wir es nun auch nicht wieder auf Eis legen, sondern in dieser Stunde spüren: Gott will von uns jetzt gemeinsamen Gehorsam! Und wir sollen auch nicht warten, bis es jeder einzelne begriffen hat. Es gilt hier nicht das Gesetz der Geleitzüge, nach dem man auch auf das langsamste Boot Rücksicht nehmen muß. Das könnte für uns eine billige Entschuldigung sein, gar nichts mehr zu tun. Sondern es müssen diejenigen, die von Gott einen Auftrag spüren, diesen Auftrag im Gehorsam wahrnehmen. Das heißt praktisch für uns, daß wir für einander beten müssen, daß wir Gott bestürmen müssen, er wolle uns allen seinen Hl. Geist geben. Unsere große Hoffnung und Freude ist, daß unser Herr im Neuen Testament mit der Mahnung, um den Hl. Geist zu bitten, die Verheißung verbindet, Gott wolle diese Bitten erhören.

(Gehalten auf der Mitgliederversammlung des Katholischen Missionsrates, Würzburg, 20./21.6.1968)

Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

2 Hamburg 13, den 15.11.68
Mittelweg 143
Az. 1823/E.



Sehr verehrte Frau Oberkirchenrätin,
sehr geehrte Herren !

In der Anlage übersenden wir Ihnen das Protokoll über
das

Gespräch über eine koordinierte Planung des kirchlichen
Zuschußbedarfs zu den ordentlichen Haushalten evangeli-
scher Missionen und diakonischer Einrichtungen im Nahen
Osten,

das am 30. September 1968 in Königsfeld/Schwarzwald statt-
fand. Wir bitten um Ihr Verständnis, daß infolge von Ur-
laub und Krankheit das Protokoll erst jetzt versandt wer-
den kann.

Mit freundlichem Gruß

Deutscher Evangelischer Missions-Rat

i.A.: *U. Ebert*

Anlage

Liste der Empfänger s. umseitig

An

Evangelische Landeskirche in Baden
z.Hd. Herrn Landesmissionspfarrer H. Beck
75 Karlsruhe, Blumenstr. 1

Evangelische-Lutherische Kirche in Bayern
z.Hd. Herrn Kirchenrat H. Neumeyer
8 München 49, Forstenrieder Allee 263

Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg
z.Hd. Herrn Oberkonsistorialrat Dr. F. Schlingensiepen DD.
1 Berlin 12, Jebensstr. 3

Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg
Beirat für Weltmission
z.Hd. Herrn Oberkonsistorialrat E. Andler
1 Berlin 30, Eisenacher Str. 12

Bremische Evangelische Kirche
z.Hd. Herrn Pastor D. G. Besch
28 Bremen, Franzuseck 2-4

Evang.-luth. Kirche im Hamburgischen Staate
z.Hd. Herrn Oberkirchenrat Dr. H. Ringeling
2 Hamburg 1, Bugenhagenstr. 21

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
z.Hd. Herrn Oberkirchenrat D. H.-E. Heß
61 Darmstadt, Paulusplatz 1

Lippische Landeskirche
z.Hd. Herrn Pastor Erhard Mische
4931 Reelkirchen

Evangelisch-lutherische Kirche in Lübeck
z.Hd. Herrn Pastor E. von Dessien
24 Lübeck, Westhoffstr. 82

Evangelisch-reformierte Kirche in Nordwestdeutschland
Missionsausschuß
z.Hd. Herrn Pastor H. Züchner
2975 Greetsiel

Evangelisch-lutherische Kirche in Oldenburg
z.Hd. Herrn Pastor G. Bergner
2849 Visbek (Oldb.)

Vereinigte Prot.-Ev. Christl. Kirche der Pfalz
z.Hd. Herrn Oberkirchenrat Fritz Roos
672 Speyer, Domplatz 5

Evangelische Kirche im Rheinland
z.Hd. Herrn Präses Prof. D. Dr. J. Beckmann
4 Düsseldorf, Inselstr. 10

Evangelische Kirche in Westfalen
z.Hd. Herrn Pfarrer F. Jung
46 Dortmund, Markgrafenstr. 123

Evangelische Landeskirche in Württemberg
z.Hd. Herrn Pfarrer Dr. Günther
7 Stuttgart-O., Gänsheidestr. 2 u. 4

Herrn Präsident W. Hammer
Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland
3 Hannover-Herrenhausen, Herrenhäuser Str. 2 A

Frau Oberkirchenrätin G. Grimme
Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland
3 Hannover-Herrenhausen, Herrenhäuser Str. 2 A

Kirchliches Außenamt
z.Hd. Herrn Oberkirchenrat K. Kremkau
und Herrn Kirchenamtman Heß
6 Frankfurt/M., Bockenheimer Landstr. 109

Lutherisches Kirchenamt
z.Hd. Herrn Oberkirchenrat H. Becker
3 Hannover, Richard-Wagner-Str. 26

Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche der Union
z.Hd. Herrn Oberkonsistorialrat Dr. F. Schlingensiepen DD.
1 Berlin 12, Jebensstr. 3

Südwestdeutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft
für Weltmission
z.Hd. Herrn Pfarrer Dr. W. Günther
7 Stuttgart-O., Gänsheidestr. 2 u. 4

BROT FÜR DIE WELT
z.Hd. Herrn Dipl.-Volkswirt E. Bartke
7 Stuttgart-O., Gerokstr. 17

Dienste in Übersee
z.Hd. Herrn O. Steinheil
7 Stuttgart 1, Gerokstr. 17

Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe
z.Hd. Herrn K. Knöbel
53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 29

Aktion "Evangelischer Dienst unter den Arabern in Israel"
z.Hd. Herrn Oberkirchenrat H. Becker
3 Hannover, Richard-Wagner-Str. 26

Deutscher Hilfsbund für christliches Liebeswerk im Orient
z.Hd. Herrn Missionsdirektor G. Sander
6 Frankfurt/M., Parkstr. 6

Evangelische Jerusalem-Stiftung
z.Hd. Herrn Geh. Konsistorialrat D. Dr. B. Karnatz
1 Berlin 33, Reichensteiner Weg 24

Evangelische Karmelmission
z.Hd. Herrn Missionsinspektor E. Schmiedinghoff
706 Schorndorf, Schlichtenerstr. 61

Evangelische Mission in Oberägypten
z.Hd. Herrn Pfarrer W. Höpfner
62 Wiesbaden, Walkmühlstr. 8

Evangelischer Verein für das Syrische Waisenhaus
z.Hd. Herrn Pfarrer H. Haeberle
und Herrn W. Horstmeyer
5 Köln-Dellbrück, Im Oberiddelsfeld 1

Jerusalemsverein
z.Hd. Herrn Geh. Konsistorialrat D. Dr. B. Karnatz
1 Berlin 33, Reichensteiner Weg 24

Jerusalemsverein
z.Hd. Herrn Dr. H. Kandler
1 Berlin 41, Handjerystr. 19/20

Kaiserin Auguste-Victoria-Stiftung auf dem Ölberg
z.Hd. Herrn Dipl.-Volkswirt Th. Berron
4 Düsseldorf-Kaiserswerth

Mission der Brüdergemeine
z.Hd. Herrn Pfarrer Dr. H. Bintz
7325 Bad Boll

Orientarbeit von Kaiserswerth
z.Hd. Herrn Dipl.-Volkswirt Th. Berron
4 Düsseldorf-Kaiserswerth

Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Weltmission
z.Hd. Herrn Präses Prof. D. Dr. J. Beckmann
4 Düsseldorf, Inselstr. 10

Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Weltmission
z.Hd. Herrn Oberkirchenrat H. Lohmann
2 Hamburg 13, Mittelweg 143

und an die Mitglieder des Deutschen Evangelischen Mis-
sions-Rates

P r o t o k o l l

des Gesprächs über eine koordinierte Planung des kirchlichen Zuschussbedarfs zu den ordentlichen Haushalten evangelischer Missionen und diakonischer Einrichtungen im Nahen Osten
am 30. September 1968 in Königsfeld

Vorgeschichte

(vgl. Einladungsschreiben von P. Paul-Gerhardt Buttler, Hamburg.)
Der Deutsche Evangelische Missions-Rat (DEMR) hatte auf seiner Sitzung am 2./3. Mai 1968 angeregt, Vertreter der evangelischen Nahost-Missionen, der evangelischen Landeskirchen in der BRD und West-Berlin, koordinierender kirchlicher Dienststellen und mit dem Nahen Osten befasster kirchlicher Hilfsorganisationen zu einem Gespräch über Möglichkeiten und Modalitäten kirchlicher Beiträge zu den ordentlichen Haushalten evangelischer Nahost-Missionen einzuladen.

Anlass dieser Initiative waren Anfragen verschiedener Landeskirchen bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Weltmission (EAGWM) und dem DEMR in den voraufgegangenen Monaten, ob nicht irgendeine Stelle eine Koordinierung der Hilfsmassnahmen für die im Nahen Osten arbeitenden Missionen und diakonischen Institutionen herbeiführen könnte. (Bei diesen Anfragen war jeweils auf Bitten um Unterstützung bzw. um Weiterleitung von Kollektenaufrufen der Orientarbeit des Diakoniewerks Kaiserswerth und des Jerusalemvereins verwiesen.) Auch der Missionsausschuss der VELKD hatte in seiner Sitzung am 15.3.1968 beschlossen, die EAGWM um eine solche Koordination zu bitten. Der Generalsekretär der EAGWM sah sich nicht in der Lage, ohne einen speziellen Auftrag des Verbindungsausschusses der EAGWM diesen Bitten nachzukommen. Er begrüsst aber die Initiative des DEMR und ist der Meinung, dass eine eindeutige Willensbildung aller Betroffenen für einen entsprechenden Beschluss des Verbindungsausschusses hilfreich sein könnte.

Mit der Einladung hat P. Buttler einen von ihm persönlich erarbeiteten Koordinationsvorschlag versandt und die an der Teilnahme Verhinderten um ein schriftliches Votum gebeten.

Am Nachmittag des 30.9. hat eine Sitzung des Palästinaerks stattgefunden, in der die anstehenden Fragen vorberaten wurden.

Anwesenheitsliste:

Oberkonsistorialrat Erich Andler,
Beirat für Weltmission der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg
Dipl.-Volkswirt Eberhard Bartke,
BROT FÜR DIE WELT
Pfarrer Hartmut Beck,
Evangelische Landeskirche in Baden
Pastor Gerhard Bergner,
Evangelisch-lutherische Kirche in Oldenburg
Dipl.-Volkswirt Thomas Berron,
Orientarbeit von Kaiserswerth; Kaiserin Auguste-Victoria-
Stiftung auf dem Ölberg
Pastor Paul-Gerhardt Buttler,
Nahost-Referent des Deutschen Evangelischen Missions-Rates
Pastor Eberhard v. Dessien,
Beobachter der Ev.-luth. Kirche in Lübeck
Frl. Ursula Ebert,
Geschäftsstelle des Deutschen Evangelischen Missions-Rates
Pastor Dr. Walther Günther,
Südwestdeutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Welt-
mission; Mission der Brüdergemeine
Kirchenamtman Heß,
Kirchliches Aussenamt
Pfarrer Willi Höpfner,
Evangelische Mission in Oberägypten; Arbeitsgemeinschaft
Orientdienst
Pastor Dr. Gerhard Hoffmann,
Exekutivsekretär des Deutschen Evangelischen Missions-Rates
Verwaltungsleiter Wolfgang Horstmeyer,
Evangelischer Verein für das Syrische Waisenhaus
Dr. H. Kandeler,
Jerusalemsverein
Geh. Konsistorialrat D. Dr. Bernhard Karnatz,
Jerusalemsverein; Evangelische Jerusalemstiftung
Oberkirchenrat Klaus Kremkau,
Kirchliches Aussenamt
Oberkirchenrat Heinrich Lohmann,
Generalsekretär der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für
Weltmission
Pastor Erhard Mische,
Lippische Landeskirche

Kirchenrat Hans Neumeyer,
Landesausschuß für Weltmission der Ev.-luth. Kirche in
Bayern

Missionsdirektor Gerhard Sander,
Deutscher Hilfsbund für christliches Liebeswerk im Orient

Oberkonsistorialrat Dr. Ferdinand Schlingensiepen, DD.,
Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg; Evangelische
Kirche der Union

Missionsinspektor Erich Schmiedinghoff, Evangelische Karmelmission

Pastor Hermann Züchner, Missionsausschuss der Ev.-ref. Kirche
in Nordwestdeutschland

Vorsitz: Pastor P.-G. Buttler

Protokoll: Ebert

P. Buttler begrüsst die Anwesenden. Er referiert über die schriftlich und mündlich eingegangenen Voten: OKR Becker ist mit dem Koordinationsvorschlag einverstanden und bittet, dass in die Überlegungen Aktivitäten wie ^{die} Aktion "Evangelischer Dienst unter den Arabern in Israel" einbezogen werden möchten. OKR Ringeling (Ev.-luth. Kirche im Hamburgischen Staate) hat sich ebenfalls positiv zu dem Koordinationsvorschlag geäußert. Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau möchte für die Kirchen im südwestdeutschen Raum bestimmte Anträge an die Südwestdeutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Weltmission gerichtet wissen. Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen befürwortet den Koordinationsvorschlag.

Auf Bitten der Anwesenden fasst P. Buttler noch einmal die von ihm schriftlich dargelegte Situationsanalyse und den daraus abgeleiteten Koordinationsvorschlag zusammen (s. dort). Den Landeskirchen einen parallel koordinierten Haushaltsvoranschlag der Nahost-Missionen vorzulegen, hielt er für gerechtfertigt, weil die Arbeit in Palästina eine der gesamten Christenheit in Deutschland aufgetragene Aufgabe sei. Er betont, dass sein Vorschlag der Entscheidungsfreiheit aller Beteiligten in keiner Weise vorgreifen, sondern nur einen möglichen Weg der Koordination aufzeigen will. Er bittet die Geladenen, in aller Freiheit selbst zu entscheiden, ob sie sich an den Beratungen als Partner oder als Gast beteiligen wollen.

Die Vertreter des Jerusalemsvereins, des Ev. Vereins für das Syrische Waisenhaus und der Orientarbeit von Kaiserswerth schildern die Krise, in der ihre Missionen stehen, begrüßen dankbar die Initiative des DEMR und befürworten ohne Vorbehalt den Koordinationsvorschlag. Einzelfragen (z.B. ob dem Antrag an die Landeskirchen statt des Voranschlages die Vorjahresrechnung zugrundegelegt werden sollte, wie von Horstmeyer befürwortet) sollten von einem Experten in Haushaltsfragen geklärt werden, nachdem die grundsätzliche Entscheidung gefallen ist.

^{Victoria-}
Für die Kaiserin Auguste-Stiftung auf dem Ölberg ist nach Auskunft von Direktor Berron die Problematik noch nicht gegeben, solange der Lutherische Weltdienst treuhänderisch für die Stiftung eintritt.

Auch die Evangelische Jerusalemstiftung (D. Dr. Karnatz) braucht zunächst nicht in die Überlegungen einbezogen zu werden, da ihre Arbeit im Haushaltsplan der EKD verankert ist.

P. Buttler bittet nunmehr die Vertreter der anderen im Nahen Osten arbeitenden Missionen um eine Äusserung, ob und inwieweit sie sich durch die Fragestellung angesprochen fühlen.

Pfr. Höpfner äussert sich - vorbehaltlich einer Stellungnahme seines Vorstandes - dahin, dass die Ev. Mission in Oberägypten angesichts ihrer Andersartigkeit (Arbeit außerhalb Palästinas; deutsch-schweizerisches Werk) kein unmittelbares Interesse daran habe, sich an einer koordinierten Haushaltsplanung zu beteiligen.

Dr. Günther nimmt für die Aussätzigenarbeit der Brüdergemeine auf dem Sternberg (Ramallah), die keine landeskirchlichen Zuschüsse braucht, Stellung. Er vertritt den Standpunkt, dass nicht die Frage der Deckung der Haushalte im Vordergrund stehe, sondern die Frage, ob eine Weiterarbeit in absehbarer Zeit überhaupt möglich sei. Daher sollten ausnahmslos alle Nahost-Missionen trotz ihrer Verschiedenartigkeit zu einer brüderlichen Zusammenarbeit kommen, d.h. gemeinsam über den Fortgang der Arbeit und etwa nötige Schwerpunktbildung (z.Zt. Jordanien) beraten. Die gemeinsamen Momente - alle arbeiten als Minderheiten in moslemischen Stammländern, alle stehen in Zusammenarbeit mit Kirchen, die Mitglieder des Near East Christian Council sind - seien zahlreich genug.

Auf derselben Linie bewegten sich, wie Buttler berichtet, Vorschläge, die in der Sitzung des Palästinawerks gemacht wurden. In dieselbe Richtung geht auch ein Vorschlag Horstmeyers, der einen Punkt aufzeigt, wo die Zusammenarbeit einsetzen könnte. Die Landeskirchen könnten durch eine gemeinsame Aktion z.B. die Trägerschaft für die Mädchenarbeit in den verschiedenen Teilen Jordaniens übernehmen.

Das Votum des Deutschen Hilfsbundes für christliches Liebeswerk im Orient (Missionsdirektor Sander), der im Libanon praktisch vor denselben Fragen und Problemen steht wie die Mitglieder des Palästinawerks, unterstreicht die Dringlichkeit des gegenseitigen Austausches, der vor den Geldfragen rangiere.

Auch die Evangelische Karmelmission (Missionsinspektor Schmiedinghoff), deren Dienst bisher unbehindert weitergehen konnte, bekundet ihr Interesse, dem Kreis der gemeinsam Beratenden anzugehören.

OKR Kremkau wiederholt, was er dem Palästinawerk bereits berichtete. Im Kirchlichen Aussenamt seien Überlegungen im Gange, wie man zu einer stärkeren Koordinierung und Zusammenfassung der Arbeit in Palästina kommen könne. Im Rat der EKD ist darüber beraten worden (ca. eine Woche vor Versendung der Einladung zu dem heutigen Gespräch), vom Kirchlichen Aussenamt sollte eine Einladung zum Gespräch ausgehen. Es geht bei diesen Überlegungen nicht um finanzielle Fragen, sondern darum, im Blick auf die Arbeit am Ort wie auf die Träger in Deutschland eine Klammer zu schaffen, die sowohl die sich verstärkenden Aktivitäten in Altisrael¹⁾ als auch die Arbeiten in den israelisch besetzten arabischen Bereichen²⁾ umfasst, und zu einer gemeinsamen policy und optischen Repräsentanz zu kommen. Es könnte sich lediglich um eine lockere Arbeitsgemeinschaft handeln, zu der sich die dort arbeitenden Werke zusammenschließen.

-
- 1) Aktion Sühnezeichen, Marienschwesternschaft, Judenmission, Nes Ammim, Christl. Friedensdienst;
 - 2) Ev. Jerusalemstiftung, Jerusalemsverein, Kaiserswerth, Ölbergstiftung, Mission der Brüdergemeine

Möglicherweise könnte der Ratsvorsitzende der EKD als Vorsitzender des Kuratoriums der Ölbergstiftung und des Vorstandes des Jerusalemsvereins aus Gründen der Rationalisierung den Vorsitz übernehmen. Das bedeute jedoch nicht, dass eine solche Arbeitsgemeinschaft auf dem Boden der EKD stehen solle, ebenso wenig wie eine Einladung seitens des Kirchlichen Aussenamtes dessen Trägerschaft bedeuten würde. Als Gegenüber in Palästina könnte eine Arbeitsgemeinschaft der dortigen Feldleiter unter Führung des Propstes (ex officio) fungieren. - Abschliessend bemerkt OKR Kremkau, dass man im Palästinawerk so verblieben sei, den Vorschlag P. Buttlers weiter zu verfolgen, im Blick auf die Planung des Kirchlichen Aussenamtes nichts zu überstürzen.

Es folgt eine eingehende Diskussion, die sich mit den beiden in ihren Ansatzpunkten verschiedenen Konzeptionen und ihrer Überschneidung im israelisch besetzten Teil Jordaniens auseinandersetzt. Dabei kristallisiert sich die Ansicht heraus, dass die beiden Vorhaben getrennt voneinander zu sehen sind und unabhängig voneinander in Angriff genommen werden können, zumal der Vorschlag des Kirchlichen Aussenamtes offenbar in erster Linie auf die nichtmissionarischen Werke zielt. Die Gesprächsteilnehmer geben ihrer Dankbarkeit für die Information des Kirchlichen Aussenamtes Ausdruck und befürworten die Weiterverfolgung der mancherlei noch ungeklärten Fragen. (Z.B. wurde durch P. Buttler und Dr. Hoffmann daran erinnert, dass durch die Vereinbarung zwischen EKD und DEMA in der EAGWM eine übergreifende Arbeitsgemeinschaft als Boden für eine Koordinierung missionarischer Aktivitäten bereits bestehe. Hinsichtlich des angestrebten Feldleiterkomitees in Palästina empfahl P. Buttler aufgrund von Genfer Erfahrungen mit amerikanischen donor agencies im Nahen Osten Behutsamkeit, dass nicht etwa die Kirchen im Nahen Osten oder der Near East Christian Council in ihrer Verantwortung geschwächt werden.)

Weitere Voten der Landeskirchen (KR Neumeyer für die Ev.-luth. Kirche in Bayern, Pfr. Beck für die Ev. Landeskirche in Baden) und der Südwestdeutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Weltmission (Dr. Günther) fordern nachdrücklich die Gewinnung eines Überblicks durch Koordination. Auch sie empfehlen dringend die Bildung eines Nahost-Ausschusses, der über sämtliche Anträge (Unterstützung laufender Haushalte, Projekte, neue Aufgaben) berät und sie entsprechend weiterleitet. Auch die aus Projekten entstehenden Folgekosten müssten hierbei berücksichtigt werden, nachdem a) Herr Bartke auf Befragen die Auskunft erteilt, dass BROT FÜR DIE WELT wahrscheinlich keine Folgekosten übernimmt, und b) OKR Lohmann feststellt, dass die Landeskirchen über die EAGWM nicht für Folgekosten aufkommen können.

Was die vordringlich zu behandelnde Frage des Zuschussbedarfs zu den ordentlichen Haushalten 1969 betrifft, wird festgestellt, dass nur die Mitglieder des Palästinawerks davon betroffen sind. Es wird beschlossen, dass die Mitglieder des Palästinawerks dem

Vorschlag von P. Buttler entsprechend schnellstens mit Hilfe von Herrn Bannach einen koordinierten Haushaltsplan erstellen und dass ein erster gemeinsamer Antrag für 1969 mit einem Anschreiben Dr. Hoffmanns schnellstens an die Landeskirchen versandt wird. Ein Antrag an die Südwestdeutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Weltmission als solche ist nach Auskunft Dr. Günthers wenig sinnvoll, da sie für 1969 keine zusätzlichen Möglichkeiten mehr habe. Der Begleitbrief Dr. Hoffmanns soll das heutige Gespräch und die von P. Buttler in seinem Vorschlag anvisierte Entwicklung erläutern. OKR Lohmann erklärt sich zur Mitunterzeichnung des Anschreibens bereit. Herr Horstmeyer übernimmt es, bereits für den 1.10. eine Sitzung der Vertreter der betroffenen Missionen zusammen mit Herrn Bannach in die Wege zu leiten.

Die Empfehlung von Dr. Günther und einigen Vertretern von Mitgliedsgesellschaften des DEMA, dass ein Nahost-Ausschuss zu bilden sei, der über die finanzielle Koordination hinaus eine Plattform gemeinsamer Beratung bieten könnte, wird an den DEMR weitergeleitet.

Memorandum zur Frage des Doppelamtes des Missionars in
Südwestafrika

19. NOV. 1968

1. Seit mehr als zehn Jahren beschäftigen sich die RMG in Deutschland und SWA, die DELK (Deutsche Ev.-Luth.Kirche) (vor 1960 deutsche Gemeinden), die ELK (Ev.-Luth. Kirche) in SWA und das Kirchliche Außenamt in besonderer Weise mit dem für alle Beteiligten bedeutsamen und vielschichtigen Problem des sogen. "Doppelamtes" des Missionars in SWA.
2. Diese Frage muß von der Geschichte und Situation des Landes her gesehen werden. Von Anfang an weiß sich die RMG für die evangelischen Deutschen in Südwest verantwortlich.
"Die Geschichte der Deutschen Evangelischen Kirche in SWA ist eine Geschichte der evangelischen Mission gewesen";
"Rheinische Missionare sind in allen größeren Orten die ersten Pastoren gewesen" (Ev. Gemeindeblatt für Deutschland/SWA, 1. Jahrg. 1911; nach Referat Kerstan 1955). Die Gründung mehrerer Gemeinden geht unmittelbar auf die Tätigkeit der Missionare zurück (z.B. Windhoek, Okahandja, Keetmanshoop, Swakopmund, Karibib).
3. Auch von seiten der Mission ist oft auf den "Segen des Doppelamtes" hingewiesen worden, denn darin wird "ein Stück der Einheit der Gemeinde Jesu Christi über Rassen und Farben hinaus statuiert. Die enge Fühlungnahme mit der deutschen Gemeinde gibt die Möglichkeit zur Weckung des Verständnisses für die Arbeit der Mission (Brücke zwischen Schwarz und Weiß)" (Referat Diehl 1954)
4. Die besondere Struktur dieses Amtes hat aber auch besondere Schwierigkeiten hervorgerufen, von denen einige genannt werden sollen.
 - a) Durch das Entstehen von zwei selbständigen Kirchen (ELK in SWA: 1957; DELK in SWA: 1960) sind die Missionare bzw. Pastoren immer stärker gefordert, nicht nur im Verkündigungs- und Seelsorgedienst, sondern auch in den Aufgaben der Planung und des Aufbaus, der Leitung und Schulung von Mitarbeitern etc. Deshalb wird seit Jahren auf die

Not der Überforderung im Doppelamt aufmerksam gemacht. Jede Kirche benötigt den vollen Einsatz ihres Missionars bzw. Pastors.

- b) Die junge Kirche im Aufbau braucht qualifizierte weiße Kräfte für den Dienst der Leitung und Mitarbeiterschulung. Eine wichtige Voraussetzung ist die Sprachkenntnis. Seit Jahren empfinden wir die große Gefahr der Vernachlässigung einheimischer Sprachen. Das Einfühlen und Einleben in die afrikanischen Sprachen und damit in das Denken, Handeln und Leben der einheimischen Völker wird auch durch den Dienst an den eigenen Landsleuten erschwert.
 - c) Wenn wir auch dankbar feststellen, daß der Missionar in der Vergangenheit in vielen Fällen Mittler zwischen Schwarz und Weiß gewesen ist, so darf doch nicht verkannt werden, daß unter den veränderten Verhältnissen das Doppelamt eher zu einer Erschwerung der Erreichung der Einheit der Gemeinde Jesu Christi über die Grenzen von Rasse und Farbe hinaus geführt hat. Der Missionar wird in die Spannungen hineingezogen, die durch die rassenpolitische Situation gegeben sind. Die Gefahr der inneren Entfremdung zwischen Missionar und einheimischer Kirche ist deutlich.
5. Die ELK befindet sich in einem Stadium der Entwicklung, die eine Strukturveränderung des missionarischen Dienstes zur Folge hat. Die traditionelle Form der Pad- und Farmarbeit wird immer stärker in die Hand des einheimischen Mitarbeiters übergeben. Der Missionar nimmt das Amt der Beratung, Planung und Mitarbeiterschulung wahr (z.B. als Kringsekretaris). Er wird in den verschiedenen speziellen und übergemeindlichen Diensten eingesetzt (Jugend-, Literatur-, Rundfunk- und Ausbildungsarbeit). Wenn der Missionar nicht mehr in dem Maße wie früher die Pad- und Farmarbeit durchführen kann, entsteht die Frage, wie er in seinem Amt als deutscher Pastor der deutschen Gemeinde hinsichtlich der Betreuung der (deutschen) Farmen noch gerecht werden kann.

6. Die Verselbständigung der ELK erfordert Neuplanungen beim Einsatz der Missionare. In den nächsten Jahren werden auch Missionsstationen, die bisher von Missionaren besetzt sind, durch einheimische Pastoren übernommen (z.B. Bethanien). Die Leitung der DELK muß rechtzeitig auf solche Planung hingewiesen werden, damit sie ggf. einen hauptamtlichen deutschen Pastor für die Neubesetzung zur Verfügung hat.
7. Der Dienst im Doppelamt in diesem Maße hat nicht unwesentliche personelle und finanzielle Konsequenzen für die Rheinische Mission. Angesichts der angespannten Finanzlage und des empfindlichen Mitarbeitermangels kann die Rheinische Mission sich künftig nicht mehr wie bisher am Dienst in den deutschen Gemeinden in SWA beteiligen.
8. In den vergangenen Jahren wurde wiederholt der Vorschlag gemacht, das Doppelamt in den größeren deutschen Gemeinden wegen der genannten Schwierigkeiten aufzulösen und durch hauptamtliche Kräfte zu besetzen. Dieser Vorschlag wurde auf einer Missionarskonferenz in Swakopmund, die vom 25.-30.9. 1954 stattfand, in einer Resolution niedergelegt und an die deutsche Synode weitergeleitet. In diesem Zusammenhang wurden folgende Gemeinden genannt: Grootfontein/Otavi, Tsumeb, Omarum, Gobabis, Lüderitzbucht.
9. Es wird ausdrücklich betont, daß die Leitung der RM nicht die sofortige, pauschale Auflösung des Doppelamtes anstrebt. Es wird aber als dringend notwendig erachtet, mit der Entflechtung des Doppelamtes unverzüglich dort zu beginnen, wo Neubesetzungen es ermöglichen oder die Situation es nötig macht.
10. Wenn die Missionsleitung sich mit ihren Erwägungen und Vorschlägen zu diesem Zeitpunkt an die betreffenden Leitungsgremien und Beteiligten wendet, dann geschieht es auch angesichts der bevorstehenden Neuordnung und weiteren Verselbständigung der ELK in SWA. Die Verhandlungen darüber haben

im vergangenen Jahr begonnen und werden voraussichtlich auf der außerordentlichen Gebiets- (Landes-) Synode zu einem gewissen Abschluß gebracht werden. Die zur Zeit gültige Kirchenordnung von 1957 bleibt bis 1967 in Kraft. Mit dem Jahr 1967 soll eine neue Kirchenordnung eingeführt werden.

11. Wir wissen uns auch mit der DELK in SWA weiterhin aufs engste verbunden und sind bereit, soweit es in unseren Kräften steht, im Dienst an den deutschen Gemeinden mitzuhelfen.

(Angenommen von der Missionsleitung der Rheinischen Mission
am 20. 10. 1965.)

Medizinische Planung in Südwestafrika

(Bericht von Pastor S. Groth vor der Kommission
für ärztliche Dienste am 3.10.1968 in Tübingen)

NOV. 1968

Erlaubt:

Einführung

"Unter den 57 Ländern Afrikas steht Südwest nach der Bevölkerungszahl an 42. Stelle. Mit rd. 600.000 Einwohnern gehört es zu den Zwergstaaten, wie Gambia oder Basutoland; mit 823.876 Quadratkilometern umfaßt es aber immerhin die 3-fache Größe der Bundesrepublik. Südwestafrika reicht vom trockenen Wüstengürtel des Oranje über die Dornbursch- und Grassteppe bis zur subtropischen Savanne an den Ufern des Sambesi." (H. Jenny, Südwestafrika)

Von den rd. 600.000 Einwohnern gehören 1/6, fast 100.000 zu den Weißen. Die 1/2 Million Nichtweißen werden zu den verschiedenen Stämmen gezählt, unter denen die Herero, Nama, Damara und Ovambo die bekanntesten sind.

Südwestafrika, dessen Hochland im Inneren im Westen von der Namibwüste und im Osten von der Kalahariwüste flankiert wird, gehört wegen seiner Regenarmut und seines wüstenartigen Charakters zu den dünnst besiedelten Gebieten der Welt.

Seit 20 Jahren wird um den völkerrechtlichen Status Südwestafrika gestritten. Nach jahrelangem Ringen entschied der Internationale Gerichtshof in Den Haag im Juli 1966 zugunsten Südafrikas, als er die Klage Liberias und Äthiopiens zurückwies. Seitdem integriert Südafrika Südwest immer stärker und betrachtet es als eine südafrikanische Provinz. Der Odendaal-Plan, der Anfang 1964 veröffentlicht wurde, sieht die Durchführung der südafrikanischen Rassenpolitik für SWA vor. Die Trennung der Weißen und Nichtweißen, aber auch der einheimischen Völker untereinander, wird vor allem seit vergangenem Jahr intensiv betrieben. Von den 500.000 Nichtweißen werden 135.000 umgesiedelt und in den 10 geplanten Bantustans untergebracht. Die Politik der getrennten Entwicklung sieht prinzipiell die Entwicklung zur Selbständigkeit der afrikanischen Völker vor. In diesem Jahr wurde ein Gesetz über die Entwicklung der einheimischen Völker in SWA zur Selbstregierung verabschiedet. Die konsequente Durchführung der Apartheidspolitik in SWA, die also seit einem Jahr begonnen hat, stellt dieses Land vor eine völlig neue Situation und leitet eine ganz neue Entwicklungsphase ein.

Die medizinische Entwicklung in der Vergangenheit

Um die Jahrhundertwende errichtete das Deutsche Rote Kreuz das Prinzessin-Ruprechts-Heim in Swakopmund und begann mit drei Schwestern die medizinische Arbeit. Etwa gleichzeitig errichtete die Finnische Missionsgesellschaft im Ovamboland die ersten Kliniken (Onandjokwe, Oshandi, Okahno, Elim). 1910 wurde das erste allgemeine Hospital in Windhoek errichtet. Die Zahl der praktizierenden Ärzte ist unbekannt. Zum Stab gehörten aber sechs Schwestern. In der Zeit des ersten Weltkrieges und in den darauffolgenden Jahren kam es in allen Bereichen zu einer großen Stagnation, so auch auf dem medizinischen Sektor. In dem Jahrzehnt von 1920 bis 30 wurden einige kleine Regierungshospitäler errichtet, und die Mission, vor allem die Finnische Mission, kümmerte sich in zunehmendem Maße um die ärztliche

Versorgung unter der einheimischen Bevölkerung. Die beiden Jahrzehnte von 1930 bis 50 führten zu keiner entscheidenden Änderung im Bereich des Gesundheitswesens. Erst die Jahre 1950 bis 1960 wurden eine "Periode der Blüte und Ausbreitung" (Odendaal-Plan). Der Staat und die verschiedenen Missionen bauten ihre Arbeit auf dem medizinischen Sektor aus. Diese Entwicklung zeichnet sich noch stärker im gegenwärtigen Jahrzehnt ab. Neben der Regierung sind die Missionen tätig: Die Finnische, die Römisch-Kath., die Anglikanische, die Rheinische und die Reformierte (Kaokoveld).

Am stärksten hat sich die Finnische Mission im nördlichen Südwestafrika in der medizinischen Arbeit engagiert.

Über den gegenwärtigen Stand der Dinge informiert der "South West Africa Survey 1967". Danach bestehen zur Zeit 130 Hospitäler und Kliniken in SWA. Davon stehen 33 für die Weißen und 97 für die Nichtweißen zur Verfügung. Man unterscheidet die verschiedenen Arten von Hospitälern und Kliniken.

1. Staatshospitäler und Kliniken: 17
2. Vom Staat unterstützte Hospitäler und Kliniken: 12
3. Missionshospitäler:
 - a) Finnische Mission
 - b) Röm.-Kath. Mission
 - c) Anglikanische Mission
 - d) Rheinische Mission
 - e) Reformierte Mission
4. Minenhospitäler: Oranjemund, Tsumeb

Bis 1960 konnten keine voll registrierten Schwestern in SWA ausgebildet werden. Dies ist erst seit 1960 im Regierungshospital in Windhoek möglich. Die Ausbildung von nichtweißen Hilfsschwestern geschieht ebenfalls seit 1959 am Regierungshospital in Windhoek. Bis zur Veröffentlichung des Odendaal-Plans 1964 wurden dort 18 nichtweiße Hilfsschwestern ausgebildet. Daneben gibt es Ausbildungsstätten für einheimische Hilfsschwestern in Otjiwarongo, Keetmanshoop, Gobabi und in Oshakati, Onandjokwe und Oshikuku. Anfang 1964 standen 325 weiße Schwestern und 484 nichtweiße Hilfsschwestern in SWA in der Arbeit.

114 praktische Ärzte und 16 Spezialisten sind in Südwest tätig und zwar im Dienst der Regierung oder der verschiedenen Missionen. Auf einen Arzt kommen 4.555 Einwohner.

Der Schweizer Journalist Hans Jenny bezeichnet Südwestafrika in seinem 1966 erschienenen Standardwerk als das "Land zwischen den Extremen". Das gilt auch im Blick auf den medizinischen Sektor, vor allem, wenn wir Südafrika hinzunehmen. Südwest, besonders aber Südafrika verfügt über hervorragende Spezialisten und best ausgestattete Krankenhäuser, man braucht nur auf Prof. Barnard und sein großes Krankenhaus in Kapstadt, Groote Schuur, hinzuweisen. Aber neben diesen modernsten Einrichtungen und Spezialisten, die es auch in Windhoek gibt, findet man Gebiete, die medizinisch kaum versorgt sind; dort leben die Menschen unter primitivsten Bedingungen und befinden sich noch im Steinzeitalter.

Ich denke an die Buschleute und die Feldherero. Aber nicht nur bei diesen, sondern auch unter den anderen Völkern findet sich der Zauberdoktor und Mediziner alten Stils.

Die zukünftige medizinische Planung für SWA (Odendaal-Plan)

Der 1964 erschienene Odendaal-Report widmet sich in besonderer Weise dem "Gesundheitswesen". Auf 82 Seiten und in 458 Paragraphen - fast 1/3 von den 1500 Paragraphen - bietet der Report eine gründliche Bestandsaufnahme und bringt erstaunlich viel statistisches Material. Neben der Bestandsaufnahme und dem Blick in die Vergangenheit wendet sich der Bericht der Zukunft, also der zukünftigen medizinischen Planung zu. Dem Gesundheitswesen wird also größte Bedeutung beigemessen. Von entscheidender Wichtigkeit für die weitere medizinische Planung ist die Tatsache, daß auch hier die südafrikanische Rassenpolitik, d.h. das Programm der getrennten Entwicklung, zum Zuge kommt. Das bedeutet konkret hinsichtlich der missionsärztlichen und diakonischen Arbeit der verschiedenen Kirchen und Missionen, daß diese sich nur im Rahmen der Apartheidspolitik bewegen kann. Es bedeutet weiter, daß die engen Kontakte, die zwischen den weißen Ärzten und Schwestern der Missionen einerseits und der einheimischen Bevölkerung andererseits gerade im Bereich der medizinischen Arbeit und der Betreuung der Kranken vorhanden sind, allmählich abgebaut werden sollen. Die Regierung ist entschlossen, die medizinische Arbeit unter den Nichtweißen zunächst selbst in die Hand zu nehmen. Später soll es dann dazu kommen, daß afrikanische Ärzte, Schwestern etc. diese Arbeit tun und zwar nach ethnischen Gesichtspunkten. Ovamboärzte und Schwestern werden nach der Planung der Regierung in Zukunft nur für ihr Volk zur Verfügung stehen.

Im Odendaal-Plan findet man unter anderem folgende Überlegungen:

"Trotz der sehr lobenswerten Anstrengungen und bemerkenswerten Beiträge, die durch alle Missionsgesellschaften im Laufe vieler Jahre gemacht wurden, insbesondere durch die Finnische Mission, ist es unvermeidlich, daß die verantwortlichen Behörden selbst sich allmählich entwickeln und die Dienste übernehmen müssen. Hinzu kommt, daß es auch die erklärte Policy der Finnischen Missionsgesellschaft ist, sich zurückzuziehen, wenn das Ovamb Volk das Bildungsniveau erreicht hat und sich selbst verwalten kann. Es ist nicht beabsichtigt, daß die Übernahme sofort und völlig erfolgt, sondern, daß der Staat allmählich neue Regierungsinstitutionen errichten soll zu den bestehenden Hospitälern und Kliniken, die die drei Missionsgesellschaften bereits errichtet haben." (§ 724)

Was hier im Blick auf das neue Bantustan Ovamboland zum Ausdruck gebracht wird, das gilt auch für die Arbeit der anderen Missionen im Blick auf die anderen Bantustans. Die Regierung bezieht sich in dem eben zitierten Paragraphen auf die drei Missionsgesellschaften im Ovamboland, die mit den Worten des Odendaal-Plans "ein erstaunliches Netz von Hospitälern und Kliniken aufgebaut haben". (§ 749). Bei Veröffentlichung des Odendaal-Plans 1964 besaß die Regierung im Ovamboland weder ein Hospital noch eine Klinik. Dagegen hatten die Finnische Mission neun Hospitäler und 17 Kliniken, die Katholische Mission drei Hospitäler und die Anglikanische Mission zwei Hospitäler (§ 749).

Im Odendaal-Plan befindet sich eine Skizze des größten Hospitals in der Hauptstadt des neuen Bantustans Ovamboland Oshakati. Dieses Hospital sieht 444 Betten vor und soll bis zu 600 Betten ausgebaut werden. Es wird mit modernsten Einrichtungen versehen und soll als zentrale Ausbildungsstätte für afrikanische Schwestern dienen. Inzwischen wurde dieses Hospital fertiggestellt und bereits in Betrieb genommen. Die Regierung sah sich nicht in der Lage, das benötigte Personal zu stellen, sondern wandte sich an die Finnische Mission um Mitarbeit. Wegen der wachsenden Spannungen und Schwierigkeiten, die durch die Praktizierung der Apartheidspolitik in diesem Hospital in Oshakati aufkamen, verließen die finnischen Missionsschwestern, die zur Verfügung gestellt worden waren, ihren Dienst in diesem Regierungshospital. Es wird berichtet, daß gerade das Hospital in Oshakati, das für die zukünftige Planung vorbildlich sein soll, nur teilweise belegt ist und vor allem unter dem Mangel an qualifiziertem Personal leidet.

Das zweitgrößte Bantustan neben dem Ovamboland ist Damaraland. Dort sollen die Damara ihr zukünftiges Heimatland finden. 2.000 von ihnen wohnen in diesem neuen homeland, während 30.000 aus anderen Gebieten dorthin umgesiedelt werden müssen. In diesem Bantustan befinden sich drei Kliniken der Rheinischen Mission (Okombahe, Fransfontein, Omatjette), die von drei unserer Schwestern versorgt werden.

Nach dem Plan der Regierung soll in Welwitschia, der Hauptstadt des Bantustans Damaraland ein neues Regierungshospital mit einem Kostenaufwand von 4 Mill. DM errichtet werden. Die Regierung trat an die Rheinische Mission heran, mit der Bitte, dieses Hospital zunächst zu übernehmen. Die Rheinische Mission sollte das gesamte Personal zur Verfügung stellen. Wir waren insofern an diesem Projekt interessiert, als wir damit für die Ev.-Luth. Kirche in Südwestafrika die Möglichkeit erhielten, eine Ausbildungsstätte für afrikanische Hilfsschwestern zu erhalten. Schließlich scheiterte aber dieser Plan, weil die Rheinische Mission sich nicht mit den Bedingungen, die die Regierung stellte, einverstanden erklären konnte. Auch hier spielte der politische Aspekt, die Apartheid, die wesentliche Rolle.

Der Odendaal-Plan macht folgende Vorschläge und gibt folgende Empfehlungen (vergl. § 870 bis 914). Diese Vorschläge und Empfehlungen müssen einmal, wie schon betont wurde, auf dem Hintergrund der südafrikanischen Apartheidspolitik gesehen werden. Zum anderen aber muß die Struktur des Landes und der Bevölkerung beachtet werden. Eine medizinische Planung muß konkret davon ausgehen, daß es sich in Südwestafrika um ein sehr dünn besiedeltes Land mit riesigen Entfernungen handelt und um eine Bevölkerung, die sich nicht nur aus Weißen und Nichtweißen, sondern auch unter den einheimischen Völkern aus den verschiedensten Stämmen zusammensetzt.

1. Die Durchführung der Politik der getrennten Entwicklung und der Errichtung der Bantustans wird in jeder Hinsicht eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die einheimische Bevölkerung mit sich bringen, auch auf dem medizinischen Gebiet.
2. Die Missionen erhalten für ihre medizinische Arbeit großzügige Subsidien der Regierung, solange, wie die betreffenden Be-

hörden selbst imstande sind, die Dienste zu übernehmen und die Hospitäler zu verwalten.

3. Die Regierung muß alles tun, um genügend Ärzte und Schwestern und sonstiges Personal für die medizinische Arbeit zu gewinnen. Die Missionsärzte werden subsidiert, ebenfalls die Schwestern und das übrige Personal, das die Mission benötigt.
4. Großzügige Stipendien werden zur medizinischen Ausbildung in der südafrikanischen Republik für die einheimischen südwestafrikanischen Studenten zur Verfügung gestellt.
5. Auf den Lokationen und in den Bantustans werden in den nächsten fünf Jahren für die Nichtweißen 27 Hospitäler und über 100 Kliniken neu errichtet bzw. erweitert. Das größte Lokationshospital in Windhoek wird mit einem Betrag von 100 Mill. DM erstellt. Die Gesamtsumme für die genannten Hospitäler und Kliniken beläuft sich auf 180 Mill. DM. Von den 27 Hospitälern werden 12 auf den Lokationen und 13 im nördlichen SWA (Ovamboland, Okavango, Kaokoveld) errichtet. Nur 2 Hospitäler sind für die südlichen Bantustans vorgesehen, eins in Welwitschia und eins in Berseba. Die über 100 Kliniken werden in den Bantustans erbaut. Nur zwei sind für Lokationen geplant (Swakopmund, Bethanien). Für die Missionshospitäler gewährt die Regierung Subsidien zur Verbesserung und Ausdehnung der bestehenden Einrichtungen. Die Errichtung von neuen Hospitälern und Kliniken durch die Missionen ist zukünftig nicht vorgesehen. (Das wurde im Rundbrief der Gesundheitsbehörde vom 15.8.1967 deutlich zum Ausdruck gebracht.)
6. Für eine Übergangszeit wird die ärztliche Versorgung in den Bantustans noch in hohem Maße durch weiße Ärzte, die außerhalb der homelands wohnen, wahrgenommen werden müssen, z.B. Damara-land von Omarur und Karibib aus, Hereroland von Grootfontein, Otjiwarongo und Gobabis aus, Namaland von Keetmanshoop und Mariental aus.
7. Geplant sind spezielle Flugdienste angesichts der großen Entfernungen und des noch wenig entwickelten Straßennetzes in den Bantustans. Besonders die Spezialisten, die in Windhoek wohnen, werden für solche Dienste herangezogen werden müssen.
8. Die Realisierung dieser Pläne ist nur dann möglich, wenn alle betroffenen Gruppen und Instanzen bereitwillig und verantwortlich mitarbeiten. Es muß also primär die Bereitschaft der nichtweißen Bevölkerung vorhanden sein.

Eine wesentliche Rolle kommt der Ausbildung einheimischer Kräfte zu. Der Odendaal-Plan nennt Ärzte, Schwestern, Gesundheitsinspektoren etc. Diese Ausbildung soll sowohl in der südafrikanischen Republik als auch in SWA selbst erfolgen.

Medizinisch-diakonische Arbeit im Bereich der Evangelischen-Lutherischen Kirche in Südwestafrika und der Rheinischen Mission und ihre zukünftige Planung

Die medizinisch-diakonische Entwicklung

Dr. Samuel Müller, der 1958 verschiedene Schwesternstationen der Rheinischen Mission in Südwest besuchte, äußerte folgende Gedanken, die auch heute noch beachtenswert sind: "Keiner, der Süd-

westafrika und die Stationen der Rheinischen Mission besucht, kann sich dem Eindruck entziehen, daß es sich hier um eine besonders harte und mühsame Arbeit handelt. Die furchtbare Trockenheit und Sonnenglut dieses Landes dünkt mich, symbolisch zu sein. Wie nur unermüdliche Zähigkeit und unendlicher Fleiß, der sich durch keine Mißerfolge entmutigen läßt, dem kargen Boden Gras zur Weide oder gar Frucht abringen kann, kann der Missionsarbeiter nur dann auf Erfolg hoffen, wenn er immer wieder bereit ist, unverzagt von vorn anzufangen und allen Mißerfolgen zum Trotz neu zu säen und zu gießen. Wer aus einer Missionsarbeit unter einem geschlossenen größeren Volksstamm kommt, kann sich wohl kaum vorstellen, was es bedeutet, wenn die Rheinische Mission in Südwestafrika mit so verschiedenen, einander vielfach feindlichen Völkerschaften zu arbeiten hat, die zudem auf einem riesigen Territorium zerstreut wohnen.. Was die Schwestern für die Eingeborenen der verschiedenen Völker und auch unsere deutschen Landsleute in geradezu verzehrendem, unermüdlichem Einsatz tun und was ihr aufopfernder Liebesdienst für das Land bedeutet, steht außer allem Zweifel... Dennoch habe ich im Blick auf diese gewiß bewundernswerte, selbstlose Schwesternarbeit eine Frage. Übersieht man nicht grundsätzlich, daß die eigentliche Aufgabe der Schwestern in unserer Zeit der Selbständigwerdung der afrikanischen Kirche auch in Südwestafrika die Erziehung dieser Kirche zu eigenem diakonischen Dienst bilden muß? Das ist gewiß bei dem heutigen Stand der Entwicklung der Farbigen dort eine sehr schwierige Aufgabe."

Im Anschluß an die Sätze Dr. Müller's, die er am 26.11.58 schrieb, soll kurz auf die Geschichte der medizinisch-diakonischen Arbeit der ELK und RM in SWA eingegangen werden. 1842 begann die Rheinische Mission in Südwestafrika ihren Dienst. 1914 wurde die erste Missionsschwester nach Südwest ausgesandt, die Krankenschwester und Hebamme war. So entstand die erste Schwesternstation in Keetmanshoop. Nicht nur der Dienst dieser ersten Missionsschwester wurde durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges stark eingeschränkt, sondern auch der Beschluß der Missionsleitung in Barmen, einen Missionsarzt nach Windhoek zu senden, wurde durch diesen Krieg vereitelt. Erst 1926 konnten zwei Missionsschwestern, die wieder Krankenschwester und Hebamme waren, nach Südwest entsandt werden und zwar nach Rehoboth und Windhoek, um dort den Dienst zu tun. 1937 und 1938 kamen zwei weitere Krankenschwestern nach Südwest, so daß in Keetmanshoop und Otjimbingwe eine "Schwesternstation", heute Klinik genannt, eröffnet werden konnte. Wieder wurde diese medizinisch-diakonische Arbeit durch den zweiten Weltkrieg stark behindert. Erst 1950, d.h. fünf Jahre nach dem zweiten Weltkrieg und nach mehr als 100jähriger Missionsarbeit in Südafrika, konnte dieser Zweig der Arbeit der Rheinischen Mission in SWA stärker angegriffen und ausgebaut werden. In Rehoboth entstand ein kleines Missionshospital und an den verschiedenen Stellen des Landes wurden elf Kliniken errichtet. 1957 wurde mit der Eröffnung einer Bibelschule in Otjimbingwe der diakonische Gedanke den afrikanischen Mädchen, die dort ausgebildet wurden, näher gebracht. Auf der Synode von 1962 setzte sich die junge afrikanische Kirche, die 1957 ihre Selbständigkeit erlangt hatte, mit der Frage der Diakonie auseinander. Es wurden zwei Referate gehalten: "Die allgemeine diakonische Arbeit unserer Evangelischen-Lutherischen Kirche in

Südwestafrika (Rheinische Missionskirche)" und "Unsere Verpflichtung zum Dienst an den Kranken und anderen". Der Synode lag ein Memorandum unter dem Thema vor: "Die Diakonie als eine Funktion des gemeindlichen Lebens". Dieses Memorandum wurde auf der ersten Sitzung der "Kommission für diakonische Dienste", die seit 30.4.1960 bestand, erarbeitet. Die Synode faßte den wichtigen Beschluß, das Jahr 1963 als "Jahr der Diakonie" zu erklären. Der diakonische Gedanke wurde durch Rundbriefe und Traktate, in Gottesdiensten und auf Konferenzen den Mitarbeitern und Gemeinden nahegebracht. "Diakonische Sonntage" wurden eingeführt.

Die ELK in SWA wurde sich ihrer diakonischen Aufgabe in besonderer Weise dadurch bewußt, daß sie diesen Dienst in der benachbarten Ovambo-Kavango-Kirche kennenlernte. Im Juli 1963 besuchten Glieder der diakonischen Kommission mit 20 Mädchen der Bibelschule die benachbarte Kirche und wurden tief beeindruckt von der medizinischen und diakonischen Arbeit. Aus dieser Begegnung kam es zu dem Entschluß, fünf Mädchen der ELK zur diakonischen Ausbildungsstätte der Ovambo-Kavango-Kirche in Onanjokwe zu senden. Eine Schwester der Rheinischen Mission, Herta Keinath, begleitete die Mädchen in die benachbarte Kirche. Nach acht Monaten scheiterte dieser Versuch, Mädchen der ELK in der ELOK auszubilden. Das hatte verschiedene Ursachen. Die Frage der diakonischen Ausbildung im Bereich der ELK aber kam nicht mehr zur Ruhe. Am 9. Februar 1960 wurde das diakonische Zentrum auf der Missionsfarm Koichas eröffnet und zwar mit dem Beginn des ersten Kursus eines Gemeindeschwesternseminars der ELK. Diese Farm wurde Ende 1963 erworben, mit dem Ziel, eine diakonische Ausbildungsstätte zu schaffen, möglichst in Verbindung mit einem eigenen Hospital. Nach der diakonischen Grundausbildung von neun Monaten im diakonischen Zentrum in Koichas begannen 12 Schülerinnen am 15. März 1967 mit ihrer praktischen Ausbildung am staatlichen Hospital in Gobabis. Die Kooperation der Kirche und Mission einerseits mit dem Staat andererseits brachte große Schwierigkeiten für die diakonische Ausbildung mit sich. Es ging durch ernste Krisen hindurch und die Kirche überlegte in diesem Jahr, ob sie nicht die Ausbildung in Gobabis aufgeben sollte, nachdem fast alle Mädchen ausgeschieden waren.

Das Problem der zukünftigen medizinisch-diakonischen Arbeit in SWA

Am 14. und 15. Juli 1967 wurde eine Konsultation über die medizinisch-diakonische Arbeit in SWA und zwar im Bereich der ELOK und ELK und der Finnischen und Rheinischen Mission abgehalten. Das DIFAM lud dazu die Finnische und Rheinische Mission und Vertreter aus dem Bereich der deutschen Kirchen und der Ev. Arbeitsgemeinschaft für Weltmission ein. An das dort erarbeitete Memorandum, das die wesentlichen Aspekte zusammenfaßte, soll hier angeknüpft werden.

1. Während im Bereich der Verkündigung und Seelsorge und in anderen Gebieten einheimische Kräfte verantwortlich tätig sind, z.B. die Pastoren und Evangelisten, kann dies im Blick auf die medizinisch-diakonische Arbeit der ELK nicht gesagt werden. Diese wird durch die Schwestern der Rheinischen Mission wahrgenommen. Zur Zeit befinden sich 17 Krankenschwestern in Südwest im Einsatz, davon 8 Schwestern in 6 Reservaten. Ein Netz

von Schwesternstationen (Ambulanz- und Poli-kliniken) mit zwei Kleinhospitälern (Kakarara, Rehoboth) wurden aufgebaut. Es entstand eine Pad-, Reservat- und Lokationsdiakonie der Rheinischen Missionsschwestern, unterstützt von wenig ausgebildeten einheimischen Helferinnen. Im Bereich der Rheinischen Missionskirche in SWA wird die Hospital- und missionsärztliche Arbeit durch die Regierung und Katholische Mission getan. Eine ausgeprägte Hospital- und missionsärztliche Arbeit der Rheinischen Mission gibt es nicht. Obgleich seit Jahrzehnten die Absicht bestand, einen Missionsarzt nach SWA zu entsenden und ein Hospital zu errichten, kam es nie zur Verwirklichung. Es muß erwähnt werden, daß die Schwestern der Rheinischen Mission im Doppelamt stehen und zwar als Krankenschwester und Missionarin.

2. Die Rheinische Mission und ELK begann erst vor wenigen Jahren mit der medizinisch-diakonischen Ausbildung einheimischer Mädchen. Nachdem diese im Missionshospital der benachbarten Ovambo-Kavango-Kirche 1964/65 scheiterte, begann man selbst mit dem Aufbau eines diakonischen Zentrums auf der Missionsfarm in Koichas. 1966 wurde der erste diakonische Grundkurs durchgeführt. 1967 erfolgte die Fortsetzung der Ausbildung am Regierungshospital in Gobabis. Das Ziel dieser 2-jährigen Ausbildung war die staatlich anerkannte Hilfsschwester. Es wurde bereits erwähnt, daß diese Ausbildung im Zusammenarbeit mit der Regierung ernste Krisen zu bestehen hatte. Es bleibt weiterhin die Frage, ob wir in Gobabis zum Ziel kommen werden. Die Apartheidspolitik, die gerade auch an den Regierungshospitälern praktiziert wird, macht eine diakonische Ausbildung fast unmöglich.
3. Die konsequente Durchführung der Apartheidspolitik in SWA seit 1967 stellt Kirchen und Missionen vor völlig neue Aufgaben und große Schwierigkeiten. Einerseits sind Kirche und Mission genötigt, bei dieser Entwicklung immer stärker mit dem Staat zusammenzuarbeiten, auch und gerade im Bereich der medizinisch-diakonischen Arbeit. Andererseits haben die Erfahrungen gezeigt, daß sich die Arbeit auf diesem Sektor äußerst schwierig gestalten kann. Die Kooperation am großen Regierungshospital in Oshakati hat ein negatives Resultat gezeigt. Die Finnische Mission ist ausgeschieden. Die geplante Zusammenarbeit zwischen Regierung und Rheinischer Mission am Staatshospital in Welwitschia hat sich ebenfalls zerschlagen. Auch die Zusammenarbeit in Gobabis bringt RM und ELK in größte Schwierigkeiten. Letztlich muß diese Problematik auf dem Hintergrund der verschiedenen Konzeptionen gesehen werden. Diakonie in Süd- und Südwestafrika bedeutet konkret Solidarität mit dem Kranken, Leidenden, Hungernden und Heimatlosen. Wie Schwestern der Rheinischen Mission aus persönlicher Erfahrung berichten, kommt es bei der Arbeit der weißen südafrikanischen Schwestern in den Bantuhospitälern zu keiner diakonischen Arbeit. Dort wird eine medizinische, krankenflegerische Betreuung an den Einheimischen wahrgenommen im Geist der Apartheid, d.h. Liebesdienst auf Distanz, Dienst am Kranken hinter der Mauer der Rassentrennung.

Für ELK und RM in SWA ergeben sich aus der neuen Entwicklung eine Reihe von Fragen:

1. Wie kann der Dienst der Schwestern in den neuen Bantustans geschehen? Acht unserer Schwestern befinden sich in sechs Reservaten, die in die Bantustans einbezogen sind. Gerade in den Bantustans wird die Regierung ihre Verantwortung auf dem Gesundheitssektor wahrzunehmen versuchen.
2. Wie ist eine Zusammenarbeit mit der Ovambo-Kavango-Kirche möglich? Der entscheidende Minister hat einer Delegation der ELK im Oktober 1967 erklärt, daß die meisten der bestehenden Einrichtungen der ELK im Zuge der Neuplanung verlegt werden müssen, z.B. das Theologische Seminar, die Bibelschule und das Gemeindegemeinschaftenseminar in Otjimbingwe, das Kindergärtnerinnenseminar in Karibib. Das bedeutet die Auflösung des gemeinsamen Theologischen Seminars der ELK und ELOK. Die Regierung versucht alles, um die Kontakte zwischen den beiden afrikanischen Kirchen zu erschweren.
3. Wie kann die Ausbildung einheimischer Mädchen zu Krankenschwestern fortgesetzt werden? Die Ausbildung am Regierungshospital in Gobabis ist, wie schon zum Ausdruck gebracht wurde, in einem Maße erschwert, daß hier keine Dauerlösung gegeben ist. Auch die Fortführung der Arbeit am diakonischen Zentrum auf der Farm Koichas ist infrage gestellt, wie die Regierung erklärte.

Die jüngste Entwicklung in SWA wirft noch einmal für die Kirche und Mission die Frage auf, die zum Beispiel bei der Konsultation im Juli vergangenen Jahres durch das DIFAM gestellt wurde: Wie kann es zum Aufbau einer gemeindegebundenen Diakonie im Bereich der ELK kommen? Wie können die neuen Erkenntnisse für die missionsärztliche und diakonische Arbeit in der besonderen Situation Südwestafrikas zum Tragen kommen? Eine offene Frage bleibt in jedem Fall die Ausbildung einheimischer Mädchen als Krankenschwestern, weil die ELK über keine Ausbildungsstätte verfügt und die der benachbarten Ovambo-Kavango-Kirche höchstwahrscheinlich nicht in Anspruch nehmen darf.

Bereits im vergangenen Jahr wurde die Durchführung einer Konsultation unter Leitung des DIFAM möglichst für dieses Jahr angeregt. Angesichts der wachsenden Schwierigkeiten in SWA soll es zu einer Konsultation über die Arbeit der ELOK und ELK und der Finnischen und Rheinischen Mission wahrscheinlich im nächsten Jahr in Süd- oder Südwestafrika kommen. Im Zusammenhang damit müßte die Frage der zukünftigen medizinischen und diakonischen Arbeit gründlich erörtert werden.

Möglichkeit und Nützlichkeit des Einsatzes weißer Mitarbeiter in der ELK

12 NOV 1968

Die Mitarbeit weißer Pastoren in "nichtweißen", aus der Missionsarbeit hervorgegangenen sog. jungen Kirchen wird zunehmend als Zeichen ökumenischer Zusammenarbeit und Verbundenheit gesehen. Durch Vereinbarungen zwischen diesen Kirchen und den Missionsgesellschaften einerseits und zwischen Missionsgesellschaft und dem betreffenden Mitarbeiter andererseits wird versucht, das Aufgabengebiet sowie die Dauer der Mitarbeit von vornherein festzulegen. Damit soll nicht zuletzt die Möglichkeit zur Erreichung maximaler Arbeitsleistung geschaffen werden. Wie aber steht es mit der Möglichkeit und Nützlichkeit des Einsatzes weißer Mitarbeiter und ihren Arbeitsbedingungen? Diese Frage kann nur im Blick auf die konkrete Situation beantwortet werden.

I. Notwendigkeit des Einsatzes weißer Mitarbeiter

Die ELK wurde 1967 als selbständige Kirche aus der Obhut der RM entlassen, obwohl die RM auch weiterhin verantwortungsvoll am Leben und Planen der Kirche teilnehmen will. Dieses Hilfsangebot ist nicht allein in der historischen Verbundenheit mit der jungen Kirche begründet, sondern ist auch das Resultat der sachlichen Betrachtung der augenblicklichen Situation. Es ist heutzutage nicht mehr nötig, die Debatte zur Frage der Selbständigkeit junger Kirchen erneut aufzurollen. Daß Selbständigkeit und Schwachheit sich nicht ausschließen, ist unbestritten. Bei diesem Punkte kommt dem Verantwortungsbewußtsein der Christen und Kirchen aller Rassen füreinander eine fundamentale Bedeutung zu. Die RM als Vertreterin zahlreicher westdeutscher Landeskirchen und kirchlicher Gemeinschaften wird in Zukunft in SWA weniger aus historischem Zwang, umso mehr aber in ökumenischer Verantwortung für die schwache Kirche helfen müssen. Diese Mithilfe wird, von der heutigen Situation aus beurteilt, noch für längere Zeit notwendig bleiben. Der Prozeß der Einführung einheimischer Pastoren in kirchenleitende Ämter hat intensiv erst Ende 1967 begonnen; viele kirchliche Einrichtungen und Ausbildungsstätten dürften z.Z. ohne weiße Mitarbeiter kaum funktionsfähig sein; das durch die 1967 verabschiedete Kirchenordnung eingeführte Kringsystem (Zusammenschluß mehrerer Gemeinden zu Kreis- oder Gebietssynoden) wird vor allem sowohl im Blick auf die administrativen Aufgaben als auch hinsichtlich der Mitarbeiterweiterbildung ohne Hilfe weißer Mitarbeiter nur unter großen Schwierigkeiten zum Leben erweckt werden können; die RM steuert nach wie vor den größten Beitrag zum Haushalt der Kirche bei. Vor allem eben übergemeindliche Aufgabengebiete bedürfen zunächst noch der Besetzung durch weiße Mitarbeiter. Das muß in aller Nüchternheit gesehen werden, selbst wenn Ansätze zur Übernahme durch einheimische Kräfte sichtbar und teilweise auch verheißungsvoll sind. Die Notwendigkeit des Einsatzes weißer Mitarbeiter bleibt zunächst bestehen und wohl auch unbestritten. Die Forderung des Zurücktretens ins zweite Glied wird dadurch nicht angetastet. Ob der weiße Mitarbeiter seine Aufgabe im Stile des Führens oder Dienens wahrnimmt, hängt 1. von seiner Theologie, 2. von seinem Verständnis "weißer Präsenz" in einer nichtweißen Gemeinschaft ab.

II. Möglichkeiten des Einsatzes weißer Mitarbeiter in der Gemein- dearbeit?

Daß die Schwerpunkte des weiteren Einsatzes weißer Mitarbeiter auf übergemeindlichem Gebiet liegen müssen, wirft die Frage auf, inwie-

weit die traditionelle Mitarbeit in der Gemeindearbeit heute noch möglich und sinnvoll ist.

1. Sprache: In einem vielsprachigen Lande wie SWA wird das Erlernen der Sprachen der Nichtweißen für zeitlich befristet zur Verfügung stehende weiße Mitarbeiter immer problematischer. Die Regierung gewährt gewöhnlich nur noch kurzfristige Aufenthaltsgenehmigungen, die nach Ablauf von 3 bis 6 Monaten verlängert werden können. Diese Unsicherheit im Blick auf die Dauer des Aufenthaltes im Lande muß natürlich Auswirkungen haben auf die gesamte Personalplanung. Niemand weiß, wie lange er noch im Lande bleiben kann. Daß daraus für das gesamte Auftreten des weißen Mitarbeiters in der problemgeladenen Situation des Landes fragwürdige Konsequenzen erstehen können, soll später behandelt werden. Hier gilt es zunächst zu fragen, welche realistischen Chancen dem weißen Mitarbeiter offenstehen, die sprachlichen Schwierigkeiten zu überwinden.

Jeder alte Missionar, der jahrzehntelang im Lande gearbeitet hat, der durch jahrelange Studien und mit viel Fleiß und Übung in die geheimnisvolle Welt der Sprachen dieses Landes eingedrungen ist, gibt dem Neueinreisenden den Rat, bei einem zeitlich befristeten Einsatz von 5 bis 12 Jahren nicht zuviel Mühe auf das Erlernen der einheimischen Sprachen zu verwenden. Und die Fakten geben ihm Recht. Sieht man sich um im Kreise derer, die nun 10 Jahre und mehr im Lande sind, schockiert der minimale Prozentsatz derer, die eine der Sprachen wirklich beherrschen. Woran liegt das? Natürlich bieten die Sprachen selbst enorme Schwierigkeiten, vor allem wohl das Nama, aber diese dürften nicht unüberwindlich sein, wie wenige Beispiele zeigen. Der schwerwiegendste Grund ist darin zu sehen, daß dem Einreisenden nicht die Voraussetzungen geschaffen werden, die zum schnellen und intensiven Eindringen in die Sprachen unbedingt erforderlich sind. Die eigentlich benötigte Zeit für eine Sprache (vertraglich wird 1 Jahr zugesichert) wird in kaum einem Falle zugestanden; es fehlt an wirklich guten Lehrern, die durch keine anderen Aufgaben behindert sind, sowie an ausreichendem Lehrmaterial; die äußeren Umstände (z.B. Wohnverhältnisse für Sprachschüler, besonders bei Familien) gewährleisten selten genug störungsfreie Arbeitsmöglichkeiten; der räumlich getrennte Aufenthalt von den die betr. Sprache Sprechenden erschwert den Kontakt, so daß Sprech- und Hörübungen viel zu selten sind. Um die einheimischen Sprachen gut gebrauchen zu können - so urteilen die alten Missionare - bedarf es eines Zeitraumes von ca. 10 Jahren. Welchen Sinn hat es, Energie und Zeit aufzuwenden für eine Sprache, die man aller Voraussicht nach nie gut beherrschen oder anwenden wird? Das Ergebnis ist, daß kaum ein weißer Mitarbeiter, der zeitlich befristet eingesetzt wird, eine Sprache der Nichtweißen beherrscht, sondern sich mit einer der offiziellen Landessprachen, nämlich Afrikaans, begnügt, die außerdem mehr und mehr von den Nichtweißen gelernt und verstanden wird (Unterrichtssprache in den Schulen).

Es ist einfach unrealistisch, von einem weißen Mitarbeiter zu erwarten, daß er eine Sprache der Nichtweißen erlernt, ohne ihm alle Hilfen und Voraussetzungen zu schaffen, die zum gründlichen Erlernen einfach unentbehrlich sind. Die Kirche hat ihre Verantwortung für den weißen Mitarbeiter in dieser Hinsicht noch nicht zufriedenstellend übernommen. Unter den gegebenen Umständen bleibt der realistischste Weg der, das Afrikaansstudium zu intensivieren und auf die Einheimischensprachen zu verzichten.

2. Die räumliche Trennung von der Gemeinde

SWA hat von Südafrika bekanntlich die räumliche Trennung von Schwarz und Weiß übernommen bzw. übernehmen müssen. Es wurden

nichtweiße Wohngebiete geschaffen, sog. Lokationen, die durch eine Pufferzone von den Wohngebieten der Weißen getrennt sind. Das bedeutet für alle weißen Mitarbeiter im Gemeindedienst, daß sie räumlich getrennt von ihrer Gemeinde leben müssen. Allein dieser Tatbestand hindert die gesamte Arbeit und disqualifiziert den weißen Mitarbeiter in den Augen der Nichtweißen. Er kann nie einer der Ihren werden. Er ist der Meneer, Mister, Baas, wie er auch oft genug angeredet wird. Besonders hinderlich ist die räumliche Trennung, wenn der Gemeinde auf der Lokation keine eigenen Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Oft liegt die Kirche auf Missionsgelände, d.h. im Bereich weißen Wohngebiets. Dadurch entsteht für die Gemeinde ein weiter Anmarschweg, was vor allem in der Regenzeit, aber auch während der kalten Monate nachteilige Auswirkungen auf Gottesdienst- und Bibelstundenbesuch u.a. haben kann. Selbst auf den Farmreisen wirkt sich die Trennung aus. Der Weiße ist selbstverständlich Gast des weißen Farmbesitzers, ißt mit Weißen, schläft bei Weißen. Gemeinschaft mit den Nichtweißen entsteht vielfach nur auf dienstlichem Wege. Welche Schwierigkeiten das für den seelsorgerlichen Dienst bereitet, braucht nicht beschrieben zu werden. Die komplizierte und vielschichtige Gedankenwelt ist uns Europäern ohnehin schwer ergründbar. Fehlt dazu noch die permanente Kommunikation, wird die Situation beinahe hoffnungslos. Der weiße Pastor wird unter diesen Umständen Sakramentsverwalter. Wirklich Seelsorger zu werden bleibt ihm vielfach verwehrt.

3. Innergemeindliche Schwierigkeiten

Die bereits genannten Schwierigkeiten (Sprache, Kommunikationshindernisse) lassen schon jetzt die Folgerung zu, daß der Gemeindedienst in der ELK als Aufgabengebiet für weiße Mitarbeiter keine Zukunft haben kann. Ja, wir sind heute an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt. So richtig die Forderung ist, daß die Solidarität ihren deutlichsten Ausdruck darin finden sollte, daß der weiße Pastor unter Pastoren ist, ohne irgendeinen Führungsanspruch zu erheben, so ist die Besetzung vakanter Pfarrstellen durch weiße Pastoren weder für die Gemeinde noch für den Betreffenden eine zufriedenstellende Möglichkeit des Einsatzes. Abgesehen von den sprachlichen und den durch die räumliche Trennung entstehenden Schwierigkeiten muß noch auf folgendes hingewiesen werden:

a) Die Gemeinden der ELK müssen sich so weit wie möglich durch Beiträge und Opfer selbst tragen. Das bedeutet, daß die Gemeinde ihren Pastor (mit Ausnahme des Weißen), ihre Evangelisten und andere Mitarbeiter selbst besolden muß. Der Gemeindeleiter ist in seiner Arbeit genötigt, die Rentabilität seiner Reisen und Amtshandlungen, die im Außendienst versehen werden müssen, genauestens zu kalkulieren. Reisen in Gebiete, die wenig oder gar keine Einnahmen garantieren, sind unrentabel und meistens nicht durchführbar. Das heißt, die Arbeit wird nicht durch die Notwendigkeit der Verkündigung, sondern durch die finanzielle Kalkulation gesteuert. Der Zwang, am Ende des Monats Gehälter auszahlen zu müssen, beeinträchtigt jede verantwortungsvolle, den Notwendigkeiten angepaßte Arbeit. Selbst Gemeinden, in denen weiße Pastoren arbeiten, die also nicht von der Gemeinde besoldet zu werden brauchen, haben mit den gleichen Problemen zu ringen, da sie gewöhnlich einen größeren Mitarbeiterstab haben, den die Gemeinde selten genug finanziell tragen kann. Vor allem in den Regenmonaten, die ein Bereisen der Farmgebiete unmöglich machen wegen unbeschreiblicher Straßenzustände, drücken die finanziellen Sorgen schwer. Die Gemeinden sind nach europäischen Maßstäben gemessen relativ klein. Dazu

kommt, daß die Gemeindeglieder über ein weites Gebiet hin verstreut leben. Das bringt für die Gemeinde eine weitere finanzielle Belastung mit, da die ausgedehnten Reisen sehr kostspielig sind. Bei einem Jahresbeitrag von R 1-00 pro Gemeindeglied läßt sich ein Haushalt von ungefähr R 1500-00 z.B. ohne erhebliche Zuschüsse von seiten der Hauptkasse nicht durchführen. Hinzu kommt, daß bei der allgemeinen Armut der Menschen die Zahlungsfähigkeit und -willigkeit oftmals gering sind. Es kann nicht das Anliegen des Pastors sein, mit allen Mitteln Geld einzutreiben. Auch die Ermahnung der Gemeindeglieder, daß neben den Rechten auch die Pflichten gegenüber ihrer Gemeinde gesehen werden müssen, kann in vielen Fällen ungerecht sein. Viele Gemeindeglieder, die in Außenbezirken und auf Farmen und Farmposten wohnen, können wegen der Größe des Bezirks nur einmal im Jahr besucht werden. Von ihnen wird also verlangt, daß sie für einen Gottesdienst im Jahr den gleichen Beitrag zahlen sollen wie etwa die Dorfbewohner, denen jeden Sonntag regelmäßig Gottesdienstmöglichkeit angeboten wird. Beschwerden sind daher nicht selten.

b) Die Kirche wird ihre Lebendigkeit nicht zuletzt durch gute Mitarbeiter aus dem eigenen Nachwuchs steigern können. Leider hat man bisher die Willigkeit zur Mitarbeit höher eingestuft als die Fähigkeiten. Das verursacht für den weißen Mitarbeiter große Schwierigkeiten. Als Gemeindeführer muß er einen großen Teil seiner Kraft und Zeit den Mitarbeitern widmen. Das könnte eine dankbare Aufgabe sein, die auch Raum schaffen würde für theologische Arbeit im Gemeindeführerkreis. Leider schiebt sich oftmals eine unüberwindliche Weiterbildungsunfähigkeit dazwischen, die, verbunden mit zahlreichen menschlichen Schwächen, die Saat nicht zum Keimen kommen läßt. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß der weiße Gemeindeführer fast soviel Zeit für seine Mitarbeiter aufwenden muß wie für seine Gemeinde. Zweifellos gibt es auch gute Mitarbeiter, die gewissenhaft ihren Dienst tun. Aber allzu oft fehlen doch die fundamentalen Voraussetzungen, die einen Mitarbeiter für seinen Dienst qualifizieren müssen. Es ist heute nicht mehr möglich, in einer Kirche Mitarbeiter einzustellen, die gerade lesen und notdürftig schreiben können, die die offizielle Landessprache Afrikaans kaum beherrschen, die das erforderliche theologische Rüstzeug nicht mitbringen und dazu noch zahlreiche charakterliche Schwächen durchbrechen lassen. Solche Mitarbeiter sind für die Gemeinde keine Hilfe, sondern eine Last. Die Zahl der Schulabsolventen, die einen relativ hohen Standard erreicht haben, ist noch gering. Und nicht viele sind es, die in den kirchlichen Dienst treten wollen, da die Verdienstmöglichkeiten etwa als Lehrer wesentlich günstiger sind. Umso mehr gehört es zu den Hauptaufgaben der weißen Mitarbeiter, die zur Verfügung stehenden einheimischen Mitarbeiter weiterzubilden. Wird diese Aufgabe vernachlässigt wegen Überbeanspruchung durch andere Aufgaben, wird der Kirche ein schlechter Dienst erwiesen.

III. Die politische Situation des Landes

1. Die Politik der "getrennten Entwicklung" und ihre Auswirkung auf das Verhalten weißer Mitarbeiter in der ELK

Eine Darstellung der Ziele und Auswirkungen der Politik der Südafrikanischen Republik hinsichtlich der nichtweißen Bevölkerung SWA's zu geben, ist hier nicht beabsichtigt. Von Gewicht in unse-

rem Zusammenhang ist die Frage, welches Verhalten uns weißen Mitarbeitern aus Übersee in der hier vorfindlichen Situation möglich und nützlich ist.

Es wurde bereits erwähnt, daß den Mitarbeitern der RM (wie übrigens denen anderer kirchlicher Gemeinschaften auch) nur noch kurzfristige Visa erteilt werden, die erneuert werden können. Damit haben die offiziellen Stellen es in der Hand, jederzeit unliebsame Personen auszuweisen. 1967 wurde der anglikanische Bischof Chrowther des Landes verwiesen, 1968 der anglikanische Bischof von Damaraland R. Mize. Solche Fälle dringen in die Öffentlichkeit und machen stutzig, zumal gewöhnlich (wie auch im Falle Mize) keine Gründe von seiten der Regierung angegeben werden. Das - von der Regierung sicher begrüßte - Ergebnis ist, daß weiße Mitarbeiter aus Übersee überaus vorsichtig und schweigsam werden. Die Regierung erlaube es keiner Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, seine Meinung zu äußern, kommentierte Bischof Crowther seine Ausweisung. Das trifft heute nicht mehr ganz zu, denn die SWA-Politik der Regierung hat durchaus eine lautstarke Opposition hervorgerufen. Richtig ist jedoch, daß kirchliche Repräsentanten, die nicht Bürger des Landes sind, zum Schweigen verurteilt sind, wenn sie nicht ihre Ausweisung erwarten sollen. Die alte Frage wird wieder wach, was der Kirche von größerem Nutzen sei, das energische Auftreten auch in der Öffentlichkeit und die Forderung nach Gerechtigkeit und Respektierung der Interessen der Nichtweißen mit der möglicherweise folgenden Ausweisung, oder das stille Wirken und im Grunde neutrale, wenn nicht gar loyale Verhalten.

Wenn sich nun in jüngster Zeit die Erkenntnis mehr und mehr durchsetzt, daß auch Gewaltandrohung und Gewaltanwendung nicht unbedingt verurteilt werden können (s. Das Wort in der Welt Nr. 3/1968 S. 74), auch von Christen nicht (Theologie der Revolution), so sind das Perspektiven, die angesichts der Gegebenheiten dieses Landes neue Überlegungen erforderlich machen. Seit längerer Zeit schon wird die politische Abstinenz der weißen Mitarbeiter in der ELK skeptisch beobachtet oder gar als Loyalität gegenüber der Regierung und ihren Zielsetzungen interpretiert. Und in der Tat meinen vor allem die alten Missionare, daß jegliche rassische Integrationsabsicht Utopie sei. Daß sie sich von nichtweißen Gliedern der Kirchenleitung, die früher ihre Schüler waren und deren Schwächen und Fehler sie gekannt, Anweisungen geben lassen sollen, erscheint ihnen als untragbare Zumutung. Die Heimat der Weißen bleibt die Gemeinschaft der Weißen. Darüber besteht kein Zweifel. Welche Konsequenzen das für die Arbeit in der nichtweißen Gemeinde hat, dürfte deutlich sein. Der Weiße bleibt "Gastarbeiter" in der nichtweißen Gemeinde. Zu viele Wände trennen Gemeinde und weißen Pastor. Das beliebte Bild, daß der Weiße in seiner nichtweißen Gemeinde wie "sugar in the coffee" sein müßte, ist vielleicht originell, aber nicht realistisch. Wenn erst einmal der Odendaal-Plan durchgeführt sein wird und die Nichtweißen in ihren Heimatländern gesammelt sein werden, ist es dem Weißen ohnehin nicht mehr möglich, nichtweiße Gemeinden zu betreuen. Bis dahin vergehen aber sicher noch 10 Jahre, wenn nicht mehr. Welche Haltung aber müssen die Weißen in dieser Übergangszeit einnehmen?

Die Bibel verlangt von uns, daß Sünde genannt werden muß, was Sünde ist, daß Ungerechtigkeit beim Namen genannt wird, wo Menschen Unrecht erleiden. Der Mund der Stummen zu sein, der Wächter auf den Mauern zu sein, die unsere Gemeinden umgeben: das ist die Aufgabe der Weißen. Nichtweiße finden entweder kein Gehör oder werden durch Repressalien eingeschüchtert und mundtot gemacht. Wir

Weißén aber haben eine Stimme, die auch ein Echo hervorrufen kann. In der Situation heute zu schweigen, ist unverantwortlich. Die ELK hat in jüngster Zeit wiederholt ihre Stimme erhoben. Warum erst jetzt? Die Ereignisse haben die Kirche überrollt. Jetzt, da es beinahe zu spät ist, erwacht die Kirche aus ihrem neutralen Dornröschenschlaf. Oder sollte es daran gelegen haben, daß die Weißén, die bisher die Leitungsfunktionen wahrnahmen, für die Schlaftabletten sorgten? Es ist jedenfalls verwunderlich, daß mit der Übernahme der kirchenleitenden Ämter durch Nichtweiße plötzlich auch die Verantwortung für das öffentliche Leben in den Gesichtskreis der Kirche tritt, wobei als beruhigendes Zeichen zu werten ist, daß auch von jüngeren weißen Mitarbeitern intensive Anstöße und Ermutigungen die Initiative belebt haben. Aufklärung zu geben über die Öffentlichkeitsfragen und politische Entwicklung sowie warnend auf drohende Gefahren hinzuweisen - das muß von weißen Mitarbeitern erwartet werden können.

2. Doppelamt

Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei aller Betonung der ökumenischen Zusammenarbeit zwischen weißen und nichtweißen lutherischen Kirchen im südlichen Afrika (oder konkreter: zwischen DELK und ELK) ein gravierender Dissensus besteht. Es ist ein Hohn, von ökumenischer Gemeinschaft zu sprechen, wenn die existentielle Grundfrage, die Frage nach der Möglichkeit (oder Selbstverständlichkeit?) gleichberechtigten Zusammenlebens verschiedenrassischer Bewohner eines Landes, so verschieden beantwortet wird, wie es in diesem Lande der Fall ist. Geradezu lächerlich wird der Versuch wirken müssen, weiße Mitarbeiter der ELK mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten, die eine Weigerung der Betreuung der Weißén (in diesem Falle deutschen) Gemeinde für seine "Missionstätigkeit" hervorrufen werde, zur ökumenischen Verantwortung treiben zu wollen. Ökumene hat von der Ortsgemeinde auszugehen, entspringt dem Wissen um Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit des Menschen vor Gott, läßt sich aber keinesfalls einer Kirche in ihrer Gesamtheit aufoktroyieren, erst recht nicht in SWA. Gewiß kann man Christen lehren, ökumenisch denken zu lernen. Aber das allgemeine Gefühl der kulturellen Überlegenheit ist ein so starkes Bollwerk, daß es nahezu unmöglich erscheint, irgendwelche Waffen finden zu können, die es zerstören könnten, zumal man ja auch theologische Schützenhilfe auf der anderen Seite von nicht unbedeutenden Stellen findet.

Hoffnungen zu hegen im Blick auf eine "Bekehrung" zu ökumenischem Denken in der gesamten Tragweite dieses Begriffs, ist - zumindest in meinem Erfahrungsbereich - Blindheit gegenüber der tatsächlichen Selbsteinschätzung der meisten weißen Gemeindeglieder.

Wenn z.B. der Kirchenleitung der DELK nicht möglich erscheint, bei der Einführung des neuen Landespropstes auch den geladenen nichtweißen Bischof am gemeinsamen Festessen teilnehmen zu lassen, da öffentliche Restaurants dem Gesetz der Apartheid unterliegen - wie kann man von einem Glied der deutschen lutherischen Kirche erwarten, daß es - z.B. anlässlich eines Farmbesuchs - den nichtweißen Pastor oder Evangelisten der nichtweißen lutherischen Schwesterkirche als Gast zu Tisch lädt? Gewiß liegt es oftmals am Vorurteil, der Nichtweiße könne sich am Tisch des Weißen nicht benehmen oder fühle sich dabei nicht wohl; gewiß gibt es auch das Gesetz, das in gewissen Fällen unumgänglich ist. Aber gewöhnlich ist es eben doch das menschliche Urteil, das stärker ist als das

Wissen um die christliche Gemeinschaft und Gemeinsamkeit. Das Doppelamt schafft dem weißen Mitarbeiter in einer Gemeinde der ELK nicht allein theologische Nöte, es führt ihn vor allem oftmals an die Grenze der Gefahr, seine Solidarität und Gemeinschaft mit den Nichtweißen verleugnen zu müssen. Diese Not kann nur der nachfühlen, der selbst von Farm zu Farm gereist ist, um nichtweiße Gemeindeglieder zu besuchen und dabei immer wieder an die Grenzen seiner Bewegungsfreiheit auf Eigentum weißer Farmbesitzer erinnert wird. Es sind die kleinen, banalen Dinge des alltäglichen Lebens, die die Solidarität mit den Nichtweißen unglaublich machen. Der Weiße wird mit Handschlag begrüßt, der Nichtweiße kaum zur Kenntnis genommen, dem Weißen wird auf der Veranda Tee angeboten, dem Nichtweißen nicht, der Weiße schläft im Gästezimmer, der Nichtweiße in der Garage oder im Pontok, der Weiße wird zum Essen eingeladen, der Nichtweiße nicht usw. usw. Das sind Fakten. Dem Doppelamt wird mehr und mehr die Aufgabe zuerteilt, den Weißen zu "ökumenischem Denken" zu erziehen. Das mag gut und richtig sein. Die Frage ist nur: Ist der selbstbewußte, kulturbewußte, überlegene und oftmals dem Nichtweißen gegenüber arrogante Weiße in diesem Sinne "erziehbar"? Natürlich sind die Menschen verschieden. Jeder im Doppelamt Stehende mag andere Erfahrungen gemacht haben. Unsere aber sind, daß die gestellte Frage negativ beantwortet werden muß. Das Verhältnis zu den Weißen (Deutschen) ist nicht nur eine Frage des diplomatischen Auftretens, sondern auch das Bekennens zur Gemeinschaft der Nichtweißen. Jedes freie Eingestehen der Solidarität mit den Nichtweißen oder selbst nur Vorwagen in diese Richtung können zur Folge haben, daß man von der Farm gejagt wird, wie es bereits geschehen ist. Um der Gemeinden willen kann man nur bitten: Befreit den weißen Mitarbeiter, wegen der Menschen, auch wenn es nur wenige sind, die auf den Farmen wohnen, von der Unaufrichtigkeit oder vor einem "Martyrium" um seines Bekenntnisses zur nichtweißen Gemeinde willen. Beides ist für die Gemeinde nur von Nachteil.

IV. Welche Möglichkeiten der Mitarbeit weißer Pastoren bieten sich an?

Was bisher gesagt wurde, kann nur zu der Folgerung führen, daß die Mitarbeit Weißer in nichtweißen Gemeinden heute nicht mehr zum besten der Gemeinde selbst sein kann.

Sprachliche, aus der politischen Situation des Landes und auch aus der Not des Doppelamtes geborene Schwierigkeiten und Probleme führen sowohl zu einem unnötig schnellen Kräfteverschleiß, zumindest für den, der die Probleme sieht und darunter leidet, als auch zur Unglaublichkeit des Weißen in den Augen der Nichtweißen. Die jeden Bereich des Lebens umfassende erforderliche Solidarität mit seiner nichtweißen Gemeinde ist aus vielen Gründen unmöglich gemacht. Zu dieser Einsicht ist man in anderen Kirchen bereits gekommen (vgl. Das Wort in der Welt Nr. 3/1968 S. 89f.).

Trotzdem ist, wie gesagt wurde, die Mitarbeit in dieser Kirche weiterhin dringend nötig. Und in der Tat bieten sich zahlreiche Arbeitsmöglichkeiten an, die der Weiße - nicht wegen einer überheblichen Einschätzung seiner Fähigkeiten und seines Leistungsvermögens - zu übernehmen vermag, da die einheimische Kirche noch nicht über genügend Mitarbeiter aus eigenen Reihen verfügt. Die Beschränkungen sind in diesen Funktionen wesentlich geringer und die Dauer des alle Kräfte zur Verfügung habenden Leistungsvermögens wird verlängert.

1. Übergemeindliche Arbeit auf Krings-ebene

Die Kirche ist auf dem sog. Kringsystem aufgebaut, d.h. Gemeinden werden zu einer kleinen Einheit innerhalb des Kirchenganzen zusammengeschlossen, um dadurch gegenseitig mehr helfen und im Blick auf das innergemeindliche Leben mehr stärken zu können. Um diese Zielsetzung wirklich erreichen zu können, sind Mitarbeiter nötig, die von jeder Beanspruchung durch Gemeindeleitung und -verwaltung frei sind. Faßt man die konkreten Aufgaben ins Auge wie Mitarbeiterkonferenzen, Hilfestellung für administrative Arbeit finanzieller und verwaltungstechnischer Art usw., so findet man heute noch kaum einheimische Pastoren, die diese Aufgaben übernehmen könnten. Vor allem das langfristige Planen, die Erhabenheit über administrative Schwierigkeiten, die Fähigkeit der Vermittlung theologischer und praktischer Weiterhilfen und Handreichungen sind Anforderungen, denen wenige der einheimischen Pastoren bisher genügen können. In all diese Dinge müssen sie eingeführt werden. Es spielt sich auf Krings-ebene dasselbe ab wie in der Kirchenleitung. Ohne regelmäßige Hilfestellung werden die einheimischen Pastoren nur schwer mit den ihnen wenig vertrauten Aufgaben zurecht kommen können.

Man konnte nicht erwarten, daß das Kringsystem innerhalb eines Jahres zu einer für die Gemeinden neuen Leben spendenden Einrichtung werden könnte. Man darf aber diese wichtige Aufgabe nicht weiter verschleppen, denn die Zeit drängt. Sobald der Odendaal-Plan intensiv zur Durchführung gebracht sein wird (die Anfänge erleben wir bereits heute), werden die nichtweißen Gemeinden und ihre Leiter wegen dieser Unterlassung nur sehr mühsam zurecht kommen.

Vor allem die Einführung der nichtweißen Mitarbeiter in die aktuellen Probleme unserer Zeit, die Anleitung zur Auswertung ihres theologischen Rüstzeuges in der Gemeindepraxis (vorrangig scheinen mir die dogmatischen Loci Ekklesiologie und Eschatologie sowie die Beziehung der Dogmatik zur Ethik einer weiteren/Bearbeitung nötig zu sein) und die Bekanntmachung mit der Ökumene und ihren Zielen, unter besonderer Berücksichtigung der bisher geleisteten Arbeit zur Rassenfrage, sind Aufgaben für weiße Mitarbeiter heute.

2. Ausbildungsarbeit und übergemeindliche Arbeit auf Kirchenebene

Die unter 1. genannten Aufgaben, die auf Krings-ebene nur durch sporadische Zusammenkünfte, etwa in Form von Pastoralkollegs, unter Einbeziehung der praktischen Erfahrung des einzelnen wahrgenommen werden können, fußen natürlich auf einer systematischen Ausbildung der kirchlichen Mitarbeiter. Daß hier eine besonders große Aufgabe für die weißen Mitarbeiter vorliegt, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Auch die übergemeindliche Arbeit auf Kirchenebene (Evangelisation, Literatur, Kindergottesdienst, Posaunenarbeit usw.) bedarf als Einsatzmöglichkeit für weiße Mitarbeiter keiner Begründung.

3. Missionsarbeit

Die ELK hat während ihrer letzten, so bedeutungsvollen Synode 1967 u.a. auch den Beschluß gefaßt, in Zusammenarbeit mit der Ovambo-kavango-Kirche Missionsarbeit zu beginnen. Das ist ein Zeichen des Verstehens des Wesens der Kirche.

Ungeachtet der Wichtigkeit dieser Arbeit bleibt weiterhin die Aufgabe der Mission innerhalb der Grenzen der bestehenden Gemeinden. Gemeint ist die Arbeit in den Randgebieten, die vor allem

wegen Mitarbeitermangels nicht übernommen werden konnte. So leben z.B. im nördlichen Gebiet des Outjo-Distrikts zahlreiche Buschmänner, um die sich bis heute niemand gekümmert hat. Zwar gibt es unter ihnen bereits Getaufte, aber - horribile dictu - größtenteils sind sie ohne jegliche Unterweisung auf das Versprechen hin getauft worden, daß ihnen bald ein Evangelist geschickt würde, der das Versäumte nachholen werde. Dieses Versprechen ist leider nicht eingelöst worden, so daß wir hier von heidnischen Getauften reden müssen, nicht aber von getauften Heiden. Der Gemeindeführer selbst kann diese Aufgabe nicht übernehmen, da er sowohl durch Gemeindeverwaltung als auch durch Überlegungen finanzieller Art gehindert wird, längere Zeit diesen Leuten widmen zu können. Hier liegt eine Notsituation vor, auf die aufmerksam gemacht werden muß. In Zusammenarbeit mit der ELK könnte hier (wie sicher auch in anderen Distrikten) noch Missionsarbeit im Bereich der bestehenden Kirche getan werden, die den Einsatz weißer Mitarbeiter rechtfertigen würde. Die Gefahr in der ELK besteht, daß zu schnell getauft und konfirmiert wird ohne vorausgehende gründliche Belehrung, nicht zuletzt aus finanziellen Erwägungen heraus. Die Aufgabe der Unterweisung fällt z.T. in den Arbeitsbereich der Evangelisten. Aber hier ist viel Versäumtes nachzuholen. Zumindest eine Weiterführung in den Fragen der Unterweisung von Heiden macht die Mitarbeit von weißen Pastoren noch notwendig.

V. Schlußfolgerungen

Als Ergebnis sind folgende Folgerungen zu ziehen:

- 1) Die genannten Probleme für weiße Mitarbeiter im Gemeindedienst lassen deutlich genug erkennen, daß eine Mitarbeit Weißer als Gemeindeführer nicht mehr in Frage kommen kann. Der Weiße bleibt für die Kirche bestenfalls ein "billiger" Pastor, weil die Kirche ihn finanziell nicht zu tragen hat. Aber seine Arbeit stößt an Grenzen und leidet unter Schwierigkeiten, die der Gemeinde wie der Kirche mehr Nachteile als Vorteile einbringen.
- 2) Der Rückzug aus der Gemeindearbeit enthebt den Weißen der mühsamen und für seinen Dienst letztlich unfruchtbaren Mühe des Erlernens einer Sprache, die er - setzen wir seinen befristeten Einsatz voraus - niemals anwenden können wird. Stattdessen sollte seine ganze Kraft dem Erlernen von Afrikaans und Englisch gewidmet werden. Da ohnehin alle übergemeindlichen Versammlungen und Konferenzen in Afrikaans abgehalten werden (mit Ausnahme der sog. groepskonferensies, die für ihn weniger relevant sind), entsteht ihm dadurch kein Nachteil.
- 3) Durch die Entfernung aus der Gemeindearbeit wird der Weiße beinahe automatisch auch den Nöten des Doppelamtes enttrinnen, es sei denn, ihm liegt an dieser Aufgabe, wenn er darin eine ökumenische Aufgabe zu sehen vermag.
- 4) Die Mitarbeit Weißer auf übergemeindlicher Ebene nötigt die Kirche endlich, ihn entsprechend seinen Qualifikationen einzusetzen:
 - a. in der Kringarbeit
 - b. in der Ausbildungsarbeit
 - c. in der Arbeit auf Kirchenebene

d. in der Missionsarbeit

- 5) Der Einsatz weißer Mitarbeiter in den genannten Arbeitsgebieten garantiert ohne erhebliche Anfangsschwierigkeiten eine maximale Arbeitsleistung. Da niemand der Neueinreisenden weiß, wie lange er im Lande bleiben kann, sollte auch dieser Gesichtspunkt wichtig sein. Wichtiger jedoch ist die Frage, wie der Weiße der Kirche als Ganzer am nützlichsten sein kann. Der "klassische" Einsatz in der Gemeindearbeit genügt den Anforderungen von seiten der Gemeinde nicht mehr. Der Weiße bleibt Sakramentsverwalter, Verwaltungsbeamter seiner Gemeinde, der Kirche ein "billiger" Pastor - aber seine Kräfte werden zu schnell und unnötig verschlissen und seine Arbeitsleistung dadurch gemindert.

Bleibt abschließend noch zu fragen, ob - trotz aller genannten Schwierigkeiten - nicht das wichtigste sei, daß der weiße Mitarbeiter Zeichen ökumenischer Verbundenheit sei. Auch ökumenische Verbindungen sollten nicht nur symbolischen Charakter haben, sondern dem Aufbau des anderen dienen. Gibt es einen besseren Ausdruck ökumenischer Verbundenheit, als den zum Dienenden Gekommenen da einzusetzen, wo er maximale Arbeitsleistung zu geben vermag?

Klaus Eichholz (ELK - RM) Juli 1968

Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

2 Hamburg 13, den 7.10.1968
Mittelweg 143 Li/Bb

An die
Mitglieder der Heimatkommission



Sehr verehrte, liebe Schwestern und Brüder!

Ich darf Ihnen heute das Gedächtnisprotokoll der Sitzung vom 28.9. anlässlich der Königsfelder Missionswoche zusenden. Aus den dort gefaßten Beschlüssen können Sie entnehmen, daß wir die Frage des "Verhältnisses der Missionsgesellschaften zu den Stellen der ökumenischen Diakonie in Deutschland" in einem anderen Kreis weiterberaten wollen.

Gleichzeitig möchte ich Sie darum bitten, den Termin für die nächste Vollsitzung der Heimatkommission schon vorzumerken. Wir haben den 4. Februar 1969 vorgesehen. Genauere Angaben über Ort und Beginn der Sitzung werden Sie rechtzeitig erhalten.

In der Verbundenheit des Dienstes
grüßt Sie

I h r

gez. Günter Linnenbrink

f.d.R. *Beate Bernhardt*
(Sekretärin)

Gedächtnisprotokoll

Treffen der Heimatkommission am 28.9.68 in Königsfeld

Teilnehmer: Menzel, Grau, Herm, von Krause (für Strauß), Lindow (für Wesenick), Linnenbrink, Lohmann, Ottmüller, Scheel, Schrupp, Schulze, Schumm.

Folgende Punkte werden verhandelt:

1. Termin für die nächste Vollsitzung
2. Klärung der Frage, ob die Heimatkommission der geeignete Ort ist für die Weiterbehandlung des Entwurfs "Verhältnis der Missionsgesellschaften zur ökumenischen Diakonie" *Fahrplan*
3. Die Ergebnisse der gemeinsamen Tagung von Volksmission und Weltmission auf dem Koppelsberg (26.6.68)
4. Beratung der nächsten Schritte für die Fürbitte- und Opferaktion "Wort in die Welt" (1970)

Zu 1) Als Termin für die nächste Vollsitzung der Heimatkommission wird der 4. Februar 1969 festgesetzt. Der Sekretär der Heimatkommission wird beauftragt festzustellen, ob die Mitglieder im Diakonissenhaus in Kassel unterkommen können. Falls das nicht möglich ist, sollen entweder das DIFAM in Tübingen oder die Rheinische Mission gefragt werden.

Zu 2) Die Teilnehmer dieser Sitzung sind der Meinung, daß die in dem oben erwähnten Entwurf angesprochenen Fragen eindeutigen Policy-Charakter haben und darüber hinaus nicht nur die Mitglieder der Heimatkommission sondern alle Missionsgesellschaften angehen. Darum wird beschlossen:

- a) Versand des oben erwähnten Entwurfs an alle ordentlichen Mitglieder des DEMA und an einige ausgewählte außerordentliche Mitglieder;
- b) Einladung der Direktoren bzw. Leiter der Gesellschaften und einiger Geschäftsführer zur Diskussion und gemeinsamen Policy-Beratung;
- c) Nach Bildung einer gemeinsamen Policy Beratung mit den Vertretern von DÜ, Brot für die Welt, EZE etc.
- d) Termin und Ort: 5. Februar 1969; am gleichen Ort, an dem die Heimatkommission tagt; (evtl. ist eine Sitzungsdauer bis zum 6.2. mittags vorgesehen;)

Zu 3) Auf der nächsten Vollsitzung der Heimatkommission wird über die Ergebnisse der Koppelsberger Tagung ausführlich beraten werden. Die Teilnehmer sind einhellig der Meinung, daß der DEMR den Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Volksmission, Pfr. Dr. H.H. Ulrich (Stuttgart), als ordentliches Mitglied der Heimatkommission berufen sollte.

Zu 4) Lohmann wird auf der nächsten Vollsitzung der Heimatkommission ^{über} den Stand der Vorbereitung der oben erwähnten Aktion berichten. Die Heimatkommission wird neben allen anderen Beteiligten über die nächsten Schritte im einzelnen beraten.

Günter Linnenbrink

Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

2 Hamburg 13, den 7.10.68
Mittelweg 143 Li/Bb

WV H. Herzog
30.1.69

An die
Leiter und Direktoren der örtentlichen Mitglieder
des Deutschen Evangelischen Missions-Tages

E:
- 8. OKT. 1968
El. d. d. t. e. r.

g.
P. Seeberg
f. d. R.

Sehr verehrte Brüder und Schwestern!

Auf der Sitzung der Heimatkommission am 28.9. anlässlich der
Königsfelder Missionswoche wurde beschlossen, den beiliegen-
den Entwurf zum Thema "Das Verhältnis der Missionen zur öku-
menischen Diakonie" im Kreis der Leiter und Direktoren der
Missionsgesellschaften des DEMA zu diskutieren. Ziel einer
solchen Diskussion ist es, eine gemeinsame Policy gegenüber
den Stellen der ökumenischen Diakonie in Deutschland von sei-
ten der Mission zu entwickeln.

Als Zeitpunkt haben wir den 5. und evtl. den 6. Februar 1969
vorgesehen. Der Ort soll voraussichtlich Kassel sein. Ich wer-
de Sie noch rechtzeitig über die technischen Einzelheiten die-
ses Treffens informieren. Es wäre zu begrüßen, wenn einige
Direktoren bzw. Leiter der Missionsgesellschaften ihren Ge-
schäftsführer zur dieser Sitzung mitbringen könnten.

Sollte es Ihnen möglich sein, so wäre eine vorherige schrift-
liche Stellungnahme zu diesem Entwurf sicherlich von erheb-
lichem Nutzen für die Straffung der Diskussion. Diese schrift-
lichen Stellungnahmen möchten Sie bitte an den Unterzeichneten
senden.

In der Verbundenheit des Dienstes
grüßt Sie herzlich

I h r

gez. Günter Linnenbrink

f.d.R. Beate Amhardt
(Sekretärin)

3. J. A. H.

Das Verhältnis der Missionen zur ökumenischen Diakonie - eine kritische Analyse der bisherigen Grundsätze und Praktiken der Zusammenarbeit

I. Einleitende Bemerkungen

1. Auf den ersten Blick scheint der Zeitpunkt einer kritischen Analyse des Verhältnisses der Missionen zu den Stellen der ökumenischen Diakonie in Deutschland falsch gewählt, denn im allgemeinen ist das Verhältnis heute durch eine breite und vertrauensvolle Zusammenarbeit gekennzeichnet. Im Anfang hatte es zwar Spannungen gegeben - mit "Dienste in Übersee", weil eine Reihe von Missionen diese neue Personalvermittlungsstelle für evangelische Fachkräfte in Übersee als bloße Finanzierungsquelle für eigene Kräfte ansah, oder mit der "Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe", weil hier staatliche Mittel für kirchliche Entwicklungsprojekte vergeben wurden. Gegenwärtig sind diese Spannungen jedoch weitgehend überwunden. Dennoch ist die Zusammenarbeit für beide nicht problemlos. Beide Seiten werden heute mit einem Problem konfrontiert, das man anfangs gar nicht oder nicht genügend bedacht hat: die Folgekosten.

2. Die mit Mitteln von "Brot für die Welt" oder der "Evangelischen Zentralstelle" finanzierten Projekte, besonders auf dem Gesundheits-, Schul- und Agrarsektor, stellen für die Projektträger heute eine starke finanzielle Belastung dar. Die Projektträger sind in der Regel einheimische Kirchen. Diese sind jedoch nicht in der Lage, die Folgekosten zu tragen. Darum wenden sie sich an die mit ihnen verbundenen Missionen um Hilfe, diese Folgekosten zu übernehmen. Dieser Bitte können sich die Missionen umso weniger verschließen, als eine Reihe von Projekten gerade auf Initiative der Missionen, natürlich mit Zustimmung der einheimischen Kirchen, errichtet worden sind. Das Vorhandensein relativ großer Mittel bei den o.e. Stellen der ökumenischen Diakonie und die Möglichkeit, diese Mittel zu bekommen, wurden als Chancen begriffen, dringend notwendige Investitionen auf den o.e. Gebieten durchführen zu können, ohne dafür eigene Mittel in Anspruch nehmen zu müssen. Was anfangs als eine finanzielle Erleichterung von den Missionen empfunden wurde, stellt sich heute, da nicht wenige von ihnen ihre Etats bis zu 60 % oder mehr mit Folgekosten belastet haben, als eine immer schwerer werdende Bürde dar.

3. Die Missionen entdecken, daß der Spielraum für neue und notwendige Aktivitäten immer enger wird. Bitten um Hilfe auf dem Gebiet der Stadt- und Industriemission etwa von seiten der EACC können mit Rücksicht auf die eigenen bilateralen finanziellen Verpflichtungen nur schwer oder gar nicht erfüllt werden.

Es ist darum nicht überraschend, wenn das Problem der Folgekosten zum Anlaß genommen wird, kritisch zu fragen, ob die Übernahme solcher finanzieller Verpflichtungen überhaupt noch mit dem übernommenen Verständnis des missionarischen Auftrags zu vereinbaren sei. Immer häufiger hört man darum gerade von Missionen das Argument, die eigene Arbeit sei zu stark in "reine" zwischenkirchliche Hilfe oder "bloße" diakonische Aktivität abgeglitten.

4. Es gilt hier jedoch wachsam zu sein, damit nicht zwei, zwar miteinander zusammenhängende, aber doch unterschiedlich zu behandelnde Probleme miteinander vermischt werden.

a) Zunächst einmal ist das Problem der wachsenden Folgekosten zu lösen. Hier muß in Absprache mit den zuständigen Stellen der ökumenischen Diakonie eine Lösung gefunden werden, wie man entwicklungsstrategisch wichtige Projekte und Programme mit Einschluß der Folgekosten für eine realistisch befristete Zeit weiterhin durchführen kann. Insbesondere muß die Möglichkeit untersucht werden, in welchem Maße sich Missionen und Stellen der ökumenischen Diakonie an notwendigen langfristigen Programmen gemeinsam beteiligen können. Ein Umdenken von den Projekten auf Programme hat hier stattzufinden.

b) Im Unterschied dazu ist das oben angesprochene theologische Problem nach dem Verhältnis von Zeugnis und Dienst, bzw. die Frage nach dem "Proprium" der Mission zu behandeln. Offensichtlich sind die zu verschiedenen Anlässen bekundeten Überzeugungen - so letztlich noch auf der Königsfelder Missionswoche 1965 -, wonach Zeugnis und Dienst theologisch als völlig gleichberechtigt zu gelten haben, noch nicht tief genug im Bewußtsein verwurzelt. Andernfalls sind solche Werturteile über die "reine" zwischenkirchliche Hilfe oder die "bloße" diakonische Aktivität nicht zu verstehen. Es ist darum notwendig, daß dieses theologische Problem noch einmal aufgegriffen wird, weil es allem Anschein nach in der Vergangenheit nicht wirklich ausdiskutiert wurde. Dabei ist wohl davon auszugehen, daß man nicht hinter die theologische Erkenntnis von der Einheit und Gleichberechtigung von Zeugnis und Dienst zurückgehen kann. Jedoch darf nicht wieder dieses Problem gleichsam als ein abstraktes Verhältnisproblem diskutiert werden, sondern beide Seiten, die Missionen wie die ökumenische Diakonie, müssen dieses Problem im Blick auf die jeweilige geschichtliche Tradition des Verständnisses von Mission und Diakonie angesichts der heute erforderlichen Aktivitäten der Kirchen und Missionen in Zeugnis und Dienst angehen. Zwischenkirchliche Hilfe und Mission dürfen nicht wieder gegeneinander ausgespielt werden, sondern sind beide im Blick auf den heute der Kirche Jesu Christi gestellten Auftrag kritisch auf ihre Relevanz zu befragen. Beide müssen sich darüber Rechenschaft ablegen, warum sie sich an der Förderung von Entwicklungsvorhaben der Kirchen in der "dritten Welt" beteiligt haben. Sie müssen sich ferner darüber verständigen, ob sie sich weiterhin daran beteiligen wollen und können und nach welchen Kriterien dies geschehen soll.

Dieser Entwurf ist als ein erster Versuch der Rechenschaftsab-¹⁾ legung der Missionen über die oben gestellten Fragen anzusehen.

II. Das "Proprium der Mission" als Problem

Es können im Rahmen dieses ersten Versuches einer kritischen Analyse der bisherigen Grundsätze und Praktiken der Zusammenarbeit zwischen den Missionen und den Stellen der ökumenischen Diakonie nur einige wenige Bemerkungen zu dem problematisch gewordenen "Proprium der Mission" gemacht werden. Sie wollen verstanden sein als Anregungen zum kritischen Nachdenken über das überkom-

1) Im Bereich der "zwischenkirchlichen Hilfe" liegt schon ein ausgezeichneter Entwurf vor: R. Dickinson "Richtschnur und Waage", ÖRK Genf 1968

mende Verständnis von "Proprium der Mission" angesichts der heutigen Situation und Aufgaben in der Welt.

1. Kontroverse Auffassungen zum Proprium der Mission

In der Diskussion um den Entwurf der Sektion II "Erneuerung der Mission" vor und während der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala 1968 wurde deutlich, daß eine Spannung besteht zwischen dem klassischen oder traditionellen Verständnis des Propriums der Mission und den gegenwärtigen Bemühungen, das Ziel der Mission "in dem neuen Menschen zu sehen, in dem die Fülle Christi erreicht wird". In dem Kommentar zu dieser Stelle des Entwurfes heißt es: "Wir haben die Humanisierung als Ziel der Geschichte herausgestellt, weil wir glauben, daß es mehr als andere in unserer Epoche den Sinn des messianischen Ziels vermitteln kann". Demgegenüber betont Donald McGavran (Urheber der Wheaton Deklaration von 1966) in einem Artikel des "Church ^{Growth} Bulletin" vom Mai 1968 unter dem Titel "Will Uppsala die 2 Milliarden verraten?", daß der klassische Auftrag der Mission sei, "das Evangelium von Jesus Christus den ungläubigen Menschen zu bringen, damit sie glauben und leben können... und seine Jünger und verantwortliche Glieder seiner Kirche werden".

- a) Wird das Proprium der Mission in der Weise definiert, wie es in den Worten von McGavran zum Ausdruck kommt, müßten in logischer Konsequenz dazu die Missionen ihre ganzen personellen und finanziellen Anstrengungen auf die Gewinnung der "Ungläubigen" konzentrieren. Das könnte entweder in der Form geschehen, daß Missionen sich personell und finanziell nur an Unternehmungen der einheimischen Kirchen beteiligen, die unmittelbar oder mittelbar diesem Zweck dienen, wie etwa die Equipenarbeit der Togolesischen Kirche oder die "Action Commune Apostolique" der Kameruner Kirche. Darüber hinaus wäre es weiter zulässig, sich an der Ausbildung von Pastoren, Evangelisten und dgl. zu beteiligen. Oder es könnte diese Konzentration auch in der Form erfolgen, daß man Krankenhäuser, Schulen aller Art, Gemeinschaftsentwicklungsprojekte, Laienausbildungsstätten und landwirtschaftliche Projekte nur dann unterstützen kann, wenn sie der Gewinnung neuer Glieder der Kirche Jesu Christi dienen.¹⁾ Eine Zusammenarbeit mit Nichtchristen auf diesem Gebiet verböte sich danach von selbst.

Folgende Schwierigkeiten würden sich aus einer solchen Entscheidung ergeben:

- (1) Die Kluft zwischen Auftrag und Anspruch, alle Menschen zu Jüngern zu machen, und der tatsächlichen Entwicklung im Bevölkerungswachstum wird immer größer. Die Existenz der Gemeinde Jesu Christi in der Diasporasituation kann nicht wirklich akzeptiert werden.

-
- 1) In dem Jahresbericht 1968 einer Missionsgesellschaft wird die Aufnahme muslimischer Lehrlinge in eine Handwerkerschule nur dann für legitim gehalten, wenn genau dieses Ziel verfolgt wird.

(2) Die Christianisierung der Welt muß ausgesprochen oder nicht- dennoch geheimes Leitbild der Mission sein. Dadurch gerät man in einen unüberwindlichen Gegensatz zu der fortschreitenden säkularen und pluralistischen Gesellschaft. Aber auch Länder mit anderen religiösen Traditionen würden die Tätigkeit von christlichen Institutionen und Organisationen mit der o.e. Zielsetzung erschweren oder gar verbieten (vgl. Orissa-Religions-freiheitsgesetz 1967 - Indien).

(3) Die Integration von Kirche und Mission kann nicht realiter vollzogen werden, da die Missionen sich immer einen Sonderstatus gegenüber den verfaßten Kirchen vorbehalten müssen. Denn sie können sich nur an solchen Aktivitäten der Kirchen beteiligen, die der Gewinnung neuer Glieder dienen. Wenn der theologische Satz stimmt, daß Kirche Mission ist, und Mission in dem oben beschriebenen Sinne verstanden werden muß, können eigentlich nur die Missionen die "ecclesia vera" verkörpern. Damit würde die Distanz von Kirchen und Missionen theologisch verewigt, im Verhältnis der Missionen zu den einheimischen Kirchen draußen genauso wie hier zu den verfaßten Kirchen in Deutschland.

b) Das Proprium der Mission kann jedoch auch als Realisierung der neuen Menschheit verstanden werden, wie in dem o.e. Sektionsentwurf II für Uppsala, wo es an entsprechender Stelle heißt: "Unser Ziel ist uns gewiesen in dem neuen Menschen, in dem die Fülle Christi erreicht wird". Diesem Ziel entsprechend müßten die personellen und finanziellen Anstrengungen von Missionen und Kirchen auf Aktivitäten konzentriert werden, die der Realisierung von Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde im Zusammenleben der Menschen dienen. D.h. eine aktive Teilnahme an den Bemühungen der Staaten der "dritten Welt", eine gerechte Sozialordnung aufzubauen, ist damit geboten.

Folgende Projekte und Programme hätten dann erste Priorität: Community Development (Gemeinschaftsentwicklung) in Dörfern, Regionen etc. zur Bildung einer Infrastruktur als Voraussetzung einer besseren Sozialordnung; Alphabetisierungsprogramme, welche die Menschen sich ihrer bisher vorenthaltenen Rechte und Würde bewußt werden lassen; genossenschaftliche Projekte jeder Art etc. Mit anderen Worten: Konzentration auf Projekte und Programme politischer und gesellschaftlicher Diakonie. Solche Aktivitäten können natürlich nur in Kooperation mit anderen gesellschaftlichen, politischen und auch religiösen Gruppen geschehen, die sich ebenfalls für die Errichtung einer menschenwürdigen Gesellschaft einsetzen. Unternehmungen der unter (a) genannten Art hätten danach wenig Sinn.

Aber auch aus einer solchen Entscheidung ergäben sich Schwierigkeiten:

(1) Es ist sicherlich richtig, Jesus Christus als Ursprung und Maßstab der Mitmenschlichkeit (Humanität) anzusehen. Aber gerade wenn man das tut, ist es noch keine ausgemachte Sache, daß "Aufbruch zum neuen Menschen" und "Humanisierung der Welt" identisch sind. Das Humanum muß inhaltlich bestimmt werden. Dabei wird man feststellen,

daß der im Kreuz Christi signalisierte eschatologische Vorbehalt gegenüber aller von Menschen vorangetriebenen "Humanisierung der Welt" nicht aufgegeben werden kann und darf.

- (2) Die Sammlung des Gottesvolkes ist vom Proprium der Mission nicht zu trennen. Denn die Sendung des Sohnes setzt sich in der Sendung der Kirche fort und diese führt zur Sammlung der Gemeinde. In der Gemeinde ist die Gegenwart des Reiches Gottes in Gottesdienst, Gebet und Glauben vorweggenommen (vgl. Rö 12; 1. Kor. 12; Eph 4,4 ff; Kol. 1,18 ff). M.a.W. die "Humanisierung der Welt" und "Sammlung des Gottesvolkes" sind jeweils Ausdruck der angebrochenen Wirklichkeit des Reiches Gottes.
- (3) Der Ruf zur Umkehr gehört konstitutiv zur Ausrichtung des Evangeliums. Wenn auch eine Zusammenarbeit mit allen anderen Gruppen der Gesellschaft beim Aufbau einer menschenwürdigen Sozialordnung erforderlich und legitim ist, darf diesen anderen Gruppen gegenüber dennoch niemals verschwiegen werden, daß es die im Glauben empfangene Liebe Christi ist, die uns leitet. Die in diesem Zeugnis liegende Herausforderung hat unaufgebbarer Bestandteil christlicher Solidarität zu bleiben. Andernfalls würde der in der Botschaft von Jesus Christus enthaltene Endgültigkeitsanspruch aufgegeben und die Gemeinde Jesu Christi hätte sich in der Welt aufzulösen.

2. Zum Proprium der Mission in der gegenwärtigen Situation

Niemand wird erwarten, daß im Rahmen dieser Analyse eine neue und alle überzeugende Definition vom Proprium der Mission angeboten werden kann. Dazu ist die theologische Diskussion viel zu sehr in Fluß, sind die Meinungen z.T. noch zu kontrovers. Hier kann es sich nur darum handeln, einige Gesichtspunkte zu nennen, die berücksichtigt werden müssen, wenn über das Proprium der Mission in der gegenwärtigen Situation nachgedacht wird.

- (1) Die Kirche Jesu Christi kann sich nicht der Tatsache verschließen, daß "wir zu einer Menschheit gehören, die leidenschaftlich und vernehmbar nach einem wahrhaft menschlichen Leben ruft" (Endgültiger Bericht der Sektion II "Erneuerung in der Mission"). Daß die reichen Länder immer reicher und die armen immer ärmer werden, ist die "soziale Frage" unserer Tage. Das ist die "Tagesordnung" unserer Welt, in der das Evangelium zu konkretisieren ist. Dazu verpflichtet uns die Inkarnation der Liebe Gottes in dem Menschen Jesus von Nazareth zu einer geschichtlichen Stunde an einem bestimmten Ort dieser Erde. "Dabei werden Zeugen wie Empfänger feststellen, daß das Evangelium nicht Evangelium sein kann abgesehen von der Situation."¹⁾

1) Aus dem Bericht der Arbeitsgruppe I "Gemeinsame Aufgaben in Theologie und Verkündigung" von der Begegnungstagung Volksmission - Weltmission am 26.6.1968 S. 1

Was Evangelium und damit Proprium der Mission der Kirche Jesu Christi hier und heute ist, steht niemals von vornherein fest. "Im Eingehen auf die 'Tagesordnung der Welt' gewinnen die in der Schrift bezeugten Realitäten wie Versöhnung, Friede, Erlösung, Rettung, Auferstehung und neues Leben jeweils einen neuen Inhalt."²⁾ M.a.W.: das Proprium der Mission ist nicht einfach im ungeschichtlichen Rückgriff auf überlieferte Formeln und Definitionen zu gewinnen.

2. "Das Ziel unserer Verkündigung kann kein anderes sein als das Ziel der Missio Dei in Jesus Christus. Gott geht es um Erneuerung des einzelnen Menschen und um Erneuerung der Welt... Das Heil Gottes gilt dem einzelnen, aber es geht über ihn hinaus. Es gilt den Christen und der Kirche, aber es hat nicht sein Ziel in der Kirche, sondern im Reich Gottes. Es gilt der Veränderung der Verhältnisse, es gibt uns teil am neuen Himmel und der neuen Erde, an der neuen Schöpfung Gottes, an der Herrschaft Jesu Christi."³⁾ M.a.W.: die Erneuerung des einzelnen wie der Welt sind Gottes Wille.⁴⁾ In dieser Erneuerung gewinnt sein Reich Gestalt. Das hat die Kirche Jesu Christi aller Welt in Wort und Tat zu bezeugen.

3. Das von Gott den Menschen zugedachte Heil darf nicht nur als jenseitig verstanden werden. Geschieht es, wird damit die Menschwerdung Christi verleugnet. "Das Reich Gottes ist in Christus in diese Welt und in das Leben der einzelnen eingebrochen und schafft Befreiung von gottlosen Bindungen, Zuwendung zum Mitmenschen, Versöhnung, neues Vertrauen, Wagnis zum Engagement unter dem Horizont der Hoffnung, daß der auferstandene Christus der Herr dieser Welt ist"⁵⁾ M.a.W.: in jeder versöhnenden Tat, in jedem Einsatz für Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Freiheit wird etwas sichtbar von der Realität des Reiches Gottes.

4. Der gesellschaftliche Pluralismus sowohl wie die Säkularisierung einer Welt, die sich von autoritären Strukturen zu befreien sucht. Beide sind Bedingungen einer freiheitlichen Ordnung. Die Kirche Jesu Christi hat dieses Faktum voll zu akzeptieren und darüber hinaus allen Versuchen zu wehren, dem Menschen die Freiheit der Entscheidung zu erschweren oder zu nehmen. Der Ruf zur Buße, zur Umkehr darf darum nicht unter Bedingungen ergehen, die eine Entscheidung in Freiheit nicht

2) Aus dem Bericht der Arbeitsgruppe I "Gemeinsame Aufgaben in Theologie und Verkündigung" von der Begegnungstagung Volksmission-Weltmission am 26.6.1968 S. 1

3) dto. S. 3

5) dto. S. 3

4) Vgl. dazu auch eine entsprechende Formulierung aus dem endgültigen Bericht der Sektion II "Erneuerung in der Mission" von Uppsala 1968. Dort heißt es: "Wir müssen alle erfolgreichen Bemühungen um größere Gerechtigkeit, Freiheit und Würde als Teilaspekte der Erneuerung des wahren Menschen in Christus verstehen".

mehr wirklich garantieren. M.a.W.: der missionarische Ruf zur Umkehr darf nicht gekoppelt sein mit Versuchen, diesen Pluralismus zu überwinden. Das aber liegt in der Konsequenz jeglicher Christianisierungstendenzen.

5. Zeugnis, Solidarität und Dienst gehören zur Totalität der Inkarnation. Sie sind darum keine Alternativen im missionarischen Handeln. "Die Mitteilung des Evangeliums verfälscht, wenn sie zur Deklaration von Heilstatsachen im Sinne eines bloßen Verbalismus entartet oder wenn sie auf schweigenden Dienst im Sinne reiner Mitmenschlichkeit reduziert wird. Person und Werk Jesu Christi bilden eine Einheit, in der göttliche Vollmacht und mitmenschliche Liebe sich im Verkündigen, Lehren, Heilen und Stiften von Gemeinschaft untrennbar verbinden. Es gehört zur Ganzheit des missionarischen Handelns, daß Zeugnis, Solidarität und Dienst im lebendigen Miteinander zum Ausdruck bringen, was Gott in Christus getan hat."¹⁾ M.a.W.: das Proprium der Mission ist weder bloß Ruf zur Umkehr und Sammlung der Gemeinde noch lediglich die Suche und Verwirklichung des neuen Menschen. Weil es die Mission Gottes ist, ist es immer beides zugleich.

III. Konsequenzen für die Beteiligung von Missionen (und Kirchen) an Entwicklungsprojekten und -programmen

1. Die Beteiligung der Missionen (wie auch der Kirchen) an Entwicklungsprojekten und -programmen kann nicht unter rein pragmatischen Gesichtspunkten erfolgen (Vorhandensein von Mitteln, Notlage etc.), sondern muß immer bezogen sein auf ihren spezifischen Auftrag. Wenn das Proprium des missionarischen Auftrags sachgerecht nur unter Berücksichtigung der oben vorgebrachten Gesichtspunkte formuliert und wahrgenommen werden kann, ergibt sich von daher eine theologisch völlig legitime Beteiligung der Missionen an Entwicklungsprojekten und -programmen in den Ländern der "dritten" Welt, sofern sie dem Aufbau einer menschenwürdigen Sozialordnung dienen.
2. Angesichts der beschränkten personellen und finanziellen Mittel, die Missionen (und Kirchen) zur Verfügung stehen, ist jedoch eine Konzentration auf bestimmte Projekte und Programme nötig. Entsprechend ihrem Auftrag sind darum in solchen Unternehmungen Personen und Geld zu investieren, "die mit der Freiheit des Menschen, seiner persönlichen Erfüllung und der umfassenderen Verwirklichung wahrer Menschlichkeit in der Gemeinschaft eng verbunden sind."²⁾ M.a.W.: An solchen Projekten und Programmen sollten die Missionen (wie die Kirchen) interessiert sein, die unter die Begriffe "Emanzipation" und "Versöhnung" fallen. Mit "Emanzipation" ist gemeint: "Freiheit von Krankheit, von Entbehrung und Hunger, von Unwissenheit, von den Vorurteilen der anderen, die einen in untergeordnete

1) Aus dem Bericht der Arbeitsgruppe I von der Begegnungstagung Volksmission - Weltmission am 26.6.1968 S. 2

2) R. Dickinson, "Richtschnur und Waage" S. 86

Stellung halten, von der Enge des geistigen Horizonts."¹⁾
Mit "Versöhnung" ist gemeint: "einander entfremdete Menschen über die trennenden Abgründe der Rasse, der wirtschaftlichen Verschiedenheiten, der politischen und ideologischen Gegensätze, der ethnischen und stammesmäßigen Verschiedenheiten, der Spannungen zwischen den Generationen usw. hinweg zusammenzubringen in einer Gemeinschaft, in der gemeinsame Werte anerkannt werden und man sich gegenseitig schätzt."²⁾

3. Selbstverständlich ist auch dieser Rahmen zu groß, als daß er mit den beschränkten Mitteln der Missionen (und Kirchen) ausgefüllt werden könnte. Es ist darum notwendig, Prioritäten innerhalb dieses Rahmens zu ermitteln.
Zunächst ist zwischen karitativen und präventiven (vorbeugenden) Projekten und Programmen zu unterscheiden.
(a) Karitative Aktivitäten sind: Flüchtlingsprogramme, Lepra-, Blinden- und Krüppelanstalten, Waisenheime, Krankenhäuser (sofern nicht Rechnung getragen wird den Gesichtspunkten einer dezentralisierten Medizin, d.h. spezialisiert lediglich auf stationäre Behandlung). Bei allen Projekten und Programmen dieser Art ist der Gesichtspunkt der "Nothilfe" entscheidend.
(b) Präventive Vorhaben sind: Genossenschaftsprogramme, Erziehungs- und Ausbildungsprogramme, Projekte zur regionalen oder lokalen Strukturentwicklung (Community Development), medizinische Präventivmaßnahmen. Bei den hier genannten Vorhaben ist der leitende Gesichtspunkt die langfristige Bemühung um eine Umgestaltung der Gesellschaft.
Das Verhältnis des personellen und finanziellen Engagements in diesen beiden verschiedenen Kategorien ist zu überprüfen. In der Regel werden die karitativen Maßnahmen bevorzugt. Im Rahmen der oben aufgestellten Leitbegriffe "Emanzipation" und "Versöhnung" sollte jedoch den präventiven Maßnahmen als Versuche, sozial/gerechtere Verhältnisse zu schaffen, mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es gilt, die Krankheitsursachen der Gesellschaft entscheidend zu bekämpfen und nicht nur die Symptome. 70 % der Investitionen sollten darum für präventive und 30 % für karitative Maßnahmen bestimmt sein.
4. Innerhalb der hier getroffenen Unterscheidung muß aber noch weiter differenziert werden, und zwar aus entwicklungsstrategischen und praktischen Gründen. Auf dem Gebiet der präventiven Maßnahmen treffen Kirchen und Missionen notwendigerweise mit staatlichen Entwicklungsvorhaben zusammen. Unter allen Umständen sollte darauf geachtet werden, daß die kirchlichen Programme und Projekte mit entsprechenden staatlichen Strukturveränderungsprogrammen für die betreffende Region oder den Ort übereinstimmen. Es sollte aber weiter nach Möglichkeit vermieden werden, daß Kirchen und Missionen aufgrund ihrer beschränkten Mittel lediglich eine Mini-Ausgabe entsprechender staatlicher Entwicklungsverhaben produzieren.
Stattdessen sollten die kirchlichen Entwicklungsprogramme und -projekte Ausschau halten nach neuen Möglichkeiten, sei es "durch neue Typen von Programmen, neue Menschengruppen oder

1) R. Dickinson, "Richtschnur und Waage" S. 86

2) R. Dickinson, a.a.O. S. 86

Arbeit in neuen Gebieten eines Landes".¹⁾ (Leider haben Kirchen und Missionen die Tendenz, die traditionellen Projekte wie Krankenhäuser, Schulen, Bemühungen um die Landwirtschaft fortzuführen, ohne darüber nachzudenken, ob sie der Regierung des Landes und der gesamten Gesellschaft neue Einblicke in ihre Verantwortung eröffnen. Und auch dort, wo traditionelle Programmtypen eingeführt oder beibehalten werden, sollten sie nicht lediglich eine quantitative Ausweitung oder Vervollständigung bestehender Programme sein, sondern neue Wege weisen).

5. Der Schwerpunkt aller kirchlichen Entwicklungsvorhaben sollte auf dem Menschen liegen. M.a.W.: die Anstrengungen der Kirchen und Missionen sollten sich auf den Menschen konzentrieren und nicht auf die Errichtung von Gebäuden und dgl. Selbstverständlich braucht man auch Gebäude, Kapital und anderes Material, wenn man dem Menschen helfen will, aber viel seltener als man gemeinhin annimmt. Entscheidend ist hierbei der Gesichtspunkt der "Hilfe zur Selbsthilfe". Menschliche Initiative muß entwickelt werden. Das kann jedoch nur dann mit Aussicht auf Erfolg geschehen, wenn die Empfänger der Hilfe diese wirklich gewünscht haben und sich selbst mit aller Energie an den Projekten und Programmen beteiligen. Das Geld ersetzt dann nur das fehlende Bindeglied.

6. Bei der Aufstellung von Prioritäten sollte der Gesichtspunkt der größtmöglichen Effektivität eine entscheidende Rolle spielen. So sollten Projekte mit Vervielfältigungseffekt, die also auch in anderen Gegenden durchgeführt werden können, solchen vorgezogen werden, die sonst nirgendwo relevant sind oder durchgeführt werden können. Es sollten Programme, die der Entwicklung neue Möglichkeiten eröffnen (z.B. Bildung gemeinschaftlicher Produktions- und Konsumgenossenschaften) denen vorgezogen werden, die zu anderen Arbeiten der Entwicklungsarbeit anregen.

7. Erfahrungsgemäß nützen langfristige Entwicklungsprogramme mehr als Projekte mit kurz gesteckten Zielen. Man bekommt zwar leichter Geld für sie, weil sie bald vor aller Augen stehen, klardefiniert sind und man auch nur eine begrenzte Verantwortung für sie hat, aber damit ist ihr entwicklungsstrategischer Wert noch längst nicht gegeben.

Deswegen sollte ein gewisser Prozentsatz (nicht zu niedrig) der zur Verfügung stehenden Personen und Mittel für potentielle langfristige Verpflichtungen festgesetzt werden. Darüber hinaus sollte man sich vornehmen, mehr in Programme als in Projekte zu investieren, für die in der Regel ein großer Aufwand an Gebäuden und Material nötig ist. "z.B. können Kurse zur Ausbildung von Führungskräften oder zur Erwachsenenbildung für längere Zeit geplant werden, jedoch ohne nennenswerten Verlust an Investitionen auch kurzfristig beendet werden. Ganz anders liegt der Fall, wenn ein voll eingerichtetes Krankenhaus veräußert oder nicht mehr weiter unterhalten wird."²⁾

1) R. Dickinson, a.a.O. S. 89

2) R. Dickinson, a.a.O. S. 96

8. Technische Kompetenz sowie Planung und Koordination der Entwicklungsprogramme mit denen anderer Kirchen sowie nicht-kirchlicher und staatlicher Stellen ist unbedingt nötig. Nur so können wirkliche Erfolge erzielt werden. Dazu ist es wichtig, daß Kirchen und Missionen ihr in der Regel völlig unzureichendes Informationssystem verbessern.
9. Das Prinzip der finanziellen und/oder personellen Beteiligung der Empfänger von Entwicklungshilfe sollte beibehalten werden. Jedoch sollte es mit größerer Flexibilität gehandhabt werden, weil mit langfristigen Verpflichtungen zur Hilfe gerechnet werden muß. Darüber hinaus sollte dieses Prinzip den verschiedenen Erfordernissen der Planung, Verwaltung und der Unterstützung der Forschung angepaßt werden.
10. Das Prinzip der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Empfängern der Hilfe muß u.a.U. beachtet werden. Das bedeutet auch, daß ihnen ein beträchtliches Maß an Freiheit gegeben wird, das Projekt gemäß dem eigenen Verständnis der lokalen oder regionalen wechselnden Umstände zu entwickeln.
11. Wo immer es möglich ist, sollten kirchliche Entwicklungsprojekte ökumenischen Charakter tragen. Interdenominationelle Projekte sollten gleichwertigen konfessionell ausgerichteten vorgezogen werden. Sie sollten darüber hinaus auch in dem Sinne "ökumenisch" sein, daß in ihnen die Repräsentation und Beteiligung der verschiedenen Bevölkerungskreise, der qualifizierten Laien und Jugendlichen gesucht wird.
12. Schließlich verdient noch ein Gesichtspunkt besondere Aufmerksamkeit: die Verankerung von Entwicklungsprojekten und -programmen im Leben der Gemeinde.
Zweifellos wäre es eine verhängnisvolle Verkürzung, wenn nicht Verfälschung des Propriums des missionarischen Auftrags, wenn Entwicklungsaktivitäten mit eng verstandenen Evangelisationsbemühungen verbunden würden. Dadurch würden solche Aktivitäten bloßes Mittel zum Zweck. Ausdruck für eine Verankerung im Leben der Gemeinde wäre eine so verstandene Entwicklungshilfe nicht. Kriterium für die gewünschte Verankerung im Leben der Gemeinde ist es jedoch auch nicht, wenn Entwicklungsarbeit von Missionen und Kirchen lediglich der Auferbauung und Stärkung der Gemeinden, Kirchen und Kirchenräte dienen sollen. Abgesehen davon, daß solch einseitige Bevorzugungen der christlichen Minoritäten auf die Dauer eine unerwünschte Nebenwirkung haben - Entfremdung der Christen von ihren Landsleuten -, wäre es auch eine Umkehrung des Auftrags der Kirche, die eine "Kirche für andere" sein soll. Daß solche Hilfsprogramme der Kirchen und Missionen mit den christlichen Gemeinden oder Kirchen am Ort zusammen entwickelt werden, geschieht einmal, weil diese die Hilfe weiterleiten können und auch in der Regel mit der örtlichen Situation vertraut sind und so der Erfolg der Hilfe besser gesichert wird. Es geschieht zum anderen, weil so unabhängige Einfluß- und Machtzentren im Sinne der Förderung einer pluralistischen Gesellschaft entwickelt werden, vor allem wichtig in solchen Gesellschaften, "die durch eine wachsende Konzentration der Autorität und Macht gekennzeichnet sind!"¹⁾

1) R. Dickinson u.a.O. S. 92

So allein ist die Stärkung der Kirche in dem Entwicklungsland nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel, der ganzen Gesellschaft einen Dienst im Sinne der Sicherung des Freiheitsraumes zu erweisen.

Die Verankerung im Leben der Gemeinde findet darin ihren sachgerechten Ausdruck, daß sie sich aktiv, personell und/oder finanziell an Entwicklungsprogrammen und -projekten beteiligt und sie als ihre Sache ansieht. Sie gewinnt ferner darin Gestalt, daß im Bewußtsein der Gemeinde eine Beteiligung an solchen Aktivitäten mit dem Sendungsauftrag der Kirche Jesu Christi übereinstimmt, der in der Einheit von Zeugnis, Solidarität und Dienst besteht.

Zusammenfassung

In folgende Programm- und Projekttypen sollten Missionen (und Kirchen) den oben entwickelten Grundsätzen zufolge personell und finanziell investieren:

- (a) Neue Typen von Erziehungs- und Ausbildungsprogrammen (z.B. Jugendgemeindezentren, besonders in den rasch wachsenden Städten; Berufsausbildungsstätten; Umschulungsprogramme; Erwachsenenbildung, Ausbildung von Führungskräften; Fortbildungskurse etc.). Dabei sollten vor allen Dingen auch mehr Experimente mit Möglichkeiten gemacht werden, in nichtchristlichen Institutionen schöpferisch mitzuarbeiten.
- (b) Community Development (Gemeinschaftsentwicklungs-) Projekte.
- (c) Initialprogramme für die Entwicklung eines Kommunikations-systems (Presse, Rundfunk, Fernsehen) sowie Alphabetisierungsprogramme.
- (d) Landwirtschaftliche, medizinische und Projekte der wirtschaftlichen Entwicklung (jedoch nur mit größter Zurückhaltung und wenn solche Projekte als Katalysator für größere Anstrengungen staatlicher und anderer Stellen dienen).

Abschließend ist zu sagen, daß Missionen und Kirchen bei der Auswahl von Programmen und Projekten besonders darauf achten müssen, ob sie zwei in allen Ländern der "dritten" Welt kennzeichnenden Tatsachen genügend Rechnung tragen, daß

- a) Jugendliche unter 21 Jahren beinahe die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen und
- b) Großstädte jetzt und in der Zukunft bei der Aktivierung des gesellschaftlichen Umbruchs eine dominierende Rolle spielen.

Dieser Personenkreis und diese Orte sollten einen bevorzugten Platz in der Entwicklungsarbeit von Missionen und Kirchen bekommen.

August 1968

Günter Linnenbrink

A N H A N G

Fragen, die bei der Entwicklung von Projekten / Programmen zu beachten sind:

1. Von wem ist die Initiative ausgegangen? Sind Einheimische an der Ausarbeitung des Projektes / Programmes beteiligt gewesen?
2. Welche Bereitschaft zur verantwortlichen Mitarbeit besteht am Ort?
3. Ist kompetentes, insbesondere auch einheimisches Personal zur Durchführung und Überwachung vorhanden?
4. Verrät die Planung des Projektes / Programmes genügend Sorgfalt und Sachverstand?
5. Bestehen oder sind ähnliche Projekte / Programme in der betreffenden Region / am betreffenden Ort geplant?
6. Wenn ja, ist das Projekt / Programm noch notwendig? Stellt es eine notwendige Ergänzung oder Korrektur bestehender oder geplanter ähnlicher Projekte / Programme dar?
7. Wenn nein, kann dieses Projekt / Programm als Katalysator für entsprechende größere Projekte / Programme staatlicher oder anderer Stellen dienen?
8. Hat das Projekt / Programm Modell- bzw. Pioniercharakter?
9. Bewegt sich das Projekt / Programm in einer angemessenen Größenordnung im Vergleich zur finanziellen und/oder personellen Kraft des Trägers (Gemeinde, Kirche, Nationaler Kirchen- oder Christenrat)?
10. Sind die Folgekosten gesichert?
11. Ist die Heranbildung von einheimischen Leitungskräften vorgesehen?
12. Findet das Projekt / Programm die Zustimmung des Projektprüfungskomitees (falls vorhanden) der zuständigen Kirche / des zuständigen Nationalen Kirchen- oder Christenrates?
13. Ist das Projekt / Programm auf die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen angelegt?

Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

2 Hamburg 13, den 14.1.1969
Mittelweg 143 Li/Bb



An die
Mitglieder des Deutschen Evangelischen Missions-Tages
und -Rates

Betr.: Information über den gegenwärtigen Stand der Beratungen zur Verwendung der zusätzlichen kirchlichen Haushaltsmittel "zur Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt und ihrer Ursachen".

Sehr verehrte, liebe Schwestern und Brüder!

Am 29.11.1968 erhielten Sie von uns eine erste Information über den Stand der Beratungen zu dem oben genannten Fragenkreis. Damals versprochen wir, Sie über die weiteren Schritte laufend zu unterrichten.

Diesem Zweck dient die in der Anlage beigefügte Dokumentation. Die im Anhang (Teil II) enthaltenen Überlegungen stellen einen Rahmenvorschlag dar, der von den Mitarbeitern des Deutschen Evangelischen Missions-Rates und der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Weltmission erarbeitet worden ist. Diesen Vorschlag haben wir den Mitgliedern des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland als einen Beitrag zur Lösung der anstehenden Fragen zugeleitet.

Gleichzeitig möchten wir Sie noch einmal an die am 5./6.2.1969 stattfindende Beratung über das Verhältnis evangelischer Missionen zur ökumenischen Diakonie erinnern. Der Tagungsort wird das Missionshaus der Rheinischen Mission, Wuppertal-Barmen, Rudolfstr. 137/39 sein. Beginnen wollen wir am 5.2. um 10.00 Uhr. Würden Sie bitte den beiliegenden Anmeldeschein ausfüllen und umgehend an uns zurücksenden.

In der Verbundenheit des Dienstes grüßt
Sie herzlich

I h r

Frank Zimmermann

Anlagen

P r o t o k o l l

der

Sitzung der Kommission für ärztliche Dienste
vom 3. 10. 1968 in Tübingen

Anwesend: Dr. Scheel, Dr. Florin, Pfr. Gengnagel, Pfr. Groth,
Pfr. Gugeler, Dr. Stein, Schw. Irene Stübler,
Dr. van Soest

Gäste: Pfr. Christoph Bartels, Pfr. Hartmut Dreier,
Pfr. Jäger

Protokoll: Scheel

Scheel eröffnet die Sitzung mit Lesung des Tagestextes.

Punkt 9 der Tagesordnung wird um der Gäste willen als zweiter Punkt der TO behandelt.

1) Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der Sitzung vom 25.9.67 wird genehmigt.

9) Anerkennung der Medizinalassistentenzeit in Dienste in Übersee

Bartels berichtet vom Schreiben der Evang. Akademikerschaft, Dienste in Übersee und des Deutschen Instituts für Ärztliche Mission an den Bundesminister für Gesundheitswesen und den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Ausbildung von Medizinalassistenten betreffend.

Das Bundesministerium für Gesundheitswesen weist darauf hin, daß die Vertreter der Länder in einer Sitzung am 30.5.68 sich bereit erklärt hätten, bei der Anerkennung von Ausbildungsabschnitten, die im Ausland abgeleistet wurden, großzügig zu verfahren.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit legt dar, "daß die Anrechnung praktischer Tätigkeiten in Krankenhausvorhaben, die im Rahmen der Technischen Hilfe gefördert werden, auf den nicht durch Pflichtzeiten in Anspruch genommenen Teil der Vorbereitungszeit gem. § 64 Abs. 4 der Berufsordnung für Ärzte bereits im März 1967 vom Bundesminister für Gesundheitswesen in Einvernehmen mit den Bundesländern und in Abstimmung mit meinem Hause geregelt worden sei. Danach können Praktika an den Krankenhausvorhaben Anaba ex Bône / Algerien, Diourbel / Senegal, Tokoin - Lomé / Togosokie Bahar Dar und Haile Selassie I Krankenhaus Addis Abeba / Äthiopien, berücksichtigt werden. Bei allen Vorhaben handelt es sich um Krankenhäuser, in denen eine ausreichende fachliche Anleitung der jungen Ärzte sichergestellt ist. - Eine entsprechende Anerkennung praktischer Tätigkeiten an Gesundheitsprojekten der Evangelischen Kirche in Entwicklungsländern müßte von Ihnen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Gesundheitswesen und mit den obersten Gesundheitsbehörden der betreffenden Bundesländer geklärt werden. Zu einer grundsätzlichen Befürwortung bin ich, wenn Sie Wert darauf legen, gerne bereit."

In der Diskussion wird herausgestellt, daß angestrebt werden sollte, daß Evang. Krankenhäuser in Entwicklungsländern, welche mit Fachärzten besetzt sind, sowohl für die Vorbereitungszeit auf der Abteilung der inneren Medizin, der Abteilung für Chirurgie und der geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung zugelassen werden, wie auch für die restlichen 10 Monate der Medizinalassistentenzeit. Dr. Scheel wird gebeten, einen Briefentwurf an die Ministerien zu unterbreiten.

2) Medizinische Planung in Südwest-Afrika

Groth gibt einen ausführlichen Bericht (s. Anlage)

In der Aussprache werden Schwierigkeiten der Lage, welche durch die politische Situation gegeben sind, diskutiert. Die Zeit scheint gekommen zu sein, auch in Missionspublikationen nicht länger aus "Vorsicht" gegenüber den in Südafrika verbleibenden Mitarbeitern über gewisse Fakten zu schweigen. Es muß die Frage gestellt werden, ob die Arbeit in Missions-Krankenhäusern, in denen "Apartheid" geübt wird, wirklich den Patienten gerecht werden kann. Obwohl sie von Europa aus nicht angegeben werden können, müssen wir uns Gedanken machen über Alternativlösungen.

3) Leitlinien für medizinische Projekte

Scheel weist darauf hin, daß das SASP occasional paper, welches dem Einladungsschreiben beigelegt war, von der vorhandenen Situation ausgegangen war. Die medizinische Arbeit der Missionen und der jungen Kirchen war vorwiegend institutionell ausgerichtet. Mehr und mehr wird es notwendig, nach Möglichkeiten ärztlicher Arbeit zu fragen, die nicht primär kurativ auf Institutionen ausgerichtet sind. Das ergibt sich aus der allgemeinen Entwicklung der Medizin in den Entwicklungsländern. Dort fragt man mehr und mehr nach einer der Lage angepaßten "Medizin der Armut", nach einer auf die Gemeinschaft bezogenen Medizin, wie nach einer präventiv-kurativen Ausrichtung. Damit ergeben sich neue Prioritäten für eine christliche ärztliche Arbeit (s. auch Punkt 7 der TO).

4) Programmgestaltung eines Schwesternseminars und eines Seminars für christl. ärztl. Dienst

Van Soest berichtet von den Schwesternseminaren, die das DIFAM bisher durchführte. Wir haben stärker die medizinische Seite des Seminars entwickelt, weil sowohl für Schwestern im Heimaturlaub wie auch für solche, die vor ihrer Ausreise stehen, dies ratsam erschien. Im ersten Falle geht es darum, eine Auffrischung der Kenntnisse zu erreichen und über neue medizinische Erkenntnisse zu berichten. Für Neuausreisende scheint eine Einführung in spezielle tropenmedizinische Fragen wesentlich, zumal es in Deutschland keinen Tropenkurs für Schwestern gibt. Daneben werden Probleme christlichen medizinischen Dienstes in den Entwicklungsländern besprochen. Bei dem Seminar 1968 haben wir gute Erfahrungen mit Arbeitsgruppen machen können. Bezüglich des Seminars für christlichen ärztlichen Dienst wurde davon berichtet, daß das diesjährige Seminar lediglich eine Woche dauerte. Dadurch waren die Teilnehmer in der Lage, während des ganzen Seminars anwesend zu sein. Das Urteil über das Seminar war sehr positiv.

5) Problem eines Seminars für christlichen ärztlichen Dienst für ausländische Mediziner und Studenten

Das Seminar für ausländische Mediziner war vorwiegend von Medizinern aus dem nahen Osten besucht. Afrikaner und Asiaten waren in so geringer Zahl, daß ein Urteil über deren Reaktion nicht möglich ist. Die Anwesenden waren an den diskutierten Problemen (Medizin in Entwicklungsländern und die Rolle der christlichen ärztlichen Dienste in einem Gesundheitsprogramm der Entwicklungsländer) sehr interessiert. Es wurde die Frage diskutiert, ob eine Wiederholung derartiger Wochenendkurse angezeigt ist und wie man die Stipendiaten des diakonischen Stipendienprogramms der Ev. Kirche daran beteiligen kann. Das DIFAM kann nur Mitveranstalter eines solchen Seminars sein, da dasselbe seitens des Stipendienreferats eingeplant sein müsse.

6) 2-Wochen-Kurse für Ärzte auf dem Gebiet der "Medical Care in Developing Countries" in Selly Oak

Van Soest berichtet, daß die Leitung von Selly Oak an der Planung eines solchen Kursus' interessiert werden konnte. Die Frage ist nur, ob sich genügend Teilnehmer für ein solches Seminar finden. Gugeler betont das Interesse von DÜ an derartigen Seminaren.

7) Bericht über die Sitzung der Medizinischen Kommission in Genf

Florin berichtet von der ersten Sitzung der CMC vom 2.-6. Sept. 68. Die 'Christian Medical Commission' hat nunmehr ihre Arbeit aufgenommen. Der Direktor ist Mr. James C. McGilvray, der wohl der beste Kenner evangelischer medizinischer Einrichtungen in den Entwicklungsländern ist. Von den etwa 1200 Krankenhäusern kennt er mindestens die Hälfte. Beigeordneter Direktor ist Dr. J.H. Hellberg, der uns ja durch seine bisherige Teilnahme an den Kommissionssitzungen bekannt ist, sowie Sr. Mary Dewar, die besondere Erfahrungen in Fragen des Pflegedienstes in Entwicklungsländern hat.

Vorsitzender der Kommission ist Dr. John Bryant. Er ist in der Rockefeller Foundation tätig und gegenwärtig Berater der Regierung von Thailand in Bezug auf medizinische Ausbildungsfragen. Er hat die Sitzungen in außerordentlich anregender Weise geleitet und dafür gesorgt, daß die Diskussionen der 28 Mitglieder straff und wesentlich verliefen. Dr. Rossel berichtete über die Arbeit des Medical Panel von SASP, dessen Arbeit von der CMC weitergeführt wird. Er betonte die Notwendigkeit, von den vorhandenen Gegebenheiten auszugehen. Dr. Florin referierte über die theologischen Perspektiven und die Rolle der Kirche für einen Dienst im Gesundheitswesen. Prof. Sai, Professor für Präventivmedizin der Legon Universität in Ghana und Mitarbeiter im Gesundheitsministerium in Ghana, referierte über die Technik der Gesundheitsversorgung. Mr. McGilvray, Dr. Hellberg und Sr. Mary Dewar legten Probleme ärztlicher Mission u.a. im Kongo, in Korea, in Indien und in Kamerun dar. Auch die Frage der Schwesternausbildung wurde behandelt. Bei der Besprechung dessen, was Aufgabe der CMC und zukünftige Aufgabe kirchlichen ärztlichen Dienstes sein sollte, überzeugte

Carl Taylor, Professor in der Abteilung für Fragen internationaler Gesundheitsplanung an der John Hopkins Universität Baltimore. In klarer, übersichtlicher Weise entwickelte er Prioritäten heutigen Gesundheitsdienstes in Entwicklungsländern. (S. Anlage)

8) Bericht über die SASP-Sitzung im März 1968

Scheel berichtet von der letzten Sitzung der Medical Commission von SASP in London. Es fand auch eine Zusammenkunft der medizinischen Sekretäre der großen englischen Missionsgesellschaften und des med. Sekretärs der holländischen Missionen mit uns statt.

10) Verhältnis DIFÄM zum Deutschen Aussätzigen-Hilfswerk

Van Soest berichtet über ein weiteres Treffen mit den verantwortlichen leitenden Persönlichkeiten des DAHW. Die Zusammenarbeit mit dem DAHW ist grundsätzlich geklärt. In der Praxis müssen noch bessere Formen gefunden werden. Ein Brief an die Gemeindepfarrer sollte, wenn das DAHW nicht zur gemeinsamen Abfassung bereit ist, vom DIFÄM aus versandt werden.

11) Ergänzungsbericht zu Modellen christlichen heilenden Handelns für den westeuropäischen Bereich

Van Soest berichtet über Ashramkrankenhäuser in Indien und regt an, daß deutsche Ärzte in Indien vor ihrem Heimaturlaub gebeten werden sollten, Einblick in eine Ashram-Arbeit zu nehmen. Gengnagel will diese Anregung der Leitung der Basler Mission weitergeben, da in der relativen Nähe zu den Hospitälern der Basler Mitarbeiter sich ein Ashram-Krankenhaus befindet. Van Soest berichtet weiter von einem Besuch bei Dr. Saunders, die in London ein Krankenhaus für unheilbare Kranke und Sterbende unterhält. Die Frage wird diskutiert, ob diese Arbeit dadurch für uns fruchtbar gemacht werden kann, daß evtl. deutsche Schwestern bei Dr. Saunders hospitieren. Schwester Irene Stübler will dieser Frage nachgehen.

Scheel erwähnt einen Bericht von Schwester Ursula Hertel in dem diesjährigen Seminar für christlichen ärztlichen Dienst über gemeindeverbundene Schwesternarbeit in München.

12) V e r s c h i e d e n e s

1. Bartels berichtet über die Lochkartei der Ev. Akademikerschaft und spricht das Problem der Erfassung der Akademiker mit Auslandserfahrung an. In der Diskussion wird vorgeschlagen, daß Bartels einen Brief entwerfen möge, den DÜ, die Ev. Arbeitsgemeinschaft für Weltmission, das DIFÄM und die Akademikerschaft unterschreiben.
2. Dreier berichtet über das Projekt "Evangelimann" und das zweite Projekt "Medizinmann".

Ende der Sitzung: 16 Uhr

Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

2 Hamburg 13, den 11. 9. 1968
Mittelweg 143 Ho/mm

An die
Mitgliedes des
Deutschen Ev. Missions-Rates

Sehr verehrte Frau Wulf,
verehrte, liebe Brüder!

Hier beiliegend erhalten Sie

- a) eine Tagesordnung für die DEMR-Sitzung am 16. September 1968 in Berlin,
- b) eine Tagesordnung für die DEMR-Sitzungen am 25. September und 1. Oktober in Königsfeld.

- a) Zunächst einige Erläuterungen zur Berliner Sitzung:
Wir wollen um 9.00 Uhr im Berliner Missionshaus beginnen. Vergessen Sie bitte nicht, Ihren Reisepaß mitzubringen, da der Personalausweis nach den neuen Visabestimmungen nicht mehr anerkannt wird.
Wir hatten Ihnen zunächst mitgeteilt, daß einige von uns im Hospiz im Wedding untergebracht werden müßten, aber es hat sich inzwischen herausgestellt, daß alle, die zur Sitzung kommen, im Hotel am Steinplatz (1 Berlin 12, Uhlandstr. 197, Tel. 32 39 51) unterkommen können. Am Fuße dieses Briefes finden Sie notiert, welche Nächte für Sie im Hotel am Steinplatz reserviert sind.

Zusammen mit der Tagesordnung erhalten Sie einige Anlagen: Wir hatten auf der letzten DEMR-Sitzung beschlossen, einen Vorschlag zur besseren Koordinierung kirchlicher Unterstützungen für die Nahost-Missionen zu erarbeiten. Bruder Buttler hat nun einen solchen Vorschlag zu Papier gebracht und hat die betr. Missionen sowie die interessierten Kirchen zu einer Zusammenkunft während der Königsfelder Missionswoche eingeladen (Anlage zu TO 5a).

Die Frage einer regelmäßigen Zusammenarbeit der europäischen Missionsräte ist in den letzten Jahren - namentlich auf Initiative des Niederländischen Missionsrates hin - immer wieder in unseren Sitzungen aufgetaucht. In Uppsala sind nun die auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates anwesenden Vertreter der europäischen Missionsräte auf Einladung von Dr. Raaf-laub (Schweiz) zusammengekommen und haben für Anfang Dezember ein erstes versuchsweises Treffen in Basel verabredet. Das Protokoll der betr. Diskussion in Uppsala ist hier beigefügt (TO 16).

3. J. A.
abgepf.
Jug 30/9.

- b) Nun noch einige Bemerkungen zu den Anlagen der Tagesordnung der Königsfelder Sitzungen (25.9., 15^h, und 1.10. abends spät):

Wie Sie inzwischen erfahren haben, wird uns Bruder Müller-Krüger im November verlassen, um noch einmal für einen Dienst nach Indonesien (diesmal nach Nias) zu gehen. Aus seinen Erfahrungen der letzten Jahre heraus hat er einige Gedanken zu einer sinnvollen künftigen Gestaltung des Studiensekretariats des DEMR zu Papier gebracht. Dieses Papier sollten wir gelesen haben, bevor wir über einen späteren Nachfolger für Bruder Müller-Krüger beraten (TO 2).

Um uns die Beratung über die Gestaltung künftiger Missionstage und Königsfelder Missionswochen zu erleichtern, hat Fräulein Ebert einmal alle Beschlüsse und Äußerungen zu diesem Thema aus DEMR-, DEMENT- und Hauskonferenz-Protokollen seit 1958 zusammengestellt (TO 5).

Auf die Anregung der Geschäftsführerkonferenz und den Beschluß des DEMENT, der DEMR möge eine Schlichtungsstelle für dienstvertragliche Fragen einrichten; sind wir aus begreiflichen Gründen nur mit Zögern und innerer Reserve herangegangen. Bruder Bannach hat jetzt einen Entwurf für die Ordnung einer solchen Schlichtungsstelle gemacht, der zunächst vom DEMR begutachtet werden sollte, ehe sich die Geschäftsführerkonferenz im einzelnen damit befaßt (TO 7).

Nun bleibt nur noch, Ihnen eine gute Reise nach Berlin und dann nach Königsfeld zu wünschen und Ihnen zu sagen, daß wir uns auf das Zusammensein mit Ihnen freuen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

gez. Gerhard Hoffmann
(z.Z. außer Haus)

f.d.R.: *K. Müller*
(Sekretärin)

P. S.: Für die Berliner Sitzung wurde für Sie ein Einzelzimmer im Hotel am Steinplatz reserviert vom — bis — 1968.

Anlagen

T a g e s o r d n u n g

für die Sitzung des Deutschen Evangelischen Missions-Rates
am 25.9./1.10.1968 in Königsfeld

I. DEMR / DEMA

1. Genehmigung des DEMR-Protokolls vom 2./3.5.68
- / 2. Studiensekretariat (siehe Anlage)
3. Rechnungslegung
4. Auswertung der Königsfelder Missionswoche (1.10.)
- / 5. Gestaltung künftiger Missions-Tage und Königs-
felder Missionswochen (siehe Vorlage) (1.10.)
6. Berliner Missionsgesellschaft
- / 7. Schlichtungsstelle für dienstvertragliche Fragen
(vgl. DEMA 1967, S.2) (siehe Vorlage)

II. Kommissionen und Ausschüsse

8. Sachliche Prüfungskommission
9. Arbeitsgemeinschaft für Frauenmission
10. China-Arbeitskreis

III. Verschiedenes

11. Image-Umfrage (vgl. DEMR Mai 1968, 27; (1.10.)
HK 5/68, 5 mit Anl.)
12. Evangelische Akademien in Asien
(Bericht Prof. Müller-Krüger)

3 Anlagen

Zu TO 16
DEMR 16.9.68
Hoffmann ^c ~~unverbindlich~~!

Notes of an Informal Meeting
during the Fourth WCC Assembly at Uppsala
on July 13, 1968
of Representatives of European Missionary
Councils
=====

Attendance: Reverend Alm (Sweden), Dr. theol. Brennecke (DDR), Reverend Cryer (United Kingdom), Pastor Graesholt (Denmark), Reverend Hamilton (United Kingdom), Bishop Dr. Harms (Germany), Pastor Dr. Hoffmann (Germany), Reverend Dr. Locher (Netherlands), Reverend Dr. Raaflaub (Switzerland), Pasteur Roux (France), Reverend Taylor (United Kingdom), Prof. Dr. Verkuyl (Netherlands);

As observer from Conference of European Churches: Reverend Dr. Williams (Australia);

As observers from AACCC: Mr. Amissah (Ghana), Pasteur Lawson (Togo);

As observers from EACC: U Kyaw Than (Burma), Rev. Daniel (India);

It was agreed that Dr. Fritz Raaflaub, who had acted as convener of the meeting, should take the chair. Notes were taken by Gerhard Hoffmann.

The chairman noted that, with the exception of Austria, all European Mission Councils were represented at the meeting. In his introductory remarks Dr. Raaflaub said that during recent years the proposal had been made repeatedly and by various mission representatives, of establishing a regular and permanent feature of consultation between the European Mission Councils. Though channels for mutual consultation had been in existence for years (like CBMS Africa Committee, Supporting Literature Agencies' Consultation etc.), yet there was obviously a general feeling that those contacts were not sufficient, and that a more comprehensive pattern of consultation would be desirable. After pointing out that the needs of our time could be met neither by reintroduction of the former Continental Missionary Conference, nor by an attempt to establish a policy-making superstructure, Dr. Raaflaub opened the floor for discussion by asking the question, whether a regular pattern of staff consultation and cooperation was felt to be desirable and feasible.

Mr. Hamilton pointed out that, in the British situation, mission secretaries would possibly feel themselves removed from the grassroots if consultations took place between Missionary Councils only, it was important therefore that mission societies' secretaries be involved.

Mr. Taylor expressed the fear that a European consultation could be a backward move, a temptation to think in terms of old mission relationships. A programme like Joint Action for Mission e. g. could not be planned by Europeans. It should be taken care of, therefore, that a European consultation be linked up with the churches in Asia and Africa.

Mr. Raaflaub and Mr. Verkuyl emphasized that a Consultation of European Missionary Councils should provide for a platform for exchange of experience as well as for a reasonable sharing of financial burdens. It was important to find a key to share the financial support for ecumenical funds and enterprises like TEF, CLF, and Christian Medical Commission.

Mr. Roux appreciated the plan of a European Consultation with a view to possible joint action for the Action Apostolique Commune.

Mr. Brennecke and Mr. Kyaw Than raised the question whether a consultation of Mission Councils could be linked up with the Conference of European Churches. Mr. Kyaw Than pointed out that the EACC had separate commissions to deal with either Mission or Interchurch Aid for Mission. Therefore the European Missionary Councils should consider an inclusion of service agencies into their consultation.

Mr. Williams expressed the concern of CEC in consultations about Mission. The CEC working group "Churches in Europe and churches in other continents" included members with missionary experience. This group planned to have two or three more consultations before the next WCC Assembly and might possibly be considered as a first step towards a consultation as envisaged by some of the Missionary Councils.

Mr. Cryer pointed to some fields in which cooperation was urgent, e. g. the fields of education and of modern communication. A clearing of the relations between service agencies and mission agencies was also highly desirable.

Mr. Cryer suggested that the German Missionary Council be asked to convene a first consultation, whereas Gerhard Hoffmann felt that the German Missionary Council would prefer the Swiss or the Dutch Missionary Council to take the initiative in this matter.

As to participation in such a consultation, Mr. Cryer suggested that each Missionary Council should send two representatives, one of whom might be a secretary of a mission society belonging to the constituency of the resp. council.

Mr. Amissah appealed to the European Councils' representatives to work in close liaison with the churches outside Europe.

It was unanimously agreed that this was a major concern of the Consultation envisaged.

Mr. Taylor suggested that cooperation should take place in functional groupings mainly.

Mr. Lawson pointed to the fact that some African churches were in negotiations about church union, and that church unions would always raise the question of new relations over against the traditional mission boards. New patterns of "Joint Action for Mission" were needed and a European consultation could be part of such a new pattern. The goal of such a consultation should be the pooling of resources for "Mission in six continents".

Mr. Cryer and others emphasized that another topic to be dealt with by a European mission consultation would be the question of integration of Mission and Church.

Mr. Raaflaub summarized the discussion as follows:

A European consultation would be appreciated by the Missionary Councils, provided the consultation would

- a) concentrate on and deal with concrete problems and needs,
- b) work in close liaison with the churches overseas,
- c) strengthen the interrelations between missions and churches towards an integrated "Mission of the Church".

It was agreed that a small group consisting of Mr. Raaflaub (in the Chair), Mr. Cryer and Gerhard Hoffmann should prepare a first meeting to be held at Basel on 5th and 6th December 1968 (beginning in the evening of 5th and ending in the evening of 6th Dec.).

It is understood that this meeting will be of a tentative character only, continuation depending on approval by the Mission Councils involved.

Each Council should delegate no more than 2 representatives unless it feels the necessity to bring along additional resource persons (experts) to be consulted with a view to specific topics on the agenda.

All Missionary Councils involved are requested

- a) to confirm until 15th Sept. 1968 whether they will send delegates,
- b) to confirm until 31st Oct. whom they will send.

On 18th July Mr. Raaflaub, Mr. Cryer, Mr. Williams and Gerhard Hoffmann met again at Uppsala and worked out a tentative agenda for the first consultation at Basel.

The topics suggested were:

- 1) Aid to Ecumenical Funds
- 2) Our relations to WSCF
- 3) Our relations to WACC
- 4) Our relations to CEC, AACC, and EACC
- 5) What does the Uppsala Assembly mean for us - what can we learn from it for the next CWME Assembly 1969/70?
- 6) What does Joint Action for Mission mean for us?
- 7) Internationalization of missionary personnel
- 8) Other items to be suggested by DWME staff

The Missionary Councils are invited to give their comments to this tentative agenda as a whole and, if possible, to the individual topics as well, by correspondence.

Anyone should feel free to use his own language.

Correspondence should be directed to Dr. Fritz Raaflaub, CH-4000 Basel 3, Missionsstraße 21, and a copy should be sent to Dr. Gerhard Hoffmann, 2 Hamburg 13, Mittelweg 143.

Hamburg, 21st August 1968

Gerhard Hoffmann

A b s c h r i f t

L E P R A M I S S I O N e.V.

Gemeinnütziger Verein

821Prien am Chiemsee, Am Berg 8 Ruf (08051) 587

vR/H

den 3. September 1968

Herrn
Dr. Martin Scheel

74Tübingen

Paul-Lechler-Str. 24

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ihr liebenswürdiger Brief vom 30. August hat mich sehr gefreut. Ich danke Ihnen herzlich und kann Ihnen versichern, daß auch ich mit Vergnügen an unsere freundschaftliche Aussprache bei Ihnen zurückdenke.

Leider ließ sich eine Stellungnahme seitens meiner Freunde nicht so rasch bewerkstelligen, wie ich dies damals gedacht hatte. Die Ferienzeit setzte schon relativ früh ein und immer wieder war jemand für mehrere Wochen verreist. Eine gemeinsame Sitzung ließ sich einfach noch nicht durchführen. In Einzelbesprechungen habe ich jetzt aber beinahe alle meine Freunde von der "Lepra Mission e.V." über unsere Unterredung und die dabei erörterten Punkte informiert. Heute kann ich Ihnen nun Folgendes berichten.

Meine Freunde sind gerne bereit, mit der "Evangelischen Aussatzhilfe" enger und intensiver zusammenzuarbeiten. Besonders hat Ihr Vorschlag Zustimmung gefunden, uns ein oder mehrere Projekte namhaft zu machen, für die wir uns speziell einsetzen könnten.

Hierüber habe ich ebenfalls in London mit Sir Harry Greenfield und den Herren Fox und Askew gesprochen, da wir ja auch der "Leprosy Mission" gegenüber mit offenen Karten spielen wollen. Ohne schon heute bestimmte Garantien geben zu können, bin ich sehr zuversichtlich, daß die Leprosy Mission nicht zögern wird, gegebenenfalls auch ihrerseits von Ihnen benannten Objekten eine wirksame Unterstützung zu gewähren.

Darüberhinaus konnte ich mich mit meinen Freunden in London dahingehend einigen, daß man von einer weiteren Tätigkeit des "Europasekretärs", Herrn Dr. Toureille, im Bereiche der Bundesrepublik absieht. Natürlich können wir Herrn Dr. Toureille nicht verwehren, Einladungen seiner ganz persönlichen Freunde in Deutschland zu eventuellen Vorträgen nachzukommen.

Er hat uns aber zugesichert, von Fall zu Fall unser Einverständnis dazu einzuholen und keinerlei eigene Aktivität in dieser Richtung zu entfalten. Außerdem sollen alle bei solchen Vorträgen u. U. erzielten Spenden uneingeschränkt an uns, und nicht nach London, überwiesen werden.

In der Zwischenzeit sind außerdem die "Christusträger" in Bensheim-Auerbach mit uns in Verbindung getreten. Wir sollen sie bei ihrer Arbeit in Pakistan, und eventuell später in Afghanistan, unterstützen. Nachdem sie von der Leprosy Mission nunmehr die Leprastation in Rawalpindi übernommen haben, fanden sie es für zweckmäßig, nunmehr auch diese Station von Deutschland aus auszubauen. Wir wollen uns gern bemühen, nach besten Kräften zu helfen und hoffen, daß Sie in dieser Auffassung mit uns einig gehen.

Vielleicht liesse sich unsere Arbeit in gewissem Sinne auf "Parallelgleisen" abwickeln und zwar dergestalt, daß wir direkte Spendenaktionen innerhalb der Kirchen für die Evangelische Aussatzhilfe unsererseits stärker aktivieren würden, während z.B. Jugendkreise, wie die Gewerkschaftsjugend, studentische Gruppen, Landwirtschaftsjugend, usw. in einer allgemeineren Form leichter ansprechbar sind.

Im Laufe der verflossenen Wochen fand ich, übrigens, meine Auffassung bestätigt, daß noch weite Kreise von den Problemen der Leprabekämpfung und von der Arbeit auf diesem Gebiet entweder gar nicht oder nur sehr mangelhaft unterrichtet sind. Zahlreiche Gespräche, aber auch eine ziemlich umfangreiche Korrespondenz mit Bekannten und Freunden in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, usw. lieferten mir vielfältige Beweise.

Ich weiß, daß ich mich damit im Gegensatz zu der Auffassung unserer Freunde in Würzburg befinde. Ohne deren große Verdienste um die gemeinsame Sache auch nur im Geringsten schmälern zu wollen, habe ich mehr als ausreichend Beweise dafür, daß noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

Es ist ganz und gar nicht so, daß wir durch unsere Arbeit etwa Verwirrung und Unklarheit stiften könnten. Dies könnte höchstens dann hier oder dort eintreten, wenn wir, statt nebeneinander auf verschiedenartigen Gebieten, gegeneinander arbeiten würden. Niemand von uns hat jedoch eine derartige Einstellung. Uns allen geht es um das selbe Anliegen. Darum halte ich alle Befürchtungen in dieser Richtung für absolut abwegig. Die "Lepra Mission e.V." bringt auf alle Fälle den besten Willen zu einer offenen und freundschaftlichen Gemeinschaftsarbeit im Geiste Jesu Christi mit und weiß sich darin mit Ihnen vollkommen einig.

Voraussichtlich wird unsere längst geplante Sitzung nun endgültig am 17. September stattfinden können. Ich werde Sie dann unverzüglich auch darüber unterrichten und hoffe, daß wir uns dann vielleicht nochmals zu einer Aussprache zusammenfinden können.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener
gez. A. Rothkirch
(A. von Rothkirch)

Überlegungen zur Notwendigkeit und Möglichkeit eines Studiensekretariats des DEMR

I. In der Arbeitsstruktur der Geschäftsstelle des DEMR hat es sich als zweckmäßig erwiesen, einigen theologischen Referenten die anfallenden Sachfragen anzuvertrauen. Diese Sachfragen sind teils regionaler, teils funktionaler Art und werden entsprechend (Referat für Afrika, Asien und Lateinamerika, daneben die funktionalen Fragen der Heimatarbeit, des miss. Schrifttums, der Catholica-Kommission u.a.m.) den Referenten zugewiesen. Dabei dürfte es sich gezeigt haben, daß es sich als günstig erweist, wenn jeder Referent sowohl für bestimmte regionale wie auch für funktionale Aufgaben verantwortlich ist. Im Rahmen dieser Aufgabenbereiche ist die Mitarbeit eines besonderen Studien-Sekretärs nicht als notwendig oder zweckmäßig zu betrachten.

Stellt man die Frage, ob über diesen Rahmen hinaus im DEMR eine Art hindende "Missions-Konzeption" entwickelt werden müßte und ein Studiensekretär sozusagen als "Chef-Ideologe" aufzutreten hätte, so muß dieses aus theologischen und praktischen Gründen abgewiesen werden. Auftrag und Sache der Mission kann nicht in einem "Missions-Kanon" oder gar in einem "Missions-Dogma" zusammengefaßt werden. Zudem läßt der pluralistische Charakter deutscher Mission - sowohl in ihren historischen Bezügen in der Heimat und auf ihren Arbeitsfeldern, wie auch in ihren konfessionellen oder Richtungsunterschieden und in ihren verschiedenartigen ökumenischen, kirchlichen und internationalen Bindungen - dieses nicht zu. Dieser Pluralismus bestimmt ja gerade die Arbeit des DEMR, in unablässiger Bemühung und stetigem Austausch eine theologisch verantwortliche Meinungsbildung, eine gegenseitige Respektierung und möglichst eine Zusammenarbeit der verschiedenen Gesellschaften herbeizuführen. In diesem äußerst vielseitigen und vielgestaltigen Aufgabenbereich, der sich vor allem in Kontakten mit den Mitgliedergesellschaften und in der Kommissionsarbeit abspielt, stehen die theologischen Referenten. Ein Studiensekretär kann ihnen dabei höchstens beratend zur Seite stehen, jedoch läßt sich ein eigener Verantwortungsbereich für ihn nicht abgrenzen.

II. Da der DEMA und DEMR sich als Vertreter der evangelischen Missionsbewegung in Deutschland verstehen darf und muß, fallen ihm folgende Aufgaben zu:

1. die Information über die "Weltmission";
2. die Vertretung der "Mission" in Kirche, Staat und öffentl. Leben;
3. die Förderung der missions-theologischen Forschung und, damit verbunden, der Ausbildung sowohl für den Dienst in Übersee wie in der Heimat.

- ad 1. Da die EMZ neben dem "Jahrbuch " und "Wort in der Welt" zur "Informationsaufgabe" des DEMR gehört, sollte die Schriftleitung der EMZ in die Verantwortung des Studiensekretärs gehören.
- ad 2. In der Vertretung der "Mission" in Kirche, Staat und öffentlichen Leben lassen sich unterscheiden:
- a) die geistliche und organisatorische Einordnung der Mission in die "missionarische Kirche", die sachgemäß tunlichst von der EAGWM in Verbindung mit den regionalen Arbeitsgemeinschaften und landeskirchlichen Missionsgremien betrieben wird. Eine besondere Aufgabe des Studiensekretärs ist in diesem Bereich nicht zu erkennen;
 - b) das Gespräch über die "missionarische Dimension" innerhalb der Disziplinen der theologischen Forschung. Im Rahmen der theologischen Fakultäten und kirchlichen Hochschulen wird diese Aufgabe von den missions-wissenschaftlichen Lehrstühlen wahrgenommen, die dafür auch die geeigneten Ansatzmöglichkeiten haben. Es wäre zu fragen, ob durch den DEMR die Inhaber dieser Lehrstühle zu einer missions-wissenschaftlichen Forschungsgemeinschaft zusammengeführt werden könnten, um eine gewisse gemeinsame Abstimmung der Forschungsziele zu erreichen und die theologische Forschung im Sinne der Mission zu beeinflussen. In diesem Fall würde ein Studiensekretär des DEMR als Verbindungsmann dieser Forschungsgemeinschaft einen wichtigen Dienst leisten können. Es wäre denkbar, daß sich aus der schon bestehenden "Theologischen Kommission" des DEMR eine Forschungsgemeinschaft der genannten Art entwickeln könnte. Allerdings müßte dann die Vertretung der Mission im akademischen Bereich stärker betont werden.
 - c) Im Rahmen dieser Forschungsgemeinschaft wären die die Mission tangierenden Ergebnisse anderer Forschungsbereiche (Religions-Wissenschaft, Ethnologie, Linguistik, Geschichtswissenschaft, Soziologie u.a.m.) zu beobachten, wobei die Mitarbeit eines Studiensekretärs wünschenswert wäre.
- ad 2. Soweit es die missionswissenschaftliche Forschung betrifft, ist unter 2b und c) schon das Wichtigste gesagt. Es sollte jedoch Forschung und Lehre nicht getrennt werden. Deshalb gehören die Ausbildungsfragen mit in diesen Bereich. Die Ausbildungsfragen für den missionarischen Dienst in Übersee (Orientkurse, miss.theol. Vorbereitung) wie auch für den Dienst in der Heimat (Kurse für Pfarrer, Vikare, Lehrer usw.) gehören in den Aufgabenbereich der Missionsakademie. Der Studiensekretär des

DEMR sollte innerhalb der Missionsakademie einen festen, klar umrissenen Auftrag wahrnehmen.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß der Aufgabenbereich eines Studiensekretärs nur dann als sinnvoll und zweckmäßig bezeichnet werden kann, wenn er

- a) als Schriftleiter der EMZ
- b) als Verbindungsmann einer zu bildenden miss.-theol. Forschungsgemeinschaft und
- c) als fester Mitarbeiter in der Missionsakademie eingesetzt werden kann.

gez. Th. Müller-Krüger

Überlegungen zum Selbstverständnis und zur
Gestaltung des Missions-Tages (DEMT) und
der Königsfelder Missionswoche

(Auszüge aus DEMR-, DEMT- und HK-Protokollen)

DEMR März 1958
Pkt. 16a

VERFAHRENSWEISE
DEMT

"Der DEMR beschließt, in der Einladung zur Mitgliederversammlung des DEMT den einzelnen Mitgliedern bereits eine Übersicht dessen zu geben, was voraussichtlich in den Geschäftssitzungen und im außergeschäftlichen Programm besprochen wird."

DEMR Okt. 1960
Pkt. 17

ENTSTEHUNG KÖ-
NIGSF. MISS.W.

"Motel erläutert den Plan der Königsfelder Gemeinde, in regelmäßigen Abständen ökumenische Missionstage in Königsfeld nach dem Vorbild der alten Herrnhuter Missionswoche abzuhalten. Der DEMR ermutigt die Brüdergemeinde, diesen Versuch zu unternehmen."

DEMR Mai 1961
Pkt. 17

ENTSTEHUNG KÖ-
NIGSF. MISS.W.

"Pörksen berichtet über die Sitzung von Heimat- ausschuß West und Ost. Er legt dem DEMR folgende Anträge des Ausschusses vor:
... b) Der DEMR möge im September 1962 eine Heimattagung abhalten. Die Einladung der Herrnhuter nach Königsfeld sollte angenommen werden."

DEMR Sept. 1961
Pkt. 31

SELBSTVERSTÄND-
NIS KÖN.MISS.W.

"Die Königsfelder Missionswoche ... ist weder als eine Fortsetzung der Herrnhuter Missions- woche noch als Wiederholung der Büsumer Mit- arbeiterrüste gedacht. Ein Vorbereitungsaus- schuß wurde (durch die Heimatkommission) ein- gesetzt."

DEMR Jan. 1962
Pkt. 8

TEILNEHMER
KÖNIGSFELD

Einladung der Missionsreferenten der Kirchen (über den Rat der EKD), der Missionsdozenten, der Leitungen der Freikirchen und Gemeinschaften, des damaligen Vorsitzenden der Arbeitsge- meinschaft christlicher Kirchen in Deutschland wird beschlossen.

DEMR April 1962
Pkt. 33b

TEILNEHMER
KÖNIGSFELD

Einladung der Predigersminare durch den DEMR wird vorgesehen. "Auf Vorschlag der Heimatkom- mission bzw. de Kleines sollten nach Möglich- keit auch Vertreter der Schweiz (10), aus Öster- reich (einige), Elsaß-Lothringen (einige) und Holland (5) eingeladen werden."

1962 wiederholt

GESTALTUNG
KÖNIGSFELD

vor Überfüllung des Programms gewarnt.

HK 6/62, 10

TEILNEHMER
KÖNIGSFELD

Eingeladen werden außer den Genannten durch den DEMR die Missionsseminare, die Fachleute des DEMT, außer den Missionsdozenten die Mis- sionsassistenten (nicht Ökumene-Dozenten).

HK 21/66, 8

TEILNEHMER DEMT

- "a) Zum nächsten DEMT sollten alle landeskirchlichen Missionsreferenten eingeladen werden.
b) Die Missionsgesellschaften, die mehrere Stimmen haben, werden gebeten, nicht nur Mitglieder der Exekutive zu den Jahresversammlungen des DEMR mitzubringen, sondern auch Mitglieder der Vorstände, Kuratorien oder der entsprechenden Gremien."

HK 23/66, 54

GESTALTUNG DEMT

"Die Vorlage des Berichtsausschusses vom DEMT wird besprochen. Für die Zukunft erscheint folgender Weg als gangbar: Die Größe der Arbeitsgruppen kann strenger ausgeglichen sein. Die Vorsitzenden der Gruppen müßten nicht unbedingt Missionsratsmitglieder sein, sollten aber zu straffer Führung ermutigt werden. Die Sachgebiete und das Vorbereitungsmaterial können sich stärker beschränken. Von der Übung, die Gruppen um einen Bericht zu bitten, sollte man nicht absehen. - Der Konferenzgeistliche muß vorher und während der Konferenz Rat und Hilfe erfahren. - Die kritische Beurteilung des Konferenzverlaufs, eventuelle zusammenfassende Bemerkungen am Ende wie Hilfen für die Nacharbeit könnte einer kleinen Gruppe (3 Personen) aufgetragen werden. - Die Berichte der Mitarbeiter sollten auch 1967 schriftlich angefertigt, aber nur einige von ihnen mündlich vorgetragen werden. An der Einrichtung des Berichtsausschusses sollte festgehalten werden, wobei seine Aufgabe auf die Auswertung der dem DEMT schriftlich vorgelegten Berichte zu beschränken, seine Arbeitszeit an den DEMT anschließend anzusetzen und sein Bericht dem DEMR vorzulegen wäre. Von der Einsetzung eines besonderen Struktur-Ausschusses, wie er empfohlen war, sollte zur gegenwärtigen Zeit abgesehen werden. - Die Referenten drücken den Wunsch aus, daß der Vorsitzende selber die Berichte zusammenfaßt."

BERICHTSAUS-
SCHUSS DEMT

DEMR Jan. 1967

Pkt. 2a

BERICHTSAUS-
SCHUSS DEMT

"Zur Frage des Berichtsausschusses wird der Vorschlag der Hauskonferenz dahin modifiziert, daß der Berichtsausschuß nicht nach, sondern vor dem DEMT zusammentreten und seinen Bericht nicht dem DEMR, sondern dem DEMT vortragen soll. In den übrigen Punkten wird der Vorschlag der HK gebilligt."

HK 4/67, 15

BERICHTSAUS-
SCHUSS DEMT

"Der Berichtsausschuß wird entscheiden, welche(r) von den Arbeitsberichten der Referenten im Plenum vorgetragen werden soll(en)."

HK 4/67, 2

SELBSTVERSTÄND-
NIS DEMT

"Es wird betont, daß der Missions-Tag seinen Charakter als Arbeitstagung der Mitgliedschaften behalten soll. Ein öffentlicher Berichtabend kann erwogen werden."

HK 12/67, 5

GESTALTUNG
DEMT

"... Der DEMR wird entscheiden müssen, welche Berichte der Mitgliederversammlung vorgetragen werden sollen. Die schriftlichen Referentenberichte werden jeweils nach dem Vortrag ausgeteilt."

DEMR Sept. 1967

Pkt. 7

GESTALTUNG DEMT

"Der DEMR bespricht das Programm der Versammlung des DEMT 1967. Im folgenden werden aus dieser Besprechung nur die Punkte festgehalten, die auch für die Programmgestaltung künftiger Missions-Tage wichtig sein könnten:

Die Gebetsgemeinschaft soll nicht mehr morgens stattfinden, sondern vor dem Mittagessen.

Nicht alle Referenten sollen ihre Arbeitsberichte vor dem Plenum vortragen, dagegen wird Gelegenheit gegeben, aufgrund aller schriftlichen Berichte Fragen an die Referenten zu stellen (in diesem Jahr berichteten mündlich: Buttler, Moritzen).

In Zukunft werden alle Missionsgesellschaften mit der Einladung gebeten, der Geschäftsstelle die im letzten Jahr Verstorbenen zu nennen; beim Gedenken an die Verstorbenen (am Anfang des Missions-Tages) werden dann alle Namen verlesen, die der Geschäftsstelle mitgeteilt wurden.

Das "steering committee" hat nicht die Aufgabe, einen Abschlußbericht zu geben, sondern es soll für eine gewisse Koordination der Arbeitsgruppen Sorge tragen."

DEMR Sept. 1967

Pkt. 9

TURNUS

"Harms stellt fest, daß wir uns vorgenommen haben, umschichtig ein Jahr den DEMT in Berlin und ein Jahr bei einer Missionsgesellschaft abzuhalten. Wir geraten jedoch bereits 1968 in Konflikt mit der im dreijährigen Turnus stattfindenden Königsfelder Missionswoche. Deshalb wäre zu überlegen, ob die Königsfelder Missionswoche nicht im Vierjahresturnus stattfinden sollte.

Die Aussprache führt zu dem Ergebnis, daß die Königsfelder Missionswoche 1968 stattfinden soll. Auf der DEMR-Sitzung im Januar 1968 ist zu besprechen, ob danach ein Vierjahresturnus eingeführt werden soll."

DEMR Sept. 1967

Pkt. 32

GESTALTUNG DEMT

"Die Aussprache im DEMR zeigt, daß die bisherige Arbeitsweise der Arbeitsgruppen nicht voll befriedigt. Die Frage einer neuen Gestaltung (des DEMT) ist vom DEMR wieder aufzugreifen.

Berg schlägt vor, daß in jedem Fall die Referenten des DEMR nicht Sekretäre der Arbeitsgruppen sein sollten, da sie auf dem DEMT für Gespräche zur Verfügung stehen müssen.

Auf künftigen Missionstagen sollte freie Zeit für Einzelgespräche eingeplant werden.

Die Gebetsgemeinschaft jeweils in der Mittagszeit (statt früher am Morgen) hat sich bewährt und sollte auch in Zukunft so geplant werden."

HK 14/67. 7

TURNUS

"Harms bittet die Heimatkommission, die Gedanken des DEMR weiter zu verfolgen sowohl im Blick auf die Thematik der Königsfelder Missionswoche als auch im Blick auf den vorgesehenen Turnus in der Wahl des DEMT-Tagungsortes."

HK 16/67. 3

zu TO 5:

GESTALTUNG DEMT

"Gestaltung künftiger Missions-Tage: Die Hauskonferenz hat sich hierüber in ihrer Klausurtagung ausführlich Gedanken gemacht. Verschiedene Gesichtspunkte, die in Zukunft berücksichtigt werden sollten, z. B.

- daß die Referenten gebeten werden sollten, vor der Tagung Thesen zu ihrem Thema aufzustellen, die auf verschiedene Arbeitsgruppen verteilt und vor der Tagung an die Teilnehmer versandt werden;
- daß für die allgemeine Aussprache aufgrund der Referate mehr Zeit zur Verfügung stehen sollte;
- daß die Mitgliedsgesellschaften selbst mehr zu Wort kommen sollten;
- daß es zu einer echten Begegnung zwischen ihnen und dem DEMR und zu einer echten Begegnung der Mitgliedsgesellschaften untereinander kommen sollte;
- daß es im Unterschied zu der Studientagung der Königsfelder Missionswoche beim DEMT gerade auch um die speziellen Aufgaben von DEMR und DEMT gehen sollte,

fürten zu dem im Rohentwurf beiliegenden Programmvorschlag.

Die Gesellschaften sollten gebeten werden, die Fragen, die sie in der Fragestunde vorbringen möchten, die Geschäftsstelle vorher wissen zu lassen, damit die Antworten gründlich vorbereitet werden können. Für die erste Fragestunde dieser Art könnte den Gesellschaften als Beispiel einer Frage, an der alle interessiert sind, die Frage ihrer Projektstrategie (Problem der Folgekosten etc.) zur Verhandlung vorgeschlagen werden. Allein aus den von den Kommissionen, etwa der Heimatkommission, zu behandelnden Fragenkomplexen lägen genügend weitere Beispiele für 'offene Fragen' auf der Hand.

Von der schriftlichen Erarbeitung von Gruppen- oder Konferenzergebnissen, Verlautbarungen und dgl. während des DEMT sollte nach Meinung der Hauskonferenz abgesehen werden. Diese Aufgabe sollte den Kommissionen, denen die entsprechenden Fachleute und das nötige Material zur Verfügung stehen, vorbehalten sein. (Damit ist die Möglichkeit einer von 1 - 2 Personen zum Schluß der Tagung oder aber vom DEMR bzw. Stab nach der Tagung erarbeiteten Zusammenfassung für die Hand der Mitglieder nicht ausgeschlossen.)"

DEMR Jan. 1968

Pkt. 4

GESTALTUNG
KÖNIGSFELD

"Durch den Verzicht auf Korreferate soll mehr Zeit für Aussprache, Austausch und Begegnung erzielt werden."

DEMR Jan. 1968

Pkt. 5b
GESTALTUNG DEMT

"Hoffmann, Lohmann und der Vorsitzende berichten über die Überlegungen und Vorschläge von Rastede (zur Gestaltung künftiger Missions-Tage), die vor allem aus dem unbefriedigenden Fazit aus Aufwand und Ertrag der Arbeitsgruppenberichte erwachsen waren. Die darauf folgende ausführliche Diskussion führt von der Frage nach Notwendigkeit und Gestalt eines 'Ergebnisses' des DEMT über die Frage nach Charakter und Inhalt des DEMT in Unterscheidung zur Königsfelder Missionswoche, bis hin zu der Zielsetzung einer für alle Teile fruchtbareren Koordination und engeren Verzahnung von Königsfelder Missionswoche, Arbeit der Kommissionen und DEMT. Der DEMR beauftragt Ebert, alle in DEMR- und DEMT-Protokollen usw. festgehaltenen Gedanken der letzten 4-5 Jahre zur Gestaltung der Missions-Tage (inkl. der Diskussion dieser Sitzung) und der Königsfelder Missionswoche zusammenzustellen und dem DEMR bis zum Herbst vorzulegen. Mit Hilfe dieses Materials und weiterer Anregungen würde der DEMR in einem Jahr zu einem klaren Bild künftiger Missions-Tage kommen müssen."

DEMR Mai 1968

Pkt. 6
GESTALTUNG
KÖNIGSFELDER

"Der DEMR wäre dankbar, wenn bereits vor der Königsfelder Missionswoche die Referate im Wortlaut vorlägen, so daß sie vervielfältigt verteilt werden können."

HK 7/68

KÖNIGSFELDER

Ruf erinnert daran, daß von Anfang an die Missionskonferenzen an der Vorbereitung und Leitung der Königsfelder Missionswochen beteiligt gewesen sind. 50 Teilnehmerplätze wurden ihnen jedesmal zur Verfügung gestellt.

-2 Anlagen

=====

Diskussion des DEMR am 4.1.68
über die Gestaltung künftiger Missions-Tage
(aus dem Protokollbuch)

Hoffmann berichtet von den Überlegungen in der Klausurtagung der Hauskonferenz: Aufwand und Ertrag vor Augen gestellt bei der Frage der Gruppenberichte, die zudem teilweise kein gemeinsames Produkt darstellen. Zu erstreben ist mehr Zeit und Möglichkeit zu austauschendem Gespräch. Aus der Diskussion kam der Zeitplan von OKR Lohmann zustande (s. Anl.1).

Vorsitzender: Eine Möglichkeit wäre, die Gruppenberichte kategorisch abzuschaffen; aber es hat auch solche gegeben, die förderlich waren.

Lohmann: Wenn ein oder zwei bestimmte Fragen als Aufgaben gestellt werden, dann Antwort der Gruppe möglich für das Plenum. Motel schlägt Protokoll, d.h. sachliche Wiedergabe, vor - ohne von vornherein einheitliche Meinungsbildung und ohne Notwendigkeit, vom Plenum angenommen werden zu müssen.

Scheel: Wichtig sind 1. Unterscheidung DEMT gegenüber Königsfelder Missionswoche; 2. grundsätzlichere Fragestellung; 3. mehr Informationsaustausch, Börse, Erfahrungsaustausch in bestimmten Sachproblemen. Linnenbrink: In Rastede (Klausurtagung) vorgeschlagen, Fragen zu behandeln wie etwa ökumenische Diakonie; wie verfahren die Missionsgesellschaften in ihrer täglichen Arbeit, z.B. Folgekosten für Projekte; gemeinsamen Weg für die Zukunft klären.

Vicedom: Die Schweizer z.B. sehen den DEMT positiv. Und es ist ja auch ein wirkliches Gespräch zustande gekommen.

Betr. Gruppenberichte sollten wir von ökumenischen Protokollen lernen: alles aufnehmen und verarbeiten. Der DEMT sollte zu einem Ergebnis kommen, wenn auch noch so klein.

Vorsitzender: Ist der DEMR derselben Meinung wie Motel, d.h. Protokoll? Vicedom: In Liebenzell war Überforderung, Überlastung durch zuviel Thematik bzw. zuviel Untergliederung.

Menzel: Nicht so negativ empfunden. Bin für Protokoll + Leitsätze, die dem Plenum vorzulegen sind. Menzel/Vicedom: Evtl. ein Thema in verschiedenen Gruppen behandeln lassen.

Gensichen: Unterscheidung DEMT/Königsfeld. Nicht große Grund-satzfragen beim DEMT, sondern regionale konkrete, brennende Fragen, in Gruppen und im Plenum. Das fehlte bisher. Durchdringung mit Information! z.B. Lage in Indonesien. Schrupp: a) Mehr und systematischer gebotene Information. Systematisch von DEMT zu DEMT. b) Weniger Stoff, mehr Austausch durch Beschränkung. D.h. freier, es muß kein Ergebnis herauskommen, ohne diesen Druck, ohne Hemmung; aber doch in irgendeiner Form festhalten.

Müller-Krüger: Die Kommissionen mehr einschalten.

Vicedom: 1. Weniger verlangen, weniger bieten, darin einig!
2. Aber zusammengewachsen an der Behandlung der grundsätzlichen Fragen, nicht an Information. Daher bestimmte Thematik. 3. Wir müssen mit den Fakten rechnen, daß der DEMENT aus verschiedenen Gruppen besteht, historischen Missionen, Glaubensmissionen, und daß ein Generationswechsel im Gange ist. Es können keine gemeinsamen Aussagen gemacht werden. Was herausgekommen ist, wird erst nach längerer Zeit entdeckt. Kimme: Ja, die verschiedenen Gruppen, die in der Diskussion laut wurden, besser koordinieren. DEMENT / Kommissionen des DEMR / Königsfelder Missionswoche als Grundsatzorgane koordinieren. Einsetzen bei einem der großen Themen von Königsfeld. In Kommissionen Vorlagen erarbeiten. Im nächsten Jahr diese Vorlagen an DEMENT-Teilnehmer. Wesen des DEMENT: Wohl Beratung und Information in konkreten Fragen inkl. Geschäftsdinge, regionale Probleme etc.; wenn aber nur das, bedeutete das eine Impotenzierung des DEMENT. Daher Vorlagen der Kommissionen von Königsfeld her zur Mitentscheidung in den Grundsatzfragen an den DEMENT.

Vorsitzender: Ebert wird gebeten, aus DEMR- und DEMENT-Protokollen alles zur Gestaltung der Missions-Tage Gesagte zusammenzustellen, im Herbst dem DEMR vorzulegen. In einem Jahr dann sollte der DEMR aufgrund dieser Zusammenstellung und weiterer Anregungen ein klares Bild haben. Alles zusammentragen. Der Vors. unterstreicht, was Vicedom sagte: gewachsen an Diskussion über Grundsatzfragen, und was Kimme/Müller-Krüger sagten: Einschaltung der Sachkommissionen, die ja für den DEMENT arbeiten.

Hoffmann: Gebetsgemeinschaft mittags gut. Zur Fragestunde ist noch zu überlegen, wer wen fragt. Schrupp fragt erneut nach der Bedeutung der Königsfelder Missionswoche, die Frage gehöre dazu. Schrupp hielt jeden Tag Bibelarbeit für gut.

Lohmann: Nur deshalb in dem Entwurf nicht eingeplant, damit keine Überbelastung. Haushälterisch umgehen. Mit größerer Bescheidenheit Möglichkeit besserer Frucht. Motel: Zweigleisigkeit DEMENT/Königsfelder Missionswoche verhindern, Thematik verbinden. v. Reiswitz: Auch in Königsfeld Informationsaustausch nicht zu kurz kommen lassen. Ebert soll auch zusammenstellen, was in DEMR- u.a. Protokollen über Königsfeld gesagt ist.

Schrupp: Königsfeld soll fruchtbar werden für Weiterarbeit im DEMENT, umgekehrt DEMENT soll Königsfeld auch beeinflussen. Gegenseitige Befruchtung. Wen erreichen wir in der Königsfelder Missionswoche? Ist dies nicht die Möglichkeit, etwas von der Arbeit des DEMENT in die deutsche evangelische Christenheit hineinzutragen? Ganz große Möglichkeit. Nutzen wir sie?

Programmvorschlag DEMT +)
=====

Eröffnungsabend

u.a. Begrüßung; Bericht des Exekutivsekretärs über die Arbeit der deutschen evangelischen Missionen

Erster voller Tag

<u>Vormittag</u>	<u>Nachmittag / Abend</u>
Bibelarbeit	Referat I; Generaldebatte
Pause	Abendbrotpause
ggf.kurze Geschäftssitzung (Wahlen)	Gruppenbesprechung nach Thesen des Referats und Fragen aufgrund der Generaldebatte
Berichte	
Gebetsgemeinschaft	

Zweiter voller Tag

<u>Vormittag</u>	<u>Nachmittag / Abend</u>
Bibelarbeit	Offene Fragen
Pause	Abendbrotpause
Berichte	Freier Abend
Gebetsgemeinschaft	

Dritter voller Tag

<u>Vormittag</u>	<u>Nachmittag / Abend</u>
Referat II	Gruppenbesprechung nach Thesen des Referats und Fragen aufgrund der Generaldebatte
Pause	
Generaldebatte	
Gebetsgemeinschaft	Abendbrotpause Filmabend (o.ä.)

Vierter voller Tag

<u>Vormittag</u>	<u>Nachmittag / Abend</u>
Andacht	Geschäftssitzung II
Geschäftssitzung I	Abendbrotpause
Gebetsgemeinschaft	"Feld"-Berichte

+) entstanden in der Klausurtagung der Hauskonferenz Dezember 1967 (HK 16/67, Pkt.3: Gestaltung künftiger Missionstage)

Entwurf

Ordnung für die Schlichtungsstelle des DEMA

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Aufgaben der Schlichtungsstelle

Die Schlichtungsstelle hat die Aufgabe, Meinungsverschiedenheiten zu schlichten, die sich aus dem Dienstverhältnis zwischen einem Mitarbeiter einer Missionsgesellschaft und der Missionsgesellschaft ergeben.

§ 2 Anrufung der Schlichtungsstelle

Die Anrufung der Schlichtungsstelle setzt voraus, daß die Bemühungen um eine Einigung im Wege der Aussprache zwischen den Beteiligten gescheitert sind. Außerdem ist in diesem Falle Voraussetzung, daß die Beteiligten zur Anrufung der Schlichtungsstelle entweder generell aufgrund der für die Mitarbeiter der Missionsgesellschaft verbindlichen Ordnung oder im Einzelfall durch den Dienstvertrag verpflichtet sind.

Besteht eine Verpflichtung zur Anrufung der Schlichtungsstelle nicht, so ist der Schlichtungsstelle bei Anrufung eine von den Beteiligten gemeinsam unterschriebene Erklärung einzureichen, aus der hervorgeht, daß die Beteiligten die Schlichtungsstelle anrufen wollen.

B. Zusammensetzung der Schlichtungsstelle

§ 3 Die Mitglieder der Schlichtungsstelle

(1) Die Schlichtungsstelle besteht aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Für den Vorsitzenden soll ein Stellvertreter bestellt werden.

(2) Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden vom Deutschen Evangelischen Missions-Rat für die Dauer von fünf Jahren berufen.

Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sollen möglichst die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungs-

dienst besitzen und aufgrund ihrer Kenntnis der Verhältnisse in der Mission für das Amt geeignet sein; sie dürfen hauptberuflich einer Missionsgesellschaft nicht angehören.

(3) Die Beisitzer werden für jeden einzelnen Fall von den Beteiligten am Schlichtungsverfahren benannt. Die Beisitzer sollen haupt- oder ehrenamtlich in der Mission tätig sein.

§ 4 Unabhängigkeit, Schweigepflicht

Die Mitglieder der Schlichtungsstelle sind nicht an Weisungen gebunden und üben ihr Amt nach bestem Wissen und Gewissen aus. Sie haben über Angelegenheiten und Tatsachen, die ihnen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Schlichtungsstelle bekannt geworden sind, Stillschweigen zu bewahren.

C. Schlichtungsverfahren

§ 5 Anwendung von Vorschriften der Zivilprozeßordnung

(1) Auf das Schlichtungsverfahren finden - soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist - die Bestimmungen des 10. Buches der Zivilprozeßordnung (Schiedsrichterliches Verfahren) sowie die §§ 41 ff ZPO (Ausschluß oder Ablehnung eines Richters wegen Befangenheit) und die §§ 383 ff ZPO (Zeugnisverweigerung) sinngemäß Anwendung.

(2) Über den Ausschluß, die Ablehnung oder die Befangenheitserklärung eines Mitgliedes der Schlichtungsstelle entscheidet der Vorsitzende, soweit dieser selbst betroffen ist, dessen Stellvertreter. Wird der Vorsitzende oder ein Beisitzer wegen Besorgnis der Befangenheit von einem der am Verfahren Beteiligten abgelehnt, so tritt an die Stelle des Vorsitzenden dessen Stellvertreter, an die Stelle des Beisitzers ein anderer, vom Verfahrensbeteiligten zu benennender Beisitzer.

§ 6 Eröffnung des Verfahrens

(1) Alle Eingaben der Beteiligten sollen in zweifacher Ausfertigung an den Vorsitzenden der Schlichtungsstelle eingereicht werden. Der Vorsitzende leitet die Zweitschriften der Eingaben dem anderen Beteiligten zu und setzt ihm eine angemessene Frist zur Stellungnahme. Der Vorsitzende kann außerdem weitere zur Aufklärung des Sachverhalts dienliche Maßnahmen treffen.

(2) Der Vorsitzende versucht - zunächst ohne Hinzuziehung der Beisitzer - durch mündliche Verhandlung oder im schriftlichen Verfahren einen Ausgleich zwischen den Beteiligten

herbeizuführen. Wird dieser Ausgleich in mündlicher Verhandlung herbeigeführt, so ist das Ergebnis in einem Protokoll festzuhalten, das außer dem Vorsitzenden auch die Beteiligten unterschreiben.

(3) Soweit eine Einigung nicht erreicht wird, fordert der Vorsitzende die Beteiligten auf, je einen Beisitzer zu benennen, der den Anforderungen des § 3 Abs. 3 entspricht. Hierfür setzt er eine Frist von 2 Wochen mit dem Hinweis, daß nach fruchtlosem Ablauf der Frist die Beisitzer von ihm bestimmt werden. Nach Ablauf der zur Benennung der Beisitzer gesetzten Frist beruft der Vorsitzende unverzüglich die Beisitzer und beraumt einen Termin zur mündlichen Verhandlung vor der Schlichtungsstelle an.

(4) Die Beteiligten müssen spätestens 2 Wochen vor der mündlichen Verhandlung geladen werden; maßgebend ist das Datum des Poststempels.

§ 7 Verhandlungstermin

(1) In der mündlichen Verhandlung wird die Missionsgesellschaft durch das satzungsmäßige Organ oder dessen Bevollmächtigten vertreten. Der Mitarbeiter soll in der Regel persönlich erscheinen; nur bei länger dauernder Verhinderung kann er sich mit Zustimmung des Vorsitzenden durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen.

(2) Die Beteiligten können sich der Hilfe eines Beistandes bedienen.

§ 8 Schlichtungsvorschlag

Kann in der mündlichen Verhandlung ein Ausgleich nicht erreicht werden, so macht die Schlichtungsstelle einen Schlichtungsvorschlag. Der Schlichtungsvorschlag ist den Beteiligten mit einer schriftlichen Begründung zuzustellen. Die Beteiligten sind darauf hinzuweisen, daß bei Nichtannahme des Schlichtungsvorschlages der Rechtsweg offensteht.

D. Schlußbestimmungen

§ 9 Kosten des Verfahrens

Die Kosten der Schlichtungsstelle trägt der Deutsche Evangelische Missions-Rat. Vorsitzender und Beisitzer üben ihr Amt ehrenamtlich aus. Auslagen und Reisekosten werden vom Deutschen Evangelischen Missions-Rat erstattet.

§ 10 Auslagenersatz

(1) Die dem Mitarbeiter durch das Schlichtungsverfahren entstehenden notwendigen Auslagen soll in der Regel die Missionsgesellschaft erstatten. Die Schlichtungsstelle kann jedoch in Einzelfällen eine abweichende Regelung treffen.

(2) Über die Erstattung der Mehrkosten, die durch die Hinzuziehung eines Beistandes (§ 7 Abs. 2) entstehen, entscheidet die Schlichtungsstelle nach billigem Ermessen.

§ 11 Akten der Schlichtungsstelle

(1) Den Beteiligten ist Einblick in die Akten zu gewähren.

(2) Nach Abschluß eines Verfahrens sendet der Vorsitzende die Akten an den Deutschen Evangelischen Missions-Rat, der sie unter Sicherung der Geheimhaltung aufbewahrt.

Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

2 Hamburg 13, den 5.9.68
Mittelweg 143
Az. 205/HHH/E.

An die
Mitglieder und Fachleute
des Deutschen Evangelischen Missions-Tages

Eingegangen

- 9. SEP. 1968

Erledigt:.....

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Brüder und Schwestern!

In meinem Schreiben vom 14.6.68 habe ich schon darauf hingewiesen, dass die diesjährige Mitgliederversammlung des Deutschen Evangelischen Missions-Tages, d.h. also die von unserer Satzung geforderte Geschäftssitzung des Missions-Tages, im Zusammenhang mit der Königsfelder Missionswoche stattfinden soll. Die dafür vorgesehenen Termine sind so geblieben, wie ich sie Ihnen genannt hatte, nämlich

Sonnabend, 28.9., 15.00 bis 17.30 Uhr

und Montag, 30.9., 15.30 bis 18.00 Uhr.

Hiermit lade ich Sie herzlich zu der Mitgliederversammlung ein und bitte Sie, uns die Vorbereitung dadurch zu erleichtern, dass Sie uns Ihre stimmberechtigten Vertreter möglichst umgehend benennen. Die für Sie in Betracht kommende Stimmenzahl ersehen Sie aus der diesem Schreiben beigefügten Liste.

Folgende Tagesordnungspunkte werden uns beschäftigen müssen:

- Arbeitsbericht des DEMR;
- Bericht des Exekutivsekretärs über die Arbeit der deutschen evangelischen Missionen;
- die Antwort des Katholischen Missionsrates 'ZUR ÖKUMENISCHEN ZUSAMMENARBEIT MIT DER EVANGELISCHEN MISSION' auf die Erklärung des Deutschen Evangelischen Missions-Rates 'UNSER VERHÄLTNISS ZUR RÖMISCH-KATHOLISCHEN MISSION' (zu diesem Punkt wird Herr Pater Dr. Ludwig Wiedenmann S.J. eine erläuternde Einführung geben+);
- Bericht des Geschäftsführers;
- Rechnungslegung;
- Bericht des Studienleiters der Missionsakademie (dieser Bericht geht Ihnen bereits mit diesem Schreiben zu).

Gemäß der Vereinbarung von 1963 zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Deutschen Evangelischen Missions-Tag berichtet der Generalsekretär der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Weltmission dem Deutschen Evangelischen Missions-Tag. Herr Oberkirchenrat Lohmann hat seinen Bericht bereits geschrieben, und ich sende ihn Ihnen als weitere Anlage zu diesem Schreiben hiermit zu.

Falls sich aus diesem Bericht für Sie Fragen ergeben, haben Sie die Möglichkeit, diese Fragen während der Mitgliederversammlung zu stellen.

Sie werden verstehen, dass ich die Bitte ausspreche, Sie möchten die Ihnen hiermit übersandten Dokumente mit nach Königsfeld bringen, da wir Ihnen dort keine weiteren Exemplare zur Verfügung stellen können.

Sie wissen, dass es bei unseren Zusammenkünften üblich geworden ist, derer zu gedenken, die Gott seit der letzten Mitgliederversammlung heimgeschieden hat. Ich bin sicher, dass uns in Hamburg nicht alle Namen bekannt geworden sind, und bitte Sie deshalb herzlich, uns zu einer vollständigen Information zu verhelfen. Es ist mir immer peinlich, wenn ich nach der Eröffnung und nach dem Gedenken an unsere heimgeschiedenen Brüder und Schwestern noch darauf aufmerksam gemacht werden muss, dass ich den einen oder anderen Namen nicht gewußt habe. Deshalb meine Bitte um Ihre Mithilfe.

Ich hoffe, Sie haben aus den mancherlei Schreiben über die Königsfelder Missionswoche alle erforderlichen Informationen entnommen und Ihre Anmeldung an

Herrn Missionar Gerhard Sonnenburg
7744 Königsfeld
Rotwaldstr. 27

gesandt.

Jetzt bleibt mir nur noch übrig, Sie alle herzlich zu bitten, sich auf die Königsfelder Missionswoche und auf den Deutschen Evangelischen Missions-Tag auch in der Fürbitte zuzurüsten. Ich befehle Sie alle und Ihre Mitarbeiter der Gnade unseres Herrn.

Ihr

J. J. Jarms

3 Anlagen

+) Das Dokument des Katholischen Missionsrates ging Ihnen mit einem ausführlichen Rundschreiben von Herrn Pastor Buttler vom 13. Mai 1968 in einer Ausfertigung zu. Wenn Sie weitere Exemplare des Dokuments und des Begleitbriefs benötigen, fordern Sie sie bitte in unserer Geschäftsstelle an. Die Erklärung des DEMR vom Januar 1967 ist, wie Sie wissen, in dem Studienheft der Deutschen Evangelischen Missions-Hilfe "Römisch-katholische Mission - Tatsachen und Fragen nach dem II. Vatikanischen Konzil" enthalten, das zum Preis von DM 2,40 ebenfalls in Hamburg noch erhältlich ist.

Anlage zur Einladung vom 5.9.68
zur Mitgliederversammlung 1968 des DEMENT

MITGLIEDER DES DEMENT

=====

		Stimmen-
a) <u>Ordentliche Mitglieder</u>		zahl
1.	Mission der Brüdergemeine	2
2.	Basler Mission - Deutscher Zweig	3
3.	Berliner Missionsgesellschaft	3
4.	Rheinische Missionsgesellschaft	4
5.	Norddeutsche Missionsgesellschaft	1
6.	Goßner-Mission	1
7.	Leipziger Mission	3
8.	Neuendettelsauer Missionsgesellschaft	3
9.	Missionsanstalt Hermannsburg	4
10.	Orientarbeit von Kaiserswerth	1
11.	Jerusalemsverein	1
12.	Evang. Verein für das Syrische Waisenhaus	1
13.	Schlesw.-Holst. ev.-luth. Missionsges. zu Breklum	1
14.	Neukirchner Mission	1
15.	Deutsche Ostasien-Mission	1
16.	Bethel-Mission	2
17.	Allianz-Mission-Barmen	1
18.	Hildesheimer Blindenmission	1
19.	Außenmission des Bundes Ev.-Freikirchl. Gemeinden i.D.	0
20.	Mission Evangelisch-Lutherischer Freikirchen	1
21.	Deutscher Hilfsbund f. christl. Liebeswerk im Orient	1
22.	Liebenzeller Mission	1
23.	Deutscher Frauen-Missions-Gebetsbund	1
24.	Evangelische Mission in Oberägypten	1
25.	Evangelische Karmelmission	1
26.	Missionshaus Bibelschule Wiedenest	2
27.	Christoffel-Blindenmission im Orient	1
28.	Weltweiter Evangelisations-Kreuzzug	1
29.	MBK-Mission	1
30.	Marburger Mission	1
31.	Behörde für Weltmission der Zentralkonferenz der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland	1
32.	Vereinigte Missionsfreunde Weidenau	1
33.	Velberter Mission	1
34.	Reichsverband der CVJM Deutschlands	1
35.	Evangelische Mission im Tschad. (Deutscher Zweig)	1
36.	Christusträger	1

53

b) Außerordentliche Mitglieder

1.	Morgenländische Frauenmission	1
2.	Ev.-luth. Zentralverein für Mission unter Israel	1
3.	Arbeitskreis für Mission und ökumenische Beziehungen (AfM) in der Evang. Studentengemeinde	1
4.	Frauenmission Malche	1
5.	Deutsches Institut für Ärztliche Mission	1
6.	Verband deutscher evangelischer Missionskonferenzen	1
7.	Deutsche Evangelische Missions-Hilfe	1
8.	Deutsche Gesellschaft für Missionswissenschaft	1
9.	Bund deutscher evangelischer Missionare	1

(Übertrag 62)

(Forts. der außerordentlichen Mitglieder)

10. Der Leiterkreis der Ev. Akademien in Deutschland . . .	1
11. Verband der ev. Bibelgesellschaften i. Dtschl. . .	1
12. Bibelmission in Deutschland	1
13. Kindernothilfe	1
14. Missionstrupp Frohe Botschaft.	1

c) Deutscher Evangelischer Missions-Rat 67

1. Bischof D. Hans Heinrich <u>Harms</u> ,	1
Vorsitzender	
2. Direktor D. Gerhard <u>Brennecke</u> ,	1
1. stellvertretender Vorsitzender	
(Vertreter: Pastor Hellmut <u>Lehmann</u>)	
3. Missionsdirektor D. Dr. Martin <u>Pörksen</u> ,	1
2. stellvertretender Vorsitzender	
4. Missionsdirektor Kirchenrat Dr. Christian <u>Berg</u> ,	1
5. Direktor Erwin <u>Förster</u> ,	1
(Vertreter: Pfarrer Dr. Heinz <u>Motel</u>)	
6. Prof. D. Hans-Werner <u>Gensichen</u> ,	1
7. Pfr. Dr. Friedrich <u>Grau</u> ,	1
8. Direktor Dr. August <u>Kimme</u> ,	1
(Vertreter: Kirchenrat Ernst <u>Jäschke</u>)	
9. Missionsdirektor Pfarrer Gustav <u>Menzel</u> ,	1
10. Pastor Dr. med. Martin <u>Scheel</u> ,	1
11. Frau Alexandrine <u>Schmidt</u> ,	1
12. Missionsleiter Ernst <u>Schrupp</u> ,	1
13. Prof. Dr. Georg F. <u>Vicedom</u> , DD.,	1
14. Missionsdirektor Hans Robert <u>Wesenick</u>	1

Gesamtstimmenzahl 81

=====

Fachleute mit beratender Stimme

1. Oberkirchenrat Horst Becker
2. Missionsdirektor i.R. Hermann Berner
3. Oberkirchenrat Ulrich von Brück
4. Prof. Dr. Ernst Dammann
5. Direktor Pastor Heinrich Johannes Diehl
6. Oberlandeskirchenrat i.R. Willy Gerber
7. Prof. D. Walter Holsten
8. Prof. D. Arno Lehmann, DD.
9. Bischof Prof. D. Heinrich Meyer, DD.
10. Prof. D. Gerhard Rosenkranz
11. Landessuperintendent Johannes Schulze, DD.
12. Prof. D. Dr. Gustav Stählin

T a g e s o r d n u n g
für die Sitzung des Deutschen Evangelischen Missions-Rates
am 16. September 1968

I. DEMR / DEMENT

1. Studienreise des Afrikasekretärs (5.10.-22.12.68)
2. Altersversorgung des Geschäftsführers
3. Mitgliederversammlung 1968 des DEMENT
4. Königsfelder Missionswoche
5. Mitglieder des DEMENT:
 - a) Nahost-Missionen (Bericht P. Buttler; s. Anlage)
 - b) Arbeit in Kamerun (Bericht P. Buttler)
6. Zusammenarbeit mit dem Katholischen Missionsrat

II. Kommissionen und Ausschüsse

7. Catholica-Kommission (Berufungen)
8. Islam-Kommission (Antrag)
9. Südafrika-Kommission
10. Tansania-Kommission
11. Fernostkommission der EAGWM

III. Vertretung des DEMR in anderen Gremien

12. Missionsakademie (Bericht Dr. Pörksen über die Kuratoriumssitzung vom 19.6.68)
13. CWME-Vollversammlung "Salvation Today" 1969/70 (Bericht Dr. Hoffmann über 1. Vorbereitungsdokument)
14. IV. Weltkirchenkonferenz in Uppsala (Bericht)
15. CLF Reviewing Committee (Bericht Dr. Hoffmann)
- / 16. Zusammenarbeit der kontinentalen Missionsräte (s. Anlage)
17. CWM/LWF (Bericht P. Buttler über Hillerød)
18. Islam-in-Afrika-Projekt (Bericht P. Buttler)
19. Nachfolge Prof. Müller-Krügers in der KKKMI
20. Deutscher Evangelischer Kirchentag (Bericht Dr. Linnenbrink über die Arbeit der Vorbereitungsgruppe)
21. Konferenz der Leiter und Geschäftsführer ökumenischer Dienste (Bericht Dr. Linnenbrink über die Lateinamerika-Begegnungstagung)
22. Arbeitsgemeinschaft für Volksmission (Bericht Dr. Linnenbrink über die Begegnungstagung Volksmission/Weltmission auf dem Koppelsberg)

IV. Verschiedenes

- 23. Mission als theologisches Lehrfach (Bericht Prof. Gen-
sichen)
- 24. EMZ
- / 25. Aussätzigenarbeit (Bericht Dr. Scheel)

3 Anlagen

P r o t o k o l l
der Hauskonferenz am 5. September 1968

7/68

Anwesend : Bannach, Buttler, Ebert, Harms, Hoffmann,
Linnenbrink, Lohmann, Melzer, Müller-Krüger, Ruf

Vorsitz : Harms

Protokoll: Ebert

1. Tagesordnung DEMR

Die Tagesordnungen für den 16.9. und für den 25.9. werden besprochen. Anmerkungen dazu siehe hier Pkt. 2, 11, 12, 17, 19, 24, 25, 27, 28 und 29.

2. Studiensekretariat

Müller-Krüger scheidet Ende Oktober ds. Js. aus der Arbeit des DEMR aus, um Anfang Dezember mit seiner Gattin nach Indonesien auszureisen, wo er für zwei Jahre einen stellvertretenden Dienst am Freizeiten- und Ausbildungszentrum in Ombölatä übernimmt. Aus Anlaß seines Ausscheidens verteilt Müller-Krüger seine "Überlegungen zur Notwendigkeit und Möglichkeit eines Studiensekretariats des DEMR" (siehe Anlage zur Tagesordnung des DEMR am 25.9.68.).

Harms bittet um gründliches Studium des Dokuments und um schriftliche oder mündliche Darlegung der Gedanken hierzu.

3. Mitgliederversammlung DEMA am 28. und 30.9. in Königsfeld

Über die in der Einladung zum DEMA genannten Tagesordnungspunkte hinaus (28.9.: Arbeitsbericht des DEMR; Bericht des Exekutivsekretärs über die Arbeit der deutschen evangelischen Missionen; Antwort des Katholischen Missionsrats zur ökumenischen Zusammenarbeit, erläutert durch Pater Dr. Wiedenmann; 30.9.: Bericht des Geschäftsführers; Rechnungslegung; Bericht des Studienleiters der Missionsakademie) wird Ruf um einen Arbeitsbericht gebeten. Darin sollte auch die Entwicklung in der Integration der Missionsblätter in "Das Wort in der Welt" vorkommen, zumal die Rheinische Mission darum gebeten hat, diese Frage möge im DEMA behandelt werden.

Lohmann wird gebeten, sich für Fragen aus dem Plenum aufgrund seines schriftlichen Berichts bereitzuhalten.

4. Königsfelder Missionswoche

Am Eröffnungsabend wird Harms auf Bitten des Vorbereitungsausschusses zur Thematik Uppsala/Königsfeld sprechen. Motel wird für die gastgebende Gemeinde das Wort nehmen. Prälat Mund wird um ein Grußwort gebeten.

Menzel wird gebeten, im Rahmen des Gemeindeabends am 27.9. über seine Reise zu berichten.

Linnenbrink wird die Referenten bitten, ihre Manuskripte nach Möglichkeit noch vor Beginn der Missionswoche einzusenden, damit sie abgeschrieben, vervielfältigt und vor dem Referat an die Teilnehmer verteilt werden können.

Außerdem wird Linnenbrink die Referenten um die Ausarbeitung von Thesen für die Gruppenarbeit bitten.

Die Teilnehmer werden durch einen Umfragezettel um Abstimmung gebeten, ob ihrer Meinung nach die Referate gedruckt werden sollten und an wievielen Exemplaren eines Drucks die sie entscheidenden Stellen ggf. interessiert wären. Die endgültige Entscheidung über eine etwaige Drucklegung (evtl. in der Reihe "Weltmission heute") liegt beim DEMR in seiner Sitzung Ende der Missionswoche.

In der Regel sollen die Vertreter der Missionsräte in den Nachbarländern, die nach Königsfeld eingeladen sind, während ihres Königsfelder Aufenthaltes Gäste des DEMR sein. Wie diese Frage bei den katholischen Gästen zu regeln ist, bespricht Harms mit Prälat Mund.

Frau Diestel und Frau Kleimenhagen (Arbeitsgemeinschaft für Frauenmission), die keine Gesellschaft hinter sich haben, soll Reisekostenerstattung für Königsfeld gewährt werden.

Ruf erinnert daran, daß von Anfang an die Missionskonferenzen an der Vorbereitung und Leitung der Königsfelder Missionswochen beteiligt gewesen sind. 50 Teilnehmerplätze wurden ihnen jedesmal zur Verfügung gestellt.

5. Tagung der Regionalbildstellenleiter

Die Regionalbildstellenleiter kommen am 9./10.9. in Hamburg zusammen. Lt. Melzer stehen folgende Themen zur Beratung: der Filmabend der Königsfelder Missionswoche, das Missions-Fernsehprojekt, die Gestaltung übergesellschaftlicher Diareihen, die Ausstellung Mission und Ökumene auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag.

6. Aufwertung der D-Mark

Harms gibt die Auskunft eines Hamburger Bankiers weiter, daß entgegen allen Dementis in etwa 5-6 Wochen mit einer Aufwertung der D-Mark zu rechnen und demzufolge soweit möglich Zurückstellung der Devisenbeschaffung anzuraten sei.

7. Hilferuf aus Kamerun

Harms hat einen Brief eines katholischen Geistlichen, Abbé Gunther, aus Souza Gare, Kamerun, erhalten, in dem dringend um Hilfe deutscherseits bei der Errichtung einer Krankenbehandlungsstation, einer Kirche, bei der Errichtung von Schulen sowie um Hilfe bei der landwirtschaftlichen Entwicklung gebeten wird. Buttler prüft die Zusammenhänge.

8. Kollekte für ökumenische Zusammenarbeit

Harms bittet Hoffmann, der Berlin-Brandenburgischen Kirche die angeforderte Kollektenempfehlung für die Epiphaniaskollekte zu schicken.

9. Japankommission

Hoffmann wird klären, ob die Sitzung der Japankommission am 3.10. von Frankfurt nach Bremen verlegt werden kann.

10. Fernostkommission

Für den Vormittag des 3.10. wird Hoffmann die Fernostkommission einberufen. Es geht um die seelsorgerliche Betreuung der koreanischen Arbeitnehmer in Deutschland. Sowohl diese selbst als auch der Nationale Christenrat von Korea sind um eine Klärung bemüht.

11. Arbeitsgemeinschaft für Frauehmission

Müller-Krüger setzt sich für eine Öffnung dieser Arbeit zur Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland hin ein, auch im Blick auf die nach seinem Weggang neu zu besetzende Stelle des/der Vorsitzenden. Die Frage des Vorsitzes will die AGFrM in ihrer Sitzung am 2.10.68 besprechen und sodann dem DEMR vorlegen. Für den Posten des Sekretärs wird der AGFrM und dem DEMR Ebert vorgeschlagen.

12. KKKMI

Als Nachfolger für Müller-Krüger als DEMR-Vertreterin der KKKMI schlägt die Hauskonferenz dem DEMR den Agienreferenten vor.

13. SMD

Die Hauskonferenz stellt mit Bedauern fest, daß niemand aus ihrem Kreis an der Herbstkonferenz der SMD vom 11.-13.10. in Marburg teilnehmen kann. Hoffmann teilt dies der SMD mit.

14. Uppsala - Nacharbeit

Der ^{für} Oktober angekündigte offizielle "Bericht aus Uppsala 1968" (ca. 430 S., kart. DM 12,80; Ln. DM 16,50; Selbstverlag des Ökum. Rates der Kirchen) ist für die Bibliothek, die für September angekündigte deutsche Ausgabe der Sektionsberichte (120 S.; kart. DM 4,80, ab 50 St. DM 4,--) sind in mehreren Exemplaren für die Referenten zu bestellen.

An der Nacharbeitungstagung in Arnoldshain vom 28.-31.10.68 nehmen Lohmann und Melzer teil.

15. "1968 Directory of North American Protestant Ministries Overseas"

Das von der Missionary Research Library zum Preis von \$ 2.50 angebotene Nachschlagewerk soll für die Bibliothek bestellt werden.

16. Warnung vor einem Betrüger

Neuendettelsau warnt vor Betrügereien des Pfr. Dr. Evert Jan Hellmich aus Rotterdam. Lohmann unterstreicht die Warnung.

17. Zusammenarbeit der kontinentalen Missionsräte

Hoffmanns Protokoll des "Informal Meeting" von Vertretern der europäischen Missionsräte am 13.7.1968 in Uppsala wird als Anlage zur Tagesordnung des DEMR versandt. Die Mitglieder des DEMR und der Hauskonferenz werden um Bemerkungen hierzu gebeten.

18. Frage einer eigenen Projektförderungskativität des DEMR

Diese grundsätzliche Frage ist in der Klausurtagung der Hauskonferenz (10.-12.12.68) eingehend zu behandeln. Vor einer grundsätzlichen Klärung kann auch nicht über eine etwaige Unterstützung des Near East Christian Council entschieden werden.

19. Schlichtungsstelle für dienstvertragliche Fragen

Bannach legt den Entwurf einer Ordnung für die von der Geschäftsführerkonferenz und vom DEMT 1967 gewünschte Schlichtungsstelle vor und erläutert ihn. Der Entwurf hält sich im wesentlichen an die Ordnung der Schlichtungsstelle des Diakonischen Werkes für die Landesverbände der Inneren Mission, ist jedoch der andersartigen Struktur des DEMT angepaßt worden. DEMR (25.9.) und Geschäftsführerkonferenz (12.-14.11.68) sollen Gelegenheit haben, sich zu diesem Entwurf zu äußern, bevor er im nächsten Jahr dem DEMT vorgelegt wird.

Harms ist der Meinung, daß in §3,3 um der Kontinuität und Objektivität willen ein feststehendes Gremium von 3 Personen (Vorsitzender und zwei für eine bestimmte Zeit ebenfalls feststehende Beisitzer) vorgesehen werden sollte. Bannach wird dem DEMR einen entsprechenden Alternativvorschlag vorlegen. Lohmann bemerkt, daß die von den Beteiligten jeweils benannten Beisitzer nicht stimmberechtigt sein dürfen und daß Einblick in die Akten (§11,1) nur in Gegenwart des Vorsitzenden gewährt werden darf.

20. Zurückstellung bzw. Befreiung vom Wehrdienst

Bannach berichtet über den derzeitigen Stand der Verhandlungen mit dem Bundesverteidigungsministerium in der Angelegenheit der Zurückstellung bzw. Befreiung Geistlicher vom Wehrdienst. Eine abschließende Anfrage, die die EKD an die Landeskirchen und an den DEMR gerichtet hat, wird Bannach zustimmend beantworten, da die in dem zu erwartenden Erlaß des Bundesverteidigungsministeriums vorgesehenen Bedingungen für die Zurückstellung bzw. Befreiung das Anliegen des DEMR bezüglich der seminaristisch ausgebildeten Theologen voll berücksichtigen. Lediglich eine sechste, neu hinzugekommene Bedingung, wonach diese Geistlichen "auch im übrigen" den an ordinierte Pfarrer zu stellenden Anforderungen entsprechen sollen, soll im Wortlaut so abgeändert werden, daß die ersten fünf Bedingungen dadurch nicht aufgehoben werden. Bannach macht der EKD einen entsprechenden Vorschlag.

21. Entwicklungshelfergesetz

Bannach informiert über die Bedingungen und Vorschriften des Entwicklungshelfergesetzes. Daraus wird eindeutig klar, daß es für den DEMR keinen sinnvollen Weg gibt, für die Missionsgesellschaften die Anerkennung als Träger der Entwicklungshilfe zu erwirken.

22. Das Wort in der Welt

Auf Beschluß der Hauskonferenz übernimmt der DEMR für alle in der DDR beheimateten DEMR-Mitglieder und Fachleute die Kosten für den regelmäßigen Bezug von "Wort in der Welt".

23. Gäste aus Tansania und Indien

Buttler teilt mit, daß am 9.9.68 Mr. Kazimoto, Assistant Education Secretary in der Northwest-Diözese der ELCT, und Rev. Lutahakana, District Pastor derselben Diözese, die Geschäftsstelle besuchen.

Hoffmann teilt mit, daß an demselben Tag der derzeitige Moderator der Kirche von Südinien, Bischof Solomon, zu Besuch kommen wird.

24. Kamerun

Buttler berichtet von einem Brief Missionar Rathkes, Basler Mission, im Namen des Evangelisationskomitees der Presbyterianischen Kirche von Kamerun an Dr. Raaflaub, in dem er sich über die Vereinigten Missionsfreunde beklagt, die Mitglieder der Presbyterianischen Kirche zu sich hinüberziehen sollen. Buttler hat mit allen Beteiligten Kontakt aufgenommen und hat vermittelnde Schritte eingeleitet.

25. Tansania-Kommission

Buttler berichtet, daß die Kommission in ihrer Sitzung vom 15.5.68 u.a. über Fragen der Personalvermittlung und -finanzierung des Kilimanjaro Christian Medical Centre gesprochen hat. Es wurde empfohlen, u.U. eine Sondersitzung hierüber ins Auge zu fassen.

Buttler weist darauf hin, daß Dr. Walter im November 1968 zurückkehrt und eine etwaige Besprechung dieser Fragen vorher sinnlos wäre. (DÜ wäre, wie aus einem Brief hervorgeht, an einem Koordinationsgespräch interessiert.) Linnenbrink behält die Sache im Auge.

26. öpd

Harms bittet Melzer, eine Falschmeldung über die letzte CWM-Sitzung richtigzustellen.

27. Nahost-Missionen

Buttler hat die Nahost-Missionen und die Missionsreferenten der Landeskirchen zu einem Gespräch am 30.9.1968 nach Königsfeld eingeladen. Er hat seinen "Vorschlag für eine koordinierte Planung des kirchlichen Zuschußbedarfs zu den ordentlichen Haushalten evangelischer Missionen und diakonischer Einrichtungen im Nahen Osten" (siehe Anlage zur T0) den Nahost-Missionen bewußt als persönlichen, veränderungsfähigen Vorschlag angeboten. Die Reaktion eines Teils der Nahost-Missionen auf diesen Vorschlag sowie die zugesagte Beteiligung der Landeskirchen an dem Gespräch sind nicht ermutigend. Die Hauskonferenz spricht sich trotzdem für die Durchführung des Gespräches aus. (Zum Vorschlag S. 4 Abs. 3 hält Harms es für sinnvoller, daß anstelle eines neuen Ausschusses des VA ggf. der Finanz- oder der Exekutivausschuß mit Vertretern der Nahost-Gesellschaften über den Zuschußbedarf berät.)

28. Islam-Kommission / Südostasien-Kommission

Die Islam-Kommission hat auf ihrer Sitzung in Köln-Dellbrück am 28. Mai 1968 über die Bitten beraten, die Jan H. Douglas mit Schreiben vom 21.4. 1968 an EAGWM und DEMR für das Henry Martyn Institute of Islamic Studies, Lucknow, Indien, vorgebracht hatte. D. hatte in seinem Brief folgende Möglichkeiten eines Beitrags deutscher Kirchen oder Missionsorganisationen genannt:

1. ein jährlicher Beitrag zum allg. Haushalt,
2. Übernahme des Gehalts eines hochqualifizierten indischen

- Mitarbeiters in Höhe von DM 6.000,- pro Jahr,
3. Beitrag zu den Baukosten des geplanten Studienzentrums in Lucknow.

Die Kommission nahm mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Geschäftsstelle der EAGWM dem Verbindungsausschuß vorschlagen will, die Empfehlung eines Zuschusses in die "Liste des Bedarfs 1969" aufzunehmen. (In der Liste sind inzwischen 19.000,- DM angesetzt.)

Sie bittet den DEMR, den in Indien arbeitenden Mitgliedsgesellschaften die Übernahme der Gehaltskosten eines indischen Mitarbeiters des HMI auf die Dauer von zunächst 5 Jahren zu empfehlen. Sollten diese Gesellschaften allein nicht in der Lage sein, den Betrag aufzubringen, könnten auch die anderen an der Islam-Kommission beteiligten Gesellschaften um einen Beitrag gebeten werden.

29. Catholica-Kommission

Buttler berichtet, daß die notw endige Ergänzung in den Reihen derer, die in der Kommission mitarbeiten, vorgenommen werden sollte, sobald die Zusammensetzung der Ökumenischen Kommission des Katholischen Missionsrats bekannt sei. Dies ist noch nicht der Fall. Buttler wird dies zu klären versuchen und auch wegen eines Termins für die geplante gemeinsame Sitzung beider Kommissionen Verbindung aufnehmen.

Für die Sitzung der Catholica-Kommission am 11.11.68 wird Ruf gebeten, in Buttlers Vertretung das Amt des Sekretärs wahrzunehmen.

30. Rheinische Mission

Lohmann führt aus der Sitzung der Missionsleitung der Rheinischen Mission vom 4.9. einige Verhandlungsgegenstände von allgemeinem Interesse an.

31. Theologische Kommission

Die Frage des Nachfolgers von Müller-Krüger als Sekretär der Kommission wird in der nächsten Kommissionssitzung Anfang Januar 1969 besprochen und darauf dem DEMR vorgelegt.

32. China-Arbeitskreis

Die Frage eines neuen Sekretärs für den China-Arbeitskreis (bisher ebenfalls Müller-Krüger) ist mit Pörksen zu besprechen.

Seminarlehrerkonferenz

Wie Müller-Krüger berichtet, wird die Seminarlehrerkonferenz ihren neuen Vorsitzenden bei ihrer nächsten Zusammenkunft vom 2.-4.11.68 bestimmen.

33. Zugehörigkeit von Missionar Brutzer†

Ruf trägt eine Anfrage des Landeskirchlichen Archivs in Nürnberg vor, das nach der Spur des aus dem Baltikum stammenden Missionars Brutzer† sucht, dessen Witwe 1964 in Bayreuth verstorben ist. Es geht um die Auswertung einer

von ihm stammenden orientalischen Handschrift.

34. Bibliothek

Ruf gibt eine Liste mit Anschaffungsvorschlägen zur Begutachtung in Umlauf, ehe der mit dieser Aufgabe betraute Kreis (Ruf, Müller-Krüger, Buttler) im Rahmen der bewilligten Summe endgültig entscheiden wird.

35. Termine

Hauskonferenzen: 26. Oktober 1968, 10 Uhr
18. Dezember 1968, 10 Uhr

Klausurtagung der Hauskonferenz:

10. Dezember, 12.30 Uhr bis 12. Dez. abends

DEMR: 16. September 1968, 9 Uhr, Berlin
25. September 1968, 15 Uhr, Königsfeld
1. Oktober 1968 abends nach Beendigung
der Königsfelder Missionswoche

Informationen

36. Leipziger Mission

Linnenbrink richtet Grüße aus. Pfarrer Staudé wurde der theologische Ehrendoktor vom Wartburg Seminary/USA verliehen.

37. Pfarrer Hopf, Bleckmar

Pfarrer Hopf erhielt am 21.6.1968 den theologischen Ehrendokortitel vom Concordia Theological Seminary, Springfield/Ill.

38. Morgenländische Frauenmission

Pfarrer Kurt Hauff von der Michaels-Kirchengemeinde in Berlin-Schöneberg wurde zum neuen Leiter der Bibelschule berufen.

39. GELC, Indien

Harms hat eine Einladung zum 50jährigen Jubiläum der Gossner Evangelical Lutheran Church von 10. bis 12.10.1969 nach Indien erhalten.

40. Katholische Missionsausstellung in Essen

Melzer berichtet über die Ausstellung in Essen, die er am 1.9.1968 besuchte (siehe Anlage).

41. Ev. Arbeitskreis Lichtbild

Melzer berichtet, daßⁱⁿ der Mitgliederversammlung des Arbeitskreises am 22.5.1968 in Neuendettelsau über den Antrag des DEMT auf Mitgliedschaft (vgl. DEMR Sept. 1967, 22) positiv entschieden worden ist.

42. Deutsche Gesellschaft für Missionswissenschaft

Die offiziellen Einladungen zu den Jubiläumsfeierlichkeiten der Gesellschaft am 1./2.11.1968 in Marburg liegen vor. Harms verliert das Programm.

43. Selly Oak

Wie Hoffmann berichtet, stellt die Westfälische Kirche DM 2.600,- für das Sprachlabor in Selly Oak zur Verfügung.

44. Weltweiter Evangelisations-Kreuzzug

Missionsinspektor Batchelor scheidet mit Ende dieses Jahres aus der deutschen Arbeit aus, um ein Amt in der britischen Heimatarbeit zu übernehmen. Sein Nachfolger ist Henning Herrmann. Der bisherige Vorsitzende, Pastor Scheunemann, übernimmt das Amt des Direktors.

45. Christusträger

Hoffmann gibt die Information der Christusträger über die Gründung des "Christusträger-Waisendienstes e.V." weiter.

46. Europäische Kontaktgruppe für Kirche und Industrie

Deutsche Mitglieder dieser auf Genfer Bemühungen zurückgehenden Gruppe sind Bruno Schottstädt, Günther Schulz und Christa Springe.

47. Angestelltenversicherung

Für die Mehrzahl der theologischen Referenten des DEMR konnte inzwischen, wie Bannach berichtet, mit Hilfe von Unterlagen, die die zuständigen Landeskirchen beibrachten, Freiheit von der gesetzlichen Versicherungspflicht nachgewiesen werden. Es ist daher zu hoffen, daß die vorsorglich gestellten Anträge auf Befreiung von der Angestelltenversicherungspflicht durch die BfA abgelehnt werden.

48. Personalia

Mit dem 30.9.1968 scheidet Herr Karsten Baum aus der Buchhaltung aus. Als sein Nachfolger tritt am 17.9. Herr Roland Bühning den Dienst an.

49. Übersetzerin

Frau Barbara Schmidt, Hamburg, Diplom-Dolmetscherin in Englisch (und Französisch), hat ihre Dienste für Übersetzungen angeboten.

Anlage

Bericht über Besuch der Ausstellung "Zum Fortschritt der Völker"
anlässlich des 82. Deutschen Katholikentages am
1. September 1968

Die Erklärung der allgemeinen Menschenrechte und die päpstliche Enzyklika "Populorum progressio" bilden Ausgangspunkt und verbindende Ziele einer Ausstellung, zu der sich auf dem 82. Deutschen Katholikentag in Essen drei große internationale Hilfswerke der deutschen Katholiken vereinigt haben. "Misereor", "Adveniat" und das Päpstliche Werk der Glaubensverbreitung (PWG) geben in der Grugahalle 12 nicht einfach nebeneinander einen Überblick über ihre Arbeit. Sie stellen Rechenschaftsbericht und Zukunftsplanung, die auf 295 quadratischen Fotos in Wandtafel-Format und auf 174 gleichformatigen Textträgern, Karten und graphischen Darstellungen skizziert sind, unter die Verpflichtung der beiden Dokumente. "Zum Fortschritt der Völker" lautet der Titel dieser Schau, die - bemerkenswert für eine katholische Veranstaltung in Deutschland - von den Menschenrechten ausgeht und an zweiter Stelle erst die Forderungen der päpstlichen Enzyklika veranschaulicht. Die Fortschritts-Enzyklika, heißt es einleitend, "erregte weltweites Aufsehen, begeisterte Zustimmung, heftigen Widerspruch. Die Diskussion um 'Populorum progressio' ist verebbt. - Was bleibt, ist die Forderung, an der Realisierung mitzuarbeiten." Die drei Hilfswerke zeigen, zu welchem Dienst jedes von ihnen auffordert. "Misereor" dokumentiert vor allem die beachtlichen Leistungen, die die deutschen Katholiken für die Entwicklungshilfe in zahlreichen Ländern bereits erbracht haben. "Adveniat" gibt einen knappgefaßten Einblick in die gesellschaftlichen und seelsorgerlichen Strukturprobleme Lateinamerikas und leistet so jene Hilfe zur Bewußtseinsbildung, die der nordbrasilianische Bischof Don Helder Camara fordert. Das Missionswerk schließlich konzentriert sich auf die Darstellung, daß "Gott nur durch den Bruder" zum Menschen kommt.

Insgesamt und in ihren Teilen ist die Ausstellung inhaltlich wie formal eine beachtliche Leistung. Zu wünschen wäre vielleicht bei "Misereor" ein stärkerer gesellschaftskritischer Akzent, der den christlichen Weg zwischen Revolution und konzeptlosem Reformieren zu suchen auffordert. Im PWG-Teil fehlt neben der begrüßenswerten Begründung des Missionsauftrages stärker vom Evangelium als von der Kirche her, jedenfalls für den evangelischen Betrachter, ein Blick auf die Probleme, die sich hinter der Frage verbergen, ob Volksmission und Weltmission nicht zwei Seiten ein und desselben Auftrages sind.

Durch die Ausstellung, in der an Informationsständen aufklärende Druckschriften (Zeitschriften, Zeitungen, bebilderte Prospekte, Faltblätter) ausgelegt sind, wird durch Ordensangehörige geführt, die zu den Bildern und Tafeln Erklärungen geben und aus ihrer Arbeit berichten. Der Betrachter wird nicht allein gelassen.

Auf einer Tafel ist zu lesen: "Seit 1967 steht der Katholische Missionsrat in erfolgversprechender Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Missionsrat". In diesem Zusammenhang wird auf die "Aktion Missio" hingewiesen.

In einem "Cinema" wird in je drei gleichzeitig aufgeblendeten farbigen Dias (Tonband mit Musik und Wort läuft nebenher) die Missionsarbeit unter dem Thema "Warum Mission?" in einer Weise dargestellt, die auch den anspricht, der dieser Arbeit skeptisch gegenübersteht.

Die 469 Tafeln sind auf Sperrholzplatten in Stahlrohrkonstruktion eingepaßt und werden mit Scheinwerfern angeleuchtet. Auch auf einem weit kleineren Raum, als ihn die Grugahalle 12 bietet, kann die Ausstellung aufgebaut werden. Sie soll nach dem Katholikentag Gemeinden zur Verfügung stehen.

Ohne Raummiete und Kosten für den Aufbau (der weitgehend von Ordensangehörigen geleistet wurde) belaufen sich die Kosten für die Ausstellung auf etwa 120.000,-- DM.

4.9.68

Heinz Melzer

Vorschlag für eine koordinierte Planung des kirchlichen Zuschußbedarfs zu den ordentlichen Haushalten evangelischer Missionen und diakonischer Einrichtungen im Nahen Osten

Situationsanalyse

Im Zuge einer stärkeren Verklammerung von einzelnen oder mehreren Landeskirchen mit einer oder mehreren in ihrem Bereich beheimateten Missionsgesellschaften wird die Frage landeskirchlicher Unterstützung kirchlich ausgerichteter aber traditionell überregional strukturierter Missionsgesellschaften zunehmend problematischer.

Die Landeskirchen, die während der letzten Jahre immer größere finanzielle Verpflichtungen für die Gesellschaft(en) in ihrem Gebiet übernommen haben und sich in wachsendem Maß über die "Liste des Bedarfs" der Evang. Arbeitsgemeinschaft für Weltmission (EAGWM) an weltweiten ökumenisch-missionarischen Aufgaben beteiligen, haben immer weniger Spielraum für die von verschiedenen Seiten an sie herangetragenen Bitten. Die während der letzten Jahre getroffenen Regelungen zwischen Landeskirchen und von ihnen mitgetragenen Missionsgesellschaften lassen zudem andere - auch hergebrachte - Beziehungen zu Gesellschaften ohne regional profiliertes Hinterland als ungeregelt (wenn nicht gar irregulär) erscheinen. Nur auf dem Gebiet der Projektunterstützung konnte im Bereich der Südwestdeutschen Evang. Arbeitsgemeinschaft für Weltmission eine konstruktive Lösung gefunden werden, die auch Gesellschaften umgreift, deren Einzugsgebiet über den südwestdeutschen Großraum hinausreicht.

Anders ist die Situation hinsichtlich einer landeskirchlichen Beteiligung an den ordentlichen Haushalten dieser Gesellschaften. Notrufe und Bitten um Unterstützung erfahren nicht durchweg eine sachgemäße Antwort. Den Landeskirchen fehlt dazu ein genauer Einblick in Gesamtaufgabe und Etat der bittenden Gesellschaften. Sie übersehen nicht, an welche anderen Stellen die gleiche Bitte ergangen ist und welches Echo sie dort gefunden hat. Der Zuschuß, der unter solchen Umständen gewährt wird, kann wohl nur bedingt als verantwortete Teilhabe an der Mission bezeichnet werden. Die Gesellschaften ihrerseits wissen

nicht, womit sie rechnen dürfen. Sie werden, um ein optimales Ergebnis zu erreichen, immer wieder besondere Notstände herausstellen müssen, weil sie nur begrenzt mit Interesse und Verständnis für den Normalhaushalt rechnen dürfen. Aus dem gleichen Grunde kommt es hier und da zu einer ungesunden "Projektisierung" von Ausgabetiteln (Personaletat!), für die dann eine Fremdfinanzierung gesucht wird.

Diese Entwicklung war vorausszusehen gewesen. Deswegen war schon in der Vereinbarung zwischen EKD und DEMA vom 18./24.9.1963 als eine der Aufgaben der EAGWM "Zusammenarbeit mit Missionsgesellschaften, die Mitglieder des DEMA sind, aber keine besondere Verbindung mit einer Landeskirche oder einer Gruppe von Landeskirchen haben", ins Auge gefaßt worden. Daß die Arbeitsgemeinschaft diesen Auftrag bisher nicht wahrnehmen konnte, hängt u.a. damit zusammen, daß der Verbindungsausschuß alles zu meiden suchte, was auch nur den Anschein erwecken mochte, die EAGWM entwickle sich zu einer "Supermissionsgesellschaft".

Koordinationsvorschlag

Der vorliegende Vorschlag versucht für die Nahost-Missionen, soweit sie zu der Gruppe der oben charakterisierten Gesellschaften gehören, eine Lösung aufzuzeigen, die nicht nur ihren finanziellen Bedürfnissen Rechnung trägt, sondern auch hinsichtlich einer stärkeren Integration dieser Arbeiten in den Aufgabenbereich der Kirchen weiterführt. (Dabei ist nicht übersehen, daß eine organisatorische Zuordnung bestenfalls den Raum für eine innere Aneignung schaffen kann.) Die EAGWM ist in diesem Vorschlag als möglicher Katalysator, als Plattform für eine koordinierte Planung der zu beteiligten Gesellschaften und Landeskirchen gedacht.

Der Vorschlag läßt die Selbstständigkeit der beteiligten Gesellschaften unberührt. Die Sorge ist darum gegenstandslos, eine vereinheitlichende Koordination von Trägerorganisationen diakonisch-missionarischer Werke in verschiedenen politischen Bereichen des Nahen Ostens ^{könnte} (nicht nur augenblicklich)

schwierigen Situation in den betreffenden Gebieten die Arbeit erschweren oder unmöglich machen. Sollten sich die Verhältnisse ändern und einzelne diakonisch-missionarische Dienststräger über die geplante Parallel-Koordination hinaus zu einer Vereinigung drängen, wird die angestrebte Regelung einer solchen Entwicklung nicht im Wege sein.

Die beteiligten Gesellschaften* stellen nach einem gemeinsamen Schema ihren Haushalt in zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben** dar. Die parallel koordinierten Haushaltsvoranschläge (in ihrer Bewegung durch Vergleichszahlen aus einem für alle gleichen Zeitraum durchsichtig gemacht) lassen erkennen, welche Zuschüsse zur Bewältigung der Aufgaben notwendig sind. Sie geben zugleich die Begründung für einen entsprechenden gemeinsamen Antrag an die beteiligten Landeskirchen.

Damit eine mittelfristige Planung des Zuschußbedarfs möglich wird, kann die Projektplanung und Projektfinanzierung, die über den außerordentlichen Haushalt der beteiligten Gesellschaften läuft, nicht unberücksichtigt bleiben. Über die Folgekosten der Projekte (Personalerweiterung, Instandhaltungskosten etc.), die auf lange Sicht den ordentlichen Haushalt belasten, sollte

*Der Vorschlag hat zunächst die seit 1954 im "Palästinawerk" lose miteinander verbundenen Gesellschaften (Jerusalemsverein, Evang. Verein f. das Syrische Waisenhaus, Orientarbeit Kaiserswerth) im Auge. Gesamtkirchliche Regelungen, wie sie für die Evang. Jerusalems-Stiftung getroffen wurden (Unterstützung über den Haushalt der EKD unter "ökumenische Einrichtungen und Werke", Kap. VI B Titel 2), oder ökumenisch koordinierte Hilfsmaßnahmen, bleiben von ihm unberührt. Ob und unter welchen Bedingungen andere Nahost-Gesellschaften - etwa die Evang. Mission in Oberägypten - an einer koordinierten Planung teilnehmen wollen, wäre zunächst von ihnen selbst zu entscheiden. Gesellschaften, bei denen vorauszusetzen war, daß sie außerhalb einer solchen Zusammenarbeit mit den Landeskirchen bleiben, sind zu dieser ersten Sitzung als Gäste und brüderliche Berater eingeladen. Diesen Status mögen auch die für sich in Anspruch nehmen, die eingeladen sind, sich aber nicht betroffen sehen.

**Die Ausgaben sollte ggf. erkennen lassen, welche Aufgaben aus den Globalzuwendungen zum Etat einer nahöstlichen Kirche mitgetragen werden.

fairer Weise schon im Planungsstadium mit dem Partner gesprochen werden, dessen Zuwendungen zum Etat erbeten werden. Damit wird kein weiteres Projektprüfungsverfahren etabliert. Eine verstärkte Nötigung zu gegenseitiger Projektabstimmung der im gleichen Bereich tätigen Dienstträger könnte damit allerdings gegeben sein. Sie wäre vermutlich durchaus im Sinne der die Projekte finanzierenden Stellen.

Die für eine mittelfristige Planung des Zuschußbedarfs zu den ordentlichen Haushalten wichtigen Gesichtspunkte der Projektplanung sollten in einer Anlage zu dem ordentlichen Haushaltsvoranschlag dargestellt werden.

Einmal jährlich berät der Verbindungsausschuß der EAGWM während einer regulären Sitzung unter Hinzuziehung von drei Vertretern der beteiligten Nahost-Gesellschaften über den Zuschußbedarf zu den ordentlichen Haushalten. Sollte sich dieser Vorschlag als unrealistisch erweisen (überlastete Tagesordnung des VA), ließe sich eine Regelung denken, nach der der Verbindungsausschuß jeweils drei Vertreter benennt, die unter Vorsitz des Generalsekretärs der EAGWM mit drei Vertretern der beteiligten Nahost-Gesellschaften den Zuschußbedarf beraten.

Hat dieser Ausschuß den Haushaltsansatz als realistisch und sachgemäß anerkannt, wird der Zuschußbedarf den beteiligten Landeskirchen als gemeinsamer Antrag vorgelegt. Die Antragsvorlage sollte aus Rationalisierungsgründen in Zusammenhang mit der Vorlage der "Liste des Bedarfs" geschehen. Möglicherweise könnte der Zuschußbedarf sogar als eine Position in die Liste aufgenommen werden. Dabei wäre lediglich zu beachten, daß der erbetene Betrag*** zusätzlich zu den normalen landeskirchlichen Beiträgen zu der Liste aufzubringen ist.

***Die Palästinawerk-Kollekte, die regelmäßig von etwa 11 Landeskirchen der BRD genehmigt wird, sollte nicht in den Zuschußbetrag eingerechnet werden. Sie erscheint in der Haushaltsvorlage der beteiligten Palästinawerk-Missionen unter den zu erwartenden Einnahmen. Als eine direkte Beteiligung der Gemeinden an einer gemeinsamen Aufgabe der evangelischen Christenheit in Deutschland sollte diese Kollekte nicht eingeschränkt sondern nachdrücklich gefördert werden. Der derzeitige Verteilungsschlüssel des Kollektenaufkommens (Jerusalemsverein 55%, Orientwerk Kaiserswerth 25%, Syrisches Waisenhaus 20%), der von einigen Beteiligten als nicht mehr sachgemäß empfunden wird, kann keine Anwendung auf evtl. gewährte landeskirchliche Zuschüsse finden, besonders da der Kreis der beteiligten Gesellschaften vermutlich weiter wäre als der Kreis der Palästinawerk-Missionen.

gez. Buttler

Protokoll

über die vierte Besprechung der Regionalbildstellenleiter
der Missionsgesellschaften am 9. und 10. September 1968
in Hamburg

Anwesend: Diakon Geiss, Neuendettelsau; Missionar Harre, Wuppertal-Barmen; Missionar Kölle, Stuttgart; Pastor Marwedel, Hermannsburg (nur 10. 9.); Redakteur Melzer, Hamburg; Missionar Wolfrum, Neuendettelsau.
Zeitweilig: Pastor Dr. Florin, Hamburg; Pastor Dr. Hoffmann, Hamburg; Pastor Dr. Linnenbrink, Hamburg.

1. Pastor Dr. Hoffmann, Exekutivsekretär des Deutschen Evangelischen Missions-Rates begrüßt die Anwesenden namens des DEMR.
2. Das Protokoll über die Sitzung am 6. und 7. Februar 1968 in Stuttgart vom 12. Februar 1968 wird genehmigt.
3. Während des Filmabends der Königsfelder Missionswoche am 26. September 1968 werden gezeigt: "Zwischen Urwald und Wolkenkratzer" (verantwortlich: Wolfrum) und "An der Schwelle der Zukunft" (verantwortlich: Kölle). Verantwortlich für Technik: Wolfrum; für Gesamtleitung: Harre.
4. Melzer berichtet von der Begegnungstagung Weltmission-Volksmission am 26. Juni 1968 auf dem Koppelsberg bei Plön und dem Beschluß, einen gemeinsamen Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit zu bilden, den seitens der Weltmission Harre, Melzer und Wolfrum angehören und für die Volksmission: v. Goessel, Kiefel und Hederich. Einberufer ist v. Goessel.
5. Melzer berichtet über die Missionsausstellung anläßlich des 82. Deutschen Katholikentages in Essen (s. Anlage). Kölle wird gebeten, den Gedanken einer gemeinsamen Ausstellung von Ökumenischer Diakonie und Mission eventuell mit der Zentralstelle für Entwicklungshilfe auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 1969 in Stuttgart im örtlichen Vorberatungsausschuß weiter zu erörtern. Falls diese Ausstellung stattfindet, soll eine Sonderausgabe von "Das Wort in der Welt" unter dem Kirchentagsthema "Die da hungert und dürstet nach Gerechtigkeit", das durch die Ausstellung führt, vorbereitet werden. Insbesondere soll diese Ausstellung die Uppsala-Sektionsberichte II und III verdeutlichen.
6. Wolfrum berichtet von seinen Vorarbeiten, eine Diathek von etwa 100 Bildern zu der Karte der Religionen und Missionen der Erde zu erstellen. Diese Diathek (Karten, graphische Darstellungen und Bilder) soll in erster Linie nach pädagogischen Gesichtspunkten zusammengestellt werden. Es soll versucht werden, einen Lehrer als Autor zu gewinnen. Einen ersten Teil der geplanten Diathek über Neuguinea werden Harre und Wolfrum gemeinsam als Modell bis zur nächsten Sitzung der Regionalbildstellenleiter zusammenstellen.

7. Chefredakteur Michel (EIKON, München) hat angeboten, Diapositive über Mission für Fernsehsendungen auszuwerten. Wolfrum wird Michel einladen, die Bildarchive der Missionsgesellschaften auf geeignetes Material hin zu überprüfen.
8. Wolfrum wird gebeten, die Regionalbildstellenleiter der Missionsgesellschaften auf der III. Studienkonferenz des Internationalen Evangelischen Filmzentrums vom 27. bis 29. September 1968 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain zu vertreten. Thema dieser Konferenz ist "Spuren des Evangeliums im modernen Film". Neben Referaten von Dr. Friedrich Hochstrasser, Luzern ("Kriterien"), Drs. Jan Hes, Hilversum ("Begegnungen im sozialkritischen Film") und Dietmar Schmidt, Frankfurt am Main ("Christliche Elemente im avantgardistischen Film") sind Vorführungen der Spielfilme "Weekend" (Jean Luc Godard), "Die Chronik der Anna Magdalena Bach" (Jean-Marie Straub), "Märtyrer der Liebe" (Jan Nemec) sowie des jugoslawischen Kurzfilms "Toleranz" vorgesehen. Das Programm sieht weiter ein "Gespräch der Filmkritiker" und eine abschließende Diskussion unter Leitung von Drs. Jan Hes vor. Über "die revolutionäre Relevanz des christlichen Menschenbildes" soll ein Theologe aus der ökumenischen Zentrale in Genf sprechen. Ein einführendes Referat wird der Bevollmächtigte des Rates der EKD in Bonn, Bischof D. Kunst, D.D., halten. Die Tagung wird von Oberkirchenrat Dr. Gerber geleitet.
9. Melzer berichtet über Fortgang des Fernsehprojekts. Regisseur Wilfried Reinke, Ulm, ist am 3. September zu einer Recherchereise nach Indonesien gestartet. Er wird Mitte Oktober zurückkehren und dann den beteiligten Landeskirchen (Rheinland und Westfalen) und der Südwestdeutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Weltmission Vorschläge zur Realisierung des geplanten Projekts machen.
10. Melzer berichtet über die audio-visuelle Arbeit und die Pressearbeit während der Vierten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala.
11. Florin erläutert sein Exposé der Dia-Reihe "Rasse" (vergl. Protokoll vom 12. Februar 1968 Ziffer 9). Melzer wird sich um Bereitstellung von Fotos zur Erstellung dieser Reihe bei dpa bemühen. Ohly soll bei der Endfassung des Textes (Rede von Baldwin in Uppsala) um Mitarbeit gebeten werden.

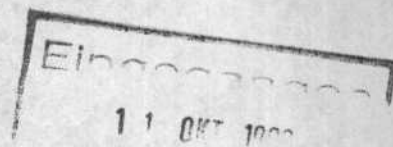
Eine Dia-Reihe "Ausdrucksformen des Glaubens Junger Kirchen" wird vorbesprochen. Es soll versucht werden, Prof. D. Lehmann, Halle, zur Mitarbeit zu gewinnen. Die Planung der Dia-Reihe "Gemeinde im Leiden" wird diskutiert. Grundlage dafür soll der Vortrag Florins vor der Landessynode Hannover am 29. Mai 1968 sein.
12. Die nächste Zusammenkunft der Regionalbildstellenleiter findet am 16. und 17. Januar in Stuttgart statt.

Hamburg, 20. September 1968

Heinz Melzer

Deutscher Evangelischer
Missions-Rat

2 Hamburg 13, den 9.10.1968
Mittelweg 143 Li/Bb



An die
Mitglieder des Deutschen Evangelischen Missions-Rates

Sehr verehrte, liebe Brüder!

Ich darf Ihnen heute das Protokoll samt Anlagen von der Lateinamerika-Begegnungstagung (28.6. - 30.6.1968) in Hamburg zu Ihrer Kenntnisnahme zuschicken. Wegen der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im Juli und der darauf folgenden Urlaubszeit hat sich die Fertigstellung etwas verzögert.

In der Verbundenheit des Dienstes
grüßt Sie herzlich

I h r

Frank Lorenz

P r o t o k o l l

der LATEINAMERIKANISCHEN BEGEGNUNGSTAGUNG in Hamburg-Rissen

28. - 30. Juni 1968

Die Tagung begann am 28.6. um 18.00 Uhr mit dem Abendessen. Die Mehrzahl der südamerikanischen Gäste war zur Begrüßung und Vorstellung um 19.00 Uhr präsent. Das Ziel der vom Kirchlichen Aussenamt in Verbindung mit dem Deutschen Evangelischen Missions-Rat einberufenen Tagung wurde von Oberkirchenrat Dr. Reinhart Müller, Frankfurt (Main), wie folgt umschrieben:

- a) Die persönliche Begegnung der Menschen, die in Deutschland und Lateinamerika an Fragen der ökumenischen Diakonie verantwortlich mitarbeiten.
- b) Eine Bestandsaufnahme der bisherigen Kontakte, eine kritische Zwischenbilanz der bisherigen Arbeit und ein Meinungsaustausch über Fragen, die uns im Blick auf die Arbeit bewegen.
- c) Die Erarbeitung von Grundsätzen und Richtlinien für die künftige Zusammenarbeit.

Auf Wunsch der Gäste wurde mit einer Panel-Diskussion begonnen. Sie sollte dazu helfen, die lateinamerikanische Situation zu klären, den Hintergrund und Kontext des Konsultationsthemas zu erhellen. Das Sprachproblem wurde rasch gelöst. Jeder konnte in seiner Sprache vortragen und diskutieren. Die Teilnehmer, die eine spanische und portugiesische Übersetzung der Diskussion wünschten, die eine deutsche Übersetzung bevorzugten und die alle Beiträge in den drei Sprachen verstanden, formierten sich in den respektiven Gruppen. Die Arbeit der Übersetzer, Dr. Kirst, Asseburg (portugiesisch), Schäfer und Weiß (spanisch) und die Mitarbeit der Professoren Dr. Held und Obermüller trug wesentlich zu rascher und guter Verständigung bei.

Gonzalo Castillo referierte eine kurze Beschreibung der historisch-kulturellen Entwicklung Lateinamerikas mit besonderer Berücksichtigung der sozioökonomischen Veränderungen. Er führte aus: Der Generalnenner "Lateinamerika" ist zu ungenau für die Bezeichnung des iberischen, indianischen, afrikanischen und hispanischen Amerika. Für den indianisch-hispanischen Raum gilt:

- a) Die Sozialordnung der indianischen Stämme wird von der Wertordnung der Spanier überlagert (subversion). Das geschieht, ohne dass die ihr zugrundeliegenden Normen von den Indianern übernommen werden. Das Ergebnis ist eine "cultura palimpsestica". Die Ambivalenz der spanisch-indianischen Kultur ist bis heute die Folge.
- b) Die Unabhängigkeitsbewegung des vorigen Jahrhundert (independencia) brachte zwar die Freiheit, aber änderte nicht die sozialen Strukturen der Kolonialzeit. Die Nachkommen der Conquistadoren nahmen die Stellungen der Väter ein, den Mestizen öffnete sich der Weg zu sozialem Aufstieg über den Militärdienst. Aus den "Encomienda"-wird das "Hacienda"-System. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts tritt der Liberalismus häufig in der Form des Antiklerikalismus auf. Hier wird die "Paz Hispanica" im Kampf gegen die katholische Kirche beendet. Die Bewegung war in Uruguay, Brasilien, Mexiko und Chile erfolgreich. In Kolumbien und Venezuela siegten die konservativen reaktionären Kräfte.
- c) Die erste Revolution der westlichen Welt fand 1910 in Mexiko statt (vor der russischen Oktoberrevolution). Sie hat Auswirkungen auf den ganzen Kontinent gehabt und bei der "Revolución en marcha" in Kolumbien, dem "Estado Novo" in Brasilien und der Trennung von Kirche und Staat in Chile Pate gestanden. Der Einfluss der Sozialisten wächst in den 20er und 30er Jahren. Die Kommunisten erscheinen. In diesem Jahrzehnt entwickeln sich viele Länder aus der Agrarordnung in eine Mischordnung hinein. Der Einfluss der USA wächst. (Monroedoktrin)
- Es kommt jedoch auf dem Kontinent mit Ausnahme von Mexiko und Kuba zu keiner Revolution. Auch die mexikanische Revolution endet in einem Kompromiss. Ihr Ergebnis ist für viele Mexikaner heute unbefriedigend. (Sie sprechen vom Verrat an der Revolution). Einzig die kubanische Revolution kann als eine wirkliche Revolution bezeichnet werden. Sie hat von Grund auf die Struktur des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens verändert. Sie hat mit Pateralismus und der Herrschaft der Eliten Schluss gemacht. Wenn die kubanische Revolution Erfolg hat, wird ihr Ergebnis die erste wirklich neue Sozialordnung in Lateinamerika sein.

- d) Es hat entgegen landläufiger Meinung also im übrigen Lateinamerika noch keine wirkliche Revolution stattgefunden. Die Beharrungskräfte sind zu stark. Was man mit Revolution bezeichnet, sind Krisen, Putsche, interne Machtkämpfe. Dabei alternieren drei Machtgruppen: Kirche, Militär und intellektuelle Elite. Lateinamerika wartet noch auf die grosse Revolution.

Pfarrer Da Silva spricht über das Thema: "Welche Rolle hat die Religion bei der historisch-kulturellen Entwicklung Lateinamerikas gespielt". Im wesentlichen beschränkt er sich auf Brasilien. Da Silva bittet um eine gerechte Beurteilung der Leistungen der katholischen Kirche. Die Verdienste der Jesuiten in Brasilien und La Plata sind unbestritten. Dennoch ist das Ergebnis der über dreihundertjährigen katholischen Herrschaft ein "von christlichem Glauben schwach erleuchteter Aberglaube".

Der Protestantismus kam zunächst über die ausländischen Botschaften, später mit den Einwanderern aus Europa. Sie empfanden der neuen Heimat gegenüber keine soziale Verantwortung und haben die Universalität des christlichen Auftrags nicht gesehen. Die römisch-katholische Kirche bleibt die offizielle Kirche, daneben spielen die Freimaurer eine wachsende Rolle. Die römische Kirche will nicht Dienerin der Welt sein, sondern dient sich selbst. Der Prozess der Deskonstantinisierung beginnt erst.

Die unnötige Polemik zwischen Katholiken und Protestanten, Bibliolatrie bestimmter Missionen, vor allem aber die Tatsache, dass alle Kirchen importiert wurden: aus Italien, Deutschland, USA, verhindert ein gemeinsames Zeugnis. Erst die Confederação Evangélica schafft die Basis für solche Kooperation. Auch die römisch-katholische Kirche hat sich seit dem zweiten vatikanischen Konzil ganz neu dem Gespräch geöffnet.

Professor Obermüller beantwortet die Frage: "Welche Perspektiven der nationalen Entwicklung sind in Lateinamerika wahrzunehmen?" Es fehlen ihm als Theologen die soziologischen Kategorien, um den Sachverhalt präzise zu erfassen. Ausserdem ist er Einwanderer-Gringo. Schliesslich gehört Argentinien noch nicht zu Lateinamerika: Buenos Aires wird als der letzte italienische Hafen bezeichnet. "Entwicklung" (Desarrollo) ist dort ein schlechtes Wort. Es hat einen paternalistischen Beigeschmack, klingt nach

Bevormundung. Es gibt viele verschiedene Perspektiven: Die industrielle, die landwirtschaftliche, die kulturelle und soziale. Grundproblem: Die Analphabeten haben keinen Zugang zur Kultur. Die Massenmedien versagen als Bildungsmittel. Feudalismus und Liberalismus stehen nebeneinander. Gibt es eine Alternative zwischen Revolution oder Entwicklung? Die Entwicklung des Menschen muss die Perspektive sein. Sie beginnt beim Verhältnis Patron-Peón.

Drei Wege in die Zukunft sind möglich:

- 1) Die Beibehaltung des Status quo:
Dafür ist das Militär.
- 2) Die Evolution, ein friedlicher Wandel
der Verhältnisse.
- 3) Die Revolution, ein gewaltsamer Umsturz
der bestehenden Ordnungen. Er schafft noch keine
neue Ordnung, ist nach Meinung einiger der
(einzige) Weg dorthin.

In der anschliessenden lebhaften Diskussion wird scharfe Kritik an Castillos These geübt, die kubanische Revolution sei die einzig wirkliche gewesen und Beispiel für den Kontinent. Castillo unterscheidet: Historisch und soziologisch hat er ein Urteil gefällt, das er begründen kann. Eine Wertung ist damit nicht erfolgt. Es wird nach der Rolle der Kirche in Kuba gefragt. Können fortschrittliche Christen in LA den kubanischen Weg wünschen, wenn er der Kirche das Lebensrecht bestreitet? Aber über die Lage der Kirchen in Kuba ist zu wenig bekannt. Auch die bolivianische Revolution, die als weiteres Beispiel angezogen wird, hat keine grundlegende Veränderung der Verhältnisse bewirkt. Auf eine Zusatzfrage erklärt Castillo, dass für ihn in der Tat die kubanische Revolution das Muster und Ideal für Lateinamerika sei. Das sei jedoch seine persönliche Ansicht. Diese Ansicht findet lebhaft Ablehnung. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass diese Stimme nicht typisch sei für den lateinamerikanischen Protestantismus.

Am 29.6. begannen die Sitzungen mit dem Referat von Pfarrer Gonzalo Castillo über die vorherrschenden Strömungen im lateinamerikanischen Protestantismus und ihre Haltung zu Fragen von Kirche und Gesellschaft. Castillo bemüht sich um eine Gliederung des Protestantismus in Lateinamerika. Zum klassischen Protestantismus zählt er Presbyterianer, Methodisten und Episkopale. Diese Gruppe ist gekennzeichnet durch:

- a) ein Bündnis mit dem Liberalismus. Von daher kommt das Interesse an Fragen der Erziehung.
- b) Durch frühes Streben nach Autonomie, einer nationalen Kirche unter eigener Leitung.
- c) Durch die Imitation der Mutterkirche. Die Folge ist häufig eine Überbetonung des Organisatorischen.

Eine zweite Gruppe ist der nichtkirchliche Protestantismus.

Die in ihm zusammengefassten zahlreichen und sehr verschiedenen Gruppen sind meist aus der Missionsarbeit nordamerikanischer Missionen und Sekten hervorgegangen. Sie zeichnet

- a) ein evangelistischer Eifer aus. Sie haben
- b) keine feste Kirchenordnung und sind
- c) voller Misstrauen gegen jede Art von Zusammenschluss auf nationaler oder internationaler Ebene.

Eine dritte Gruppe sui generis ist die Pfingstbewegung.

Zahlenmässig ist sie die stärkste protestantische Gruppe in LA. Allein in Brasilien spricht man von zwischen 4 und 6 1/2 Millionen Pfingstlern.

Castillo versucht nun in einem zweiten Gedankengang eine Klassifizierung, die die Wurzeln des verschiedenartigen Interesses an sozialen und gesellschaftlichen Problemen aufzeigt. Die drei beschriebenen Strömungen kommen so rein nicht vor, vermischen sich in einer Gruppe, ja im einzelnen Christen. Der Deutlichkeit halber werden sie hier auseinandergenommen in:

- 1) eine mystische-asketische Bewegung. Sie pflegt den religiösen Individualismus. Die Bekehrung von der Welt zu Christus hin ist das Ziel der Verkündigung. Gegenüber der Politik ist diese Gruppe indifferent. Zu ihr rechnet Castillo die pfingstlerischen

Gruppen und die des nichtkirchlichen Protestantismus. Obgleich zahlenmässig stark, haben sie keinen Denker, Politiker, Künstler hervorgebracht.

- 2) Die institutionell-kirchliche Bewegung. Für sie steht die Kirche im Mittelpunkt des Interesses und der denkerischen Bemühung. Innerweltliche Askese wird empfohlen und geübt, der kirchliche Dienst bietet dazu Möglichkeit und Leitbild. Fortschritt wird erwartet von der Infiltration der Christen in leitende Stellungen der Politik und Wirtschaft. Zu dieser Gruppe zählen die klassischen Kirchen.
- 3) Die pluralistisch-revolutionäre Bewegung. Es handelt sich hierbei um Gruppen und Einzelne am Rande der Denominationen. Die meisten waren aktive Glieder ihrer Kirche, haben heute eine Heimat in der christlichen Studentenbewegung (MEC) in der lateinamerikanischen Union der evangelischen Jugend (ULAJE) oder in der Bewegung Kirche und Gesellschaft (ISAL) gefunden. Sie will das Verhältnis von Gottes Wirken und des Menschen Mitwirkung dialektisch verstanden wissen. Die Kirche versteht sie dynamisch, sie ereignet sich punktuell da, wo es um den Menschen geht. Die Diaspora ist die Grundsituation, die Kirche die solidare Gemeinschaft der revolutionären Kräfte, und die Revolution der Weg zur neuen sozialen Ordnung. Wegen der vielfach kritischen Haltung dieser Gruppe den institutionellen Kirchen gegenüber und der mangelnden Bereitschaft der Kirchen, die institutionellen Sicherheiten preiszugeben, setzen diese Gruppen ihre Hoffnung auf die Ökumene und sind auch auf die finanzielle Unterstützung von ökumenischen Organisationen stark angewiesen.

In der nachfolgenden Diskussion wird bestritten, dass die mystisch-asketische Bewegung keinen sozialen Beitrag geleistet habe und dazu nicht imstande sei. Sie hat, ohne auf strukturelle Veränderungen aus zu sein, zum Überleben der Armen, konkret: der aus dem Land in die Stadt eingewanderten heimatlosen Analphabeten, viel getan. Bischof Chavez bezweifelt, dass die Pfingstler generell an Fragen der Kirchenstruktur uninteressiert seien. Hier müsse man viel stärker differenzieren. Er selbst ist Oberhaupt der Episkopalen Pfingstkirche.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass die neuere neutestamentliche Forschung das Vorhandensein verschiedener Theologien in der Urchristenheit klar erwiesen hat. Es hat also von Anfang an eine Koexistenz verschiedener christlicher Glaubens- und Lebensformen gegeben. Darum sollte es heute erst recht möglich sein.

Es wird die Behauptung zurückgewiesen, die evangelischen Kirchen in Lateinamerika wollten keine Revolution, sondern nur eine kleine Gruppe am Rand oder ausserhalb der Kirchen. In Wahrheit wollen alle die Revolution, d.h. hier: die grundlegende Veränderung der sozialen Verhältnisse. Aber über die Methoden, Prozesse und Formen, in denen Revolution vollzogen werden kann, besteht keine Übereinstimmung. Christliche Revolutionäre, die die USA schelten und sich zugleich von dort bezahlen lassen, überhaupt in ihrem Lebenszuschnitt die eigenen Forderungen und das eigene Pathos widerlegen, sind unerwünscht und richten Schaden an. Das Anliegen der Revolutionäre " sollte Sache der Kirchen werden", nicht Sache der ökumenischen Bewegung und der von ihr geförderten Gruppen bleiben. Vor ideologischen Festlegungen wird gewarnt.

Um 11.00 Uhr folgen nach kurzer Pause kurze Berichte der deutschen ökumenischen Dienste. Es stellen vor: Herr Wilhelm Th. Pfäfflin BROT FÜR DIE WELT, Dr. Damaschke die EV. ZENTRAL- STELLE FÜR ENTWICKLUNGSHILFE und Herr Drewes die Arbeitsgemeinschaft DIENSTE IN ÜBERSEE.

Die Nachmittagssitzung füllt ein Referat von Dr. Brakelmann "Kirche in der Welt der Organisation". (Das Referat ist dem Protokoll beigelegt). Nach dem Abendessen wird das Referat fortgesetzt und diskutiert. Zum Beschluss des Tages referiert Herr Luis Enrique Odell über "Christlicher Dienst und Projekte in Lateinamerika", eine Einführung in die Empfehlungen der Konsultation von ISAL im Dezember 1967 in Piriapolis (Uruguay). (Einführung und ISAL Papier liegen gedruckt vor).

Am 30.6. begann der Tag mit einem Gottesdienst, den Oberkirchenrat Klapper hielt. Er predigte über die alte Epistel 1. Petrus 5, 5 b - 11. (Die Predigt ist dem Protokoll beigelegt).

Die Vorstellung deutscher ökumenischer Dienste wurde fortgesetzt. Den Deutschen Evangelischen Missions-Rat stellten Dr. Linnenbrink, das Kirchliche Aussenamt, Oberkirchenrat Koch, das deutsche Nationalkomitee des LWB, Oberkirchenrat Klapper, und das Gustav-Adolf-Werk, Pastor Tappenbeck, vor.

Anschliessend referierte Pastor Emilio Castro über "Die Beziehung zwischen den europäischen Kirchen und den evangelischen Kirchen in Lateinamerika". (Auch dieses Referat liegt gedruckt vor). Castro machte folgende Ergänzungen: Diese Tagung hier ist eine erste Erfüllung unserer Wünsche. In Lateinamerika gibt es verschiedene Konzepte für die zwischenkirchlichen Beziehungen, aber die gleiche Leidenschaft dafür, dass durch Kooperation und Partnerschaft die Schwierigkeiten erkannt und gemeinsam gelöst werden. Es fehlte bisher auf Seiten der Lateinamerikaner eine Beschreibung der Triumphe der Kirche in Lateinamerika. Hier könnte man manches berichten, etwa das zahlenmässige Wachstum usw. Aber es gehört, streng genommen, nicht zum Thema, verstellt womöglich den Blick. Dass unter uns verschiedene, sehr verschiedene Auffassungen über die soziale Aufgabe der Kirche herrschen, hat die Diskussion klar erwiesen. Aber die daraus unter uns resultierenden Spannungen kommen nicht aus den konfessionell verschiedenen Traditionen, sondern aus verschiedenen Antworten auf die brennenden Fragen des Kontinents. Ebenso deutlich wie die vorhandenen Spannungen hat aber die bisherige Diskussion die gemeinsame Basis für die Diskussion der Sozialprojekte erwiesen. Auch França sagt: "Alle Kirchen sind für den Wandel". Unser Urteil stützt sich auf soziologische Fakten: Die sichtbare Verschlechterung der Lage der Armen, die Vergeblichkeit der Lösungsversuche der Liberalen, die zahlenmässige Grösse der evangelischen Kirchen in Lateinamerika.

Die Beziehungen zwischen europäischen Kirchen und evangelischen Kirchen in LA stützt sich auf zwei gemeinsame Punkte:

- 1) Die Kirche hat in der Welt eine Sendung.
- 2) Die industriell entwickelten Staaten und die Entwicklungsländer stehen miteinander in Beziehung. Jede Art von Entwicklungshilfe hat auch ihre direkten positiven Rückwirkungen auf die Staaten, die Entwicklungshilfe - aus welchen Gründen auch immer - betreiben.

Das Dokument fasst Castro wie folgt zusammen:

- 1) Keine Hilfe von aussen kann mich von der Verantwortung für meine Kirche entbinden. Die Treue der Kirche bewährt sich in der Treue zu ihrer besonderen Situation: z.B. im geteilten Deutschland, angesichts der aufbegehrenden Jugend, in den Problemen der Industriegesellschaft.
- 2) Die diakonische Planung muss nicht nur ins Auge fassen, was die Kirche tun könnte, sondern was die Gesellschaft tun kann. Darum müssen die Kirchen stärker als bisher meinungs- und bewusstseinsbildend wirken. Man mache sich keine Illusionen über die Einflussmöglichkeiten der Kirche auf die Wirtschaft. Die kapitalistische Wirtschaft hat ihre Eigengesetzlichkeit. Aber auch hier sollte man keine Kommunikationsmöglichkeit auslassen.
- 3) Christen sollten niemals und unter keinen Umständen die Bedeutung unterschätzen, die der Phantasie, der Geduld, der Vision, der "Fürbitte" zukommt. Sie sind eine reale Macht. Und Fürbitte brauchen besonders die, die sich in so grossen Konflikten befinden, die keine theologische Reflexion mehr erlauben. Trotz der Verständigungsschwierigkeiten müssen sie sich vom Vertrauen der Brüder begleitet und getragen wissen.
- 4) Zu konkreten Sozialprojekten:
 - a) Es besteht Übereinstimmung in den Grundsätzen:
Auch die kirchlichen Projekte sind nicht auf die Festigung des Status quo aus, sondern wollen Vorboten einer neuen Welt sein. In praxi heisst das: Alphabetisation ist nötig und gut. Aber an der Frage: was wird er lesen? entscheidet sich, ob die Hilfsmassnahme ihr Ziel erreichte. Natürlich gibt es Notfälle, auf die konkrete Hilfsmassnahmen ohne Rücksicht auf die strukturellen Erwägungen antworten müssen. Aber grundsätzlich muss jedes Projekt sich der Frage stellen: Was bedeutet es für die Entwicklung der breiten Massen einer Nation? Hier liegt die Hauptverantwortung der evangelischen Kirchen in LA.
 - b) Wir brauchen nicht nur Sozialprojekte, sondern Projekte, die auf die kulturelle und psychologische Erziehung und Beeinflussung zielen. Das grösste Unglück des unterdrückten

Menschen ist, dass er es nicht weiss. Deshalb wird er ein Opfer jedes Demagogen, der vorfabrizierte Lösungen anbietet. Projekte werden gebraucht, die das Volk zum Denken bringen. Sie sind viel schwieriger zu planen und zu realisieren, als Krankenhäuser. Gerade hier ist viel gegenseitiges Vertrauen die Voraussetzung für Planung und Durchführung.

- c) Die Einwandererkirchen haben ihre kulturelle Isolierung verlassen. Die Zeit läuft zu schnell, als dass wir noch zwei Generationen warten können. Mehr als eine Million Christen, meist gehobenen Bildungsstandes, leben in diesen Kirchen. In ihnen ist eine Kampagne nötig, die sie für die nationalen Anliegen öffnet und ihren Beitrag präzisiert. Die frühere Begrenzung durch die Verbindung dieser Kirchen mit der deutschen Heimat ist heute eine Chance. Der Reichtum der Traditionen der deutschen Kirchen kann jetzt zum Dienst an den Menschen Lateinamerikas genutzt werden und umgekehrt: Das Zeugnis der Kirche Lateinamerikas wird auf Deutschland zurückwirken.
- d) Was können wir Lateinamerikaner den Deutschen helfen? Zweierlei. Die evangelischen Kirchen in Lateinamerika sind aggressiv evangelistische Kirchen. Sie wollen, dass alle Menschen zur Kenntnis Jesu Christi kommen. Evangelisation ist ihr Hauptanliegen. In Europa ist in den Kirchen die Resignation verbreitet. Der Pluralismus der Gesellschaft, eine späte Folge der Reformation, macht die Kirche ratlos. Das zweite Gebiet, auf dem die evangelischen Kirchen Lateinamerikas den Christen in Deutschland helfen können, ist das der sozial-ethischen Arbeit. Diese Fragen sind in der dritten Welt dringender, seit Genf 66 hat man auch von den neuen revolutionär erscheinenden Lösungen Kenntnis genommen. Die Weiterarbeit, die in Lateinamerika in vollem Gange ist, sollte man in Deutschland aufmerksam verfolgen, weil die gewonnenen Ergebnisse auch für die Arbeit hier wichtig sein dürften.

Zwei konkrete Bitten im Blick auf den Alltag:

Mit der Ausarbeitung und Genehmigung der Projekte ist unvermeidlich ein gewisser Papierkrieg verbunden. Hier sollte man sich in Europa klar machen:

- 1) Die psychologischen Unterschiede zwischen Lateinamerika und Europa. Art und Anlage der Fragebogen sind typisch europäisch, für den Lateinamerikaner verwirrend. Wir schreiben lieber eine Seite einer Novelle, als eine Reihe richtiger Antworten auf den Fragebogen. Für viele evangelische Kirchen ist dies bereits ein Grund, der sie hindert, einen Antrag zu stellen.
- 2) Alle wichtigen Geschäfte in Lateinamerika werden im Café, nicht im Büro abgeschlossen. Persönlicher Kontakt ist weit mehr als in Europa Voraussetzung für das Gelingen einer Aktion. Die eiskalte Büroatmosphäre europäischen und amerikanischen Managements mag an ihrem Ort gute Resultate haben. Für die Pflege zwischenkirchlicher Beziehungen auf der Grundlage echter Partnerschaft taugt sie nicht. Darum der Vorschlag, zwischen die verständlichen Forderungen, die die Finanzgremien an Auswahl und Präsentation der Projekte stellen und die andere Mentalität des Projektträgers einen Zwischengang zu schalten, eine Transmission zwischen personellem und amtlichen Bereich.

In der Diskussion bezeichnet Weber die Vielfalt und Zersplitterung der Kirche als Haupthindernis für ein gemeinsames Zeugnis und gemeinsamen Dienst. Jede Kirche braucht die selbstkritische Rückfrage nach ihren Prinzipien, nach dem Grund ihrer Andersartigkeit. Kooperation im sozialen Dienst kann diese theologische Aufgabe nicht ersetzen. Drewes meint, Entwicklungshilfe muss mit Veränderungen hier beginnen. Sie werden provoziert von den unruhigen Studenten in Marburg und Berlin. Projekte sollen auf eine neue Infrastruktur zielen, wie es in Neuguinea mit der Genossenschaft vorbildlich gelungen ist.

Gottschald weist auf die Gründe für die Verständigungsschwierigkeiten zwischen Lateinamerikanern und Europäern hin. Der Lateinamerikaner ist gewöhnt zu säen und gleich zu ernten. Der Europäer denkt, plant und handelt langfristig vorausschauend. Darum ist ständige Kontrolle in mehrfacher Hinsicht nötig:

- a) bei der Diagnose der Situation,
- b) bei der Ausarbeitung eines Projekts,
- c) bei der Verantwortung für seine Unterhaltung und Effizienz,
- d) beim Projektträger. Hier haben sich die Projektkommissionen sehr bewährt.

Odell bemerkt, dass die Kirchen zwar wachsen, aber auch viele Glieder verlieren. Die Mitgliederzahl der grossen klassischen Kirchen stagniert. Man muss den Gründen nachgehen.

Obermüller: Alle Projekte erfordern Zusammenarbeit mit den verantwortlichen politischen Stellen. Gegen deren Willen können sie nicht realisiert werden.

Castro nennt als Beispiel für die Art der Hilfe, die nötig ist, Uruguay. Das Land hat genug Lebensmittel für alle. Aber während er viermal essen kann, können es viele nur einmal täglich. Hilfe besteht nicht in Lebensmittellieferungen von aussen, sondern in einer besseren, gerechteren Verteilung drinnen.

Der Tagungsleiter, Dr. Reinhart Müller, fasst das Ergebnis der Tagung zusammen. Die gegenseitige persönliche Kenntnis ist für die weitere Zusammenarbeit von grossem Nutzen. Bei weitgehender Übereinstimmung darüber, dass die Hilfe fortgesetzt und intensiviert werden muss und dass die evangelischen Christen auf beiden Seiten an der Verantwortung für den 6. Kontinent teilnehmen, ist die Problematik, Komplexität und Schwierigkeit der praktischen Realisierung der Grundsätze und Massnahmen allen deutlich geworden. Die Fortführung des Gesprächs in gleicher Offenheit und gleichem Vertrauen ist wünschenswert.

Er dankt allen Referenten und Teilnehmern der Konferenz, besonders den Gästen aus Lateinamerika. Ein besonderer Dank gebührt Dr. Linnenbrink, der um das Wohl der Gäste und um den reibungslosen Ablauf der Tagung in besonderer Weise besorgt war und damit zum Gelingen der Tagung wesentlich beitrug.

Die Konferenz endete um 15.00 Uhr.

Frankfurt/M und Hamburg, den 20.9.1968

Christlicher Dienst und Projekte in Lateinamerika

Befassen wir uns mit dem Thema "Christlicher Dienst und Entwicklung oder Projekte", so entdecken wir bei diesen Überlegungen oder in diesem Konzept, daß hier wieder einmal rasche Wandlungen offenbar werden, die, wie wir wissen, auf unsere gesamte Mission (Dienst) Einfluß haben.

In der Tat wird augenblicklich der Begriff "Dienst" als Fundament für das christliche Zeugnis hingestellt. Dennoch tritt auf der so bedeutenden Tagung des lateinamerikanischen Protestantismus in Lima (Peru) im Juli 1961, auf der II. Evangelischen lateinamerikanischen Konferenz, die Idee "Dienst und Projekte" kaum als etwas Relevantes für die gegenwärtige christliche Mission auf. In dem Absatz über die Empfehlungen zur "noch unvollendeten Aufgabe" taucht an keiner Stelle dieser Begriff auf. Das Wort "Dienst" wird nur im Hinblick auf die Jugendlichen gebraucht, u. zw. als Ermahnung, ihnen "mit Hilfe unserer gesamten Programme eindeutige Gelegenheit zum christlichen Dienst zu geben". Und im letzten Abschnitt heißt es, daß der gesamte soziale Dienst aus dem Bibelstudium hervorgeht, - gleich ob er aus dem Wunsch nach Wohltätigkeit oder dem Wunsch nach den strukturellen Veränderungen der Gesellschaft getan wird.

Andererseits wird in dem Bericht über "zukünftige Strategie und allgemeine Pläne" und in dem Artikel über "Soziale Aktion" ein kurzer, aber konkreter Hinweis gegeben, u. zw. wird folgendes empfohlen: "Umfassende Programme zur sozialen Aktion der Christen und zum sozialen Dienst zu entwickeln, um alle verfügbaren Mittel in Bewegung zu bringen, den wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu begegnen und sie zu lösen, sowie das menschliche Leiden unter uns zu lindern"; und 2) "Eine Studie über die soziale Aktion in Lateinamerika, um so Zielprojektionen für die Zukunft zu gewinnen."

In diesem Absatz wird zu Beginn erklärt, "daß wir für diese Studie die von der "I. Ev. Konferenz über Kirche und Gesellschaft" zu diesem Thema vorbereitete ausgezeichnete Arbeit ge-

braucht haben". Diese Konferenz war der Ursprung zur Bewegung, die wir heute ISAL (Iglesia y Sociedad) nennen. Diese Studie oder dieser Bericht steht in dem Buch "Begegnung und Herausforderung" (Encuentro y Desafío).

Leider wurde diese erste Empfehlung zur Einrichtung von Dienstprogrammen und sozialen Projekten, die zur Lösung der größten Probleme unserer Länder beitragen sollten, weder gefördert noch auf offizieller Kirchenebene weiter verfolgt, da das Fortsetzungsorgan dieser Konferenz, das die Verantwortung zur Förderung und Konkretisierung der besagten Empfehlungen gehabt hätte, nicht gebildet wurde.

Also überließ man es der aus der "Konferenz über Kirche und Gesellschaft" hervorgegangenen Bewegung, das Thema "Dienst und die soziale Aktion der Christen" angemessen und gründlich zu untersuchen. Daraufhin berief man eine Sondersitzung ein, die in Rio de Janeiro (Corcovado) im September 1963 stattfand. Die Beschlüsse waren recht mutig und provokativ, aber ihre Verbreitung hatte dieselbe Wirkung wie überall, d.h. sie wurden nur einer relativ kleinen führenden Gruppe bekannt. Doch führten sie zu einem neuen Bewußtsein dieser Probleme. Darüber hinaus waren sie ohne Zweifel für die ökumenischen Organisationen, die sich um eine wirksamere und relevantere Ausführung ihrer Hilfsaktionen und -projekte bemühten, von einigem Wert. Anlässlich der "II. Konferenz über Kirche und Gesellschaft" in Lateinamerika, die in El Tabo/Chile im Januar 1966 stattfand, kam man auf dieses Thema zurück, stellte eine Reihe von präzisen Empfehlungen auf, die bis zu einem gewissen Punkt eine Vervollständigung und einen Fortschritt der Empfehlungen von Rio de Janeiro (Corcovado) bedeuteten. Da in dieser Richtung weiter gearbeitet wurde, und man sich der Aktualität dieses Themas bewußt war, wurde es noch einmal gründlich auf der kürzlich stattgefundenen Tagung ISAL's in Piriápolis, Uruguay, im Dezember 1967 behandelt.

Der von dieser Konferenz erarbeitete Bericht kann als Zusammenfassung und Aktualisierung der Studie und der Gedanken betrachtet werden, die man sich während der letzten 5 Jahre zu diesem Thema gemacht hat.

Wir haben den Bericht vor uns liegen. Er selbst ist ein wenig kurz und unserer Meinung nach sehr gedrängt, weshalb er schwer zusammenzufassen ist. Als Einführung in diesen Bericht möchten wir nur folgendes sagen:

- 1) Der Bericht enthält eine Einleitung, in der die biblischen und theologischen Grundlagen des christlichen Dienstes aufgeführt werden. Im wesentlichen sind es die Formulierungen von Corcovado (1963), die damals in der Ökumene als tiefgreifend und fortschrittlich bezeichnet wurden.
- 2) Danach folgt ein Absatz über "allgemeine Betrachtungen", in dem auf die Situation der Armut und Unterentwicklung hingewiesen wird, in der sich unser Kontinent befindet. Weiter wird gesagt, wie die Haltung der christlichen Kirche angesichts dieser Situation sein sollte, z.B. unter c) "daß die Kirche sich der Suche nach integralen Lösungen für die Probleme des Kontinents nicht fremd gegenüberstellen darf".
- 3) Danach folgt eine Darlegung von "Aktionskriterien". Darin wird unter Punkt 1 eine Konzeption entwickelt, die sich unserer Meinung nach von den allgemein üblichen Konzepten unterscheidet, wie sie in der Vergangenheit bestanden und auch noch heute in den entwickelten Ländern bestehen: "Wir wiederholen, daß alle sozialen Projekte, die die Kirchen entwickeln, fördern und unterstützen, unmittelbar oder mittelbar auf die Umwandlung der enthumanisierenden Strukturen abzielen müssen."
- 4) Im folgenden Kapitel wird das Thema "Hilfe von ausländischen Regierungen durch die Kirchen" behandelt, das unserer Meinung nach für die Kirche in Deutschland sowie für die Kirchen anderer entwickelter Länder von großem Interesse ist, die sich ernsthaft bemüht haben und bemühen, etwas gegen das Leiden und die großen menschlichen Nöte zu tun, wie sie in der sog. "dritten" Welt offenbar werden.

Zu diesem Punkt kann man sagen, daß die christlichen Führer, die sich mit diesem Problem befaßt haben und aus erster Hand von seinen Folgen wissen, einstimmig ihre Skepsis über diese Art Hilfe aussprechen. Sie bezeichnen sogar einige Hilfsleistungen nur als Palliativum, die bestenfalls das Problem nur übergehen und den Kampf um endgültige Lösungen verzögern, nach denen un-

sere Völker streben. Die beiden letzten Absätze dieser Sektion, d) und e) richten sich an die entwickelten Länder. Sie werden aufgefordert, ihre traditionellen Vorstellungen von Hilfeleistungen zu ersetzen durch eine "gerechte und großzügige Behandlung im Blick auf den Export ihrer Roh- und Fertigprodukte auf dem internationalen Markt". Gleichzeitig werden die "Kirchen der reichen und entwickelten Länder" aufgerufen, "die notwendigen Schritte zur Revision der Haltungen und der Politik ihrer Länder zu fördern und zu unterstützen, um so gerechte Beziehungen mit den unterentwickelten und armen Ländern herzustellen".

5) Der letzte Abschnitt des Berichtes enthält eine Reihe von "Empfehlungen für die Aktion", die für die Orientierung und Planung der Projekte für den Kontinent wichtig und deshalb von besonderem Interesse sind für die Kirchen sowie für die nationalen und regionelen Christenräte in Lateinamerika. Die Empfehlung unter Punkt d) rät: "Die Glieder der Kirchen in den entwickelten Ländern von den vorherrschenden Ungerechtigkeiten in den Beziehungen ihrer Länder mit denen in Lateinamerika durch ständige Informationen zu unterrichten und somit die unter 4e) dieses Dokuments empfohlene Aktion zu erleichtern".

Schließlich möchte ich noch kurz erwähnen, daß ein Punkt nicht die notwendige Bearbeitung gefunden hat, obwohl er in diesem Dokument enthalten ist. Auf einer Versammlung wie dieser sollte man das erwähnen. U. zw. können wir ihn "die internationale Hilfe - ein Betrug" nennen. Leider hat man allgemein in der entwickelten Welt und besonders in den Kirchen (sogar in unseren) nicht begriffen, daß internationale Hilfe ein Betrug von ungeheurem Ausmaß ist. Diese Bestätigung wird in folgenden Punkten begründet, die, wenn wir Zeit gehabt hätten, noch weiter ausgearbeitet sein könnten:

a) Die sogenannte internationale Hilfe umfaßt, besonders im Falle der USA, den Beitrag an Waffen und militärischer Hilfe; d.h. etwas, was bestimmt weder hilft noch Entwicklung und Reichtum bringt, sondern was noch eine Last mehr für die Wirtschaft unserer Länder bedeutet.

b) Die sogenannte internationale Hilfe ist zu einem großen Teil nicht dazu bestimmt, Projekte der Infrastruktur zu fördern, die unsere Länder wirklich aus ihrem Rückstand und aus der äußeren Abhängigkeit holen würden, sondern sie dient den Dingen, die in die Augen fallen, aber nichts ändern.

Beispiel: Modernisierung des Beleuchtungssystems in Hauptstraßen und Stadtteilen der Reichen; Einführung von Studienprojekten auf Universitätsebene, die für unser Land von keiner oder noch weniger Bedeutung sind, wohl aber von Bedeutung für das "Geberland".: Fälle wie in Bolivien, dem größten Zinnproduzenten, der jedoch niemals die notwendigen Maschinen einführen konnte, um Eisen- oder Zinnblech selbst herzustellen.

c) Und, was am wichtigsten ist: ernsthaft durchgeführte wirtschaftliche Untersuchungen haben erwiesen, daß während der ganzen Jahre nie der Betrag an geleisteter Hilfe (sogar mit der erwähnten Waffenhilfe) höher ist als die Summe, die die Geberländer aus den entsprechenden lateinamerikanischen herausholten. U. zw. geschah dies durch Zinsen von Darlehen und Dienstleistungen, Frachtgüter, verschiedene Nebeneinnahmen, durch den Gewinn an wachsenden Geldanlagen und vor allem dadurch, daß für die eingeführten Rohstoffe immer weniger gezahlt wurde, aber höhere Preise für die ausgeführten Fertigprodukte verlangt wurden.

Hinsichtlich dieser Besorgnisse können wir nun zusammenfassend sagen, daß es unser ausdrücklicher Wunsch ist, daß die christliche Kirche in den entwickelten Ländern sich zuerst mit dem Studium dieser Probleme befaßt. Sonst erscheinen ihre Bemühungen und Großzügigkeit unbedeutend und werden, ohne es zu bemerken, aufgrund der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Strukturen in der "dritten Welt" lediglich Hilfe für sich selbst.

Luis E. Odell